

A large crowd of people is seen swimming and playing in the ocean. In the background, a coastal town with a prominent tower is visible on a hillside. The scene is captured during the day with a clear sky.

ISRAEL

ein

Blick von

innen

heraus



Debattenbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft & Kultur


ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG

ISBN 978-3-00-057561-7

ISRAEL ein Blick von innen heraus

Debattenbeiträge zu
Politik, Wirtschaft,
Gesellschaft & Kultur

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ISRAEL OFFICE
קרן רוזה לוקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ

Inhaltsverzeichnis

Zur Einführung 5

I Akteure

Gemeinsam anders – Die Gemeinsame Liste
und progressive Politik in Israel 9
Hana Amoury, Yossi Bartal & Tsafir Cohen

Koach La-Ovdim - Eine Gewerkschaft von unten 17
Assaf Bondi

II Besatzung

Fragmentierte Westbank 27
RLS Israel/Informationsgrafiken

50 Jahre Besatzung – 50 Jahre Widerstand 37
RLS Israel

Lösungsmöglichkeiten aus heutiger Sicht 57
Tsafir Cohen

III Brennpunkte

Nicht wirklich eine Start-up-Nation 69
Shlomo Swirski

Profit auf dem Rücken von Arbeitsmigrant*innen –
Die Methode der Ausbeutung 77
Reut Michaeli

Das Gelobte Land, aber nicht für Asylsuchende 85
Haggai Matar

IV Alternativen

The Kids want Communism 97
Joshua Simon

Wem gehört das Geld über unseren Köpfen? 101
Sharon Rotbard

Partner vor Ort 106

Glossar 109

Impressum 112

Zur Einführung

Mit dieser Veröffentlichung des Israel-Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung soll eine interessierte deutschsprachige Öffentlichkeit die Gelegenheit bekommen, Innenansichten der Verhältnisse und der Kämpfe in Israel zu erhalten und lokale Akteure kennenzulernen.

In dieser Publikation finden Sie eine Auswahl von Texten von unserer 2016 neu konzipierten Webseite. Darin kommen vor allem die Stimmen von in Israel lebenden Menschen zu Wort. Sie ermöglichen den geneigten deutschsprachigen Leser*innen sozusagen von innen heraus einen Einblick in die Verfasstheit der israelischen Gesellschaft und in innerisraelische Diskurse: in ungerechte Verhältnisse und in erfolgreiche und weniger erfolgreiche Kämpfe um eine bessere Welt. Natürlich sind wir als Rosa-Luxemburg-Stiftung bewusst parteiisch, doch es ist uns ein Anliegen, unterschiedliche Perspektiven aufzuzeigen. Folglich finden sich hier linksliberale und linksradikale, zionistische, postzionistische und nicht zionistische Standpunkte sowie gewerkschaftsnahe und akademische Stimmen nebeneinander. Die zur Sprache kommenden Positionen entsprechen deshalb nicht unbedingt denen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, dafür können Sie auf diesen Seiten eine wachsende Zahl israelischer Autor*innen kennenlernen, die die Pluralität des progressiven Israels widerspiegeln. Es sind zentrale und etablierte Figuren der israelischen Linken, junge Publizist*innen, angesehene Intellektuelle und Aktivist*innen. In unserem Bemühen um ein möglichst umfassendes Bild bitten wir unsere Autor*innen und Partner*innen, über eine möglichst breite Palette von Themen zu reflektieren. Sie schreiben über Israels gesellschaftliche Verfasstheit, über Wirtschaftsfragen und Gewerkschaftsarbeit, über die ganz großen politischen Fragen und über die lokalen Kämpfe, über Alltagskultur und reflektierende Kunst, über Geschichte und die Art, wie diese diskutiert wird. Sie berichten über diese Themen kompetent und umfassend, ohne auf einen eigenen Standpunkt zu verzichten.

Während die Webseite eine Fülle von Hintergrundartikeln zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anbietet, haben wir uns hier bewusst für eine Auswahl von hochaktuellen Themen entschieden, die das progressive Israel besonders beschäftigen. Wir beginnen unsere Reise mit zwei Akteuren, die sich vorgenommen haben, die Belange zweier marginalisierter Bevölkerungsgruppen von den Rändern ins Bewusstsein der israelischen Gesellschaft zu rücken. Mit der neu gegründeten Gemeinsamen Liste spricht zum ersten Mal in der Geschichte Israels die palästinensische Minderheit in Israel mit einer geeinten Stimme. Sie stellt die drittgrößte Parlamentsfraktion und vertritt die Interessen der palästinensischen Staatsbürger*innen Israels, bietet darüber hinaus aber ausdrücklich auch politische Lösungen für die gesamte israelische Gesellschaft an. So tritt sie zum Beispiel für ein Ende der Besatzung der Palästinensergebiete und für mehr soziale Gerechtigkeit ein. Derweil setzt sich die neue Basisgewerkschaft Koach La-Ovdim („Macht den Arbeitern“), die sich wohltuend von der mitunter sklerotischen Einheitsgewerkschaft Histadrut unterscheidet, für unorganisierte Arbeiter*innen ein und erzielt dabei beachtliche Erfolge.

Die Besetzung der Palästinensergebiete durch Israel ist hingegen ein Thema, womit sich die israelische Linke schon seit 50 Jahren beschäftigt. Auch heute hat sie maßgeblichen Einfluss auf das Leben aller Palästinenser*innen und Israelis. Wer israelische Politik und Gesellschaft verstehen möchte, kann einer Auseinandersetzung mit der Besetzung nicht aus dem Weg gehen. Aus diesem Grund haben wir auf unserer Webseite ein Dossier mit einer Vielzahl von Artikeln, Grafiken, Bildern und Landkarten aufbereitet, das sich der Besetzung aus unterschiedlichen Perspektiven nähert. Für diese Publikation haben wir zwei Texte ausgewählt, die sich nicht mit der Geschichte der Besetzung befassen, sondern einen Beitrag, der sich der Vielfalt und Energie des 50-jährigen zivilen israelischen Widerstands gegen die Besetzung widmet, und einen weiteren, der ausgehend von den Besatzungsrealitäten vor Ort die verschiedenen Akteure im israelisch-palästinensischen Konflikt beschreibt sowie ihre jeweilige Position festhält und gegenwärtige Lösungsansätze nachzeichnet.

Gesellschaft und Politik in Israel sind nicht nur durch die lang anhaltende Kolonisierung der Palästinensergebiete geprägt. Drei Beiträge handeln von weltweit brisanten Themen: der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Ausbeutung von Arbeitsmigrant*innen und dem Umgang mit Geflüchteten. In der israelischen Gesellschaft, deren Mainstreamdiskurs national bis nationalistisch ausgerichtet ist und ständig um Sicherheitsfragen kreist, fällt es progressiven Akteuren jedoch schwer, solche Themen auf die Tagesordnung zu setzen.

Politische Auseinandersetzungen finden nicht nur auf der Straße oder in Parlamenten statt, sondern es geht auch um den ständigen Kampf um die Interpretationshoheit. Auch in Israel werden die bestehenden Verhältnisse in diesen Tagen wenig hinterfragt, viele halten sie für „alternativlos“. Doch auch in Israel gibt es hörensweite Stimmen, die die hegemoniale Ordnung grundsätzlich infrage stellen. So finden Sie am Ende dieser Publikation zwei Beiträge, die mitnichten davon ausgehen, dass wir alle in der „besten aller möglichen Welten“ leben. Der eine handelt von der Ausstellungsreihe „The Kids Want Communism“, die anlässlich des 99. Jubiläums der Oktoberrevolution (1917) in den kommunalen Museen der Stadt Bat Yam zu sehen war und im Herbst 2017 im Kunstraum Kreuzberg / Bethanien in Berlin in kondensierter Form gezeigt wird. In Israel, einem Land, das sich mittlerweile wie kaum ein anderes Industrieland dem Neoliberalismus verschrieben hat, wagt es die Ausstellung, sich mit künstlerischen Mitteln Kommunismus neu vorzustellen. Hierbei steht „Kommunismus“ mehr als jedes andere Wort für die radikale Ablehnung einer bestehenden Realität, in der Ausbeutung und Ungleichheit herrschen und gefeiert werden. Der letzte Beitrag handelt von der Luft als einer unterschätzten Ressource und einem Raum für endlose Erwartungen an etwas, das noch nicht gemacht und gebaut worden ist, das aber in Geld verwandelt werden kann. Doch wem gehört diese Luft? Und: Wie können wir die Konzentration von Luft in den Händen weniger verhindern und den Mechanismen der Spekulation entgegenwirken, mit denen Profiterwartungen geschürt werden?

Wer auf den Geschmack gekommen ist, ist herzlich eingeladen, unsere Webseite www.rosalux.org.il zu besuchen. Dort behandeln wir viele Themen, die hier zu kurz kommen, seien es feministische Kämpfe oder Israel als Teil des Nahen Ostens. Dazu bieten wir weitere Formate wie Gesellschaftsreportagen oder feuilletonistische Beiträge. Die Webseite wird fortwährend aktualisiert und ist speziell für Leser*innen konzipiert, die keine Expert*innen sind. Dort finden Sie ebenfalls ein ausführliches Glossar, Quellenangaben und weiterführende Lektüreempfehlungen, die diese Publikation ergänzen. Wir freuen uns übrigens auf Ihr Feedback, etwa über Facebook oder per E-Mail.

Schließlich möchten wir uns bei folgenden Personen bedanken: Bei Ursula Wokoeck Wollin, die nicht nur aus dem Hebräischen übersetzte, sondern die Texte mit Anmerkungen und Erklärungen für die deutschsprachigen Leser*innen ergänzt hat; bei Daniel Ziethen, der eine visuelle Sprache für unsere Webseite entwickelt hat und unsere Arbeit engagiert begleitet; bei unserem Berliner Berater Yossi Bartal; beim großartigen Fotografenkollektiv Activestills und für ihre tatkräftige Unterstützung bei Sophie Müller-Bahlke und Stephan Wolf-Schönburg.

Mit solidarischem Gruß,

Tsafrir Cohen und Tali Konas
vom Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung
August 2017, Tel Aviv

I Akteure



Parlamentswahl in Israel 2015:
Die Gemeinsame Liste in der Wahlnacht,
Nazareth, 17. März 2015
Foto: Activestills

Gemeinsam anders – Die Gemeinsame Liste und progressive Politik in Israel

**Hana Amoury
Yossi Bartal
Tsafrir Cohen**

Die neugegründete Gemeinsame Liste, eine parlamentarische Plattform, die sehr unterschiedliche politische Positionen – von sozialistischen bis zu liberalen und islamisch-konservativen – einschließt und deren Mitglieder unterschiedlichen ethnischen Gruppen angehören, ist ein spannendes politisches Projekt und nicht nur für die israelische Politik von Bedeutung, sondern potenziell auch für die gesamte Region.

Alarmiert von Meinungsumfragen, die seinem konservativen Parteienbündnis Likud eine Niederlage prophezeiten, beschloss Premierminister Benjamin Netanjahu am 17. März 2015, dem Tag der Knesset-Wahlen, jüdische Wähler*innen mit antiarabischer Rhetorik zu mobilisieren. Im Kontext einer massiven Messaging-Kampagne warnte er am Wahltag auf seiner Facebook-Seite: „Arabische Wähler gehen in Massen in die Wahllokale, linksorientierte Organisationen bringen sie in Bussen dorthin.“¹ Damit wollte er bei der jüdischen Bevölkerungsmehrheit Angst vor der arabisch-palästinensischen Minderheit schüren. Mit Erfolg: Viele bis dahin unentschlossene rechte Wähler*innen gingen letztendlich doch an die Wahlurnen, und der Likud ging als eindeutiger Gewinner aus den Wahlen hervor.

Netanjahus Äußerungen sind Teil einer umfassenderen Kampagne der Aufwiegelung und einer Reihe von Gesetzesinitiativen, die darauf abzielen, die palästinensischen Bürger*innen Israels und ihre gewählten Vertreter*innen zu delegitimieren. Seit dem Jahr 2009 setzt die Regierung Netanjahu alles daran, die politische Redefreiheit der Linken im Allgemeinen und der palästinensischen Israelis im Besonderen zu beschneiden. Es wurden mehrere Gesetze verabschiedet, die Aufrufe zum politischen Boykott oder zu Veranstaltungen zum Gedenken an die Nakba, die massenhafte Flucht und Vertreibung der Palästinenser*innen zwischen 1947 und 1949, unter Strafe stellen. Wiederholten Versuchen, ein direktes Verbot von arabischen Parteien durchzusetzen, konnte nur durch den Obersten Gerichtshof Einhalt geboten werden. Vor den letzten Wahlen setzte die Regierung auf Initiative des rechtspopulistischen Politikers und damaligen Außenministers, Avigdor Lieberman, eine Anhebung der Zwei-Prozent-Hürde auf 3,25 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen durch, ganz offensichtlich, um den Einzug der drei überwiegend arabischen Listen in die Knesset zu verhindern.

Die meisten Parteien in Israel waren auf die Knesset-Wahlen im März 2015, die aufgrund einer Regierungskrise überstürzt angesetzt worden waren, nicht vorbereitet. Die vier Parteien, die hauptsächlich palästinensisch-israelische Wähler*innen vertreten, sahen sich mit der angehobenen Prozenzhürde konfrontiert und hatten nur ein paar Wochen Zeit, um über ihre Zukunft zu entscheiden. Sie beschlossen, sich mit einer gemeinsamen Wahlliste an den Knesset-Wahlen zu beteiligen und sie dementsprechend Gemeinsame Liste zu nennen. An der Gemeinsamen Liste beteiligen sich die arabisch-jüdische sozialistische Chadasch/al-Jabha (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit), in der die Kommunistische Partei Israels eine führende Rolle spielt; die sozialdemokratisch gefärbte Balad/al-Tadschamu', die sich als demokratische progressive nationale Partei für die palästinensischen Bürger*innen Israels versteht; und die konservative Vereinte Arabische Liste, die sich hauptsächlich aus zwei Komponenten zusammensetzt: zum einen der Islamischen Bewegung (südlicher Flügel) und zum anderen der liberalen Ta'al (Arabische Bewegung für Veränderung), die vor allem durch ihren charismatischen Führer, Ahmad Tibi, bekannt ist und bereits in der Vergangenheit mit jeder der drei anderen Parteien zusammengearbeitet hat.

Die Kontroverse über eine gemeinsame Wahlliste

Die Entscheidung dieser politisch so unterschiedlichen Parteien, sich zusammenzutun, schien angesichts der angehobenen Prozenzhürde unbedingt geboten. Zudem stand die Forderung nach einer gemeinsamen Wahlliste aller nicht zionistischen Parteien schon seit längerer Zeit im Raum; Meinungsumfragen hatten gezeigt, dass 85 Prozent der palästinensisch-israelischen Bevölkerung eine solche gemeinsame Wahlliste befürworteten. Einige

Basisaktivist*innen hatten sogar öffentlich damit gedroht und sich entsprechend gegenüber Knesset-Abgeordneten geäußert, sie würden nicht zur Wahl gehen und nicht für sie stimmen, falls sie keine gemeinsame Wahlliste aufstellen würden.² In dieser Forderung wurden sie auch von führenden Politikern in den besetzten palästinensischen Gebieten, wie zum Beispiel Mahmud Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, und Mustafa Barghouti, Vorsitzender der sozialdemokratischen al-Mubadara (Die [Palästinensische Nationale] Initiative), unterstützt sowie von führenden arabischen Intellektuellen, etwa dem Schriftsteller Elias Khoury, der die Gründung der Gemeinsamen Liste als etwas begrüßte, „das im Gegensatz steht zum Klima des Niedergangs in einer von Verwüstung und sektiererischen Kämpfen gebeutelten arabischen Welt“.³ Zudem sprachen der Verlauf vergangener Knesset-Abstimmungen und die Erfahrungen bei der bisherigen parlamentarischen Zusammenarbeit der genannten Parteien für eine gemeinsame Wahlliste. Nicht nur in Bezug auf die Rechte der palästinensischen Minderheit, sondern auch auf soziale Gerechtigkeit und Bürgerrechtsfragen hatten sie bei Abstimmungen fast immer an einem Strang gezogen, oft zusammen mit der linksliberalen Meretz. Im Übrigen wurden und werden die Parteien der Gemeinsamen Liste von den jüdisch-israelischen Medien durchweg als Block der „arabischen Parteien“ wahrgenommen, was vor allem die arabisch-jüdische Chadasch/al-Jabha irritiert und zugleich eine Sichtweise ist, in der sich eine historische Tatsache widerspiegelt: Seit der Staatsgründung war keine der unabhängigen arabischen Parteien jemals an einer Regierungskoalition beteiligt, nicht einmal in der von Yitzhak Rabin geführten links-gerichteten Regierung in den 1990er Jahren.

Trotz der Popularität der Forderung nach einer gemeinsamen Wahlliste gab es auch skeptische Stimmen in den beteiligten Parteien. Denn seit Jahrzehnten stehen sich Chadasch/al-Jabha, Balad/al-Tadschamu' und die Islamische Bewegung eher als politische Gegner gegenüber. Ihre Rivalität ist bei Kommunalwahlen am stärksten ausgeprägt, bei denen die Wahlbeteiligung in den arabischen Ortschaften sehr viel höher ist als bei Knesset-Wahlen. Im Gegensatz zu arabischen Knesset-Abgeordneten, die sich stets in der Opposition wiederfinden, haben arabische Kommunalpolitiker*innen mehr Möglichkeiten, Einfluss auf die Verteilung des Budgets und somit auf das alltägliche Leben ihrer Wähler*innen zu nehmen. In den Kommunen streiten die Aktivist*innen der verschiedenen Parteien tagtäglich miteinander. Die Idee einer gemeinsamen Liste brachte sie deshalb in eine missliche Lage, weil sie sie nicht nur zwang, ihre Differenzen beizulegen, sondern auch ihren Stolz und ihren Ruf hintenanzustellen.

Die Spannungen zwischen der Islamischen Bewegung und den säkularen, progressiven Aktivist*innen von Chadasch/al-Jabha und Balad/al-Tadschamu' stellten ein besonders heikles Problem dar. Denn die alltäglichen Auseinandersetzungen zwischen ihnen betreffen viele Themen, etwa die Repräsentation von Frauen, die Sichtbarkeit einer säkularen bzw. „promiskuitiven“ Kultur, das Zusammentreffen von Männern und Frauen im öffentlichen Bereich, der Platz christlicher Praktiken in der Öffentlichkeit und die Rechte von LGBT. So fragte damals eine junge Aktivistin von Balad/al-Tadschamu': „Was haben wir mit diesen Leuten gemeinsam? Wie können wir auf derselben Liste sein, wenn sie Frauen nicht an ihren Sitzungen teilnehmen lassen? Die Kluft zwischen uns und ihnen ist unüberbrückbar.“⁴

Aktive Mitglieder der betreffenden Parteien fürchteten auch, dass die Bildung einer gemeinsamen Liste als opportunistisch gedeutet werden und Wähler*innen abschrecken könnte. Andere lehnten die Idee einer gemeinsamen Liste ganz prinzipiell ab; so erklärte ein Chadasch/al-Jabha-Parteigänger in einem Interview: „Wie bei allen anderen Bevölkerungen gibt es auch

innerhalb der palästinensischen in Israel interne Differenzen. Wir sind keine Herde. Menschen, die ein ganzes Leben lang versuchen, ihre Positionen in der internen Debatte ihrer Gesellschaft zu vertreten, empfanden die Gemeinsame Liste als einen Dolchstoß.“⁵ Insbesondere bei der Chadasch/al-Jabha wurden die Einwände gegen die Gemeinsame Liste mit der Sorge um die Zukunft der jüdisch-arabischen Partnerschaft erklärt, die einer der wichtigsten Eckpfeiler ihres Parteiprogramms ist und die in einer überwiegend arabischen Liste in den Hintergrund rücken würde. Während einige der führenden Persönlichkeiten bei der Chadasch/al-Jabha dazu aufriefen, gegen eine Beteiligung an der Gemeinsamen Liste zu stimmen, sprach sich die überwältigende Mehrheit der Parteibasis entschieden dafür aus.

Die Bildung der Gemeinsamen Liste: ein Sieg für die Linke?

Die Verhandlungen über die Bildung der Gemeinsamen Liste begannen, nachdem im Dezember 2014 die Wahlen angesetzt worden waren, und endeten kurz vor dem letzten Registrierungstermin für die Wahllisten Ende Januar 2015. Unter diesem enormen Zeitdruck mussten die beteiligten Parteien in einem demokratischen Prozedere dem Zusammenschluss zu einer gemeinsamen Liste zustimmen, sich auf ein gemeinsames Programm und auf die Reihenfolge der Kandidat*innen einigen sowie insbesondere darauf, welche Partei die Führungsperson der Liste ernennen würde. In Bezug auf die beiden letztgenannten wichtigen Fragen hatte die sozialistische Chadasch/al-Jabha, der es am schwersten gefallen war, sich an der Liste zu beteiligen, eindeutig die Oberhand.

Das Programm der Gemeinsamen Liste enthält selbstverständlich die unumstrittenen Forderungen nach voller Gleichstellung der palästinensischen Israelis, nach dem Ende der seit 1967 bestehenden Besetzung, nach Anhebung des Mindestlohns und der Überwindung jeglicher Form von Rassismus in der israelischen Gesellschaft. Es wurden aber auch Forderungen aufgenommen, zu denen sich Mitglieder der Islamischen Bewegung nur schwer öffentlich bekennen konnten, so etwa die vollständige Gleichstellung von Frauen in allen Lebensbereichen, eine klare Ablehnung jeglicher religiös begründeten Auseinandersetzungen und die Förderung des freien kulturellen und künstlerischen Ausdrucks. Als die größte der vier Parteien konnte Chadasch/al-Jabha ihren jungen und neu gewählten Vorsitzenden Ayman Odeh zum Führer der Liste machen. Die Aufteilung der Listenplätze (unter den ersten 15: Chadasch/al-Jabha – fünf; Balad/al-Tadschamu’ – vier; Islamische Bewegung – vier; Ta’al – zwei) zeigt darüber hinaus, dass sich die säkulare Linke bei deren Gestaltung durchsetzen konnte, und schließlich unterstreicht sie ihren nicht sektiererischen und feministischen Charakter durch die Heterogenität der Kandidat*innen (unter ihnen zwei Frauen, zwei Christ*innen, zwei Beduinen, ein Druse und ein Jude).

Die Wahlkampagne: zwischen Volksfront und nationaler Einheit

Die Bildung der Gemeinsamen Liste als Ad-hoc-Wahlliste ohne entsprechende eigene Strukturen stellte eine erhebliche Herausforderung dar. In den nur sieben kurzen Wochen, die bis zum Urnengang blieben, musste ein untereinander abgestimmter, zweisprachiger Wahlkampf geführt werden. Da sich die bisher bestehenden Animositäten zwischen Mitgliedern der verschiedenen Parteien nicht einfach in Luft auflösten, führten kleinere Differenzen, wie zum Beispiel über die Wahl einer Grafikerin/einer Grafikerin oder eines Sprechers/einer Sprecherin oder sogar einer Druckerei, zu emotional aufgeladenen

Auseinandersetzungen, die das Bild der Geschlossenheit in der Öffentlichkeit gefährdeten. Um dem entgegenzuwirken, nahmen an Wahlversammlungen und den meisten öffentlichen Veranstaltungen Vertreter*innen von mindestens zwei der zur Gemeinsamen Liste gehörenden Parteien teil. Zusätzlich sorgte eine lebhaftige Kampagne in den sozialen Netzwerken dafür, den Zusammenhalt zu stärken. Hunderte von Freiwilligen konnten so mobilisiert werden und schlossen sich der Kampagne mit ihren eigenen kreativen Initiativen an.

Doch eine viel grundsätzlichere Differenz in Bezug auf den Charakter der gemeinsamen Wahlliste war es, die den Erfolg der Kampagne infrage stellte. Der eine Ansatz, vor allem von den Mitgliedern von Chadasch/al-Jabha propagiert, sah in der Gemeinsamen Liste eine breite antirassistische Front und suchte die Zusammenarbeit mit den zionistischen Mitte-links-Parteien, um eine machtpolitische Alternative zur gefährlich nach rechts rückenden Netanjahu-Regierung aufzubauen. Die meisten Mitglieder von Balad/al-Tadschamu’ und der Islamischen Bewegung verstanden die Gemeinsame Liste als einen nützlichen Schritt zur Förderung palästinensischer Autonomie und nationaler Identität in Israel und lehnten deshalb Verbindungen mit zionistischen Mitte-links-Parteien strikt ab. Folgerichtig waren und sind sie auch nicht bereit, die – ohnehin wenig reale – Möglichkeit eines zukünftigen Regierungsbeitritts auch nur in Betracht zu ziehen.

Der Vorsitzende der Gemeinsamen Liste, Chadasch/al-Jabha-Mitglied Ayman Odeh, der früher in der jüdisch-israelischen Öffentlichkeit vollkommen unbekannt war, verkörperte in seinen zahlreichen öffentlichen Auftritten klar die eher auf „Integration“ ausgerichtete Tendenz, wobei er sich oft auf Martin Luther King Jr. als Vorbild berief. Er brachte eine neue Terminologie in den öffentlichen Diskurs ein und inspirierte durch seinen enthusiastischen und positiven Ansatz viele jüdische und palästinensische Israelis. In seinen zahlreichen Interviews bestand er auf der Forderung nach vollkommener Gleichstellung palästinensischer Bürger*innen in Israel als Teil eines progressiven Diskurses über Bürgerrechte sowie auf der Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens. Odeh erwies sich bald als populäre Persönlichkeit und erhielt häufig Einladungen zu hebräischsprachigen TV- und Radio-Sendungen; er erhielt mehr Sendezeit als jeder andere palästinensisch-israelische politische Vertreter in der Geschichte Israels. Es gelang ihm auch, die Aufmerksamkeit ausländischer Journalist*innen zu wecken, und internationale Medien wiesen auf die unverkennbaren Ähnlichkeiten zwischen Odeh und dem Vorsitzenden der prokurdischen HDP (Halkların Demokratik Partisi = Demokratische Partei der Völker), Selahattin Demirtaş, im Hinblick auf Stil, Inhalte und Auftritten hin.

Ein Hauptpunkt in Odehs Reden und im hebräischsprachigen Teil der Kampagne war die Positionierung und Darstellung der Gemeinsamen Liste als Antwort auf den wachsenden Rassismus in der israelischen Gesellschaft. In einer ikonisch gewordenen TV-Wahldebatte konfrontierte Odeh den Führer der religiösen Schas-Partei, Ariele Deri, der seine Kampagne im Namen der „durchsichtigen“ (im Sinne von: nicht wahrgenommenen) Mizrachim, also der vor allem aus muslimisch geprägten Ländern Asiens und Afrikas stammenden jüdischen Israelis, führte, mit einem einzigartigen Vorschlag. Er bot ihm an, zum Wohl aller „durchsichtigen“ Bevölkerungsgruppen in Israel, einschließlich Araber*innen, Äthiopier*innen, Frauen und Arbeitsmigrant*innen, zusammenzuarbeiten und rief zu einer breiten Koalition der Unterdrückten auf. Damit positionierte Odeh die Gemeinsame Liste als ein Forum, das gegen jede Art von Diskriminierung kämpft und nicht nur palästinensische Israelis repräsentiert.

Odehs Kurs rief jedoch Unbehagen unter palästinensischen Aktivist*innen hervor, vor allem – aber nicht nur – unter

Mitgliedern von Balad/al-Tadschamu'. Sein wenig konfrontatives und eher freundliches Auftreten in öffentlichen Diskussionen wurde von einigen als Schwäche gedeutet. Kritiker*innen wiesen darauf hin, dass „er auf Arabisch anders klingt als auf Hebräisch“, und dass „er will, dass die Juden ihn mögen, und so sagt er ihnen, was für sie leicht verdaulich ist, und nicht, was sie tatsächlich hören sollten“.⁶

Seine Tendenz, über die Diskriminierung von palästinensischen Israelis und die Notwendigkeit, die Besatzung zu beenden, auf pragmatische Art und Weise zu sprechen, ohne ständig die Legitimität der zionistischen Ideologie infrage zu stellen, brachte ihm Popularität unter den israelischen Jüdinnen und Juden ein, während es die radikaleren antizionistischen Mitglieder der Gemeinsamen Liste verprellte.

Um diese widersprüchlichen Ansätze zu überbrücken, wurde „Der Wille des Volks“ als Hauptslogan für den arabischsprachigen Wahlkampf gewählt. Unter Betonung der zentralen Bedeutung einer starken Vertretung für die palästinensische Minderheit konzentrierte sich die Kampagne vor allem auf die Notwendigkeit, die Wahlbeteiligung zu erhöhen. In den letzten 20 Jahren ist die Wahlbeteiligung unter den palästinensischen Israelis aus zahlreichen Gründen kontinuierlich zurückgegangen: Apathie und Enttäuschung infolge der Ohnmacht der arabischen Abgeordneten in der Knesset, Unmut über die inneren Streitereien unter den nicht zionistischen Parteien und der allgemein fehlende Glaube an Veränderungsmöglichkeiten in einem inhärent rassistischen System. Mehrere Gruppen unter den palästinensischen Israelis, wie der nördliche Flügel der Islamischen Bewegung und die links-nationalistische Abnaa' el-Balad, riefen sogar zum Wahlboykott auf. Um solchen Ressentiments entgegenzuwirken, betonte die Wahlkampagne die einmalige Chance, drittgrößte Fraktion im Parlament zu werden und damit die extrem rechte Siedlerpartei HaBajit HaJehudi („Das jüdische Haus/Heim“) zu übertrumpfen. Der reichlich optimistische Wahlkampfslogan „Wir können 15 [Knesset-Sitze] erreichen“ griff diese Zuversicht auf, ein noch nie für die palästinensisch-israelischen Wähler*innen in den Bereich des Möglichen gerücktes Ziel diesmal zu erreichen.

Die Wahlergebnisse: ein bedeutender Sieg – und die Rückkehr Netanjahus

Trotz der weitverbreiteten Ressentiments gegen die Likud-Partei und ihre Sozialpolitik war Netanjahus extrem polarisierende Kampagne in den letzten Tagen des Wahlkampfes erfolgreich; es gelang ihm, seine Wählerbasis massiv zu mobilisieren, die allgemeine Wahlbeteiligung um fünf Prozent im Vergleich zu den vorherigen Wahlen zu steigern und seiner Partei ein Viertel der Sitze im Parlament zu sichern. Die Ergebnisse der anderen rechten und religiösen Parteien gewährleisteten das Fortbestehen der Regierung Netanjahu und machten jede Möglichkeit einer Mitte-links-Koalition, die die Gemeinsame Liste eventuell unterstützt hätte, zunichte.

Angesichts solch bedrohlicher Entwicklungen fand das gute Ergebnis der Gemeinsamen Liste, obwohl es einen historischen Erfolg darstellt, relativ wenig Aufmerksamkeit. Es war ihr gelungen, die Wahlbeteiligung der israelischen Palästinenser*innen von 57 auf beachtliche 64 Prozent zu erhöhen und 85 Prozent der Stimmen in den arabischen Ortschaften zu bekommen. (Bei den Wahlen im Jahr 2013 hatten die drei Listen zusammen 77 Prozent der arabischen Stimmen erhalten.⁷) Die Zahl der jüdischen Wähler*innen, vor allem der Chadasch/al-Jabha, die schon bei früheren Wahlen lediglich eine hohe vierstellige bis niedrige fünfstellige war, verringerte sich ein wenig, auch weil einige Chadasch/al-Jabha-Wähler*innen für Meretz stimmten, weil sie fürchteten, diese könnte an der Prozenhürde scheitern. Mit 13

Knesset-Sitzen (von insgesamt 120), die die Gemeinsame Liste schließlich erhielt, ist sie nun ein starker Akteur, wie es zuvor keine parlamentarische Vertretung der palästinensischen Israelis jemals war.

Die drittgrößte Fraktion: ein game changer in der Knesset

Als zweitgrößte oppositionelle Fraktion spielt die Gemeinsame Liste eine entscheidende Rolle in der Oppositionsarbeit und hat in beispielloser Weise politischen Einfluss gewonnen. Aufgrund ihrer Größe wurde der Gemeinsame Liste die Leitung des Knesset-Ausschusses zur Förderung von Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter übertragen, zu dessen Vorsitzende Aida Touma-Suleiman, feministische Aktivistin und Mitglied der KPI, ernannt wurde. Damit erlangte zum ersten Mal in der Geschichte Israels ein/e Palästinenser*in die Kontrolle über einen ständigen Knesset-Ausschuss mit tatsächlichen Gesetzgebungsbefugnissen. Dies ist umso bemerkenswerter im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, die palästinensische Frauen haben, überhaupt in wichtige politische Funktionen gewählt zu werden. Als Vorsitzende des Knesset-Ausschusses konnte Touma-Suleiman feministische Kämpfe von einer intersektionalen Position aus präsentieren und Themen auf den Tisch bringen, die nie zuvor im Ausschuss behandelt worden waren, weil vorherige Vorsitzende sie für irrelevant gehalten hatten. Darunter waren zum Beispiel die Auswirkungen von Häuserabbrissen auf Frauen und Kinder, die Trennung zwischen palästinensischen und jüdischen Frauen in Entbindungsstationen sowie sexuelle Gewalt seitens der Polizei. Dass sie in der Lage war, legislative Aufmerksamkeit auf „allgemeine“ Frauenfragen zu richten und dabei die spezifischen Anliegen von Palästinenser*innen, von Frauen der Arbeiterklasse und von LGBT einzuschließen, zeugt von dem großen Potenzial der Gemeinsamen Liste, Israels herrschender Segregationspolitik wirksam entgegenzutreten.

Eine weitere positive Auswirkung der Gemeinsamen Liste betrifft eine Einstellungsänderung jüdischer Knesset-Abgeordneter gegenüber ihren Kolleg*innen. Die Liste kooperiert in bestimmten Fragen von gemeinsamem Interesse mit anderen Fraktionen, und ihr Beitrag hat in verschiedenen Zusammenhängen durchaus Gewicht. „Zum ersten Mal überhaupt werden wir gefragt, was wir von ihren Vorschlägen und Ideen halten“, bemerkte die Balad/al-Tadschamu'-Abgeordnete Haneen Soabi. Die erhöhte Wahrnehmung in der Knesset hat auch zu mehr Aufmerksamkeit in den Medien geführt und zu einer Zunahme von Aktivitäten auf internationaler Ebene, mehr Einladungen, im Ausland zu sprechen, und häufigere Treffen mit Diplomatin*innen und ausländischen Politiker*innen, die Israel besuchen.

Doch der wahrscheinlich größte Erfolg, der der Gemeinsamen Liste zugeschrieben wird, lag in der Zustimmung der Regierung zu einem Finanzplan mit einer Laufzeit von fünf Jahren, der darauf abzielt, die Kluft zwischen palästinensischen und jüdischen Bürger*innen dadurch zu verringern, dass rund 15 Milliarden Schekel (ca. 3,5 Milliarden Euro) in Projekte in arabischen Kommunen fließen sollen. Der Plan, der beim Finanzministerium aufgrund negativer OECD-Berichte über die systematische Diskriminierung von nichtjüdischen Bürger*innen Unterstützung fand, wurde schließlich Ende 2015 trotz massiver Einwände einiger Regierungsmitglieder verabschiedet. Die Annahme des Entwurfs wird weithin dem Einfluss der intensiven Arbeit von Mitgliedern der Gemeinsamen Liste, des Komitees der arabischen Bürgermeister*innen und von einigen linken Nichtregierungsorganisationen zugeschrieben. Die parlamentarische Stärke der Gemeinsamen Liste ermöglicht es ihr auch, die Umsetzung des Plans, die mehrere extremrechte Minister eventuell zu untergraben suchen, kritisch zu begleiten.

Die Tatsache, dass es die Gemeinsame Liste gibt, hat auch außerhalb der Knesset positive Auswirkungen. Die Abnahme der Spannungen zwischen den politischen Gruppierungen ermöglicht die Zusammenarbeit im Kampf gegen Waffengewalt und insbesondere gegen Gewalt gegenüber Frauen, ein großes Problem, unter dem die palästinensische Gesellschaft in Israel leidet. Nachdem die Organisatorin des ersten Frauen-Marathons in der arabischen Stadt Tira Morddrohungen von fundamentalistischen Islamisten erhalten hatte und auf ihr Auto geschossen worden war, konnte umgehend ein Solidaritätsbesuch von Mitgliedern aller an der Gemeinsamen Liste beteiligten Parteien, einschließlich der Islamischen Bewegung, organisiert werden. Die Existenz der Gemeinsamen Liste ebnete auch den Weg für ihre progressiveren Mitglieder, mit konservativen Kreisen direkten Kontakt aufzunehmen und ins Gespräch zu kommen. Dazu äußerte sich auch Aida Touma-Suleiman, als sie einmal öffentlich zu den negativen Auswirkungen der Zusammenarbeit mit Islamisten befragt wurde. Sie sagte, dass ihr als feministischer Kommunistin die Zusammenarbeit mit der Islamischen Bewegung zum ersten Mal ermögliche, mit Beduinenfrauen zusammensitzend und ihnen zuzuhören; was vorher in den sehr religiösen Bevölkerungskreisen des Negev unvorstellbar gewesen sei. Die scharfe Reaktion von Chadasch/al-Jabha- und Balad/al-Tadschamu'-Mitgliedern auf die Veröffentlichung eines hetzerischen, homophoben Artikels des nördlichen Flügels der Islamischen Bewegung (der nicht Teil der Gemeinsamen Liste ist) ein paar Wochen nach der Wahl hat darüber hinaus gezeigt, dass eine gemeinsame Liste mit konservativeren Elementen nicht die progressiveren Teile der Liste daran hindert, öffentlich Kritik zu äußern.

Auch unter den jüdischen Anhänger*innen regte die Gemeinsame Liste eine parteipolitisch übergreifende Zusammenarbeit an, insbesondere die Gründung einer neuen Mizrachi-Gruppe: „Die Mizrachi-Palästinensische Partnerschaft“. Diese Gruppe progressiver Mizrachi-Aktivist*innen und -Intellektueller hat sich der Gemeinsamen Liste angeschlossen, um den Kampf gegen die kulturelle und wirtschaftliche Diskriminierung der aus Asien und Afrika stammenden jüdischen Bürger*innen mit dem palästinensischen Kampf für gleiche Rechte zu verbinden. So heißt es in ihrem Manifest: „Die Gründung der Gemeinsamen Liste ist eine Einladung an alle, gemeinsam eine offene und inklusive Heimat im Nahen Osten zu ersinnen, die auf dem gemeinsamen Bestreben basiert, für eine gerechtere Gesellschaft einzutreten. Angesichts einer entmutigenden Realität von Belagerungszustand, Krieg, Rassismus und Unterdrückung, rufen wir zur Bildung eines Bündnisses zwischen all jenen auf, die die neoliberale Gesellschaftsordnung und die antidemokratischen Kräfte bekämpfen wollen.“⁸

Zusammenhalt bewahren in Zeiten des Aufbruchs

An der jüngsten Welle der Gewalt in den besetzten palästinensischen Gebieten, die auch nach Israel selber überschwappte, waren auch junge palästinensische Bürger*innen Israels beteiligt. Zwar handelte es sich um relativ wenige Fälle,⁹ doch haben sich in diesem Zusammenhang die arabisch-jüdischen Beziehungen in Israel weiter verschlechtert bis hin zu mehrfachen Mob-Angriffen auf Menschen, die für palästinensisch gehalten wurden. In sozialen Netzwerken und in von Regierungskreisen unterstützten öffentlichen Kampagnen wurden Menschenrechtsorganisationen, linke Aktivist*innen sowie Mitglieder der Gemeinsamen Liste und von Meretz als Gefahr für die Sicherheit Israels dargestellt. Unterdessen rückte die Führung der Arbeitspartei nach rechts, stellt ihr Engagement für eine Zweistaatenlösung hintan und fordert härtere Repressionen gegen die Palästinenser*innen.

Die Eskalation der Gewalt und die brutale Reaktion der israelischen Armee, einschließlich der Weigerung, die Leichen getöteter Angreifer ihren Familien zu übergeben, lösten heftige öffentliche Diskussionen aus. Insbesondere auf die Mitglieder der Gemeinsamen Liste richtete sich dabei der geballte rechtspopulistische Zorn. Trotz ihrer eindeutigen Ablehnung von Gewalt wurden die Mitglieder der Gemeinsamen Liste öffentlich des Verrats und der Unterstützung des palästinensischen Terrorismus beschuldigt, als sie sich gegen unverhältnismäßige Gewaltanwendung vonseiten des Staates aussprachen. Ein Treffen von Balad/al-Tadschamu'-Mitgliedern mit Familien von getöteten palästinensischen Angreifern, um die Rückgabe der Leichen ihrer Kinder für die Beerdigung zu koordinieren, veranlasste Netanjahu persönlich, ihren sofortigen Ausschluss aus der Knesset zu fordern. Umgehend wurde ein neues Gesetz ins Gespräch gebracht und einige Monate danach verabschiedet, das es einer parlamentarischen Mehrheit von 90 Knesset-Mitgliedern ermöglicht, Abgeordnete für die gesamte Legislaturperiode aus der Knesset auszuschließen. Die vor Kurzem gefällte Regierungsentscheidung, den nördlichen Flügel der Islamischen Bewegung entgegen dem Rat des Allgemeinen Sicherheitsdiensts zu verbieten, hat die Gemeinsame Liste weiter unter Druck gesetzt und in ihren Reihen die Befürchtung ausgelöst, als nächste von einem Verbot betroffen zu sein. Angesichts der bössartigen Angriffe, darunter auch Gewaltdrohungen gegen Abgeordnete in der Knesset,¹⁰ hat die Gemeinsame Liste bisher ihre Entschlossenheit und Einheit unter Beweis gestellt. So verteidigte Ayman Odeh die Balad/al-Tadschamu'-Mitglieder rückhaltlos und drohte mit dem Rücktritt der gesamten Liste, falls auch nur einer ihrer Abgeordneten aus dem Parlament ausgeschlossen werde.

Schlussbemerkungen

Entgegen vielen kritischen Prognosen, die das Auseinanderbrechen der Gemeinsamen Liste unmittelbar nach den Wahlen prophezeiten, stellt sie heute eine erfolgreiche Plattform linker Politik dar, dem erhöhten politischen Druck von rechts und der allgemeinen Atmosphäre der Gewalt in Israel – und in den besetzten Palästinensergebieten – zum Trotz. Vor allem angesichts des enttäuschenden Wahlergebnisses von Meretz (fünf Sitze) und der fortgesetzten Rechtsverschiebung der Arbeitspartei wurde die Gemeinsame Liste zur führenden antirassistischen Kraft für soziale Gerechtigkeit und Frieden in der israelischen Politik.

Die berechtigten Bedenken der säkularen und linken Aktivist*innen, dass ein Bündnis mit der Islamischen Bewegung oder mit den nationalistischen Mitgliedern von Balad/al-Tadschamu' den progressiveren Elementen der Gemeinsamen Liste schaden könnte, haben sich nicht bestätigt. Die Gemeinsame Liste kann durchaus als ein sehr produktives Unterfangen der arabisch-jüdischen Linken bewertet werden, das die politische Agenda für die gesamte palästinensisch-israelische Bevölkerung prägt und soziale Veränderungen aus einer Position der Stärke anstrebt, wie sie ohne die Konsolidierung durch die Wahlliste undenkbar wäre. Darüber hinaus könnte der Dialog zwischen den beteiligten Linken und der Islamischen Bewegung, die ihre öffentlichen Positionen in Bezug auf Frauenrechte und interreligiöse Zusammenarbeit im Laufe des letzten Jahres zum Positiven modifiziert hat, eine Möglichkeit für produktives Engagement mit verschiedenen islamischen Gruppen in der Region aufzeigen.

Eine der ermutigenden Auswirkungen der Gemeinsamen Liste ist die hoffnungsvolle Botschaft, die von ihr insbesondere für Palästinenser*innen insgesamt und darüber hinaus für die arabische Welt ausgeht. Die zehnjährige, oft mit Gewalt verbundene Spaltung zwischen Hamas und Fatah in den besetzten

palästinensischen Gebieten mit ihren verheerenden Folgen für den Kampf um die nationale Unabhängigkeit ist ein Desaster für die innerpalästinensische Politik. Die Partnerschaft von religiösen und säkularen Kräften – muslimische, christliche, drusische und jüdische Menschen –, die alle am selben politischen Projekt beteiligt sind, verkörpert die reale Möglichkeit, Konflikte demokratisch und partnerschaftlich zu lösen und eine gemeinsame Strategie für das Gemeinwohl zu entwickeln. Diese Botschaft gewinnt an Relevanz angesichts der Zunahme sektiererischer Gewalt in der ganzen arabischen Welt, die durch die Kriege in Syrien und Jemen weiter angefacht wird. Die Gemeinsame Liste gehört – neben der HDP in der Türkei, deren politisches Programm viele Ähnlichkeiten aufweist – zu den wenigen progressiven politischen Strukturen im Nahen Osten, die in letzter Zeit an Dynamik gewonnen haben, und konnte bereits mehr als erwartet erreichen. Somit ist das weitere Bestehen der Gemeinsamen Liste von größter Bedeutung, nicht nur für Israel-Palästina, sondern für alle emanzipatorischen Projekte in der Region.

Trotzdem gibt es noch viele Schwierigkeiten, die die Gemeinsame Liste daran hindern, ihr volles Potenzial auszuschöpfen: Das Fehlen gemeinsamer Strukturen der Parteien, die der Gemeinsamen Liste angehören, und der Mangel an täglicher Koordination zwischen ihnen haben bereits zu Peinlichkeiten in den Medien geführt und bestehende Konflikte verschärft. Mehr noch, dieses Manko behindert die Entwicklung einer Langzeitstrategie zur Erreichung realistischer politischer Ziele im Parlament. Und schließlich leidet darunter auch die moralische Autorität, die der Gemeinsamen Liste als einziger demokratisch gewählter Vertretung des palästinensischen Volkes zukommt (in den besetzten Palästinensergebieten haben seit Jahren keine Wahlen mehr stattgefunden) und die sie dazu nutzen könnte, zur nationalen Aussöhnung in den besetzten palästinensischen Gebieten beizutragen oder eine größere Rolle bei der Beendigung der israelischen Besatzung zu spielen.

Die größte Gefahr für das Fortbestehen der Gemeinsamen Liste geht allerdings von den anhaltenden Versuchen der extremen Rechten aus, Mitglieder der Gemeinsamen Liste aus der

Knesset auszuschließen. Die Kampagne zur Delegitimierung der Linken und der palästinensischen Minderheit, die sowohl mit juristischen als auch medialen Mitteln geführt wird, sowie die wiederholten und vielfältigen Vorstöße der Regierung, die Rechtsstaatlichkeit in ihren Fundamenten zu erschüttern, stellen eine echte Gefahr für alle demokratischen Kräfte in Israel dar. Der Aufstieg von noch gewalttätigeren und fanatischeren rechten Gruppen in der israelischen Gesellschaft und die Zunahme ihres Einflusses auf staatliche Organe haben eine wachsende Zahl israelischer Jüdinnen und Juden zu der Forderung inspiriert, nicht jüdischen Staatsbürger*innen das Wahlrecht zu entziehen, was insbesondere die Mitglieder der Gemeinsamen Liste in eine prekäre Lage bringt.

In der aktuellen, hoch bedrohlichen Situation plädieren die Mitglieder der Gemeinsamen Liste dafür, den Kampf für gleiche Rechte und soziale Gerechtigkeit in Israel als mit dem palästinensischen Kampf für Unabhängigkeit zutiefst verbunden wahrzunehmen. Das bedeutet, dass in ihren Augen die gegenwärtige Welle der Unterdrückung, die sich gegen die Linke und die palästinensische Minderheit in Israel richtet, aufs Engste mit der Intensivierung der Gewaltanwendung seitens der Armee und der Siedler*innen in den besetzten Gebieten verflochten ist.

Angesichts der Zugewinne der demokratiefeindlichen Rechten in Israel, die von Netanjahu selbst angeführt wird, ist internationale Solidarität mehr denn je notwendig. Eine Intensivierung der öffentlichen Kontakte mit der Gemeinsamen Liste ist in dieser Situation ein Gebot der Stunde.

Übersetzt von Ursula Wokoeck Wollin

Hana Amoury ist Projektmanagerin im Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

Yossi Bartal ist ein in Berlin lebender Aktivist und Autor.

Tsafrir Cohen leitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

Anmerkungen

1 Netanjahu warnt vor arabischen Wählern, in: Die Zeit, 17. März 2015, zeit.de/politik/ausland/2015-03/israel-benjamin-netanjahu-parlamentswahl-appell.

2 Zahalka, Jamal, The Joint List: a united front or a national front, in: Mada al-Carmel – Jadal 25, Januar 2016.

3 Khoury, Elias: Yes to the Joint List, in: al-Quds al-Arabi, 9. März 2015.

4 Basierend auf der Untersuchung und den Interviews, die von den Autor*innen durchgeführt wurden.

5 Ebd.

6 Ebd.

7 Rudintzky, Arik, Tel Aviv Notes: Arab Politics in Israel and the 19th Knesset Elections, Moshe Dayan Center 2013.

8 Dokumentiert: Die Mizrahi-Palästinensische Partnerschaft, in: rosalux.org.il/dokumentiert-die-mizrachi-palastinensische-partnerschaft/.

9 Gemäß eines auf der Webseite des israelischen allgemeinen Sicherheitsdienstes veröffentlichten Berichts waren vier Prozent der Angreifer in der jüngsten Welle der Gewalt israelische Bürger*innen.

10 Arab MPs in Israel's Knesset suffer incitement and hate (Arabische Parlamentsabgeordnete in Israels Knesset leiden unter Hetze und Hass), in: Al Jazeera, 23. Oktober 2015.



Ayman Odeh, Vorsitzender der Gemeinsamen Liste, bei einer Wahlparty in Jaffa am 14. März 2015. Foto: Activestills

Mitglieder der Gemeinsamen Liste in einer Demonstration gegen die Besetzung, Tel Aviv, 28. Mai 2016. Foto: Activestills



Demonstration von Lehrer*innen,
Tel Aviv, 2011. Foto: Activestills

Koach La-Ovdim – Eine Gewerkschaft von unten

Assaf Bondi

Die neue Basisgewerkschaft Koach La-Ovdim („Macht den Arbeitern“) setzt sich für unorganisierte Arbeiter*innen ein und erzielt beachtliche Erfolge.

Der Aufstand der Putzfrauen von Beersheva

Am 22. Mai 2011 ereignete sich an der Ben-Gurion-Universität im Negev eine wahre Revolution. Zum ersten Mal organisierten sich von Auftragsfirmen¹ beschäftigte Reinigungskräfte innerhalb der Gewerkschaft Koach La-Ovdim – Irgun Ovdim Demokrati (Macht den Arbeitern – Demokratische Arbeiterorganisation), und ihr „Betriebsrat“² organisierte den ersten Generalstreik, nachdem lange Kollektivverhandlungen ergebnislos geblieben waren. Unter der Führung von sieben älteren Putzfrauen, die aus Russland, Marokko, Georgien und dem Kaukasus nach Israel eingewandert und für ihre Arbeit auf dem Universitätsgelände von sekundären Auftragsfirmen angestellt sind, gelang es dem „Betriebsrat“, auch viele Student*innen und Dozent*innen für ihre zahlreichen lautstarken Aufklärungs- und Protestaktionen zu mobilisieren. Die Streikenden verlangten von der Universitätsleitung, die bestehende ausbeuterische Praxis der Anstellung über Auftragsfirmen zu beenden und die Putzfrauen, die meist seit Jahrzehnten auf dem Campus der Universität arbeiten, direkt einzustellen und ihre Gehälter zu erhöhen.

Bereits nach dem ersten Streiktag, an dem alle Einrichtungen und Gebäude der Universität ungereinigt blieben, erzielte der „Betriebsrat“ einen ersten Sieg: Die privaten Auftragsfirmen, bei denen die Putzfrauen angestellt sind, schlossen mit dem „Betriebsrat“ einen speziellen Kollektivvertrag³ ab – ein Präzedenzfall in der israelischen Geschichte. Die Medien widmeten den Putzfrauen und ihrem „Betriebsrat“ an der Negev-Universität große Aufmerksamkeit. Sie waren Thema in den Hauptnachrichtensendungen aller Fernsehkanäle, gaben Interviews im Rundfunk, und in den Tageszeitungen und deren Wochenendbeilagen erschienen längere Reportagen und Berichte über ihren erfolgreichen Arbeitskampf. Die 200 Putzfrauen der Universität, so hieß es, hätten mit ihrer Skandalisierung der ausbeuterischen Anstellungspraxis über Auftragsfirmen (die heute in ganz Israel sehr weit verbreitet ist) und ihrem Widerstand dagegen ein wahres Erdbeben ausgelöst.

Die gewerkschaftliche Organisation von Reinigungspersonal auf Betriebsebene – eine der ersten Abteilungen von Koach La-Ovdim – ist ein gutes Beispiel, um die Geschichte der organisierten Arbeiter*innen in Israel zu untersuchen und insbesondere die faszinierenden Veränderungen der letzten Jahre und das Wiederaufleben des Themas im öffentlichen Diskurs. Im Folgenden wird zunächst auf den politischen Kontext der Geschichte der organisierten Arbeiterschaft in Israel eingegangen und dann auf die Entwicklungen, die den dramatischen Veränderungen in den letzten Jahren zugrunde liegen. Vor allem werden die Ursachen – sowohl im öffentlichen Diskurs als auch am Arbeitsplatz – für die erneute Zunahme gewerkschaftlicher Organisation untersucht sowie die wesentlichen politischen Veränderungen, die dieses Phänomen begünstigen.

Gewerkschaftliche Organisation in Israel: die historisch bedingte Vormachtstellung der Histadrut

Israel ist ein Land, dessen politische Grundlagen während der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts von einer kleinen Gruppe von Juden und Jüdinnen gelegt wurden, die angesichts der Ausgrenzung und des Antisemitismus die nationale Befreiung durch „Sammlung aller im Exil Verstreuten“ anstrebten. Die größte und bedeutendste Arbeiterorganisation, die Histadrut (die „Allgemeine Organisation der Arbeiter im Land Israel [Palästina]“) schuf die politischen, wirtschaftlichen und organisatorischen Grundlagen für die Errichtung des Staats. Sie wurde 1920 mit Unterstützung der Zionistischen Organisation von Juden und Jüdinnen gegründet, die sowohl vom Zionismus als

auch von der Arbeiterbewegung in Osteuropa und den revolutionären Entwicklungen in Russland beeinflusst waren. Die meisten waren aus Osteuropa nach Palästina gekommen, um hier einen sozialistischen jüdischen Staat zu errichten.

Da sich die Histadrut als zionistische Organisation verstand, blieben ihre gewerkschaftlichen Ziele und sozialistischen Werte stets dem nationalen Projekt untergeordnet. Die Histadrut wurde als private quasi-staatliche Organisation gegründet, die den jüdischen Bewohner*innen Palästinas als politischer Rahmen diente (durch ihre direkte persönliche Mitgliedschaft in der Organisation und durch die parteipolitische Identität der Leitung) und ihnen medizinische Versorgung (durch die „Allgemeine Krankenkasse“) ebenso zur Verfügung stellte wie Bildungseinrichtungen, Dienste im Finanzsektor (durch die Bank Hapoalim⁴) und auch im Sicherheitsbereich. Parallel dazu diente die Histadrut der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft nach Berufen und in den Fabriken und entwickelte sich mit ihren zahlreichen eigenen Betrieben und Unternehmen (Chevrat HaOvdim⁵) selbst zum wichtigen Arbeitgeber.

Als Organisation, die sich primär für die Verwirklichung des zionistischen Projekts einsetzte, suchte die Histadrut ausschließlich für Juden und Jüdinnen Vollbeschäftigung zu garantieren und den Aufbau einer autonomen jüdischen nationalen Wirtschaft voranzutreiben. Der skizzierte politische Kontext der Gründung der Histadrut und ihrer zentralen Rolle beim Staatsaufbau sind wichtig, um ihre Entwicklung in ein Herrschaftsinstrument zu verstehen, das Arbeiter*innen kontrolliert und ihre Forderungen in Grenzen hält, anstatt ihre sozialen und ökonomischen Interessen zu vertreten.

Die Herrschaftsstruktur der Histadrut war die eines Staats und gründete sich – ähnlich wie bei der Staatsbürgerschaft – auf einer direkten Mitgliedschaft (als Voraussetzung für die Bereitstellung sozialer Dienste und von Arbeitsplätzen) und einer parteipolitischen Führung, die alle vier Jahre gewählt wurde und den gesamten Apparat der Histadrut und ihre Institutionen einschließlich ihrer Wirtschaftsunternehmen kontrollierte.

Diese durch politische Parteien geprägten Strukturen der Histadrut sind bis heute durch einen Mangel an interner Demokratie im Verhältnis zwischen gewählten und ernannten Funktionären gekennzeichnet, insbesondere in Bezug auf ihre Verpflichtung gegenüber den Gruppen von Arbeiter*innen, die in der Histadrut organisiert sind. Wahlen zu den führenden Organen werden relativ selten abgehalten. Die gewählten Funktionäre können ihre Vorgesetzten nicht absetzen. Die Wahlen zu den Arbeiterräten finden stets auf lokaler Grundlage statt, das heißt nach Wohnort und nicht nach Arbeitsplatz. Die örtlichen Arbeiterräte unterzeichnen die Tarifverträge mit Arbeitgebern in ihrem Wohngebiet, das heißt, sie tun dies im Namen von Arbeiter*innen, die sie nicht unbedingt gewählt haben. Dies weist auf erhebliche Demokratiedefizite bei der Histadrut. Damit wird eine wirkliche Einflussnahme der einfachen Arbeiter*innen auf die Organisation und deren Orientierung verhindert.

Im Zuge der fundamentalen politischen Veränderungen nach der Gründung Israels am 14. Mai 1948 begann die Histadrut schrittweise wichtige staatliche Aufgaben an die sich aus ihren Strukturen herausgebildeten Institutionen des neuen Staates abzugeben. So überließ sie dem Staat die Verteidigung, was zum Aufbau der israelischen Armee im Jahr 1948 führte. Die Bildungseinrichtungen der Histadrut wurden 1953 ins staatliche Bildungssystem integriert und 1959 übernahm eine staatliche Behörde die Arbeitsvermittlung. Trotz der weitgehenden Verstaatlichung von sozialen und wirtschaftlichen Funktionen war der Staat nach seiner Gründung nicht autonom. In der Regierungspartei Mapai (Arbeiterpartei in dem Land Israel), die auch die Histadrut kontrollierte, gab es Strömungen und Personen, die daran interessiert waren, die soziale und wirtschaftlichen

Rolle der Histadrut aufrechtzuerhalten und damit auch ihre Autorität und Macht im Land.

Somit blieben zentrale wirtschaftliche und soziale Funktionen über Jahrzehnte in den Händen der Histadrut, zum Beispiel die Chevrat Ovdim, Einzelhandels- und Lebensmittelketten, die genossenschaftlich organisierten öffentlichen Verkehrsbetriebe (Egged und Dan), die Gesundheitsversorgung (die „Allgemeine Krankenkasse“), die Pensionsfonds und viele andere Institutionen. Ihre Kontrolle der öffentlichen Dienstleistungen erlaubte es der Histadrut, ihre beachtliche sozioökonomische Macht zu erhalten. Ihre Monopolstellung im Gesundheitswesen und der Pensionsfonds stellten sicher, dass bis zu Beginn der 1990er Jahre etwa 80 Prozent der israelischen Bevölkerung Mitglied in der Histadrut waren. Mit Chevrat Ovdim herrschte die Histadrut über ein riesiges Wirtschaftsimperium und als zweitgrößter Arbeitgeber in Israel hatte sie auch Einfluss auf die Arbeitsbeziehungen in der Privatwirtschaft. Über ihre Bildungs- und Kultureinrichtungen beeinflusste sie den öffentlichen Diskurs im Land über viele Jahre hinweg.

Da Staat und Histadrut durch dieselbe Partei beherrscht wurden und die Histadrut zudem als wichtiger Arbeitgeber fungierte, entstand ein System institutioneller und Abhängigkeiten zwischen Staat, Histadrut und privaten Arbeitgebern, was die wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht der Histadrut weiter stärkte. Das Resultat davon war, dass die Histadrut nicht mit der vor 1948 ausgeübten und institutionalisierten Rolle als Kontrollinstanz der Arbeiter*innen brach, sondern auch nach der Staatsgründung klassische Gewerkschaftsaufgaben wie die Stärkung und Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten vernachlässigte und sich auch nicht weiter um eine Partizipation und Mitbestimmung ihrer Mitglieder bemühte.

Das politische Bündnis zwischen Staat, privaten Arbeitgebern und Histadrut führte dazu, dass die Histadrut eine Monopolstellung bei der gewerkschaftlichen Interessenvertretung erlangte. Sie war lange Zeit die einzig anerkannte Vertretung der Arbeiterschaft in Israel. Das spiegelte sich auch im Arbeitsrecht wider. Die von politischen Parteien geprägte Struktur der Histadrut, ihre Stellung als bedeutender Arbeitgeber und ihre zionistische nationale Ideologie führten zu einer sehr ungleichen Interessenvertretung der in der Histadrut organisierten Arbeiter*innen – Vorrang in der Interessenvertretung und eine bevorzugte Behandlung erhielten diejenigen, die zur vorherrschenden ethnischen nationalen Bevölkerungsgruppe gehörten und der Regierungspartei Mapai ideologisch nahestanden oder im öffentlichen Dienst angestellt waren.⁶ Im Gegensatz dazu waren Arbeiter*innen, die zu marginalisierten Bevölkerungsgruppen gehörten (Mizrachim, Frauen und palästinensische Israelis) oder in der Privatwirtschaft beschäftigt waren, gewerkschaftlich eindeutig unterrepräsentiert und litten unter relativ schlechten Arbeitsbedingungen. Eine starke Segmentierung des Arbeitsmarktes nach Geschlecht sowie nationaler bzw. ethnischer Zugehörigkeit war die Folge.

Das Erstarken einiger Gruppen von Arbeiter*innen im Zuge von Vollbeschäftigung und allgemeinem wirtschaftlichen Wachstum führte mitunter zur Auflehnung gegen das Kontrollregime der Histadrut (vor allem in den frühen 1960er und späten 1970er Jahren). Ein Beispiel hierfür sind „wilde“ (das heißt von der Histadrut nicht genehmigte) Streiks, mit denen sich Arbeiter*innen der Lohnbegrenzungs politik der Histadrut widersetzen. Die soziale Segmentierung (zwischen ethnischen Gruppen und zwischen Männern und Frauen) und die strukturelle Segmentierung (zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor) ermöglichten es, die bestehenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herrschaftsstrukturen aufrechtzuerhalten, die wiederum die Segmentierung der Arbeiterschaft weiter vorantrieben. Dies wurde besonders deutlich, als Hunderttausende palästinensische Arbeiter*innen aus der Westbank und dem

Gazastreifen nach deren Eroberung im Krieg von 1967 auf dem israelischen Arbeitsmarkt erschienen. Dies vertiefte die Diskrepanz zwischen jüdischen und palästinensischen Arbeiter*innen und schwächte die Stellung der Arbeiter*innen allgemein auf dem Arbeitsmarkt.

Obwohl etwa 80 Prozent aller Arbeiter*innen in der Histadrut organisiert waren, führten strukturelle Benachteiligungen und offene Diskriminierungen wegen Geschlecht und/oder nationaler und ethnischer Zugehörigkeit zunehmend zu Spannungen. Immer größere Gruppen von Arbeiter*innen fühlten sich durch die Herrschaftsmechanismen der Histadrut und des Staates benachteiligt. Als die wiederholten Forderungen nach besserer Vertretung und nach Veränderung in der Politik sowohl in der Histadrut als auch im Staat auf taube Ohren stießen, verstärkte sich das Gefühl der Benachteiligung und Diskriminierung und führte 1977 zur politischen Wende, in der der Likud die Regierung übernahm (nachdem fast 30 Jahre lang eine sozialdemokratische Partei, Mapai/Arbeitspartei die Herrschaft innehatte). Die politische Wende bedeutete auch das Ende der Allianz zwischen Staat und Histadrut.

Dies förderte eine tief greifende Veränderung des politisch-ökonomischen Systems in Israel und die Einführung einer ausgesprochen neoliberalen Ideologie und Praxis, die besonders in den Wirtschaftsreformen der 1980er und 1990er Jahre zum Ausdruck kam. Diese Reformen führten zur Privatisierung großer Teile des öffentlichen Wirtschaftssektors und der Histadrut-eigenen Chevrat Ovdim sowie zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für viele Gruppen von Arbeiter*innen und zu zunehmender Ungleichheit. Wie erwähnt, herrschte in der Histadrut eine sehr ungleiche Interessenvertretung der in ihr organisierten Arbeiter*innen vor und in vieler Hinsicht stützte sich die Macht der Histadrut auf die im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Die massive Privatisierung sowie die Umstrukturierung des Gesundheitswesens (die „Allgemeine Krankenkasse“ wurde von der Histadrut getrennt) hatten zur Folge, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad von seinem Spitzenwert von 80 auf 25 Prozent aller Arbeiter*innen zurückging. Das bedeutete für die Histadrut einen einschneidenden Verlust an Ressourcen und Legitimität. Zugleich verwandelte sich die Histadrut von einer in einem breiten Spektrum von Dienstleistungen involvierten Organisation in eine, die sich nunmehr vorrangig auf gewerkschaftliche Arbeit konzentriert. Diese Transformationsprozesse kamen besonders deutlich in den Histadrut-Wahlen im Jahr 1994 zum Ausdruck.

Koach La-Ovdim: Die organisierte Arbeiterschaft geht neue Wege

Zurück zum Arbeitskampf der Putzfrauen in Beerschewa und ihrer Gewerkschaft Koach La-Ovdim. Heute, wie schon während der ersten Jahrzehnte der staatlichen Existenz Israels, sind Reinigungskräfte zumeist neu zugewanderte Immigrant*innen. Da sie zu einer sozialen Randgruppe gehören, finden sie sich meist in den untersten Schichten des israelischen Arbeitsmarktes wieder. Die mangelnde gewerkschaftliche Interessenvertretung für diese untersten Arbeiterschichten führt dazu, dass sich ihre extrem schlechte wirtschaftliche Situation nicht verbessert. Mit der Ausbreitung der indirekten Beschäftigung – durch sekundäre Auftragsfirmen – im Reinigungssektor hat sich die Situation dieser Arbeiter*innen noch weiter verschlechtert, weil es in dieser Art von Beschäftigung keine gewerkschaftliche Vertretung gibt und auch keine Kontrolle der Einhaltung der Rechte der Arbeiter*innen.

Die Histadrut, die lange Zeit die einzig anerkannte Gewerkschaftsorganisation in Israel war, bemühte sich darum, diese Art von Beschäftigung in Tarifverträgen, die sie mit Auftragsfirmen

und Leiharbeiterfirmen schloss, zu verankern. Dies geschah mit Unterstützung der (zunehmend neoliberal ausgerichteten) staatlichen Politik. Diese Verträge legitimierten die indirekte Beschäftigung von Reinigungskräften, ohne ihnen eine gewerkschaftliche Vertretung auf Betriebsebene zu gewähren, und zugleich erlaubt es, die Mitgliedsbeiträge für die Histadrut von ihren Gehältern abzuziehen. So wurde in den 1970er Jahren von der Histadrut ein Abkommen mit der Vereinigung der Auftragsfirmen im Reinigungsgewerbe geschlossen, ohne Organisation oder Konsultierung der betroffenen Arbeiter*innen. Dieses Abkommen wurde einige Jahre später auf alle Wirtschaftszweige in Israel ausgeweitet. Seit den 1970er Jahren existiert diese Art der indirekten Beschäftigung in der israelischen Wirtschaft und wurde zu einer wenn auch missbräuchlichen und diskriminierenden, so doch akzeptierten und normativen Form der Beschäftigung, und das mit der vollen Unterstützung der größten Gewerkschaftsorganisation im Land, während sich die Arbeiter*innen nicht anders organisieren konnten, um ihre Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die Verschlechterung der Situation der arbeitenden Bevölkerung und die rasante Ausbreitung vieler missbräuchlicher Beschäftigungsformen führten zur öffentlichen Debatte über mögliche Lösungsansätze für die Notstände am Arbeitsmarkt und die wachsende soziale Kluft in der israelischen Gesellschaft. So begann Anfang 2000 eine Gruppe von sozial engagierte Aktivist*innen mit benachteiligten und schutzlosen Arbeiter*innen zusammenzuarbeiten und ihnen dabei zu helfen, sich selbst gewerkschaftlich zu organisieren, um ihre Situation zu verbessern. Zwei junge Regisseure begleiteten beispielsweise die Arbeiter*innen des Unternehmens Haifa Chemicals Süd⁸ in ihrem mutigen Kampf um ihr Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren – zum ersten Mal in der Firmengeschichte. Dieser Kampf endete für die Arbeiter*innen mit einer bitteren Niederlage: Die Histadrut war nicht bereit, die Streikenden, die sich im Werk verbarrikadiert hatten, zu unterstützen. Die Unternehmensleitung ließ das Fabrikgelände mit großer Gewalt räumen, mit Rückendeckung von der Polizei und der Regierung.

Im Jahr 2007 begleitete Liat Yakir, eine sozial engagierte Aktivistin und Wissenschaftlerin am Weizmann-Institut in Rehovot, den Streik der Zeitarbeiter*innen bei der israelischen Post. Dieser richtete sich gegen ihre im Vergleich zu den Festangestellten deutlich schlechteren Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen. Die Forderungen und Demonstrationen der streikenden Postler*innen erhielten in den Medien ausgesprochen viel Aufmerksamkeit, obwohl die Histadrut auch in diesem Fall ihre Unterstützung verweigerte. Der Kampf der Postler*innen bestärkte auch die Arbeiter*innen im Lager der Bekleidungsfirma Castro in ihren Bemühungen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Mit Diego Sirata an der Spitze, einem aus Lateinamerika stammenden Aktivist, wandte sich die Belegschaft gegen die Entlassung langjähriger Mitarbeiter*innen – auch hier ohne Beistand der Histadrut.⁹ Der wohl bedeutendste Arbeitskampf jener Zeit war der Streik von Zeitarbeiter*innen am Ben-Gurion-Flughafen, angeführt von Ami Veturi, Ökonom und Historiker an der Universität Haifa. Den annähernd 200 temporär für die Gepäckabfertigung eingestellten Arbeitskräften gelang es, den Flughafen vier Tage lang lahmzulegen und auf diese Weise die geplante Kündigung von zahlreichen Kolleg*innen zu verhindern.

Diese und ähnliche Arbeitskämpfe machten einer wachsenden Gruppe von Aktivist*innen und benachteiligten Arbeiter*innen deutlich, dass es notwendig ist, eine politische Alternative zu der in Israel existierenden Gewerkschaftsstruktur zu schaffen. Angesichts der Weigerung der Histadrut, sich für die Rechte und Forderungen von Geringverdienenden und derjenigen Beschäftigten einzusetzen, die nicht vom Tarifsysteem erfasst sind, war klar, dass eine neue Form der organisierten gewerkschaftlichen

Interessenvertretung dringend benötigt wurde. Diese sollte es lange vernachlässigten Gruppen von Erwerbstätigen ermöglichen, über ihre Arbeits- und Lebensbedingungen mitzubestimmen. So kam es im Jahr 2007 zur Gründung von Koach La-Ovdim – Irgun Ovdim Demokrati, einer Organisation, die in ihrer Struktur und inhaltlichen Ausrichtung den Wunsch der Gründer*innen widerspiegelt, die politische Realität in Israel durch eine radikale Demokratisierung der Arbeitsbeziehungen nachhaltig zu verändern.

Nach dem Vorbild skandinavischer Gewerkschaften schafft Koach La-Ovdim eine kompromisslos demokratische Grundlage als neue Norm gewerkschaftlicher Organisation. Mitglieder von Koach La-Ovdim sind entweder am Arbeitsplatz organisiert oder schließen sich der „allgemeinen“ Sektion an, der auch Aktivist*innen angehören, die sich aus ideologischen Gründen angeschlossen haben. Einmal im Jahr wählen die Mitglieder von Koach La-Ovdim ihre Vertreter*innen für die Delegiertenversammlung, in der über die politische Stoßrichtung sowie über zentrale organisatorische Fragen und Aufgaben entschieden wird. Die Versammlung wählt zudem ein „Organisationsteam“,¹⁰ das als Leitungsgremium fungiert, und ernennt die Funktionäre. Alle Funktionäre, gewählten Organe und deren Mitglieder können mit einfacher Mehrheit der Stimmen von der Delegiertenversammlung abgesetzt werden. Diese Organisationsstruktur ermöglicht es den Mitgliedern, Einfluss auf die politische Ausrichtung ihres Gewerkschaftsverbands zu nehmen; zudem stärken sie die Verbindung zwischen den verschiedenen lokalen Gewerkschaftsgruppen und den Arbeiter*innen. Die demokratische Struktur findet auch darin ihren Ausdruck, dass die Gesamtorganisation nicht durch Bürokrat*innen oder Parteikader gesteuert wird, sondern vornehmlich durch ihre Mitglieder. Die einzelnen lokalen Gruppen handeln nach radikaldemokratischem Prinzipien. So benötigt zum Beispiel die Entscheidung über den Abschluss eines Tarifvertrags oder über die Beendigung eines längeren Streiks die Zustimmung aller Mitglieder der lokalen Gewerkschaftsgruppe.

Koach La-Ovdim hat nicht nur hohe ideelle Ansprüche, sondern kann auch durchaus reale Erfolge aufweisen: So erzielte die gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten eines großen Cafés in Tel Aviv den ersten Kollektivvertrag in dieser Branche. Auch die noch in ihren Anfängen befindliche gewerkschaftliche Organisation von Arbeiter*innen in Reinigungs- und Sicherheitsfirmen führte zu bedeutsamen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Koach La-Ovdim begleitete im Jahr 2011 den längsten Streik in der Geschichte Israels, und zwar in der Fabrik Haifa Chemicals im Norden des Landes, der fast sechs Monate dauerte.¹¹ Erstmals konnten sich indirekt durch Auftragsfirmen beschäftigte Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen und andere Arbeiter*innen, die jahrelang von der Histadrut vernachlässigt worden waren, gewerkschaftlich organisieren.

Im Jahr 2015 zählte Koach La-Ovdim rund 16.000 Mitglieder und vertrat mehr als 20.000 Arbeiter*innen an verschiedenen Arbeitsplätzen. Neben den organisatorischen Leistungen sind auch einige juristische Erfolge zu nennen, insbesondere Gerichtsentscheidungen, die die gewerkschaftliche Arbeit erleichtern und fördern (wie zum Beispiel die Definition des „Betriebs“ und der Befugnisse der gewerkschaftlichen Organisation dort), sowie eine allgemeine Belebung des kollektiven Arbeitsrechts.

Wie bereits angedeutet, verfügen diese Arbeiter*innen über Bündnispartner*innen und sind in ihrem Kampf nicht auf sich allein gestellt. Sie erhalten Unterstützung von zahlreichen sozial engagierten Aktivist*innen, von denen die meisten ehrenamtlich arbeiten. Sie sind der Überzeugung, dass eine auf Klassenfragen ausgerichtete Politik und eine gewerkschaftliche Organisation die israelische Linke, die heute eher unbedeutend ist, stärken und ihren gesellschaftlichen Einfluss vergrößern kann. Die

Aktivist*innen – darunter Junge und Alte – sind gleichberechtigte Partner*innen in der neuen Gewerkschaftsorganisation. Sie sind das demokratische Gegenstück zum bürokratischen Aufbau etablierter Gewerkschaften, wo von oben eingesetzte Sekretäre und Funktionäre das Sagen haben. Auf diese Weise – unterstützt und begleitet von vielen Idealist*innen – gelingt es Koach La-Ovdim bislang recht gut, ihrem demokratischen Anspruch gerecht zu werden. Sie hat sich zu einer dynamischen Organisation entwickelt, die von ihren Mitgliedern und deren Kraft getragen wird, und nicht von externen Faktoren.

Ihr gemeinsames Handeln und ihre gemeinsamen Interessen spornen die Arbeiter*innen, die sich in Koach La-Ovdim organisiert haben, um ihre Arbeitsbedingungen an ihrem spezifischen Arbeitsplatz und seiner unmittelbaren Umgebung zu verbessern, dazu an, anderen Arbeiter*innen beizustehen, die sich auch zum ersten Mal gewerkschaftlich organisieren. Dies stärkt die Solidarität zwischen den Mitgliedern – Arbeiter*innen und Aktivist*innen – und bietet eine Basis nicht nur für Aktionen, die auf eine Veränderung des Arbeitsmarkts ausgerichtet sind, sondern auch für neue politische Handlungsformen, die darauf abzielen, einen umfassenden politischen Wandel herbeizuführen.

In den acht Jahren der Aktivitäten von Koach La-Ovdim – einer Organisation, die sich darum bemüht, das Defizit an gewerkschaftlicher Vertretung der Arbeiter*innen in Israel zu überwinden – zeichnet sich eine schrittweise Verbesserung in der israelischen Gesellschaft ab, einer Gesellschaft, die durch starke Spaltung und Segmentierung (in nationaler, ethnischer, politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht) gekennzeichnet ist. Es ist Koach La-Ovdim gelungen, zur Entstehung einer grundlegenden Solidarität beizutragen und soziale Gruppen, die in der Vergangenheit Gewerkschaftspolitik fernstanden (wie zum Beispiel aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eingewanderte Menschen, Palästinenser*innen, Mizrachim und Frauen), in die Organisation einzubinden und miteinander zu verbinden. So sind in Koach La-Ovdim heute unter anderem Fabrikarbeiter*innen, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Pflege- und Wachpersonal gewerkschaftlich organisiert, palästinensische Israelis organisieren sich gemeinsam mit nationalreligiösen und ultraorthodoxen jüdischen Frauen; und im Pflegebereich beschäftigte Frauen aus nicht anerkannten Beduinendörfern im Negev¹² arbeiten zusammen mit Männern, die als Wächter in Siedlervierteln in Ost-Jerusalem ihren Lebensunterhalt verdienen. Diese neuen Verbindungen zwischen ethnisch und ideologisch sehr unterschiedlichen Teilen der israelischen Gesellschaft führen mitunter auch zu erheblichen Problemen und moralischen Dilemmata. Dies war zum Beispiel der Fall, als es darum ging, eine Gruppe von Wachleuten gewerkschaftlich zu organisieren, die Häuser in Ost-Jerusalem bewachen, aus denen die palästinensischen Bewohner*innen durch Zwangsräumung entfernt worden waren. Solche Konfliktkonstellationen stellen die noch junge Organisation und ihre Mitglieder vor komplizierte Herausforderungen. Aber die demokratischen Entscheidungsstrukturen von Koach La-Ovdim ermöglichen es, diese sehr verschiedenen gegensätzlichen Gruppen in der israelischen Gesellschaft zum ersten Mal auf der Basis ihrer Klassenzugehörigkeit zu integrieren.

Die neu organisierte Arbeiterschaft – Chance für eine neue linke Politik?

Die beschriebene neue gewerkschaftliche Organisation und ihre politische Ausrichtung haben natürlich die vorherrschenden gewerkschaftlichen und politischen Eliten verärgert, insbesondere die Histadrut, die Koach La-Ovdim als subversive Organisation ansieht, die angeblich die Einheit der Arbeiterklasse untergrabe. Die Histadrut sieht darin vor allem eine Bedrohung ihrer langjährigen unbestrittenen Vormachtstellung als einzig anerkannter

Gewerkschaftsverband und des sich daraus ergebenden „Burgfriedens“ mit den Unternehmern. Die Feindseligkeit, mit der die Histadrut-Führung der jungen Organisation begegnet, hat auch praktische Konsequenzen. So ist es in den vergangenen Jahren wiederholt zu erbitterten Konkurrenzkämpfen auf Betriebsebene zwischen beiden Gewerkschaften gekommen. Wo Koach La-Ovdim Erfolge mit Präzedenzcharakter erzielen konnte, versuchte die Histadrut, diese für sich zu verbuchen. Als sich zum Beispiel die Arbeiter*innen eines Betonwerks des Unternehmens Ackerstein mit Koach La-Ovdim gewerkschaftlich organisierten, entstanden „überraschend“ in den anderen beiden Werken von Ackerstein Betriebsräte, womit der gewerkschaftliche Vertretungsanspruch von Koach La-Ovdim für alle Beschäftigten unterlaufen wurde. An der Open University, Israels größter Universität, schlossen sich 100 in der Histadrut organisierte Dozent*innen zusammen, um gegen eine Vereinbarung zu protestieren, die der Betriebsrat der nicht festangestellten akademischen Mitarbeiter*innen und Koach La-Ovdim zuvor im Namen von 1.300 Dozent*innen mit der Universitätsleitung geschlossen hatte. Die kleine Dozentengruppe wollte, dass die Vereinbarung zurückgezogen und die Histadrut an der Universität als einziges gewerkschaftliches Vertretungsorgan anerkannt wird; sie scheiterte jedoch mit diesem Vorhaben.

Die Rivalität, die zutage tritt, wenn Arbeiter*innen es vorziehen, sich in Koach La-Ovdim gewerkschaftlich zu organisieren und nicht in der Histadrut (die häufig als zu kompromissbereit gegenüber Arbeitgebern und zu sehr auf die Förderung der Interessen von starken Arbeitnehmergruppen konzentriert gesehen wird), bringt jedoch insgesamt eine produktive Unruhe in den Arbeitsmarkt. Sie erhöht die Fähigkeit und Freiheit der Arbeitnehmer*innen, sich zu organisieren, und zwingt zugleich den etablierten Gewerkschaftsverband zu Reformen. So hat in der Histadrut, die nach wie vor die größte und bedeutendste israelische Gewerkschaftsorganisation ist, ein Umdenken stattgefunden, das sich unter anderem in der Gründung einer neuen Abteilung ausdrückt, die seit 2009 das Ziel verfolgt, neue Beschäftigtengruppen zu organisieren (und das 90 Jahre nach Gründung der Histadrut). An der Spitze dieser neuen Abteilung stehen junge gewerkschaftliche Aktivist*innen, die aus dem mit der Histadrut verbundenen Jugendverband „Föderation der arbeitenden und studierenden Jugend“ hervorgingen. Seither konnte die Histadrut 45.000 neue Mitglieder verbuchen. Sie stammen beispielsweise aus der Mobiltelefonbranche (hier hat die Histadrut von 2012 bis 2014 eine erfolgreiche Kampagne zur gewerkschaftlichen Organisation durchgeführt), aus dem Kreditkartenwesen oder arbeiten für Rentenversicherungsgesellschaften. Neben diesen neuen Betätigungsfeldern versucht die Histadrut auch die Interessenvertretung und Einbeziehung der schon länger unter ihrem Dach organisierten Beschäftigtengruppen zu verbessern und dadurch weiterreichende soziale Ziele zu verwirklichen, wie zum Beispiel die Forderung nach Anhebung des Mindestlohns, nach Verlängerung des Jahresurlaubs oder nach mehr Arbeitsplätzen für Behinderte.

Allerdings wurde die Organisationsstruktur der Histadrut – die weiterhin von politischen Parteien dominiert wird und nicht von auf Betriebsebene gewählten Vertreter*innen – bisher beibehalten, wodurch sie im starken Widerspruch zu den demokratischen Veränderungen in ihrem Umfeld steht.

Im Zentrum der Auseinandersetzungen mit Koach La-Ovdim steht die autoritäre Struktur der Histadrut, die die Möglichkeit, dass Arbeiter*innen die Organisation leiten und ihre allgemeine Politik bestimmen, stark einschränkt. Deshalb üben die demokratischen Strukturen von Koach La-Ovdim eine große Anziehungskraft auf Arbeiter*innen aus, die über ihr Schicksal selbst entscheiden möchten und in ihrer internen gewerkschaftlichen Organisation autonom sein wollen. Durch den wachsenden

Einfluss von Koach La-Ovdim auf den Arbeitsmarkt stellen seine demokratischen Strukturen, in denen die Entscheidungen der Arbeiter*innen und ihrer gewählten Vertreter*innen im Mittelpunkt stehen und nicht irgendwelche von politischen Parteien eingegangenen Kompromisse oder Beziehungen zu staatlichen Behörden, eine zentrale Herausforderung für die israelische Arbeiterbewegung dar. Von Arbeiter*innen getroffene Entscheidungen und ihre direkte Einflussnahme auf ihr Schicksal können die israelische Gesellschaft in eine bessere und insbesondere demokratischere Zukunft führen.

Der Überblick über die Entstehung von „Koach La-Ovdim – Irgun Ovdim Demokrati“ zeigt, dass sich dadurch auch neue Horizonte für linke Politik, die derzeit unter bedrohlichem Verfall leidet, eröffnen. Die spannende Geschichte des „Betriebsrats“ der Putzfrauen in Beerschewa stieß in jedem israelischen Haushalt auf Interesse angesichts der Tatsache, dass die starken Proteste im Jahr 2011 bereits die sozioökonomischen Fundamente des Landes mit der Forderung nach „sozialer Gerechtigkeit“ auf dem Arbeitsmarkt erschütterten hatten. Diesen Protesten waren damals keine konkreten Schritte gefolgt und die Ursachen der wachsenden sozialen Ungleichheit blieben unberührt. Durch ihre harte politische Arbeit könnten die Putzfrauen als benachteiligte Gruppe, die sowohl geografisch als auch sozial in der Peripherie des Landes leben und arbeiten, immer mehr Aktivist*innen und Arbeiter*innen ansprechen, die auch indirekt über Auftragsfirmen beschäftigt sind, die die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Systems erleben und sich nun daran machen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und anderen bei der gewerkschaftlichen Organisation zu helfen, weil sie darin eine effektive und starke Basis sehen, um soziale und politische Veränderungen zu bewirken. In den politischen Aktivitäten dieser Arbeiter*innen, die tagtäglich die Differenzen, die unter ihnen bestehen, also auch die, die zwischen ihnen und ihrer Umgebung bestehen, überbrücken müssen, zeichnet sich eine neue Strategie für eine demokratische Arbeiterorganisation ab. Diese Strategie fördert einen wirksamen politischen Kampf, geführt von Arbeiter*innen aller Bevölkerungsgruppen, gegen die fortlaufende Neoliberalisierung der israelischen Gesellschaft und Wirtschaft und für eine starke wirklich demokratisch-sozialistische Gesellschaftsordnung.

Übersetzt von Ursula Wokoock Wollin

Assaf Bondi ist Koordinator der Sektion Verkehr in Koach La-Ovdim und Doktorand am Fachbereich Arbeit der Tel Aviv Universität.

Anmerkungen

- 1 In Israel gibt es eine weitverbreitete Form des „outsourcing“, die nach deutschem Recht in zwei Kategorien aufgeteilt werden kann. Zum einen ist dies ein Arrangement mit einer Leiharbeiterfirma, wenn zum Beispiel die Schreibkräfte in einem Ministerium von einer solchen gestellt werden. Im Gegensatz zum ursprünglichen Konzept, wonach Leiharbeiter*innen zur Überbrückung temporärer Engpässe eingesetzt werden, handelt es sich hier um ein permanentes Arrangement, das heißt in dem genannten Beispiel, dass das Ministerium für die regelmäßig anfallende Schreibarbeit kein eigenes Personal anstellt, sondern lediglich Leiharbeiter*innen verwendet. Zum anderen gibt es eine Art Werkvertrag, was die in Israel am häufigsten verwendete Variante ist. Hierbei schließt die Institution oder Firma einen Werkvertrag mit einer anderen Firma ab, die sich gegen Bezahlung einer vereinbarten Summe zu einer bestimmten Leistung verpflichtet, wie zum Beispiel eine bestimmte Anzahl von Räumen zu reinigen oder (für Schulen) eine bestimmte Anzahl von Unterrichtseinheiten zu halten. In beiden Varianten bedeutet das für die Arbeiter*innen, dass sie bei der Auftragsfirma angestellt sind, wodurch die Tarifverträge des öffentlichen Diensts zum Beispiel nicht für sie gelten. Und obwohl es sich um Dauerarrangements handelt, sind ihre Arbeitsverträge meist Zeitverträge, und oft werden sie nur für tatsächlich geleistete Arbeit entlohnt (so sind unter anderem Feiertage unbezahlt). Während nach deutscher Rechtsprechung Institutionen oder Unternehmen, die Leiharbeiter*innen einsetzen oder Werkverträge vergeben, zumindest subsidiär für den Lohn und die Sozialabgaben für die Arbeiter*innen haften, gibt es eine solche Haftung nach israelischem Recht nicht. Im Falle der Nichtbezahlung können die Arbeiter*innen nur ihren direkten Arbeitgeber verklagen. Diese Situation wird noch dadurch verschärft, dass die Auftragsfirmen zu meist ihre Aufträge weiterleiten. In der Regel schließen große Auftragsfirmen Leiharbeiterverträge oder Werkverträge mit öffentlichen Institutionen. Dann teilen sie den Auftrag auf und vergeben die Teile an kleinere Firmen, die den Auftrag entweder ausführen oder ihn wiederum aufteilen und an noch kleinere Firmen vergeben. Dadurch sind die Arbeiter*innen oft bei relativ winzigen Firmen angestellt, bei denen eine Klage im Falle der Nichtbezahlung in der Regel praktisch aussichtslos ist, weil diese Firmen dann Bankrott anmelden. (Anm. d. Red.)
- 2 Alle Putzfrauen, die auf dem Campus der Universität arbeiten, haben sich organisiert und den „Betriebsrat“ gewählt, der in ihrem Namen ihre Interessen in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern vertritt. Da die Reinigung der Universität über Werkverträge an mehrere (sekundäre) Auftragsfirmen vergeben wurde, arbeiten die Frauen zwar alle in derselben Institution (der Universität), sind aber bei verschiedenen Arbeitgebern angestellt. (Anm. d. Red.)
- 3 Der Kollektivvertrag war für einen bestimmten Arbeitsort gültig und wurde von der örtlichen Arbeiterorganisation unterschrieben (im Gegensatz zu einem allgemeinen Tarifvertrag, der zwischen einer Gewerkschaft und den Arbeitgebern bzw. dem Staat abgeschlossen wird).
- 4 „Arbeiterbank“ – heute einer der größten Banken in Israel. (Anm. d. Red.)
- 5 „Arbeiter-Gesellschaft“ – der Unternehmensverband wurde im Jahr 1923 gegründet und existierte bis in die frühen 1990er Jahre. Bis Anfang der 1980er Jahre war er der zweitgrößte Arbeitgeber in Israel.
- 6 Wobei die Vorbedingung für die Anstellung im öffentlichen Dienst häufig die ideologische Nähe zu Mapai und die Zugehörigkeit zur dominanten ethnischen Bevölkerungsgruppe war. (Anm. d. Red.)
- 7 Nach Ansicht vieler Publizist*innen gehören Reinigungskräfte einer neuen Arbeiterklasse an, in Politik und wissenschaftlicher Literatur nicht selten als Prekariat bezeichnet (abgeleitet von precarious); vgl. Standing, Guy, *The Precariat. The New Dangerous Class*, London 2011.
- 8 Eine im Besitz eines internationalen Konsortiums befindliche Fabrik im Süden Israels, die vor allem Düngemittel für die Landwirtschaft und Chemikalien für die Lebensmittelindustrie herstellt.
- 9 Rapoport, Meron, *Class Struggle at Castro*, Haaretz, 17. September 2007.
- 10 Wofür sich alle Mitglieder von Koach La-Ovdim zur Wahl stellen können.
- 11 Bior, Haim, *Six Month Haifa Chemicals Strike Ends with a Whimper*, Haaretz, 2. November 2011.



Demonstration für Arbeiter*innenrechte, Tel Aviv College, 2014. Foto: Activestills

Protest von Ärzt*innen, Tel Aviv, 2011. Foto: Activestills

Demonstration für Arbeiter*innenrechte, Tel Aviv College, 2014. Foto: Activestills

II Besatzung



Fragmentierte Westbank

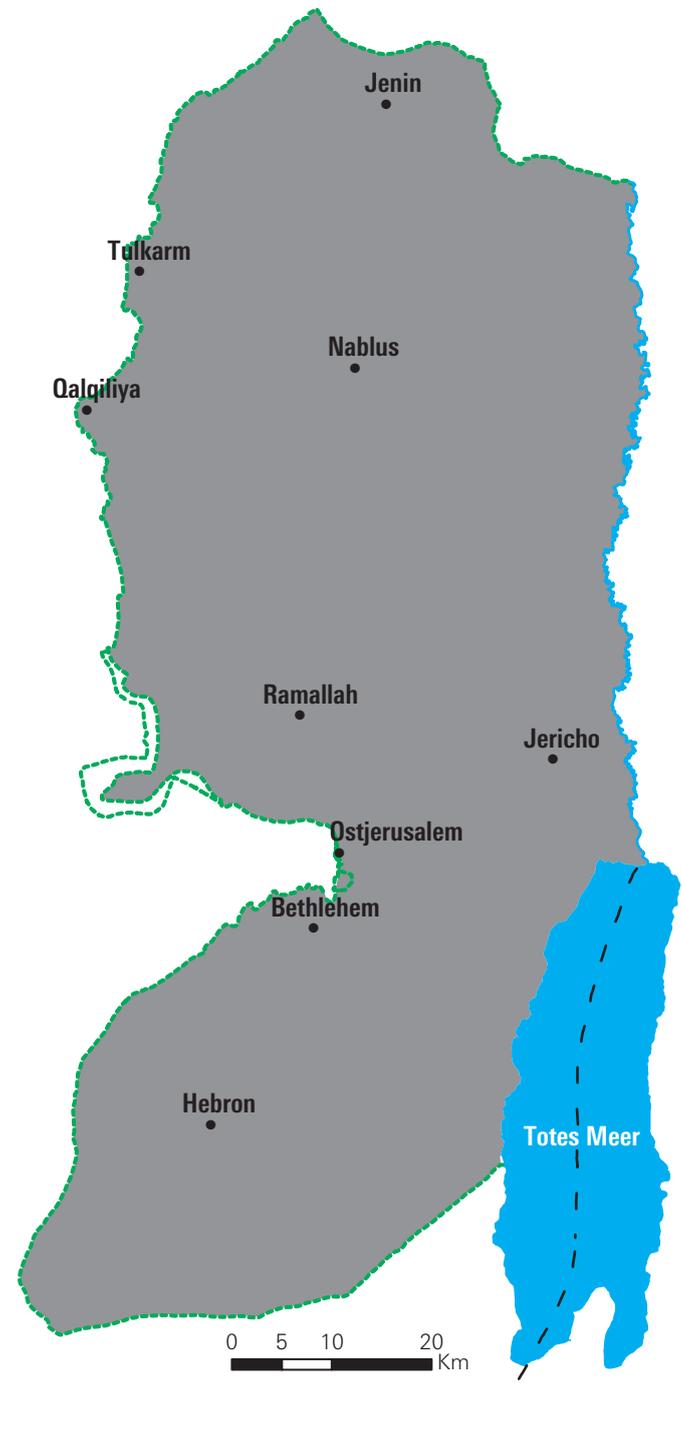


RLS Israel

In der Westbank ist ein fast perfektes System von Ein- und Ausschluss entstanden. Straßensperren und Barrieren, Passierscheine und Terminals, Betonmauern und eingezäunte Enklaven halten die palästinensische Bevölkerung eingeschlossen und unter ständiger Beobachtung. Eine immer stärkere Zerstückelung der palästinensischen Gebiete ist die Folge. Für diejenigen, die es sich nicht mit eigenen Augen ansehen können, haben wir hier Landkarten der Westbank erstellt, anhand derer Ihr nachvollziehen könnt, wie das System in der Westbank funktioniert.

Die Westbank

Die Westbank (auf Deutsch auch Westjordanland genannt) ist ein fast 5.700 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute ca. 2,8 Millionen Palästinenser*innen sowie etwas mehr als 550.000 israelische Siedler*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten, entlang des Jordan-Flusses, an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete des historischen Palästinas, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neugegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert, was allerdings international kaum anerkannt wurde. Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, die Besatzung besteht bis heute fort. Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-)Jerusalems über Ost-Jerusalem und umliegende Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium nach israelischem Recht Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Da nur Ost-Jerusalem und Umgebung von Israel annektiert wurden, untersteht die palästinensische Bevölkerung in der übrigen Westbank (im Gegensatz zu den israelischen Siedler*innen dort) der israelischen Armee. Seit 1982 wurde die direkte Militärherrschaft in zivilen Angelegenheiten durch die sogenannte Zivilverwaltung ersetzt. Im Gegensatz zu dem, was ihr Name vermuten lässt, handelt es sich dabei um eine Behörde, die direkt dem israelischen Verteidigungsministerium unterstellt ist.

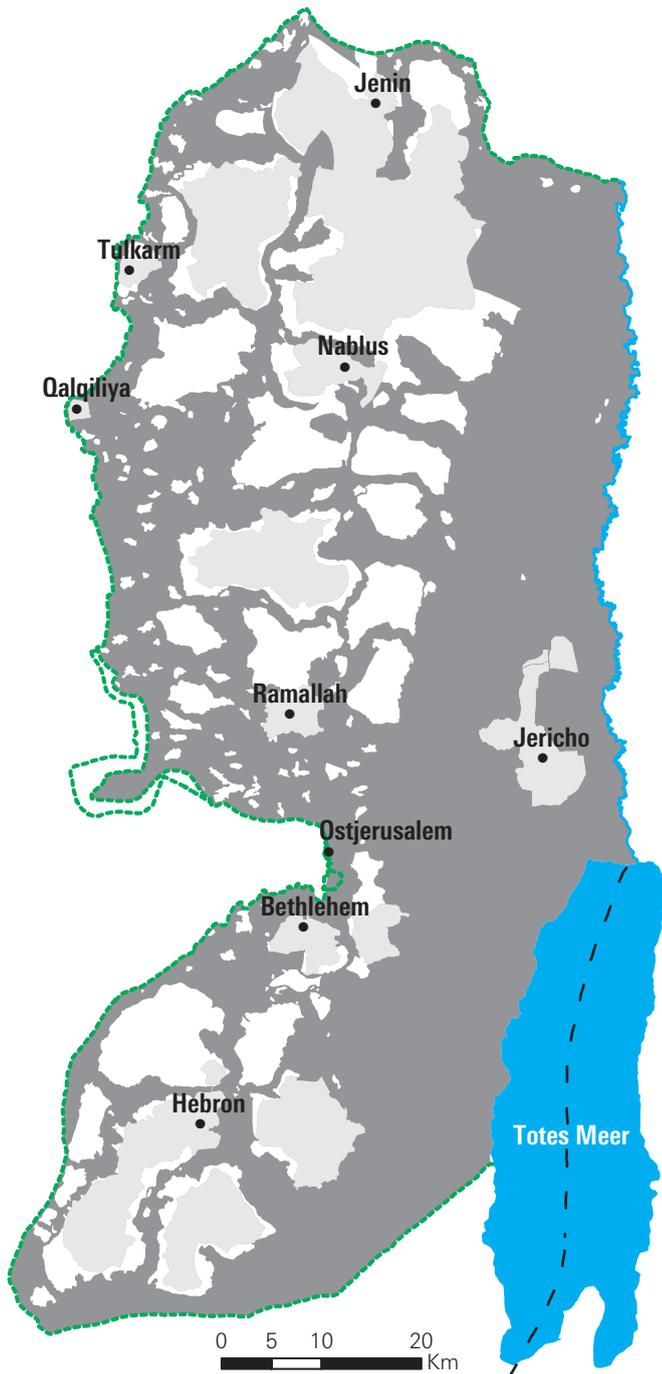


--- Grüne Linie

Die in den Waffenstillstandsabkommen am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) vereinbarten Demarkationslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen. Infolge des Krieges von 1967 besetzte Israel Gebiete über diese Grenzen hinaus. Die Grüne Linie bezeichnet jene international anerkannten Grenzen, die Israel selbst und die besetzten Gebiete voneinander trennt.

Oslo-Abkommen

Die Oslo-Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO (1993 und 1995) klärten zentrale Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht. Diese sollten in späteren Verhandlungen entschieden werden, darunter der endgültige Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von (Ost)Jerusalem, sowie das Ausmaß der Kontrolle und Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Gebieten. Als Übergangsregelung und erste Stufe hin zu einer permanenten Lösung wurden Teile der Westbank und des Gazastreifens der begrenzten Selbstverwaltung durch die zu diesem Zweck geschaffene Palästinensische Autonomiebehörde unterstellt. Die Westbank (ohne das von Israel annektierte Gebiet von Ost-Jerusalem und Umgebung) wurde in drei Zonen eingeteilt:



Zone A&B

Zone A: (ca. 18 Prozent der Fläche der Westbank, ohne das von Israel annektierte Gebiet von Ost-Jerusalem und Umgebung; vor allem die Kernbereiche von palästinensischen Städten und Dörfern) steht (weitgehend) unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung. Nach israelischem Recht dürfen israelische Staatsbürger*innen diese nicht betreten.

Zone B: (ca. 22 Prozent) steht (weitgehend) unter palästinensischer Zivilverwaltung und gemeinsamer israelisch-palästinensischer Sicherheitsverwaltung.

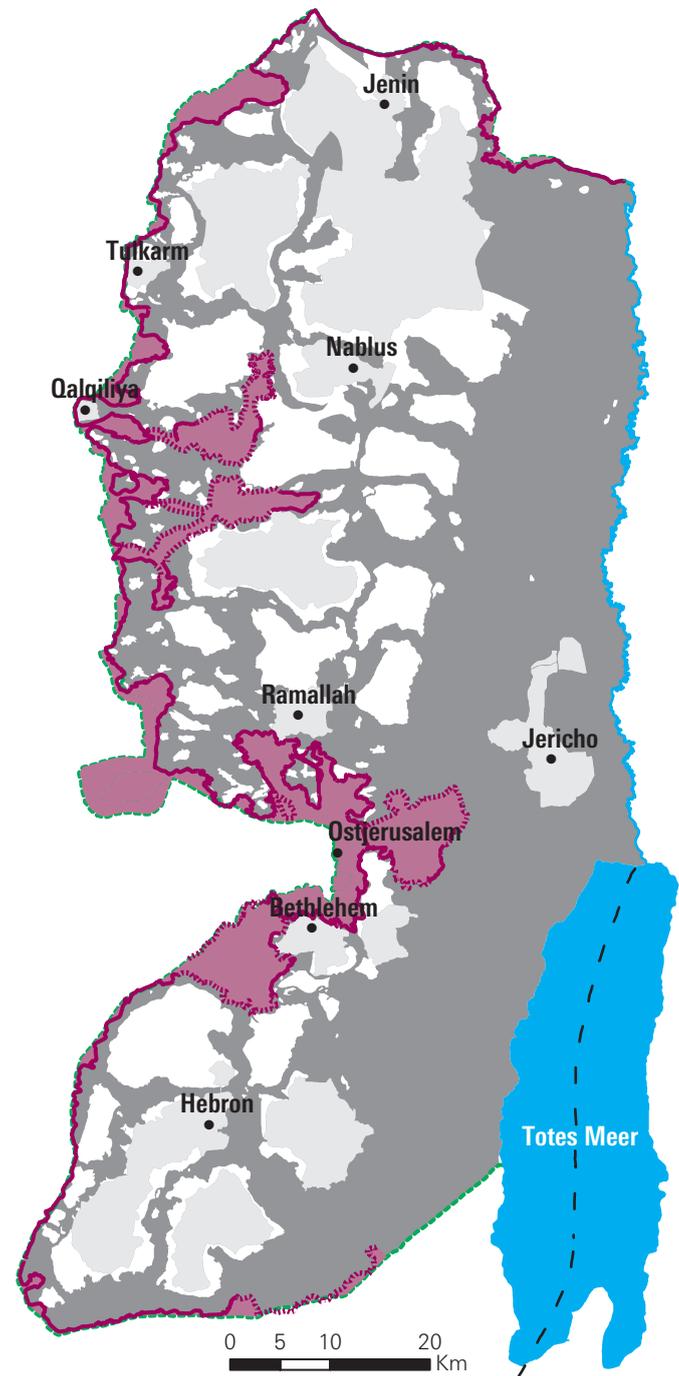


Zone C

Zone C: (ca. 60 Prozent; vor allem freie Flächen und große Teile der landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie alle jüdischen Siedlungen) steht unter israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung. Die völlige israelische Kontrolle der C-Gebiete führt dazu, dass die Gebiete unter palästinensischer Verwaltung geografisch nicht zusammenhängen, sondern aus dicht gedrängten Enklaven (Zonen A und B) bestehen, sodass eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich ist.

Sperranlage

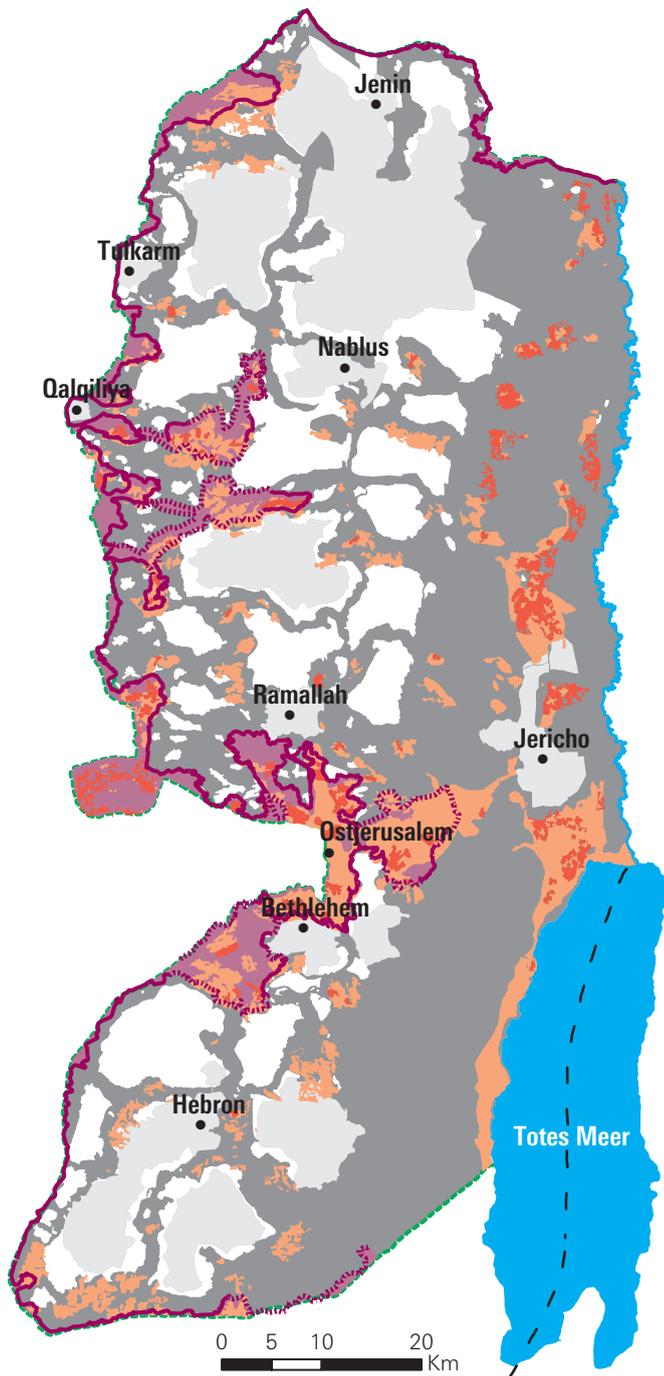
Bereits im Zuge der Ersten Intifada 1992 wurde teilweise mit der Errichtung einer Trennungsbarriere entlang der Grünen Linie begonnen. Während der Zweiten Intifada (2000), in deren Rahmen viele tödliche Anschläge in Israel verübt wurden, beschloss die israelische Regierung, eine durchschnittlich 60 Meter breite Sperranlage an der gesamten Strecke entlangzubauen. Diese wird allerdings zumeist nicht auf der Grünen Linie errichtet, sondern in der Westbank (mitunter bis zu 20 Kilometer von der Grünen Linie entfernt), um manche Siedlungen an Israel anzubinden. Dabei werden ca. 23.000 Palästinenser*innen, die dort leben, von der übrigen Westbank getrennt, ohne dass sie – im Gegensatz zu den israelischen Siedler*innen – Zugang nach Israel haben. Die Sperranlage entzieht der Westbank ca. 3 bis 6 Prozent der Gesamtfläche. Bisher wurden ungefähr 70 Prozent der Sperranlage fertiggestellt. Seit 2014 wird der Weiterbau von der Regierung nicht weiter forciert, insbesondere aufgrund der Kritik der Siedler*innen, die in der Sperranlage einen potenziellen Verzicht auf die übrigen Teile der Westbank sehen.



- fertiggestellt
- - - in Planung
- Gebiet zwischen der Sperranlage und der grünen Linie

Siedlungen

Bezeichnung für israelisch-jüdische Bewohner*innen errichtete Ortschaften oder Stadtviertel in den im Laufe des Krieges von 1967 eroberten und daraufhin besetzten Gebieten. Diese israelischen Siedlungen sind ein klarer Verstoß gegen das Humanitäre Völkerrecht, das den Eroberern die Ansiedlung eigener Bevölkerung auf besetztem Land verbietet, und sind international geächtet. 2014 lebten ca. 550.000 Siedler*innen in den seit 1967 besetzten Gebieten: ca. 350.000 in der Westbank in 125 von der israelischen Regierung genehmigten Siedlungen und in ca. 100 sogenannten Outposts, sprich nicht genehmigten, aber mit staatlicher Hilfe gebauten Siedlungen, sowie ca. 200.000 Siedler*innen im besetzten Ost-Jerusalem. Das jährliche Bevölkerungswachstum beträgt etwa 4,4 Prozent (75 Prozent hiervon natürliches Wachstum, 25 Prozent Zuzug aus Israel und dem Ausland). Unter allen israelischen Regierungen seit der Ermordung des Premierministers Jitzchak Rabin setzte sich das Wachstum der Siedlungen fort. Die Siedlungen und die sie umgebenden Sicherheitszonen dürfen Palästinenser*innen in der Regel nicht betreten. Die Siedlungen im Gazastreifen wurden im Rahmen des israelischen Abzugs aus dem Gazastreifen (2005) geräumt.



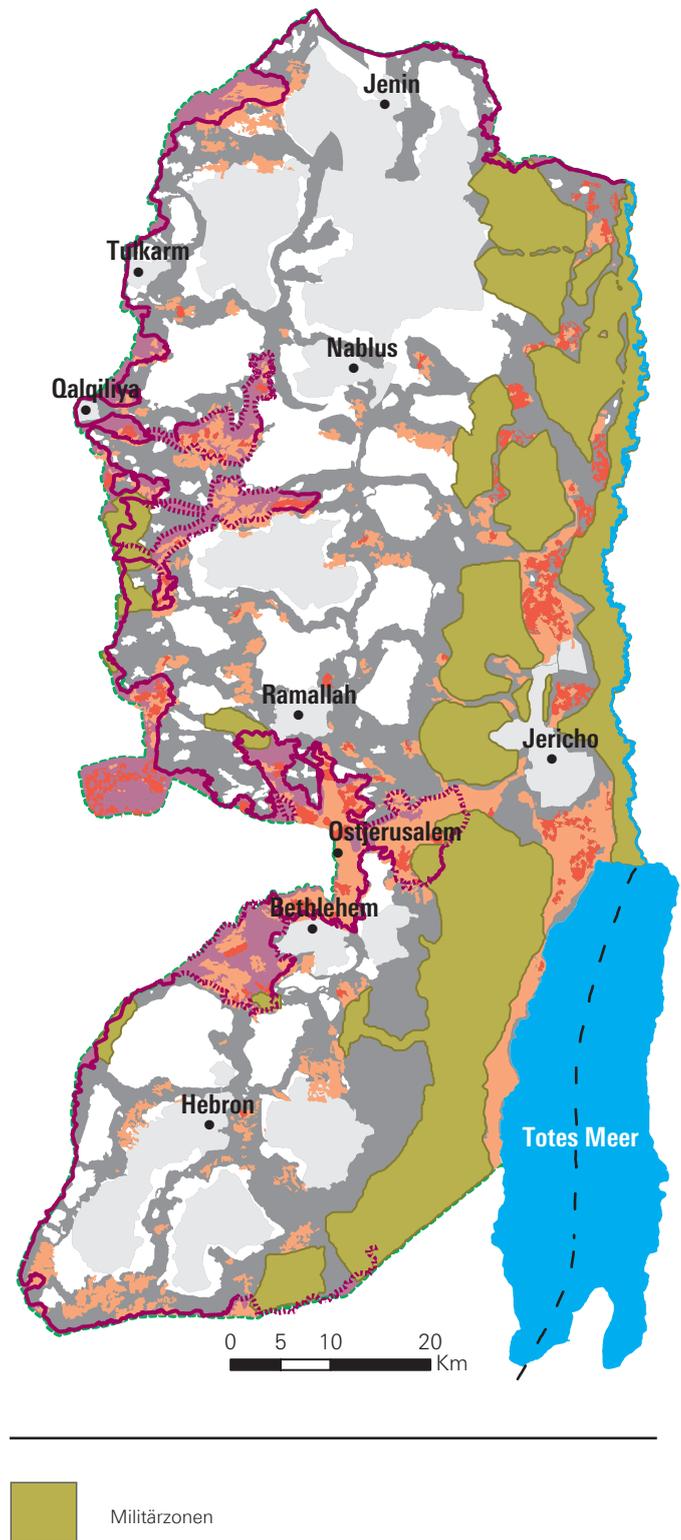
Fläche der bestehenden Siedlungen



Bereiche über die bestehenden Siedlungen hinaus, die auf der Ebene der Kommunalverwaltung in den Zuständigkeitsbereich der Siedlungen fallen, sowie sogenannte Outposts (sprich nicht genehmigte, aber mit staatlicher Hilfe gebaute Siedlungen) und Land, das von Siedler*innen landwirtschaftlich genutzt wird.

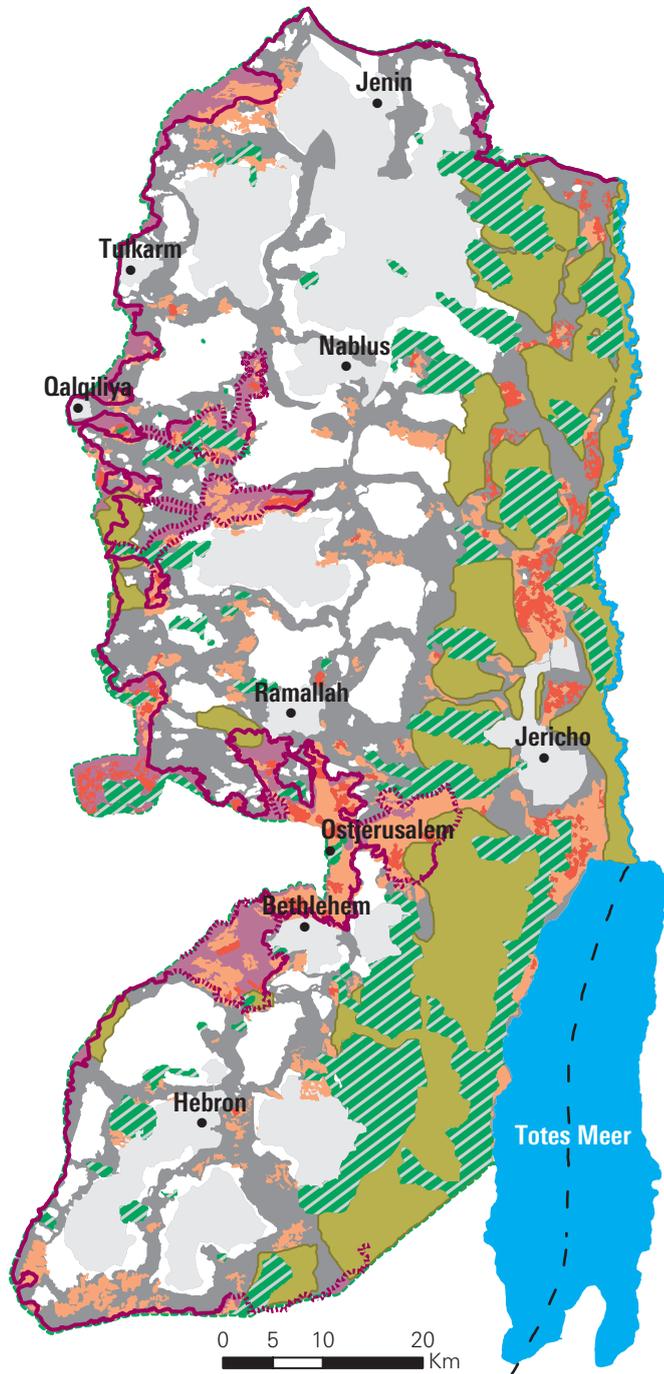
Militärzonen

Wird ein bestimmtes Gebiet zu einer Militärzone erklärt, die militärischen Zwecken (zum Beispiel als Militärbasis oder Truppenübungsplatz) dienen soll, bedeutet dies in der Regel, dass sich Palästinenser*innen in diesem Gebiet nicht mehr aufhalten dürfen. Die Errichtung von Militärzonen dient auch häufig als Mittel zur Enteignung. Nach osmanischem Recht, das noch gilt, gibt es eine sehr weitverbreitete Kategorie von landwirtschaftlich genutztem Land (nämlich miri), bei dem die Landwirte ihre Rechte verlieren, wenn das Land drei Jahre hintereinander brachliegt. Wenn also eine Militärzone errichtet wird, können die palästinensischen Landwirte ihr Land in diesem Gebiet nicht bearbeiten und verlieren nach drei Jahren ihre Rechte an dem Land.



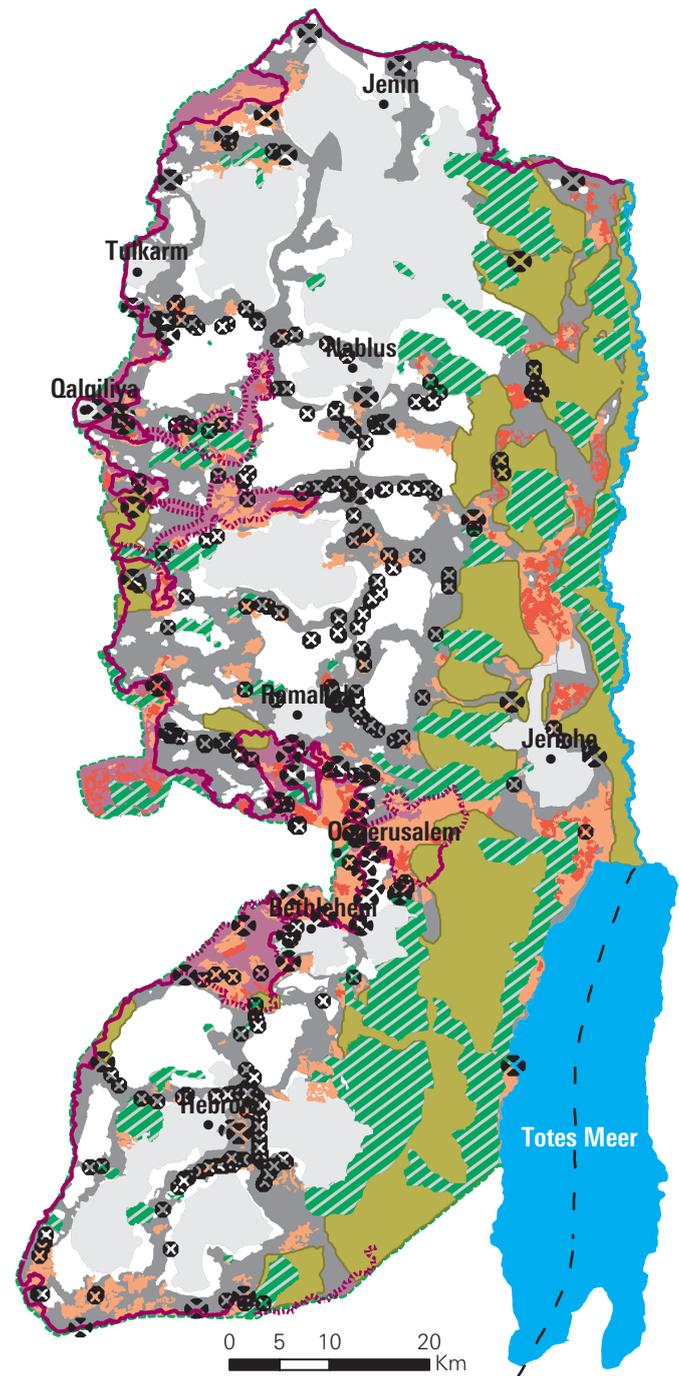
Naturreservate

Seit Beginn der Besetzung haben die israelischen Behörden mehr als 70 Naturschutzgebiete in zirka 13% des Territoriums der Westbank eingerichtet, die meisten davon im Jordantal und in der Region des Toten Meeres. Wie andernorts auch sollen Naturschutzgebiete in den besetzten Gebieten die Natur schützen. In solchen Gebieten dürfen Palästinenser*innen in der Regel nicht wohnen, keine Landwirtschaft betreiben und auch ihre Ziegen- und Scharfherden nicht weiden. Dass die Ausschlussfunktion eine nicht unwichtige Rolle bei der Entscheidung, ein Naturschutzgebiet zu errichten, spielt, lässt sich unter anderem daraus ersehen, dass ungefähr ein Drittel dieser Naturschutzgebiete später in Truppenübungsplätze verwandelt wurde.



Checkpoints

Checkpoints sind erweiterte Straßensperren oder Übergänge, bei denen Fahrzeuge und Personen kontrolliert und unter Umständen auch nicht durchgelassen werden. Diese gibt es nicht nur auf der Grünen Linie, d.h. beim Übergang von der Westbank nach Israel, sondern auch beim Übergang von der übrigen Westbank in das von Israel annektierte Gebiet von Ost-Jerusalem und Umgebung und an Übergängen in der Sperranlage, die sich meist nicht auf der Grünen Linie befindet. Darüber hinaus gibt es weitere Checkpoints, deren Sinn durch die israelischen Siedlungen und die sich daraus ergebenden Besonderheiten des Straßennetzes in der Westbank bestimmt ist. In der Großstadt Hebron, in der auch israelische Siedler*innen leben, befinden sich 26 Checkpoints, andernorts erfolgt die Kontrolle meist auf den Landstraßen. Es gibt vier Kategorien von Straßen: (1) solche, auf denen im Prinzip alle fahren dürfen; (2) solche, auf denen Fahrzeuge mit israelischer Zulassung fahren dürfen, aber palästinensische nur mit Sondergenehmigung; (3) solche, auf denen nur Fahrzeuge mit israelischer Zulassung fahren dürfen; und (4) solche, auf denen Fahrzeuge mit israelischer Zulassung nicht fahren dürfen.



Fragmentierung der Westbank

Die Sperranlage, die israelischen Siedlungen und das Schnellstraßensystem, das sie ans Mutterland anbindet, die Westbank durchschneidet und teilweise von der palästinensischen Bevölkerung nicht genutzt werden darf, Militärzonen, Naturreserve sowie Checkpoints führen dazu, dass die Palästinenser*innen in der Westbank in voneinander isolierten Enklaven leben. Diese stimmen größtenteils mit den Zonen A und B der Oslo-Abkommen überein. Was in den 1990er Jahren als Übergangsregelung und erste Stufe hin zu einer permanenten Lösung angedacht war, hat seitdem permanente Züge angenommen.



-  Palästinensische Enklaven
-  Sperranlage, Siedlungen, Militärzonen & Naturreserve unter israelischer Kontrolle



Anarchisten gegen die Mauer,
Bil'in, West Bank, 27.10.2005
Foto: Activestills

50 Jahre Besatzung 50 Jahre Widerstand

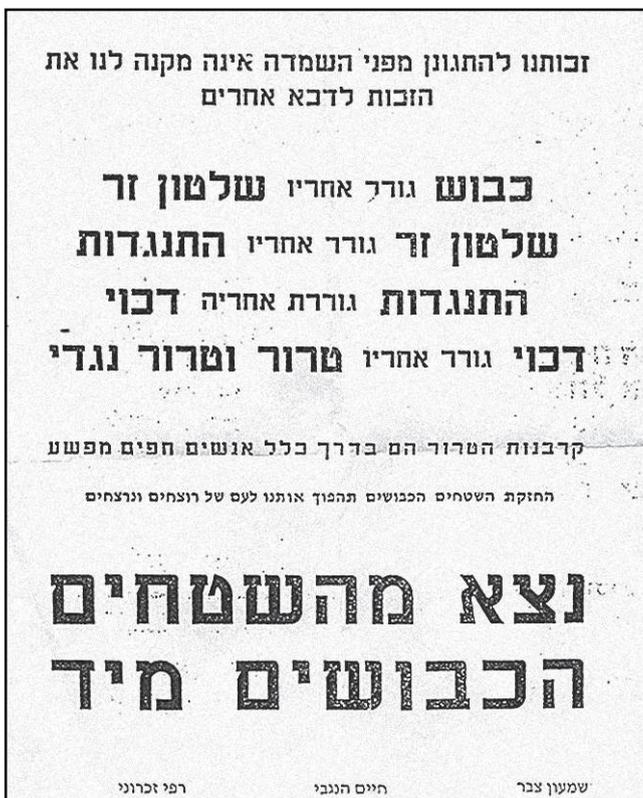


Mit dem israelischen Sieg 1967 über Ägypten, Jordanien und Syrien brachten die israelischen Streitkräfte das gesamte historische Palästina, ebenso wie die Golanhöhen und die Halbinsel Sinai unter die Kontrolle des erst 19 Jahre zuvor gegründeten Staates Israel. Die Eroberung löste eine Debatte über die Zukunft dieser Territorien aus, die bis heute den Kern jeder politischen Auseinandersetzung in der israelischen Gesellschaft bildet. Obgleich es vor allem die palästinensische Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten war, die sich im vielfältigen Protest gegen die Militärwillkür und politische Repression organisierte, so formierte sich schnell nach Kriegsende auch innerhalb des siegestrunkenen Israel eine Opposition gegen eine langanhaltende Besatzung und die ersten Besiedlungsvorhaben in den palästinensischen Gebieten, die überdies eine friedliche Lösung des Konflikts zugunsten aller Anwohner*innen forderte. Angesichts der nationalen Euphorie und messianischer Selbstüberhöhung riefen erst vereinzelte, später in Massenbewegungen organisierte,

kritische und friedenswillige Israelis nach einem Ende der sich zunehmend verfestigenden Besatzung und der damit einhergehenden Menschenrechtsverletzungen. Auch wenn gegenwärtig viele Menschen die Besatzung als unüberwindbar wahrnehmen und die Friedensbemühungen mehrmals für gescheitert erklärt wurden, gibt die israelische Friedensbewegung nicht auf, ein Leben in Frieden und Freiheit für alle Anwohner*innen des Landes einzufordern. Mit diesem kurzen Überblick wollen wir die Vielfalt und Energie des fünfzigjährigen israelischen Widerstands gegen die Besatzung würdigen. Die Weitsicht der ersten Besatzungsgegner*innen, die feministischen und queeren Perspektiven der Frauen- und LGBT-Gruppen, die anti-rassistische und integrative Vision der palästinensischen-israelischen Gruppen und der Mut der Kriegsdienstverweigerer*innen haben alle dazu beigetragen, dass der Wunsch nach Gerechtigkeit und Völkerverständigung noch lebendig ist. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

1967

Die Radikalen: Matzpen



Petition gegen die Besetzung, Tageszeitung Haaretz, 22. September 1967

Nur drei Monate nach Ende des Kriegs von 1967, als sich die israelische Gesellschaft noch in Sieges euphorie befand, entschieden sich zwölf Aktivisten um die linksradikale Matzpen-Gruppe diese Stellungnahme in der Zeitung Haaretz zu publizieren. Dieser ersten klaren Kritik auf Hebräisch gegen die Besatzungspolitik folgten kurz darauf mehrere Demonstrationen der Gruppe, die ständiger Mob-Gewalt und Diffamierungen seitens der Presse ausgesetzt waren.

Das Recht, uns gegen Vernichtung zu wehren, gibt uns nicht das Recht, andere zu unterdrücken. Besetzung führt zu Fremdherrschaft, das führt zu Widerstand, das führt zu Unterdrückung, diese zu Terror und Gegenterror. Die Opfer von Terror sind oft unschuldige Menschen. Wenn die besetzten Gebiete gehalten werden, werden wir uns in ein Volk von Mördern und Ermordeten verwandeln. — Raus aus den besetzten Gebieten jetzt!

Petition gegen die Besetzung, Tageszeitung Haaretz, 22. September 1967

1968

Der Philosoph: Jeschajahu Leibowitz



Jeschajahu Leibowitz (1903 in Riga – 1994 in Jerusalem) war ein israelischer Naturwissenschaftler und Religionsphilosoph und als orthodoxer Jude ein leidenschaftlicher Verfechter der Trennung zwischen Staat und Religion. In diesem Artikel meldete er sich zum ersten Mal ausführlich zur Besatzungssituation und rief zum kompletten Rückzug aus den ein Jahr zuvor besetzten Gebieten. In den folgenden Jahren und bis zu seinem Tod haben seine scharfen Angriffe auf die Siedlerbewegung und seine Unterstützung für Militäreinsatzverweigerer immer wieder für Aufruhr gesorgt.

Die Araber verwandeln sich in die Arbeiterklasse, und die Juden zu Administratoren, Inspektoren, Verwaltern und Polizisten – vor allem aber zu Geheimpolizisten. (...) Ein Staat, der über eine fremde, feindlich gesonnene Bevölkerung herrscht, wird notgedrungen zu einem Geheimdienst-Staat – mit allen Folgen für die Erziehung, die Rede- und Meinungsfreiheit und die Demokratie. Die für jedes Kolonialsystem typische Korruption wird auch Israel erfassen. Die [Militär-]Verwaltung wird arabische Aufstandsbewegungen unterdrücken und sich arabische Quislinge [Kollaborateure] und Verräter heranziehen.

Artikel „Die Gebiete“, Tageszeitung Jedi'ot Acharonot, April 1968

1970

Die Königin der Badewanne Hanoach Levins Theaterskandal



„Königin der Badewanne“, Kameri-Theater, Tel Aviv, 1970

Im Frühjahr 1970 löste der 26 jährige Dramatiker Hanoach Levin (1943-1999, Tel Aviv) mit der Aufführung seines satirischen Theaterstückes „Königin der Badewanne“ am Kameri-Theater einen nationalen Skandal aus. Mit der Schilderung eines Hausstreits über den Zugang zum gemeinsamen Badezimmer verspottete er die israelischen und ägyptischen Regierungen und prangerte mit mehreren Liedern und Sketchen den grassierenden Rassismus und Militarismus in der israelischen Gesellschaft an. Aufgrund gewaltsamer Angriffe, einer Bombendrohung und des massiven Drucks durch Regierungskreise wurde das Stück nach einigen Aufführungen abgesetzt.

„Aber das Königreich ist groß“
Der Tag wird kommen, an dem alle Absichten,
Die schlechten und die guten,
sich zu Staub verwandeln werden
Und auch durch den Furz, durch sein furziges Wesen,
überlebt kein einziger Vorsatz
Aber der Gestank, der wird noch weilen
Fürchte dich nicht mein Kind und schlaf ein
denn das Königreich ist groß
Die meisten Onkel haben zwar nur ein Bein,
aber das Königreich ist groß
Und alle Tanten um das Grab
warten auf dich, du heldenhafter Knab’
aber das Königreich ist groß.

Aus dem Theaterstück „Königin der Badewanne“

1974

Die Menschenrechtsanwältin: Felicia Langer

Name: Abdallah Yusuf Adwan

Ort: Büro des Direktors, Tulkarm-Gefängnis

Abdallah Adwan steht vor mir und erzählt: „Ich wurde ungefähr neunmal geschlagen, jedes Mal mehrere Stunden. Sie fragten mich, warum ich nicht weine. Sie sagten mir, sie wüssten, dass Kommunisten stark seien. Sie wollten wissen, woher ich das Flugblatt habe. Ich sagte zu ihnen, ich wäre stolz, ein Kommunist zu sein. (...) Der schwerste Tag war der 29. März 1969. Sie haben elektrischen Strom und Stöcke benutzt. Sie haben Streichhölzer ganz nah an meinen Lippen abgebrannt, aber damit haben sie sich nur selbst amüsiert. Wie Sie wissen, bin ich hier aufgrund eines Verwaltungshaftbefehls, weil sie keinerlei Beweise gegen mich finden konnten.“... Die Ausschusssitzung begann... Adwan wurde hereingeführt, und ich berichtete ihnen von den Folterungen, über die er sich beklagte und die ich bis ins Detail kennengelernt hatte. Ich war sehr erregt. Der Vorsitzende unterbrach mich: „Bei allem Respekt, diese Beschwerde ist hier völlig unangebracht“. Ich fuhr fort: „Seine Inhaftierung ist völlig willkürlich“... Adwan wurde, zusammen mit einigen anderen Kommunisten durch die Wüste des Wadi Ara ausgewiesen. Auf diese Weise löst man das Problem der Verwaltungshäftlinge. Aus Beweismangel ist es unmöglich, ihnen einen Prozess zu machen, und da ein Kommunist seinen Überzeugungen auch im Gefängnis treu bleibt, ist der Ausweg: die Wüste.

Aus dem Buch „Mit eigenen Augen“ von Felicia Langer, Bonn, 1977 (Hebräisch: 1974)



Felicia Langer (1930 Tarnów, Polen) eröffnete kurz nach dem Sechstagekrieg eine Kanzlei in Jerusalem und begann als erste israelische Anwältin Palästinenser*innen vor Militärgerichten zu vertreten. Ihre detaillierten Berichte über die Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten, die in mehrere Sprachen übersetzt wurden, gehören zu den frühesten Quellen über die Missachtung der Menschenrechte in den ersten Besatzungsjahren. Als „Terroristenanwältin“ wurde sie öffentlich angefeindet und in ihren juristischen Tätigkeiten eingeschränkt. 1990 verließ sie Israel gen Deutschland, da ihre Handlungsfähigkeit während der Ersten Intifada derart eingeschränkt wurde, daß sie nicht mehr juristisch effektiv für ihre Mandanten streiten konnte. 1990 bekam sie für ihren Einsatz für die Menschenrechte der Palästinenser*innen den alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award), 2013 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

1978

Peace Now & der Brief der Offiziere

Im März 1978 unterzeichneten 348 Reservisten aus Kampfeinheiten diesen Brief, der in die Geschichte des Protests als „Brief der Offiziere“ eingegangen und aus dem die Bewegung Peace Now hervorgegangen ist. In den folgenden Jahren organisierte Peace Now mehrere Demonstrationen gegen den Siedlungsbau und den Libanonkrieg, die stets von rechtsextremistischer Gewalt bedroht waren. In den 1980er und 1990er Jahren war Peace Now ein Synonym für die israelische Friedensbewegung und konnte mitunter hunderttausende Israelis für Friedensdemonstrationen mobilisieren. Sie spielt noch heute eine Rolle, allerdings ist ihre Wirkungsmacht – zusammen mit der der israelischen Friedensbewegung insgesamt – deutlich gesunken.



150.000 Peace Now Aktivist*innen demonstrieren in Tel Aviv, 1983

Staatsbürger, die auch als Soldaten und Offiziere in den Reserveeinheiten dienen, senden Ihnen diesen Brief. Die folgenden Sätze werden nicht leichten Herzens geschrieben. Doch, da in diesen Zeiten dem Staat Israel zum ersten Mal neue Horizonte des Friedens und der Kooperation eröffnet werden, fühlen wir uns verpflichtet, Sie dazu aufzurufen jegliche Schritte zu verhindern, die unzählige Probleme für unser Volk und unseren Staat verursachen könnten.

Wir schreiben dies in großer Sorge, da eine Regierung, die die Existenz eines Staates Israel in den Grenzen eines „Großisrael“ einer friedlichen Existenz in guter Nachbarschaftlichkeit vorzieht, für uns schwer zu akzeptieren wäre. Eine Regierung, die die Existenz von Siedlungen jenseits der „Grünen Linie“ der Beseitigung dieses historischen Konflikts, Hand in Hand mit der Schaffung von normalisierten Beziehungen in unserer Region, vorzieht, wird Fragen bezüglich des Weges, den wir wählen, auslösen. Eine Regierungspolitik, die die Kontrolle über Millionen von Arabern verstetigt, wird das jüdisch-demokratische Wesen des Staates verletzen und und uns die Identifikation mit dem Staat Israel erschweren

Brief an Premierminister Menachem Begin, 7. März 1978

Tawfik Toubi (1922 – 2011, Haifa) war 41 Jahre lang Knesset-Mitglied der Kommunistischen Partei Israels und der Chadasch/al-Jabha. Als Vertreter der palästinensischen Minderheit in Israel stellte er sich von Anfang an lautstark gegen die Besatzungspolitik und warnte vor der aus ihr heraufdämmernden Gefahr für die israelische Gesellschaft und ihre politische Verfasstheit. Bis in die 1990er Jahre waren in der Knesset Mitglieder der kommunistischen Partei die lautesten Stimmen, die Friedensgespräche mit der PLO gefordert haben und für die Zweistaatenlösung eintraten.



1982

Der Kommunist: Tawfik Toubi

Die Besatzungsarmee und die rassistischen Siedler überfallen schutzlose Zivilisten, greifen mit Waffengewalt und Tränengas Schüler und Schülerinnen, Frauen und Kinder an, begehen in einer beschämenden, brutalen und gewissenlosen Art und Weise einen Mord nach dem anderen, um den Ruf eines ganzen Volkes gegen die Vernichtungsversuche seiner nationalen Existenz zum Schweigen zu bringen. Sie wollen ein Regime der Verdrängung, Kolonisierung und der ewigen Besatzung aufzwingen, während diejenigen, die die Befehle für diese Unterdrückung geben, demagogisch erklären, dass sie lediglich Ruhe und Ordnung schützen wollen.

Diese Regierung will die Ruhe eines Friedhofes für das arabisch-palästinensische Volk... Die Verbrechen des Verteidigungsministers Ariel Scharon in den besetzten Gebieten richten sich auch gegen die Bevölkerung in Israel, die er zu einer Militärdiktatur hinführen will und deren Zukunft er gefährdet, in dem er die Kluft zwischen den Völkern noch vertieft.

Rede gegen die Besatzung von Tawfik Toubi in der Knesset, 23. März 1982

1985

Yesh Gvul!

Es ist genug!

Gegründet 1982 in Folge der israelischen Invasion in den Libanon, Jesh Gvul (häufig: Yesh Gvul, wörtlich: „Es gibt eine Grenze“ oder „es ist genug“) war die erste Bewegung in Israel, die Kriegseinsatzverweigerung als Protestform popularisierte. Nachdem Hunderte ihrer ersten Unterstützer sich geweigert hatten, am Libanonkrieg teilzunehmen, und dafür Haftstrafen verbüßten, rief die Gruppe 1985 auch zur Einsatzverweigerung in den palästinensischen Gebieten auf. In den folgenden Jahren folgten mehr als 2.500 Reservisten diesem Aufruf. Die Gruppe ist immer noch aktiv und unterstützt Einsatz- und Kriegsdienstverweigerer*innen.

Wir, die Unterzeichner dienen in der Reserve, und viele von uns nahmen an den Kriegen Israels teil. Wir sind parteilos und haben unterschiedliche Weltanschauungen; uns eint jedoch die Sorge um die Existenz und die Verfasstheit der israelischen Gesellschaft. Der Libanonkrieg, die Siedlungen und die Repression in den besetzten Gebieten bedeuten die Missachtung von Menschenleben, einen Werte- und Realitätsverlust. Sie schließen eine Friedensoption mit dem palästinensischen Volk und unseren anderen Nachbarn aus, isolieren Israel und beweisen, dass Israel den [besetzten] Gebieten einem Frieden gegenüber den Vorzug geben. Die Besetzung korrumpiert unsere Werte und macht extremen Nationalismus und Rassismus in der israelischen Gesellschaft salonfähig, während jüdische Terrorgruppen und rassistische Theorien legitimiert werden. Wir haben einen Eid darauf abgelegt, die Sicherheit und das Wohlergehen des Staates Israel zu verteidigen. Wir stehen treu zu diesem Eid. Daher bitten wir Sie, uns zu erlauben, an der Unterdrückung in den besetzten Gebieten nicht teilzunehmen.



Demo in Solidarität mit verhafteten Kriegsdienstverweigerern, 1982

1988

Die Frauen in Schwarz

Zu Beginn der ersten Intifada entschied sich eine kleine Gruppe von Frauen in Jerusalem, wöchentliche Proteste gegen die Besetzung abzuhalten. Inspiriert durch die argentinischen Mütter der Plaza de Mayo, standen sie schweigend und schwarz gekleidet an einem zentralen Platz in Jerusalem mit einem einzigen Schild „Stoppt die Besetzung“. Diese Form des Protests wuchs rapide. Bald demonstrierten Tausende Frauen an 30 Ortschaften in Israel für Friedensgespräche - Woche für Woche, Freitag für Freitag. Noch heute demonstrieren die Frauen in Schwarz jeden Freitag in mehreren Städten. 1991 bekam die Gruppe den Aachener Friedenspreis.



Mahnwache zum 20-jährigen Bestehen der Frauen in Schwarz, Jerusalem, 28. Dezember 2007

Wir protestieren gegen die Besetzung und die Formen, in denen sie zum Ausdruck kommt: Häusersprengungen, Ausweisung von Menschen aus dem Land, administrative Haft, Kollektivstrafen, lang-andauernde Ausgangssperren, Tötung und Blutvergießen.

Wir haben genug von der Selbstverständlichkeit der Brutalität, der Gewalt, des Stumpfsinnes und der moralischen Abnutzung in der Gesellschaft und von dem hohen wirtschaftlichen Preis, den jeder von uns zu zahlen hat.

Wir sind Frauen verschiedener politischer Anschauungen; doch der Aufruf „Stoppt die Besetzung“ vereint uns. Wir verlangen von unserer Regierung, sofort und unverzüglich Friedensverhandlungen aufzunehmen.

Frauen in Schwarz, Selbstdarstellung (Aus der Laudatio zum Aachener Friedenspreis, 1991)



Eine Protestausstellung vor der Haftanstalt Ktzi'ot/Ansar, in der Tausende Palästinenser*innen in Haft waren, 1989

Mit einer Stellungnahme, die kurz vor dem vierzigsten Unabhängigkeitstag des Staats Israel veröffentlicht wurde, erklärten sich Hunderte Israelis bereit, im Kampf gegen die Besatzung radikale Maßnahmen zu ergreifen. Aus dieser „Konvention gegen die Besatzung“ entstand die Gruppe „Das einundzwanzigste Jahr“, die sich mit Boykottaufrufen gegen Siedlungsprodukte, der Unterstützung der Kriegsdienstverweigerung und gewaltfreien direkten Aktionen in Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand schnell einen Namen machte.

1988

Das einundzwanzigste Jahr

Das vierzigste Jahr der israelischen Unabhängigkeit ist das einundzwanzigste Jahr der israelischen Besatzung der Westbank und des Gazastreifens. Mehr als die Hälfte seines Bestehens ist Israel ein Besatzerstaat. Die Besatzung wurde zur Essenz des israelischen Regimes, und der Staat verliert seinen demokratischen Charakter. Das Weiterbestehen eines parlamentarischen Regierungssystems fungiert als Feigenblatt für die Dominanzverhältnisse zwischen den israelischen Besatzern und den palästinensischen Untertanen. Die Besatzung ist nicht einzig ein fortgesetzter staatlicher Akt, sondern ist auch der politische und geistige Zustand, in dem sich die israelische Gesellschaft befindet... Die akzeptierten und konsensfähigen Protestformen gegen die Besatzung beschränken sich auf die Mittel, die das Besatzungsregime zur Verfügung stellt. Der israelische Gutmensch schießt und weint, protestiert und kollaboriert weiter mit der Besatzung. Die Besatzung ist allgegenwärtig – deshalb wird auch unser Kampf gegen die Besatzung umfassend sein... Die Verweigerung ist unsere Form der Teilnahme an der israelischen Gesellschaft in Zeiten der Besatzung.

Konvention gegen die Besatzung, 20. Mai 1988

1989

Mizrachim treffen die PLO in Toledo

Während das [aus Europa stammende] Aschkenasi-Establishment sich weigert, mit der PLO zu verhandeln, ist es umso wichtiger mit den Mizrachim zu verhandeln, die die Mehrheit in Israel bilden und einen großen Einfluss auf die Friedensperspektive haben. Die Mizrachim sind ein organischer Teil unserer Kultur, unserer arabisch-islamischen Gesellschaft und unserer Geschichte und Erinnerung. Wir müssen diese Erinnerung erneuern und unsere gemeinsame Kultur dafür verwenden, um die Gegenwart zu überwinden und die Zukunft zu gestalten.

Mahmud Abbas, Toledo (Spanien), 1989

Trotz eines israelischen Gesetzes, das jeglichen Kontakt mit „Terrororganisationen“ unter Strafe stellte, trafen sich Ende der 1980er Jahre vermehrt zivilgesellschaftliche Organisationen aus Israel mit Vertretern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im Ausland. Diese Zusammenkünfte boten eine Möglichkeit für den Dialog und begünstigten die späteren Friedensgespräche zwischen Israel und der PLO. Neben feministischen und linken Organisationen nahmen an solchen Treffen auch Aktivist*innen der Mizrachim-Bewegung in Israel teil, die 1989 eine Konferenz mit palästinensischen Intellektuellen und Politikern im spanischen Toledo organisierten. Das gemeinsame Gespräch sollte eine Annäherung zwischen den innerhalb Israels diskriminierten Mizrachim und der palästinensischen Bevölkerung herbeiführen.



1993 Gusch Schalom & Uri Avnery

1993 gründete Uri Avnery, ein Veteran unter den Friedensaktivist*innen in Israel, Verleger und ehemaliges Knesset-Mitglied, die Organisation Gusch Schalom (Friedensblock) in Reaktion auf die Verbannung von 415 palästinensischen Mitgliedern von Hamas und dem Islamischen Jihad in den Libanon. Während der 1990er Jahren unterstützte die Gruppe die Friedensbemühungen auf beiden Seiten und forderte das Ende des Siedlungsbaus. Seit dem Ausbruch der Zweiten Intifada beteiligt sich die Gruppe vermehrt an Aktionen in den besetzten Gebieten.



Demonstration anlässlich 39 Jahre israelischer Besatzung, Tel Aviv, 3. Juni 2006

Seitdem die Arbeiterpartei im Juni 1992 die Wahlen gewonnen hatte, ist das Friedenslager von der Straße und ebenso aus den Medien verschwunden. Die rechten Kräfte feiern, denn die Rabin-Regierung versucht durch erstarke Unterdrückung in den besetzten Gebieten und das Einfrieren des Friedensprozesses mit ihnen zu konkurrieren. Die massive Deportation von Palästinenser*innen, die Abriegelungspolitik, die die palästinensische Bevölkerung hungern lässt, die steigende Zahl der Militäropfer, unter denen sich auch Dutzende Kinder befinden, die massive Zerstörung von Häusern und Wohnungseinrichtungen auf der Fahndung nach "Gesuchten" – all dies geschieht mit Unterstützung der [linken] Meretz-Minister*innen. Gleichzeitig wird der Friedensprozess in ein nutzloses bürokratisches Verfahren umgewandelt und in eine Sackgasse geführt. Und als Krönung: der grausame, katastrophale Krieg im Libanon.

Angesichts der historischen Chance für Frieden, die in diesen Tagen verpasst wird, ist das Versagen des Friedenslagers unerträglich. Die bestehenden Friedensbewegungen bleiben stumm aufgrund ihrer engen Beziehungen zu Politiker*innen der Regierungsparteien und weil sie keine Kritik an einer "linken Regierung" äußern möchten, obwohl diese Regierung eine rechte Politik betreibt. Die Rabin-Regierung erhält damit einen Freibrief, während die Straße den Rechten überlassen wird.

Um diese Lücke zu füllen, haben wir uns dazu entschlossen, Gusch Schalom zu gründen.

Flyer von Gusch Schalom, Sommer 1995

2000

Ta'ayusch – Zusammenleben

Kurz nach Ausbruch der Zweiten Intifada im Herbst 2000 fanden jüdische und arabische Israelis zusammen, um ihre Stimme gegen die israelische Trennungspolitik zu erheben. Ta'ayusch (Auf Arabisch: Zusammenleben) zählte hunderte Mitglieder im ganzen Land und organisierte Demonstrationen, baute Infrastruktur in palästinensischen Gemeinden auf und brachte humanitäre Hilfe für belagerte Gemeinden in den besetzten Gebieten. Die Gruppe ist bis heute aktiv und unterstützt palästinensische Ortschaften im Süden der Westbank.

Mauern und Stacheldraht umschließen uns: Die Mauern der Trennung, der Diskriminierung und des Rassismus zwischen den jüdischen und den arabischen Staatsbürger*innen Israels, die Mauern der Abriegelung und der Besatzung, die die Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten und die Mauern des Krieges, die alle Anwohner*innen des Landes umklammern, solange Israel weiterhin als bewaffnetes Bollwerk im Herzen des Nahen Ostens wirkt. Ta'ayusch ist eine Aktionsgruppe von Juden und Arabern, Staatsbürgern Israels, die diese Mauern der Trennung und des Rassismus durch den Aufbau einer aufrichtigen jüdisch-arabischen Partnerschaft zum Einsturz bringen will. Eine Zukunft von Gleichheit, Gerechtigkeit und Frieden im Miteinander beginnt heute mit einem solidarischen, konkreten, tag-täglichen und gemeinsamen Handeln.

Ta'ayusch Prinzipienpapier, 2001



Demonstration vor der Haftanstalt Ktzi'ot/Ansar, 2002

2001

Machsom Watch

Ein Soldat klettert über ein Drehkreuz und schaut auf die Hunderten, die zusammengequetscht in Warteschlangen stehen. „Halt’s Maul!“, sagt er in fehlerhaftem Arabisch. „Sprich Arabisch“, brüllen sie ihm entgegen. Er richtet sein Gewehr bedrohlich auf die zusammengedrängten Gesichter: „Wagt es nicht hier heruzuschreien.“

Dann für einen Augenblick – Stille.

Die junge Soldatin Ma’ayan kommt vorbei und verscheucht alle Männer, Kinder und Frauen, die neben dem Checkpoint warten. Ein anderer Soldat kommt dazu und befiehlt ihnen zu verschwinden. Die Menschen wissen nicht recht, wo sie hingehen und warten sollen. Die Gesten der Soldaten sind schnell, bedrohlich. Sie spielen ständig am Abzug ihrer Gewehre. „Bewegt euch. Haut ab! Zurück!“ Am Ende ihrer Runde verschwinden sie wieder im Inneren des Checkpoints. Die Menschen pressen sich wieder gegen den Zaun. Bis zur nächsten Runde der Soldaten.

Aus einem Bericht von Machsom Watch, 2007



Checkpoint in Bethlehem, Westbank, 2012

Angesichts der Medienberichte über den schroffen Umgang mit der Zivilbevölkerung in den von Hunderten Checkpoints und Straßenbarrieren, die überall in den besetzten Gebieten durch das israelische Militär im Zuge der Zweiten Intifada aufgestellt worden waren, formierten sich Frauen zu einer Gruppe namens Machsom Watch (Checkpoint-Überwachung). In kleinen Gruppen beobachten sie die Vorgänge bei der Abfertigung durch die israelischen Soldaten und dokumentieren in Text und Fotos die tägliche Realität unter der Militärverwaltung. In problematischen Situationen versuchen sie, in den Ablauf einzugreifen und zwischen Soldat*innen und Zivilist*innen zu vermitteln.

Bei der ersten Tel Aviver Gay-Pride-Parade nach Ausbruch der Zweiten Intifada rief eine Gruppe von queeren Aktivist*innen zum Protest gegen die Unterdrückung in den besetzten Gebieten unter dem Slogan „No Pride in the Occupation“ auf. Kurz darauf bildete sich aus dieser Gruppe heraus die Organisation Black Laundry (Schwarze Wäsche), die mit bunten und provokanten Aktionen gegen die Besatzung, verschiedene Ausdrucksformen von Rassismus, Sexismus, Homophobie und Transphobie demonstrierte und sich insbesondere gegen die Instrumentalisierung von LGBT-Rechten für militaristische und kommerzielle Interessen wandte.



2002 Schwarze Wäsche

Wenn du der Meinung bist, dass es eine Verbindung zwischen der Unterdrückung einer Minderheit und der Unterdrückung anderer Minderheiten gibt,
 Wenn du verstehst, dass die Kommerzialisierung von Pride und Klassenunterdrückung verknüpft sind,
 Dass die Unterdrückung von Lesben, Kapitalismus und Frauenhandel verknüpft sind,
 Dass die Unterdrückung von Mizrachim und von Palästinenser*innen verknüpft sind,
 Dass die Unterdrückung von Neueinwanderer*innen und Fremdarbeiter*innen verknüpft sind,
 Dass die Unterdrückung von Trans* und Frauen verknüpft sind,
 Dass die Unterdrückung von Schwulen mit Militarismus verknüpft ist,
 Dass die Unterdrückung von Behinderten und Schönheitsköniginnen verknüpft sind,
 Dass Häuserzerstörung mit dem Siedlungsbau verknüpft ist,
 Dass Erwerbslosigkeit mit der Besatzung verknüpft ist,
 Dann hast du keine Wahl – Dann bist auch Du mit alledem verknüpft, ja gefesselt!
 Komm und lauf mit uns in der Tel-Aviv-Pride –schwarzgekleidet oder nackt

Flyer für den Tel Aviv Pride March, Juni 2002

2003

Anarchisten gegen die Mauer



Protest gegen die Sperranlage, Westbank, 2007

Im Zuge des Baus der Sperranlage in den besetzten Gebieten im Jahr 2003, die hunderte Ortschaften von ihren landwirtschaftlichen Ländern trennte, kam es zu massiven Protestaktionen, zu denen auch Israelis eingeladen wurden. Die jungen Aktivist*innen aus Tel Aviv, die sich zumeist zu Fragen von Tierrechten, Ökologie und queeren Themen engagierten, formierten eine Gruppe, die mit gewaltfreien direkten Aktionen den Bau der Sperranlage zu verhindern versuchte. Nachdem einer dieser Aktivist*innen in einer direkten Aktion vom Militär angeschossen und schwer verletzt worden war, kam die Gruppe in die Schlagzeilen mit dem provisorischen Namen „Anarchists Against the Wall“. Bis heute begleiten Aktivist*innen der Gruppe Demonstrationen in den besetzten Gebieten, die oft durch das Militär mit Gewalt aufgelöst werden.

Seit Jahren behaupten gute Menschen, dass sie sich, falls eine großangelegte Aktion zur Vertreibung von Palästinenser*innen außer Landes umgesetzt wird, vor die Räder der Lastwägen und Busse legen werden, um dieses Verbrechen zu verhindern. Aber: die Umsetzung geschieht schon jetzt! Tausende Menschen werden ihrer minimalen Lebensgrundlage beraubt und ihnen bleibt keine Wahl. Tausende verlassen ihre Dörfer, um Essen für ihre Kinder heranzuschaffen. Die ethnische Säuberung geschieht vor Euren Augen, und wir haben nur eine Wahl: die wenigen Rechte zu nutzen, die uns noch von den Überbleibseln der israelischen Demokratie bleiben, um diese rassistischen, unmoralischen Gesetze zu zertrümmern. Ja, um die Tore und Zäune einzureißen, den Bulldozern mit unseren Körpern den Weg zu versperren, und auch um den Feind in unseren Freund zu verwandeln. Der palästinensische und israelische Widerstand wird weitergehen, solange die Besatzung, die Quelle und Grundlage des Terrors darstellt, weitergeht.

Aus einer Pressemitteilung zu einer direkten Aktion gegen die Sperranlage, Januar 2004

2005

Kämpfer für den Frieden – Combatants for Peace

Eines Tages war ich in Ramallah und erzählte vor Palästinenser*innen meine Geschichte, und ein Zuschauer fragte mich direkt: „Bitten Sie uns darum, Ihnen zu verzeihen?“

Ich sagte: „Nein, weder verzeihe ich mir selbst, noch bitte ich um Verzeihung.“

Beim Erzählen meiner Geschichte geht es mir nicht darum, um Verzeihung zu bitten, sondern darum, Verantwortung zu übernehmen. Es geht hierbei nicht nur um Worte und Emotionen – es geht darum zu handeln.

Ich kann mir selbst nur dann verzeihen, wenn ich Allianzen mit Palästinenser*innen in einem gewaltlosen Kampf gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung eingehe. Israelis müssen Verantwortung für die Nakba von 1948 übernehmen, genauso wie Palästinenser*innen Verantwortung für die Wahnsinnsstrategie der Selbstmordattentate übernehmen müssen.

Chen Alon, Theater-Dozent, Aktivist und Mitbegründer von „Combatants for Peace“



Protest gegen die Besetzung, Westbank, 2016

„Kämpfer für den Frieden“ nennt sich eine 2005 von Palästinenser*innen und Israelis ins Leben gerufene binationale Bewegung. Die Begründer*innen waren auf beiden Seiten am Kreislauf der Gewalt aktiv beteiligt und arbeiten jetzt zusammen, um diesen zu durchbrechen. Die „Kämpfer für den Frieden“ sind Anhänger*innen eines gewaltfreien Aktivismus. Gewaltfreiheit bedeutet jedoch nicht Passivität, sondern vielmehr eine andere Form des Kampfes, die darauf abzielt, die politische Realität zu ändern. An ihrer „Alternativen israelisch-palästinensischen Gedenkfeier“, die am Vorabend des offiziellen Gedenktages in Israel zur Erinnerung an die gefallenen israelischen Soldaten und Opfer des Terrorismus in Tel Aviv stattfindet und auf der sowohl Israelis und Palästinenser*innen Reden halten und über ihre persönlichen Erlebnisse berichten, nehmen viele Tausende Menschen alljährlich teil.

2009

Solidarität in Ost-Jerusalem: Scheich Dscharrah



Protest gegen israelische Siedlungen, Scheich Dscharrah, Ost-Jerusalem, 2010

Ende 2009 legalisierte Israels Oberster Gerichtshof die Übernahme mehrerer Häuser in der Ost-Jerusalemener Bezirk Scheich Dscharrah durch Siedlergruppen. Die palästinensischen Bewohner*innen wurden im Zuge der Staatsgründung Israels aus ihren Häusern in West-Jerusalem vertrieben und durch den jordanischen Staat in Häusern, die vor dem Krieg Juden angehörten, angesiedelt. Das Recht, ihren Besitz in West-Jerusalem zurückzubekommen, wurde ihnen gleichzeitig verweigert. Gegen die Vertreibung dieser Familien organisierten Linksaktivist*innen in Jerusalem wöchentliche Mahnwachen, die von der Polizei mit Gewalt aufgelöst wurden. Unterstützt von namhaften Intellektuellen und Kulturschaffenden wuchs die Protestbewegung und hat Tausende Israelis für die Demonstrationen mobilisiert.

Wir traten hier in Scheich Dscharrah in ein Haus ein und hörten vom Besitzer über die andauernde Missbrauchsgeschichte – wie sie seit Jahren verdrängt werden, wie die Siedler*innen und die Polizei ihr Leben bitter werden lassen, Tag und Nacht, wie ihnen vorgeschrieben wird, wie sie ihr Leben zu gestalten haben, wie sie ständig bedrängt werden und mit Gewalt angegriffen werden. Danach sind wir als Gruppe, ungefähr 20 Menschen aus dem Haus gegangen und hielten Schilder gegen dieses Unrecht – gegen die systematischen und hartnäckigen Übernahmeveruche der palästinensischen Häuser und Grundstücke seitens der Siedler*innen und rechter Gruppen. Weil das, was hier geschieht, lediglich die Spitze des Eisbergs und ein Beispiel unter vielen für das Geschehen in den ganzen besetzten Gebieten darstellt. Ich glaube, wir fangen an zu verstehen, wie wir durch das Verschließen unserer Augen, durch eine aktive oder passive Kollaboration, eine fleischfressende Pflanze wachsen ließen, die langsam uns und alle fruchtbaren Äcker auffrisst... Wir haben einen Grund zu kämpfen. Um das zu verstehen, muss man hierher nach Ost-Jerusalem kommen und sich mit der Besatzung konfrontieren.

Auszüge aus einer Rede des Schriftstellers David Grossman in Scheich Dscharrah, Januar 2010



Protest gegen die Besetzung, Jerusalem, 1. April 2017

2015 Zusammenstehen – Standing Together

Wo ein Kampf stattfindet, da ist auch Hoffnung!

Wenn Hunderte Israelis und Palästinenser*innen Seite an Seite bei Freiheitsaufmärschen laufen, schaffen sie Hoffnung. Genauso sollte der Kampf aussehen, denn wenn sie gemeinsam die gleichen Schilder halten und die gleichen Parolen auf Hebräisch und Arabisch rufen – für ein friedliches Leben, für Gerechtigkeit und Unabhängigkeit für beide Völker, bauen sie an dieser Zukunft und bringen sie näher.

Das Motto von Standing Together, 2015

Die 2015 gegründete Graswurzelinitiative "Standing Together" verfolgt das Ziel, eine breite jüdisch-arabische Bewegung aufzubauen, die gemeinsam für Frieden, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit kämpft. Ihre Aktivist*innen vertreten eine holistische Weltanschauung und sind sich der Wechselwirkungen zwischen der militärischen Besetzung der Palästinensergebiete, den wachsenden sozialen und ökonomischen Ungleichheiten in Israel sowie den Angriffen der Regierung auf demokratische Freiheiten und auf die arabisch-palästinensische Minderheit bewusst. Die Gründung von "Standing Together" ist als Reaktion auf die Probleme bereits existierender Organisationen zu verstehen, denen es gegenwärtig kaum gelingt, die progressiven Teile der israelischen Bevölkerung zu mobilisieren und gegen die im Land weitverbreitete Apathie und Demoralisierung anzugehen. "Standing Together" will als neue politische Bewegung die große Leere füllen, die zwischen den politischen Parteien auf der einen und den NGOs auf der anderen Seite entstanden ist. Diese jüdisch-arabische Bewegung setzt auf Inklusion und Pluralismus, ist aktivistisch ausgerichtet und demokratisch strukturiert.

Die Bewegung hat bislang mehrere Demonstrationen und Kundgebungen initiiert, etwa ein Friedensmarsch im Zentrum von Jerusalem, eine Demonstration in Tel Aviv, um gegen die rechtsextreme Organisation „Im Tirtzu“ und deren Hetzkampagne gegen Initiativen wie „Breaking the Silence“ zu protestieren oder eine Kundgebung zur Unterstützung der Bewohner*innen der vom Staat Israel nicht anerkannten Beduinensiedlung Umm El-Hiran.

Lösungsmöglichkeiten aus heutiger Sicht



Tsafrir Cohen

Ausgehend von den Besatzungsrealitäten vor Ort werden in diesem Essay die verschiedenen Akteure im israelisch-palästinensischen Konflikt und ihre jeweiligen Positionen vorgestellt, gegenwärtige Lösungsansätze nachgezeichnet. Fazit: Die Besatzung der Palästinensergebiete muss enden, denn sie schreibt Unrecht fest. Dafür müssen drei Bedingungen erfüllt werden.

Blick auf die neu errichtete Sperranlage, die Bethlehem von Ost-Jerusalem trennt. West Bank, März 2017. Foto: Activestills

„The only game in town“ nennen Diplomaten und Politiker*innen in aller Welt das Festhalten an der Zweistaatenregelung, während US-Präsident Donald Trump hemdsärmelig einen endgültigen „Friedensdeal“ verspricht, dies aber vom guten Willen beider Konfliktparteien abhängig macht. Weil konkrete Umsetzungsschritte nicht erfolgen, erscheint dies als bloßes Gerede, während vor Ort die israelische Regierungspolitik eine Einstaatenlösung ohne gleiche Bürgerrechte für alle Bewohner*innen unter israelischer Dominanz forciert. Angesichts der – scheinbaren – Ausweglosigkeit nimmt die Zustimmung zu einer Zweistaatenregelung auf beiden Seiten der Mauern und Zäunen ab. Ist eine Konfliktregelung im Sinne einer Zweistaatenlösung noch möglich? Ist sie angesichts der Realitäten vor Ort überhaupt noch wünschenswert?

In Anbetracht der schrumpfenden Wahrscheinlichkeit einer Zweistaatenlösung loten verschiedene Akteure neue kreative Alternativen aus, etwa in Form von binationalen, Einstaaten- oder Konföderationsmodellen, die es erlauben, kollektive Identitäten sowie individuelle Rechte zu berücksichtigen. Der Rückhalt für solche Pläne wächst, ist jedoch noch gering. Priorität muss allerdings sein, bei den Konfliktparteien den politischen Willen zu generieren, überhaupt eine Konfliktregelung herbeizuführen. Denn die 50-jährige militärische Besetzung muss enden.

Die Einstaatenrealität

Die Zweistaatenlösung, sprich der Aufbau zweier unabhängiger Staaten, Israel und Palästina, sollte schon mit der UN-Teilungsresolution von 1947 Realität werden. Heute ist sie sowohl in großen Teilen der internationalen Gemeinschaft als auch unter den wichtigsten Repräsentanten der Konfliktparteien und deren Bevölkerungen als bevorzugte Option durchgesetzt, den israelisch-palästinensischen Konflikt dauerhaft zu regeln. Wie eine Zweistaatenregelung aussehen soll, ist auf dem internationalen Parkett längst definiert. US-Präsident Barack Obama hat sie bei seiner ersten Rede vor der VN-Generalversammlung formuliert, die E 3 (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) haben sie im VN-Sicherheitsrat vorgestellt und auch die neue US-Administration scheint zu ihr zurückzukehren. Sie umfasst eine territoriale Regelung auf Basis der Grenzen von 1967 mit vereinbartem Gebietstausch, Sicherheitsarrangements, die die Bedürfnisse beider Seiten berücksichtigen, eine für die Konfliktparteien und die Hauptaufnahmeländer akzeptable Regelung der Flüchtlingsfrage sowie Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten. Dies stimmt größtenteils überein mit der Arabischen Friedensinitiative von 2002¹, die sowohl von der Arabischen Liga als auch von der Organisation für Islamische Zusammenarbeit inklusive des Iran getragen wird.

Auch wenn in den Verhandlungen seit der israelisch-palästinensischen Prinzipienklärung von Oslo 1993 detaillierte Regelungsansätze für alle Konfliktfelder erarbeitet worden sind, so liegen die Positionen der Konfliktparteien bei sämtlichen Endstatus-Themen momentan beträchtlich weiter auseinander als während früherer Verhandlungen. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu bekennt sich zwar grundsätzlich zu einer Zweistaatenregelung, dies gilt jedoch als bloßes Lippenbekenntnis, zumal er im Wahlkampf 2015 seinen Wählern ausdrücklich versprach, in seiner Amtszeit keinen palästinensischen Staat entstehen zu lassen, und eine Regierung führt, die sich mitnichten zu einer solchen Lösung bekennt, sondern mehrere Minister*innen in ihren Reihen hat, sogar aus seiner eigenen Partei, die diese ausdrücklich ablehnen. Die von der Fatah beherrschte Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), die gewisse Teile der Westbank verwaltet, hält hingegen am Zweistaatenansatz fest, während bei der im Gazastreifen herrschenden Hamas ein

pragmatischer Trend zu Zweistaatlichkeit und De-facto-Koexistenz mit Israel beobachtet werden kann, wie auch das Anfang Mai 2017 veröffentlichte Prinzipienpapier der Organisation zeigt². Allerdings bedeutet die De-facto-Teilung der palästinensischen Gebiete nicht nur in zwei geografische Gebiete, Gazastreifen und Westbank, sondern in der Folge in zwei politische Entitäten, zumal in diesen seit 2006 keine Wahlen mehr stattgefunden hatten, dass die palästinensische Führung nur beschränkt legitimiert in Friedensgespräche eintreten könnte. Dieses bleibt jedoch eine theoretische Diskussion, da beide Seiten mitnichten damit rechnen, dass durch bilaterale Verhandlungen eine akzeptable Konfliktregelung zu erreichen wäre.

Derweil etabliert sich in Israel / Palästina eine Einstaatenrealität. In der Westbank, mit etwa 6.000 Quadratkilometern etwa zweimal so groß wie das Saarland und der weitaus größere Teil der besetzten Palästinensergebiete, haben israelische Regierungen gleich welcher Couleur bis heute 350.000 bis 400.000 eigene Bürger*innen in über 100 Siedlungen gezielt angesiedelt, die ans Mutterland mit einem Schnellstraßensystem angebunden sind, das das palästinensische Territorium durchschneidet und das von der palästinensischen Bevölkerung weitestgehend nicht genutzt werden darf. Militärischen Schutz liefert die israelische Armee, die weiterhin 60 Prozent der Westbank verwaltet und ihre Macht – internationalem Völkerrecht zum Trotz – missbraucht, um jedwede Entwicklung palästinensischer Infrastruktur, etwa Bauprojekte, Land- und Ressourcennutzung, aktiv zu unterbinden. Gemeinsam kontrollieren Siedlungen und Armee lebensnotwendige Ressourcen und befördern stetig einen sich ausdehnenden Enteignungsprozess der Palästinenser. Währenddessen trennt eine Sperranlage nicht nur die Westbank von Israel, sondern entzieht der Westbank ca. drei bis sechs Prozent der Gesamtfläche.³ Hinzu kommt ein komplexes System von Checkpoints, separierten Straßen und Passierscheinen. Eine immer stärkere Zerstückelung der palästinensischen Gebiete ist die Folge – und damit des Territoriums, das für einen palästinensischen Staat zur Verfügung stünde.

Das System der Straßensperren und Barrieren, der Passierscheine und Terminals, Betonmauern und eingezäunten Enklaven hält die einheimische Bevölkerung eingeschlossen, unter ständiger Beobachtung, mit der einzigen Freiheit, ihre Not selbst zu verwalten. Das tut die PA, deren Funktion sich im Wesentlichen auf die Selbstverwaltung und die Kontrolle der inneren Ordnung in weitgehend miteinander unverbundenen Enklaven, die rund 40 Prozent der Westbank ausmachen, beschränkt.

Im von Israel formal annektierten Ost-Jerusalem samt Umgebung siedeln weitere 200.000 Israelis. Die palästinensischen Bezirke Ost-Jerusalems sind heute zudem von jüdisch-israelischen Bezirken umzingelt, die sie von der Westbank abtrennen, und nur wenige Palästinenser*innen aus der Westbank dürfen mit Sondergenehmigungen nach Ost-Jerusalem gelangen, sodass das größte urbane Zentrum der Palästinenser*innen de facto von den anderen Palästinensergebieten abgeriegelt ist. Insgesamt investierten israelische Regierungen gleich welcher Couleur einige zehn Milliarden Euro in die Ansiedlung von über einer halben Million jüdischer Siedler*innen auf jenen 6.000 Quadratkilometern, auf denen der Staat Palästina entstehen sollte (zum Vergleich: Israel in seinen international anerkannten Grenzen ist etwa 21.000 Quadratkilometer groß und damit ähnlich groß wie Hessen).⁴ Und die Siedlerzahl wächst weiter mit einem jährlichen Bevölkerungswachstum von etwa 4,4 Prozent (75 Prozent hiervon natürliches Wachstum, 25 Prozent Zuzug aus Israel und dem Ausland),⁵ denn die israelischen Siedler*innen genießen Steuererleichterungen, bessere Infrastruktur und staatliche Dienstleistungen als in Israel selbst, Subventionen wie verbilligten öffentlichen Nahverkehr und verbilligten Wohnraum sowie Bevorzugung bei der Wasserverteilung.

Im anderen Teil der besetzten Gebiete, dem Gazastreifen (ganze 360 Quadratkilometer groß, also etwas kleiner als Westberlin) haben die Palästinenser*innen weiter reichende Kontrolle über ihr Gebiet, allerdings soll das Gebaren der dort herrschenden Hamas nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch der Gazastreifen nach wie vor in wesentlichen Aspekten von Israel abhängt. Die Regierung von Ariel Scharon setzte zwar im Sommer 2005 den Rückzug der israelischen Armee und die Räumung der, mit etwa 9.000 Einwohnern, relativ kleinen Siedlungen im bitterarmen, dicht bevölkerten Gazastreifen durch, der nicht als Teil des historischen Stammlandes des jüdischen Volkes angesehen wird. Doch der Gazastreifen ist ohne die Westbank nicht lebensfähig, und Israel kontrolliert nach wie vor alle Land- und Seegrenzen sowie den Luftraum aller palästinensischen Gebiete. Einzig die Grenze zwischen Gazastreifen und Ägypten steht seit Mitte 2007 nicht mehr unter direkter israelischer Kontrolle. Zudem dominiert Israel die palästinensische Wirtschaft im Gazastreifen ebenso wie in der Westbank völlig, insbesondere die Währung, den Ressourcenzugriff und den Handel.

Zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan gibt es also nur einen Souverän, den israelischen Staat. Dieser verfolgt eine doppelte Strategie: Einerseits ist er darauf erpicht, die Grenzen zwischen Israel und einem künftigen Palästina immer stärker zu verwischen. So etwa ist die international anerkannte Grenze längst aus den israelischen Schulbüchern verschwunden. Andererseits entwickelte er ein verschlungenes System, in dem die Einwohner*innen je nach Staatsbürgerschaft, Wohnort (Israel, Westbank, Gazastreifen, Ost-Jerusalem) und ethnisch-religiöser Zugehörigkeit unterschiedliche Rechte besitzen oder auch nicht. Mit handfesten Folgen, wie ein Vergleich des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts offenbart: Während dieses 2014 bei den Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten 2.960 US-Dollar betrug,⁶ betrug es in Israel mit 37.731 US-Dollar⁷ fast das 13-fache. Die Hintergründe hierfür sind offenbar: Einerseits will Israels Regierung die Kontrolle über die Palästinensergebiete behalten und die Ausweitung der Siedlungen ermöglichen und folglich einen lebensfähigen unabhängigen Palästinenserstaat verhindern, andererseits fürchtet sie einen Machtverlust und die Vorrechte der jüdischen Bevölkerung, wenn alle Menschen im Land gleiche Rechte genießen. Denn schon heute gibt es keine jüdische Mehrheit zwischen Jordan und Mittelmeer. Insgesamt sind dort rund 12,6 Millionen Menschen ansässig, etwa 6,2 Millionen davon sind Juden, 6,3 Millionen Araber (Palästinenser*innen und andere arabische Minderheiten),⁸ und das demografische Verhältnis verändert sich weiter zuungunsten des jüdischen Anteils.

Ist die Zweistaatenlösung noch real?

ISRAEL

Um die notwendige Entflechtung auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung zu schultern, bedarf es eines enormen politischen und finanziellen Kraftakts. In Israel besteht momentan weder die zwingende Notwendigkeit, noch findet sich eine ernst zu nehmende Kraft, die nur annähernd den Willen und die Fähigkeit besäße, ein solches Projekt historischen Ausmaßes zu unternehmen. Schaut man sich die Grunddaten an, so besteht tatsächlich kein unmittelbarer Druck, die Lage grundsätzlich zu ändern. Die israelische Wirtschaft blüht seit dem Abflauen der Zweiten Intifada Mitte der 2000er-Jahre. Die Wachstumsraten sind höher als der Durchschnitt der industrialisierten Länder, das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf des einstigen Schwellenlands ist mittlerweile höher als in Spanien oder Italien. Israel ist heute ein führender Forschungs-, Hightech- und Kommunikationsstandort mit einer bedeutenden Präsenz ausländischer Firmen wie Intel und Microsoft und einer der weltgrößten

Konzentrationen an Start-up-Unternehmen, hat eine hoch wettbewerbsfähige Pharmaindustrie und ist einer der weltgrößten Sicherheits- und Waffenexporteure. Inflation, Arbeitslosenrate und Schuldenstand sind sehr niedrig, und auch die Außenbeziehungen Israels werden nur minimal durch die fortwährende Besetzung gestört (s. u.).

Die Kosten für die Besetzung selbst halten sich in Grenzen. Denn seit den Osloer Abkommen Mitte der 1990er-Jahre ist die PA für das Wohl der Palästinenser*innen verantwortlich. Die PA, mit ihren beschränkten Befugnissen der Verwaltung des Elends in nicht miteinander verbundenen Enklaven, ist kaum in der Lage, eine sich selbst tragende Wirtschaft auch nur annähernd auf die Beine zu stellen. Doch hier springen ausländische Geldgeber, allen voran die EU, die VN, die USA und arabische Golfstaaten, in die Bresche und finanzieren große Teile des Haushalts und verhindern so eine humanitäre Krise und einen Zusammenbruch der PA.

Vom Wirtschaftsaufschwung profitieren keinesfalls alle. Seit Mitte der 1980er-Jahre betreiben alle israelischen Regierungen eine stringenterne neoliberale Politik als die meisten anderen OECD-Länder, inklusive einer Reduzierung der Staatsausgaben,⁹ einer systematischen Lohnsenkung im öffentlichen Dienst, Privatisierungs- und Deregulierungswellen, der großflächigen Einführung von Leiharbeitsfirmen, der Marginalisierung der Gewerkschaften und eines Steuersystems, das verstärkt auf Einnahmen aus indirekten Steuern zugreift und die Steuerlast für Menschen mit niedrigem Einkommen vergrößert. In der Folge blühen die Hightech-Industrien und Dienstleistungen, doch lediglich acht Prozent der israelischen Bevölkerung arbeitet in diesem Bereich. Der mit dieser Wirtschaftspolitik einhergehende Prozess der Konzentration von Kapital und Macht in die Hände Weniger, wie ihn kaum ein anderes westliches Land erfahren hatte, führte dazu, dass die Mittelschicht schrumpft: Nach Daten von 2005 gehörten 36 Prozent aller israelischen Haushalte der Mittelschicht im Vergleich zu 52,4 Prozent in Deutschland, und sie schrumpfte seitdem weiter, während sich die Armutsrate von zehn bis 12 auf 19 bis zwanzig Prozent fast verdoppelte.¹⁰

Die großen sozialen Proteste 2011 waren Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit mit einer sozial ungerechten Regierungspolitik, und darüber hinaus angesichts der vielen Skandale führender Politiker*innen, Generäle oder Polizeioberen – Premier Ehud Olmert, der Korruption, und Präsident Mosche Katzav, der Vergewaltigung überführt, sind hierbei lediglich die Spitze des Eisbergs – eine Demonstration gegen eine als zutiefst korrumpiert empfundene und den Bedürfnissen der Bevölkerung entfremdete Politelite. Was als Protest einer Mittelklasse, deren Kinder sich keine Studentenwohnung in Tel Aviv mehr leisten können, begann, erfasste nach und nach auch Teile der unteren Schichten. Die rechte Regierung Netanjahus stand unter beispiellosem Druck, doch das hergebrachte politische System erwies sich als äußerst überlebensfähig. Der Politelite gelang es, die sozialen Proteste einzudämmen durch eine Umdeutung der Gerechtigkeitsfrage in eine Diskussion über die ungerechte Lastenverteilung beim Militärdienst, da ultraorthodoxe Juden und die palästinensische Minderheit im Land nicht in der Armee dienen, und durch den Hinweis auf die angespannte Lage im und um den Gazastreifen. Die Beschwörung äußerer Gefahr diente dazu, dass die öffentliche Unzufriedenheit nicht zu einer politisch relevanten Infragestellung bestehender Machtverhältnisse eskaliert.

Die äußere Gefahr als Kitt für den inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft, der durch die Sozial- und Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahrzehnte kaum gestärkt wurde, ist in einem Einwanderungsland wie Israel besonders wirkungsmächtig. Hier konkurriert eine fragile israelische Identität mit einem Geflecht anderer Gruppenidentitäten, die mit der jeweiligen

Herkunft zusammenhängen. Neben einer großen indigenen palästinensischen Minderheit (zwanzig Prozent der israelischen Staatsbürger*innen) teilt sich die jüdische Bevölkerung in europäische (aschkenasische) und aus arabischen Ländern stammende Juden, den Mizrachim; dazu kommen Hunderttausende sowjetisch sozialisierte Menschen sowie die ultraorthodoxen Juden und Jüdinnen. Diese unterschiedlichen Prägungen sind umso bedeutender, als sie mit realen sozioökonomischen Unterschieden einhergehen, je nachdem, wann eine Gruppe nach Israel eingewandert ist, wie sie von den anderen Gruppen wahrgenommen wird und wie sie sich integrieren konnte. Die Benachteiligung der Mizrachim und insbesondere der etwa bei Polizeigewalt zutage tretende offene Rassismus gegen dunkelhäutige Juden und Jüdinnen sowie ein fortwährender Kulturkampf zwischen Säkularen und Religiösen beinhalten akutes Konfliktpotenzial.

Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage, der geringen Kosten der Besatzung und der Instrumentalisierung der äußeren Gefahr zur Einhegung von Protest und zur Zementierung ihres Machterhalts ist die jetzige Lage für Israels Rechte unter Netanjahu die beste aller Welten. Deren Macht ist gesichert, Israel und ein neoliberales Wirtschaftssystem gedeihen, der Siedlungsbau schreitet voran und Israel kontrolliert weiterhin die Palästinensergebiete. Um diesen Zustand aufrechtzuerhalten, achtet die Regierung einerseits darauf, dass der Konflikt mit den Palästinenser*innen niedrigschwellig bleibt, denn die israelische Gesellschaft ist bereit, einzelne Terroranschläge hinzunehmen, doch ob die heutige israelische Gesellschaft willens und in der Lage wäre, größere Opfer hinzunehmen, ist unklar. Dies tut sie mit einer komplexen Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik gegenüber der PA, aber auch – jenseits medialer Aufmerksamkeit – gegenüber der Hamas. Andererseits lässt die Regierung die rechtliche Lage der besetzten Gebiete im Unklaren und annektiert sie nicht. Dieser seit 50 Jahren bestehende Schwebzustand bedeutet, dass jüdische Siedler*innen andere Rechte und ein anderes Rechtssystem genießen als ihre unmittelbaren palästinensischen Nachbar*innen, die als Subjekte einer militärischen Besatzungsmacht leben. Die Situation, in der unterschiedliche Bevölkerungsgruppen unterschiedlichem Recht unterstehen, veranlasst mehrere israelische, palästinensische und internationale Beobachter*innen das Fortbestehen dieses Systems als eine Form der Apartheid zu definieren.

Dennoch ist es erstaunlich, dass eine Mehrheit der Israelis sich für die Siedlungen mäßig oder gar nicht interessiert. Ihre fast durchgängige Zustimmung für rechte Regierungen seit zwanzig Jahren ist ebenso ein Zeichen für die Schwäche der israelischen Linken. Nachdem sie seit der Staatsgründung 1948 fast dreißig Jahre lang die israelische Politik maßgeblich bestimmt hatte, verlor die Arbeitspartei ihre hegemoniale Rolle zugunsten der israelischen Rechten. In den vergangenen drei Jahrzehnten schaffte sie lediglich für zwei kurze historische Momente, eine Friedenskoalition aufzubauen. Die erste kulminierte in den Osloer Abkommen mit den Palästinenser*innen, verlor ihre Führungsfigur aber mit der Ermordung von Premierminister Yitzhak Rabin durch einen Rechtsradikalen. Die zweite unter Premierminister Ehud Barak versprach am Ende des vergangenen Jahrhunderts, alles zu tun, um einen Friedensvertrag mit den Palästinenser*innen zu erreichen. Der ehemalige Generalstabschef und Hoffnung des Friedenslagers kehrte aus den gescheiterten Verhandlungen zurück und beteuerte, dass er alles in seiner Macht getan hatte, aber dass es auf palästinensischer Seite keine Partner für den Frieden gibt. Heute wissen wir, dass er mitnichten einem unabhängigen Palästinenserstaat zugestimmt hatte und dass seine palästinensischen Gegenüber sein Angebot nicht hatten annehmen können.¹¹ Doch damit brach das Friedenslager Israels in sich zusammen, die Hoffnung auf

Frieden erlosch. Seitdem oszilliert die einstige Volkspartei zwischen Nachahmung der Rechten und dem Ausweichen von klaren Antworten auf die existenzielle Frage des Lands in einer Aufeinanderfolge unglücklicher Vorsitzender¹². Ihre Zustimmung für eine Zweistaatenlösung begründet die Arbeitspartei nicht mit einem Wunsch nach Frieden, sondern vor allem mit dem Willen, sich von den Palästinenser*innen endgültig zu trennen, damit Israel sicherer wird. Es schwingt aber immer auch der Gedanke mit, Israel als westliche Insel inmitten einer als barbarisch wahrgenommenen Umwelt zu isolieren. Damit wird aber auch ein angesichts der Kriege, Krisen und reüssierenden Diktaturen in den umgebenden Ländern verständliches Misstrauen geschürt und dies spielt wiederum in die Hände der Rechten, die viel besser Profit aus einer Politik der Angst zu schlagen wissen. Diese Position verhindert gleichzeitig eine notwendige Allianzbildung mit der neuen großen Kraft in Israel, die für eine Zweistaatenlösung steht: der Gemeinsamen Liste unter Einschluss der sozialistischen, jüdisch-arabischen Chadasch/al-Jabha, die die palästinensischen Staatsbürger*innen Israels repräsentiert. Damit bleibt eine friedenswillige Allianz aus, die die israelische Gesellschaft dazu bewegen könnte, eine gerechte Zweistaatenlösung als israelisches Interesse wahrzunehmen.

PALÄSTINA

Angesichts der asymmetrischen Kräfteverhältnisse hat die PA in den vergangenen Jahren alles darangesetzt, die von den Großmächten vorgegebenen Parameter auf dem Weg zur Zweistaatenlösung zu erfüllen. Vergebens. Aufgrund der kompletten israelischen Übermacht hat sie kaum Karten in der Hand, um die von ihr präferierte Zweistaatenlösung zu realisieren. Ihre Manövrierfähigkeit ist zudem stark eingeschränkt, da sie von Israel und dem Ausland stark abhängig ist. Mangels einer lebensfähigen und unabhängigen Wirtschaft stammt ein Großteil ihrer Einnahmen aus ausländischen Quellen, etwa humanitärer und Entwicklungshilfe und israelischen Überweisungen, etwa fällige Zölle und Mehrwertsteuer, die Israels Institutionen erheben und dann den palästinensischen Behörden überweisen – oder eben auch nicht. Repression wird in der Folge mit Vereinnahmung verzahnt. Und, wie in anderen Rentiersystemen, Patronage wird zu einem kritischen Teil eines Systems, das von der Bevölkerung, die es zu repräsentieren vorgibt, losgelöst ist, da er von ihr pekuniär unabhängig ist und folglich ihre Bedürfnisse übergehen kann. Während ein Großteil der Bevölkerung in Armut lebt, gedeiht eine dem System nahestehende Schicht, die sich teure Restaurants oder private Schulen leistet, darunter etwa die steinreich gewordene Milliardärsfamilie Al-Masri.

Besonders pikant ist die Rolle der PA in Sicherheitsfragen. Mit US- und EU-Mitteln arbeiten zwölf Sicherheitsapparate (Geheimpolizei, Gendarmerie, Militärgeheimdienst, Spezialkräfte, Präsidentengarde etc.) und machen die Westbank zu einem der am stärksten bewachten Orte der Welt. Die Budgets hierfür sind höher als die Ausgaben für Gesundheit und Bildung zusammen. Die Sicherheitsapparate sind ausschließlich nach innen gerichtet und dürfen israelische Staatsbürger*innen, etwa Siedler*innen, die palästinensisches Eigentum gewohnheitsmäßig beschädigen, nicht antasten. Für Israel stellen sie einen kostensparenden Ersatz für die eigenen Streitkräfte bei der Sicherung der Ordnung und der Unterdrückung von Gewalt gegen Siedlungen und israelische Infrastruktur dar.

Über zwanzig Jahre nach ihrer Gründung stellt sich immer dringender die Frage, ob die PA als notwendige Stufe eines Staatsbildungsprozesses verstanden werden kann oder ob sie nicht integraler Bestandteil des Besatzungssystems geworden ist. Die PA steckt in einem tiefen Dilemma: Es gibt Stimmen,

auch innerhalb der die PA beherrschenden Fatah, die dafür plädieren, die PA abzuschaffen und zu einem direkten israelischen Besatzungsregime zurückzukehren. Tatsächlich hängt die Legitimität der PA von ihrer Fähigkeit ab, die nationalen Interessen der Palästinenser*innen zu vertreten. Doch solange die PA die Lebensgrundlage so vieler, vor allem regimenaher Menschen darstellt, scheinen viele an der Hoffnung zu hängen, dass ein Palästinenserstaat doch Realität werden kann.

Vor dem Hintergrund gescheiterter Direktverhandlungen mit Israel nahm sich die palästinensische Führung zuletzt vor, eine Internationalisierung des Konflikts zu forcieren, sprich die VN-Organen, den Internationalen Gerichtshof und die Staatengemeinschaft in die Pflicht zu nehmen. Die Siedlungen müssten geächtet werden, ein Staat Palästina anerkannt werden, die Parameter für die endgültige Zweistaatenlösung international festgelegt werden. Bisher mit mäßigem Erfolg. Israel bekämpft diese Bemühungen vehement und nennt sie Kriegsführung mit juristischen und diplomatischen Mitteln, und das westliche Ausland reagiert darauf zögerlich bis ablehnend.

Angesichts der Erfolglosigkeit der PA gibt es drei zivilgesellschaftliche, gewaltlose Bewegungen, die sich der Besatzung und dem Vegetieren in isolierten Enklaven stellen. Die eine ist eine sehr niedrigschwellige, die „Sumud“ fördert, sprich einen passiven Widerstand gegen die Enteignung und Vertreibung von Palästinenser*innen aus verschiedenen Teilen der Westbank, etwa durch den Wiederaufbau zerstörter Häuser und die Kultivierung von Land, auch wenn dieses vorgeblich für Militärzwecke gesperrt wurde, sowie durch den Aufbau alternativer Institutionen. Die zweite ist die von Palästinenser*innen gegründete BDS-Bewegung, die für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen steht, eine vom südafrikanischen Beispiel inspirierte internationale Kampagne, die den Druck auf Israel erhöhen möchte, die Besatzung zu beenden. Die Bewegung wird stark von pro-israelischen Organisationen als antisemitisch motiviert angegriffen, nimmt aber an Fahrt auf und bekommt Unterstützung auch von einigen, auch namhaften israelischen und jüdischen Friedensaktivist*innen und Intellektuellen. Die dritte heißt gewaltfreie oder Volksintifada, die mit Demonstrationen, Streiks und Straßensperrungen Israel international unter Druck setzt, das israelische Friedenslager zu neuem Leben erweckt und somit ein Ende der Besatzung herbeiführen soll. Die Unterdrückungsmechanismen der PA und des israelischen Militärs einerseits und die Verfasstheit der palästinensischen Gesellschaft andererseits lassen ein solches Unterfangen jedoch derzeit unrealistisch erscheinen.

Die einzige andere Option, die heute verhandelt wird, ist eine bewaffnete Intifada. Die Hamas, die im Gazastreifen eine äußerst harte Hand, Einschüchterung und mitunter Folter benötigt, um ihre schwindende Popularität zu kompensieren, ruft zwar dazu auf, doch ihre Annäherung an Fatah-Positionen lässt vermuten, dass sie dies eher aus politischer Opportunität tut. Israel scheint zu übermächtig, die Angst vor Krieg und Chaos angesichts der Fernsehbilder aus Syrien und Jemen sowie die Müdigkeit nach zwei Intifaden zu groß.

DAS AUSLAND

Die Fortführung der Siedlungspolitik, die offensichtliche Abwendung der Regierung Netanjahu von der Zweistaatenlösung, die antiliberaler Innenpolitik Israels sowie speziell Netanjahus beispiellose Einmischung in die amerikanische Innenpolitik und seine dezidierte Parteinarbeit für die Republikaner sowie die tiefe politische Spaltung des Landes bei den letzten Wahlen 2016 haben dazu geführt, dass die einstige bedingungslose Wand-zu-Wand-Unterstützung für Israel durch dessen wichtigsten

Alliierten, die USA, bröckelt. Während linke und liberale Kräfte zunehmend ein distanzierteres Verhältnis zu Israel haben, erstarkt die Identifikation mit Israel in ultrarechten Kreisen, nicht zuletzt gekoppelt mit der Vorstellung, einen gemeinsamen Feind, den Islam, vor sich zu haben. Das Gleiche gilt auch für die großen jüdischen Gemeinden der USA: während sich der wachsende konservative Flügel in den traditionell (links-)liberalen jüdischen Gemeinden für Netanjahu begeistert, unterstützen linksliberale, vor allem junge Juden und Jüdinnen vermehrt die 2008 als Alternative zur mächtigen konservativen American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) gegründete J-Street, die der israelischen Linken nahesteht und die Besatzung deutlich kritisiert, oder sogar die Friedensgruppe Jewish Voice for Peace, die die BDS-Kampagne unterstützt. Dennoch stehen die besonderen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf einem festen Fundament. Die USA unterstützen Israel jährlich mit drei bis vier Milliarden US-Dollar an Militärhilfe, und ein spezielles Gesetz verpflichtet die USA dazu, Israel eine militärische Überlegenheit gegenüber allen anderen Nahoststaaten zu garantieren.¹³ Obwohl sich Israels Rechtsnationalisten durch den Wahlsieg Donald Trumps einen radikalen Bruch mit der offiziellen Verpflichtung der US-Administration zur Zweistaatenlösung erhofften, lassen die Äußerungen von Trump und seinem Team während ihrer Nahostreise im Mai 2017 vermuten, dass die USA weiterhin offiziell einer Zweistaatenlösung verpflichtet bleiben. Doch auch wenn der amerikanische Präsident verkündet hat, das ultimative Friedensabkommen zwischen Israel und den Palästinensern vermitteln zu wollen, so bleibt unklar, wie er dieses erreichen möchte.

Auch wenn in Europa seit dem Wahlsieg Trumps die Erkenntnis reift, dass es außen- und sicherheitspolitisch eigenständiger werden muss, stellt die enge diplomatische Zusammenarbeit mit den USA für Europa eine *conditio sine qua non* verantwortlicher Politik dar. Vor allem bezogen auf den Nahen Osten räumt Europa den USA die Führungsposition ein und begnügt sich mit der Rolle des Beifahrers. Die Beziehungen zu Israel sind dabei ebenso verzweigt und vielfältig wie die der USA, und die europäische – vor allem deutsche – Geschichte stellt einen gewichtigen eigenen Grund zur Solidarität mit Israel dar. Israel ist folglich wahrscheinlich der außereuropäische Staat mit den engsten Beziehungen zur EU. In den europäischen Hauptstädten erkennen viele in den politischen Eliten, dass beide Parteien, auf sich gestellt, sich kaum auf eine für beide Seiten akzeptable Lösung verständigen können, weil die Machtasymmetrie zwischen den Parteien zu groß ist. Doch auch angesichts einer sich verfestigenden Einstaatenrealität bestehen auch die europäischen Staaten darauf, dass nur direkte Verhandlungen zum Ziel führen, und lehnen ein tieferes Engagement, etwa durch eine Festlegung der Parameter einer solchen Lösung, wie sie zu Beginn dieses Aufsatzes dargelegt worden sind, oder durch handfeste Schritte hin zu einer Zweistaatenlösung ab.

Die öffentliche Meinung – und die zahlreicher europäischer Politiker*innen und Beamte hinter vorgehaltener Hand – ist dabei etwas anders gelagert als die US-amerikanische. Die pro-israelische Euphorie um die Jahre der Osloer Verträge wandelte sich in vielen Milieus – in Großbritannien oder Spanien eher als in Deutschland – durch die während der Gazakriege offensichtlich gewordene Asymmetrie der Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien und ein wachsendes Bewusstsein für die Besatzungsrealitäten in eine Aversion gegen Israels Besatzungspolitik, wenn auch nicht in eine durchgehende Sympathie für die Palästinenser*innen. Die wachsende Kluft zwischen offizieller Politik und öffentlicher Meinung wäre schwer zu handhaben, fänden nicht gleichzeitig gegenläufige Bewegungen statt. Bei den sich modernisierenden und erstarkenden Rechtspopulisten werden die alten antisemitischen Ressentiments durch eine vorgestellte

Front zur Verteidigung eines jüdisch-christlichen Abendlands gegen den Islam ersetzt, und Israel und die dortige hegemoniale Rechte gelten als ideologische und strategische Alliierte ersten Rangs. Gleichzeitig sind viele Besatzungsgegner*innen Antisemitismusvorwürfen durch pro-israelische Organisationen ausgesetzt, zuletzt innerhalb der britischen Labor, davor innerhalb der deutschen Grünen und Linken. Berichte darüber, dass das israelische Außenministerium gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren koordiniert Kampagnen gegen Kritiker*innen der Besatzungspolitik führt und sich in innerparteilichen Auseinandersetzungen einmischt, veranlasste sogar Anfang 2017 die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im britischen Parlament.¹⁴

Angesichts der brisanten Sachlage sind europäische Akteure insgesamt gespalten und agieren entsprechend halbherzig. So entschloss sich die EU, dass – da sie die Siedlungen in den besetzten Gebieten nicht als Teil Israels anerkennt – die wenigen importierten Produkte aus den jüdischen Siedlungen nicht mehr als israelische Produkte gekennzeichnet werden können, doch sie begründet es halbherzig als eine technische Maßnahme und nicht als eine politische Botschaft und lehnt weiter reichende Forderungen, Produkte aus den nach eigenem Verständnis völkerrechtswidrigen Siedlungen nicht mehr in die EU einzuführen, ab. Und während das Europäische Parlament und andere nationale Parlamente sich grundsätzlich für die Anerkennung eines Staates Palästina ausgesprochen hatten, hat bislang nur Schweden dies auch tatsächlich vollzogen. Während irischen Quellen zufolge eine Anerkennung durch Irland nur mehr eine Frage der Zeit sei, kann man Äußerungen von Emmanuel Macron entnehmen, dass Frankreich kaum folgen wird. Eine Anerkennung seitens Deutschlands ist auch nach der kommenden Bundestagswahl nicht zu erwarten.

Gleichzeitig führte das Versprechen der Osloer Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen mit vielen vormals blockfreien Staaten, wie China und Indien, aber auch ehemaligen Mitgliedern des Warschauer Pakts wie Russland. Beziehungen, die angesichts der fortwährenden Besatzung keinesfalls wieder erkalten, sondern weiter gedeihen aufgrund des wachsenden Bedarfs dieser an globaler Bedeutung gewinnenden Länder an Handel und Know-how. Israel ist nicht nur wirtschaftlich und militärisch unabhängiger von den USA und Europa, sondern ist selber Produzent wichtiger Technologien wie Drohnen oder (Netz-)Sicherheitstechnik, die westliche wie nicht-westliche Länder seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 immer stärker beanspruchen. Zudem stärkten die Folgen der US-amerikanischen Besatzung des Irak und des Scheiterns des Arabischen Frühlings Israels Position. Während alte Feinde wie Syrien und der Irak zerfallen, haben Israel und Ägypten unter Diktator Abd al-Fattah as-Sisi und die radikale islamistische Monarchie Saudi-Arabien zunehmend ähnliche Interessen, etwa in ihren Positionen gegenüber Hamas und dem Iran.

Insgesamt hat sich auf dem internationalen Parkett die Festlegung auf eine Zweistaatenlösung so stark verankert, dass eine Suche nach anderen Lösungsansätzen nur als unrealistische Träumerei wahrgenommen wird. Gleichzeitig ist die einstige Dringlichkeit einer Lösung des klassischen Nahostkonflikts angesichts der neuen, akuten Konflikte im Nahen Osten in den Hintergrund geraten. Stellte die Lösung des Nahostkonflikts einen Schlüssel zur Befriedung des gesamten Nahen Ostens und zu einer Annäherung zwischen dem Westen und den arabischen Staaten dar, so geht man heute eher davon aus, dass erst die anderen Krisenherde gelöscht werden müssen, bevor dieser Konflikt angegangen wird, und fragt sich, ob jetzt der rechte Zeitpunkt wäre, einen Zwergstaat wie das vorgesehene künftige Palästina, dessen Verfasstheit instabil und dessen Entwicklungsmöglichkeiten aufgrund der Vorbedingungen suboptimal wären,

gerade jetzt in die Unabhängigkeit zu entlassen. Zurzeit können die besetzten Palästinensergebiete sich zur Westsahara und zu Nordzypern gesellen – als langjährige Konflikte, die gegenwärtig unlösbar bleiben müssen.

Alternative Lösungsansätze

Angesichts wachsender Zweifel an der Realisierbarkeit einer Zweistaatenregelung oder als klare Gegenalternativen zu dieser gewinnen in den vergangenen Jahren, sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite, alternative Ansätze an Zulauf. Dazu zählen Einstaatenmodelle, die eine jüdische oder palästinensische Dominanz oder aber einen binationalen Staat mit absoluter Gleichberechtigung vorsehen, sowie Konzepte für eine Konföderation zweier unabhängiger Staaten. Schließlich bleibt der Plan eines einseitigen Rückzugs Israel aus Teilen der Westbank.

Ein Staat mit jüdischer oder palästinensischer Dominanz

Während die Mehrheit der israelischen Rechten unter der Führung von Netanjahu gezielt keine Parameter über die Zukunft beider Völker formuliert, um den Siedlungsbau weiter voranzutreiben, ohne internationalen Druck zu erleben, preschen andere vor und fordern eine Formalisierung der Einstaatenrealität. Minister Naftali Bennett, Vorsitzender der rechtsextremen Siedlerpartei Jüdisches Heim und Mitglied im Sicherheitskabinett, plädiert für die Annexion von etwa 60 Prozent der Westbank und aller israelischen Siedlungen. Die Zehntausende bis etwas über einhunderttausend in diesen Gebieten lebenden Palästinenser*innen sollen volle Bürgerrechte in Israel bekommen, während die schon jetzt von der PA verwalteten Enklaven mit dem Gros der palästinensischen Bevölkerung lediglich autonome Selbstverwaltung erhielten. Unter dem Einfluss des Jüdischen Heims hat die israelische Regierung das „Gesetz zur Regelung der Besiedlung Judäas und Samarias“ im Februar 2017 verabschiedet, das die schrittweise Ausweitung israelischer Hoheitsrechte auf die Westbank und damit die Annexion von Teilen der Westbank einleitet. Einige unabhängige Denker des Likud, darunter Staatspräsident Reuven Rivlin, befürworten hingegen die volle Annexion der Westbank bei Gewährung von individuellen Bürgerrechten für die gesamte palästinensische Bevölkerung bei eingeschränkten politischen Kollektivrechten. Die fast zwei Millionen Einwohner*innen des Gazastreifens bleiben hiervon ausgeschlossen, ansonsten wäre die jüdische Mehrheit nicht sicherzustellen. In beiden Szenarien bleiben die jüdische Identität des Lands und die Vorrechte der jüdischen Bevölkerung erhalten.

Hinter diesen Überlegungen steht Israels stärkste Lobbygruppe, die Siedlerbewegung. Ihren Einfluss bis tief in den israelischen Konsens verdankt sie zwei Kontinuitäten im israelischen Diskurs. Zum einen wurde der Staat Israel durch europäische Juden und Jüdinnen gegründet, die ein Land besiedelten, das schon besiedelt war. Um einen sicheren Hafen für die verfolgten Juden Europas aufzubauen, musste also eine andere Bevölkerung verdrängt werden. Siedlungen sind also das zentrale Instrument des Zionismus gewesen. Die Siedlerbewegung kann also behaupten, dass sie das Werk der von allen verehrten Gründungsväter vollendet. Und auch wenn die zionistische Bewegung, wenigstens dem Anspruch nach, eine säkulare Bewegung war, so benötigte sie religiöse Symbole, um die jüdischen Massen zu begeistern und zu einen. Die Kolonisierung des Lands wurde im Hebräischen als „Erlösung des Lands“ aufgeladen. Die Siedlerbewegung lädt die Besiedlung der Westbank, in der sich viele jüdische Stätten befinden wie Hebron, die Stadt

Abrahams, ähnlich religiös auf – und findet Resonanz in einer Öffentlichkeit, der dieser Diskurs nicht fremd ist.

Diese Ansätze ähneln jenen, wie sie die Hamas in ihrer Charta aus dem Jahr 1988 propagiert, in der das gesamte Land als „islamische Stiftung“ (Waqf) gilt, das Gott den Muslimen anvertraut habe. In ihm könnten zwar auch Juden leben, hätten aber keinen gleichberechtigten Status und keine kollektiven politischen Rechte. Allerdings scheint die Hamas sich den Positionen der Fatah und der anderen palästinensischen Parteien, die in der PLO vertreten sind, in ihrer Unterstützung für eine Zweistaatenlösung angenähert zu haben.

Ein demokratischer, binationaler Staat und Konföderationsmodelle

Befürworter*innen eines einzigen Staats zwischen Jordan und Mittelmeer gab es schon vor der Gründung Israels. Sie sehen einen demokratischen und säkularen Staat für Israelis und Palästinenser*innen vor, in dem sowohl die kollektiven Rechte als auch die Rechte von Minderheiten wirksam geschützt sind. Eine Teilung des Lands wird als Unrecht verurteilt, zumal diese immer zugunsten der Israelis ausfallen und die Interessen des verstreuten palästinensischen Volks nie genügend berücksichtigt werden. Auch als während der 1990er Jahre die Zweistaatenlösung in Reichweite schien, setzte sich der 2003 verstorbene angesehenste palästinensische Intellektuelle, Edward Said, schon früh für die Errichtung eines binationalen Staats als Alternative zum Oslo-Friedensprozess ein mit Verweis auf eine Vielzahl wechselseitiger Abhängigkeiten beider Seiten, die eine Trennung praktisch unmöglich mache. Angesichts eines in Enklaven entstehenden Protektorats sprechen sich aber momentan immer mehr palästinensische Intellektuelle und Aktivist*innen hierfür aus und stellen damit eine bedeutende Gegenstimme gegenüber den national orientierten Parteien der PLO dar. Dazu gehört etwa der palästinensische Philosoph Sari Nusseibeh¹⁵ und der palästinensisch-amerikanische Journalist Ali Abunimah. Auch auf israelischer Seite gibt es eine relativ kleine Minderheit postzionistischer Israelis, die für einen binationalen Staat plädieren, etwa den ehemaligen Arbeitspartei-Politiker und Knesset-Sprecher Avraham Burg, den Historiker Ilan Pappé oder den Soziologen Jehuda Schenhaw. Ihnen allen gemeinsam ist der Glaube, dass diese die einzig langfristig gerechte Lösung sein kann, unabhängig davon, wie utopisch sie momentan sein mag, zumal ein Kampf unter der Fahne gleicher Bürgerrechte Erfolg versprechender sein kann als eine nationale Befreiung.

Konföderationsmodelle bieten einen Kompromiss, der nationale Identitäten und kollektive Rechte stärker berücksichtigt und gleichzeitig davon ausgeht, dass zwei getrennte Staaten den anstehenden Herausforderungen nicht gerecht werden. Sie reichen von einer binationalen Föderation wie in Belgien bis hin zu einer Konföderation ethnischer Kantone. Die neueste Initiative, „Zwei Staaten – eine Heimat“, hat in kurzer Zeit Hunderte von Befürworter*innen gefunden – eine ungewöhnliche Allianz aus palästinensischen Querdenkern, israelischen Friedensaktivist*innen, Siedler*innen und ultraorthodoxen Juden und Jüdinnen¹⁶. Dabei sollen die zwei Völker ihr Selbstbestimmungsrecht realisieren durch die Gründung eines palästinensischen Staats in allen besetzten Gebieten. Beide Staaten sollen zwar unabhängig sein, sie werden aber offene Grenzen für die jeweils andere Bevölkerung haben. Jüdische Siedler*innen werden also als Residenten in einem Staat Palästina leben können, palästinensische Flüchtlinge in gleich großer Zahl, entsprechend einer festzusetzenden Quote, ein Wohnrecht in Israel bekommen. Beide Gruppen bleiben jeweils Bürger*innen ihres eigenen Staates, dessen Regierung sie auch wählen – ähnlich wie ein Auslandsdeutscher in Frankreich oder Spanien.

Einseitiger Rückzug aus Teilen der Westbank

Der Rückzug aus dem Gazastreifen wäre die Blaupause für einen weiteren Rückzug Israels aus Teilen der Westbank. Er könnte einen ersten Schritt in Richtung eines Endes der Besatzung darstellen, aber er wird auch wahrscheinlich die einseitige Ziehung endgültiger Grenzen bedeuten. Nach diesen Vorstellungen würde sich Israel von großen Teilen der Westbank zurückziehen und nach eigenen strategischen Überlegungen Teile der Westbank für sich beanspruchen, etwa das Land hinter der Sperranlage und die großen Siedlungsblöcke. Israel würde sich damit des Großteils der palästinensischen Bevölkerung entledigen und sich von ihr abschotten. Wie im Gazastreifen könnte Israel auf absehbare Zeit die Geschicke der Westbank mit oder auch ohne direkte militärische Präsenz kontrollieren, etwa durch eine etwaige Kooperation mit dem zweiten Nachbarn der Westbank, Jordanien. Die Palästinenser*innen verblieben mit dem Gazastreifen, einem Torso der Westbank und ohne Ost-Jerusalem. Instabilität wäre vorprogrammiert, aber die berechnete Hoffnung wäre, die „Staatengemeinschaft“ würde ein solches Gebilde weiterhin unterstützen und die PA würde ein Machtvakuum aus eigenem Interesse verhindern.

Ein solcher Rückzug fände die Zustimmung des rechten Flügels der Arbeitspartei, deren Vorsitzender in einem nach ihm benannten, sehr schemenhaften Herzog-Plan hierfür plädiert, über die Parteien der Mitte bis hin zu gemäßigten Rechten. Ihnen gemeinsam ist die Weigerung, die international gewollte territoriale Regelung auf Basis der Grenzen von 1967 mit vereinbartem Gebietsaustausch anzunehmen oder die Annahme beziehungsweise die Überzeugung, dass eine solche Lösung keine Mehrheit in Israel finden kann. Gleichzeitig möchten sie durch einen solchen Schritt die jüdische Mehrheit im Lande sichern. Ein einseitiger Rückzug weckt großes Interesse unter US- und europäischen Diplomaten und Politiker*innen, denn er bietet einen Ausweg aus der Verhandlungssackgasse, ohne Druck auf Israel ausüben zu müssen, falls sich Kräfte der israelischen Mitte durchsetzen. Zudem hoffen sie, ein einseitiger Rückzug würde die Lage beruhigen und Israel eine Anti-Apartheid-Kampagne ersparen. Größte Gegner eines einseitigen Rückzugs sind die Palästinenser*innen und die israelische Linke, doch die machtpolitisch wichtigsten Gegner wären die Siedlerlobby und das israelische Rechtsaußen.

Fazit

Fünfzig Jahre nach der Besetzung der Palästinensergebiete sind wir heute von einer Lösung weit entfernt. Doch die Besatzung muss enden. Sie schreibt Unrecht fest und befördert eine fortschreitende Schrumpfung demokratischer Räume in beiden Gesellschaften, eine Dämonisierung der anderen Seite und eine Glorifizierung von Gewalt.

All die alternativen Lösungen ebenso wie die Zweistaatenlösung sind reale Möglichkeiten, und alle können sie mit genügend politischem Willen durchgesetzt werden. Die Frage ist, welche historische Dynamik sie fördern.

Jede ernst zu nehmende politische Lösung muss auf den Prinzipien der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung beruhen und die Völker einer historischen Aussöhnung näherbringen. Damit ist das Festhalten an dem jetzigen Schwebestand ebenso verheerend wie eine etwaige Lösung, die eine Dominanz der einen Seite festschreibt. Ein teilweiser Rückzug aus der Westbank samt einseitiger Festlegung der Grenzen würde eine ungerechte und explosive Lage herstellen. Er würde den Konflikt kaum beenden und ein höchst instabiles palästinensisches Gemeinwesen mit vielen seiner jetzigen Abhängigkeiten zurücklassen,

das kaum Chancen auf Entwicklung und weniger emanzipatorisches Potenzial hätte, als es heute ohnehin hat. Eine solche für die Palästinenser*innen nachteilige Lösung würde Widerstand erzeugen, eine etwaige Regierung müsste folglich entweder Gewalt Richtung Israel tolerieren oder die eigene Bevölkerung mit Gewalt unterdrücken. An den Erfahrungen seit der einseitigen Trennung von Gaza lässt sich ablesen, dass die israelische Gesellschaft auf die dann entstehende Belagerungssituation mit einer enorm gestiegenen Gewaltbereitschaft reagiert.

An Kritik an Einstaaten- und Konföderationsmodellen mangelt es auch aus progressiver Perspektive nicht. So schreibt der israelische Historiker Gadi Algazi, damit würden die Siedlungen Schritt für Schritt akzeptiert, die Palästinenser*innen verlören die Chancen einer künftigen Entwicklung, während sie keine Antwort hätten auf den Umgang mit „der Altlast von 100 Jahren Kolonialismus, in dem die Institutionen der zionistischen Bewegung weiterhin direkt oder indirekt die Schlüsselressourcen kontrollieren, in dem das jüdische Kollektiv die Privilegien und angehäuften Früchte der Enteignung der Palästinenser*innen weiterhin genießt, während die Mehrheit der Palästinenser*innen unterhalb der Armutsgrenze lebt – [das] würde liberale Apartheid bedeuten. Er würde die Ergebnisse des Kolonisationsprozesses legitimieren und ihnen ein schönes liberales Gewand überziehen“.¹⁷

Auch wenn man sich diese Kritik nicht zu eigen macht, so bleiben die Hindernisse für etwaige Einstaaten- und Konföderationsmodelle die gleichen wie die gegen eine Zweistaatenlösung: der Unwille Israels, angehäuften Privilegien der jüdischen Bevölkerung aufzugeben.

Woran es fehlt, ist der politische Wille, eine wie auch immer im Detail geartete Regelung durchzusetzen. Dabei muss sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Akteure verändern. Hierfür wären drei Akteure nötig: Die israelische Journalistin Amira Hass erinnert uns daran, dass koloniale Prozesse so gut wie immer durch den Widerstand der indigenen Bevölkerung enden, sprich die Palästinenser*innen müssten mit einer kräftigen und geeinten Stimme sprechen können und Widerstand effektiv gestalten. Dann müsste sich eine innerisraelische Opposition zu einer echten Alternative zur jetzigen Regierung entwickeln. Dazu gehört vor allem eine Arbeitspartei, die einer noch friedenswilligen Bevölkerungsmehrheit reinen Wein einschenkt und sich klar zu einer progressiven Front mit der palästinensischen Minderheit in Israel, immerhin bald zwanzig Prozent der israelischen Bevölkerung, bekennt.

Dem Ausland schließlich, allen voran den westlichen Alliierten Israels, fielen angesichts der tiefen Asymmetrie des Konflikts eine gewichtige Rolle zu, nämlich den notwendigen politischen Willen bei den Konfliktparteien zu mobilisieren. Blutleere Plädoyers für eine Zweistaatenregelung reichen hier mitnichten aus. Vor allem die Länder, die Einfluss auf Israel haben, müssen konkrete und verbindliche Maßnahmen ergreifen, welche dem Friedensprozess eine neue Dynamik verleihen können. Weder Präsident Trumps Bemühungen um einen „Friedensdeal“, noch die Hilfgelder der EU werden zielführend sein, wenn sie nicht von einem grundsätzlich veränderten Umgang mit den Konfliktparteien begleitet werden. Dazu gehören die Vorgabe von Parametern für eine Verhandlungsregelung durch den Sicherheitsrat, eine robuste Vermittlung, Sicherheitsgarantien, aber auch konkrete Maßnahmen im Falle von Nichtkooperation. Im Umlauf im europäischen Umfeld ist vor allem die Intensivierung der in den letzten Jahren bereits eingeleiteten und durch die Sicherheitsratsresolution 2334¹⁸ vom Dezember 2016 von allen Staaten verbindlich verabschiedeten Differenzierungspolitik im Umgang mit Israel und den Siedlungen konsequent fortzusetzen, sprich Maßnahmen beschließen, die sicherstellen, dass weder für die Siedlungen, noch für ihre Einwohner*innen die Vorteile bi- und multilateraler Abkommen mit Israel gelten können, die Ächtung von

Investitionen und Firmenbeteiligungen, die indirekt in Siedlungsaktivitäten fließen und ein Verbot des Imports von Siedlungsprodukten. Aber auch das Herunterstufen bilateraler Beziehungen wird als Option erwägt.

Schließlich kann ein Ende der Besetzung nur der Anfang eines langen Bemühens um gerechtere Gesellschaften sein. In Israel wird angesichts der großen palästinensischen Minderheit im Land und zugunsten nicht jüdischer Emigranten ein neues Selbstverständnis in jedem Falle unentbehrlich sein, das die jüdische Identität der Bevölkerungsmehrheit und ein modernes Staatsbürgerschaftsverständnis, sowie Binationalität besser austariert – in einem Staat oder in zweien. Es wird ein langwieriger Prozess der Auseinandersetzung mit den entstandenen Wunden und Narben, die die Besiedlung des Lands auf Kosten eines anderen Volks in jedem Lebensbereich, in der Landschaft und der Verteilung der Ressourcen und in der kollektiven Vorstellungskraft hinterlassen hat. Die palästinensische Gesellschaft muss nicht nur dem Erbe der entstandenen Fürstentümer der Fatah und der Hamas ein emanzipatorisches Modell gegenüberstellen, sondern einem arabischen Universum trotzen, das zwischen Autokratie und Militärtyrannie einerseits und religiös gefärbter Reaktion schwankt. Diese Anstrengungen werden sich lohnen.

Tsafrir Cohen leitet das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv.

Eine erste Version dieses Beitrags erschien zuerst in: „Nahe Osten und Europa: Herausforderungen einer Nachbarschaft“, Hrsg.: Krämer, Raimund und Nakath, Detlef, Potsdam 2017, S.35-57.

Anmerkungen

- 1 Dies sieht die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den islamischen Staaten sowie die Anerkennung Israels durch diese. Im Gegenzug soll Israel alle 1967 besetzten Gebiete räumen, einen unabhängigen palästinensischen Staat mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt anerkennen und einer gerechten Lösung der Flüchtlingsfrage in Übereinstimmung mit der Resolution 194 der UN-Generalversammlung zustimmen.
- 2 hamas.ps/en/post/678/a-document-of-general-principles-and-policies, abgerufen am 3. August 2017.
- 3 Weitere verlässliche Informationen, Zahlen und Landkarten: siehe die Webseite des Büros der Vereinten Nationen für die Koordination Humanitärer Belange: ochaopt.org.
- 4 Rivlin, Paul, *The Israeli Economy from the Foundation of the State through the 21st Century*, Cambridge 2011, S. 149.
- 5 Vgl. peacenow.org.il/eng/content/settlements, abgerufen am 3. August 2017.
- 6 Vgl. auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/PalaestinensischeGebiete_node.html, abgerufen am 13. November 2016.
- 7 Vgl. auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Laender/Israel.html, abgerufen am 13. November 2016.
- 8 Vgl. Asseburg, Muriel & Busse, Jan, *Das Ende der Zweistaatenregelung? Alternativen und Prioritäten für die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts*, swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A27_ass_Busse.pdf.
- 9 Im Jahr 2013 waren die Ausgaben des israelischen Staats mit 41,7 Prozent des BIP niedriger als der OECD-Durchschnitt von 49,3 Prozent, in Deutschland lagen sie bei 44,7 Prozent; die Sozialabgaben betragen 15,3 Prozent des BIP gegenüber dem OECD-Durchschnitt von 21,9 Prozent und 26,2 Prozent in Deutschland.
- 10 Vgl. Swirski, Shlomo, *Nicht wirklich eine Start-up-Nation*: rosalux.org.il/nicht-wirklich-eine-start-up-nation/.
- 11 Vgl. Malley, Robert, *Fictions About the Failure at Camp David*: *New York Times*, 8.7.2001. Malley war Sonderberater von US-Präsident Bill Clinton und Mitglied des US-Teams für die Friedensverhandlungen in Camp David im Jahr 2000.
- 12 Siehe hierzu Manekin, Mikhael, *Arbeitspartei auf Abwegen*: rosalux.org.il/arbeitspartei-auf-abwegen/.
- 13 Siehe: Halper, Jeff, *Die Beziehungen zwischen den USA und Israel: Wedelt der Schwanz mit dem Hund?*: rosalux.org.il/die-beziehungen-zwischen-den-usa-und-israel-wedelt-der-schwanz-mit-dem-hund/.
- 14 aljazeera.com/news/2017/01/uk-committee-investigate-israeli-embassy-scandal-170129173333350.html, abgerufen am 3. August 2017.
- 15 Siehe etwa Nusseibeh, Sari, *Ein Staat für Palästina?: Plädoyer für eine Zivilgesellschaft in Nahost*, München 2012.
- 16 Siehe ihr Programm, ins Deutsche übersetzt: rosalux.org.il/dokumentiert-zwei-staaten-eine-heimat/.
- 17 Algazi, Gadi, *1967: die lange, lange Besatzung*: rosalux.org.il/1967-die-lange-lange-besatzung/.
- 18 Amtliche deutsche Übersetzung: un.org/depts/german/sr/sr_16/sr2334.pdf.



Protest in Solidarität mit hungerstreikenden palästinensischen Häftlingen. Nabi Saleh, Westbank, 12. Mai 2017. Foto: Activestills

Palästinensische Kinder sehen zum ersten Mal in ihrem Leben das Meer. Die NGO „Kämpfer für den Frieden“ brachte die Kinder aus Tulkarem nach Jaffa. Israel, 6. August 2008. Foto: Activestills

Palästinensische Arbeiter*innen am Checkpoint, Bethlehem, Westbank, 19. März 2017. Foto: Activestills

Zehntausende Menschen demonstrieren für soziale Gerechtigkeit, Rabin-Platz, Tel Aviv, 29. Oktober 2011. Foto: Activestills

III Brennpunkte



Familie Halif sitzt neben den Ruinen ihres von staatlichen Behörden zerstörtem Haus an einem improvisierten Essenstisch, Givat Amal Viertel, Tel Aviv, 2014
Foto: Activestills

Nicht wirklich eine Start-up-Nation

Shlomo Swirski

Gerne sieht sich Israel als hoch entwickeltes Land – die soziale Kluft und die wachsende Armut zeigen jedoch ein anderes Bild.



Israel, das im Jahr 1948 gegründet wurde und dessen Bevölkerung heute 8,5 Millionen Menschen umfasst,¹ gehört zu der Gruppe von Ländern, die sich selbst als entwickelt definieren. Im Jahr 2010 wurde Israel in die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), den renommierten „Club der reichen Länder“, aufgenommen. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf von 33.200 US-Dollar landete es im Jahr 2014 auf Platz 21 unter den 34 OECD-Mitgliedern (Deutschland nahm mit 46.394 US-Dollar Platz 8 ein).² Nach dem Human-Development-Index der Vereinten Nationen, der nicht nur die wirtschaftliche Leistung, sondern auch Leistungen in den Bereichen Gesundheit sowie Bildung misst und die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigt, schnitt Israel sogar noch besser ab. Im Vergleich mit 188 anderen Ländern lag es auf Platz 19 (Deutschland auf Platz 6).³

Israel hat technologisch hochmoderne Industrien und Dienstleistungsunternehmen, was dem Land das Image einer „Startup-Nation“ – so der Titel eines Bestsellers von Dan Senor und Saul Singer – eingebracht hat. Die meisten großen multinationalen Informationstechnologie-Unternehmen haben Forschungs- und Entwicklungszentren in Israel, die Hälfte der israelischen Industrie- und Dienstleistungsexporte haben mit Hightech zu tun. Israel war Vorreiter bei der Herstellung von Drohnen und verfügt über eigene zivile und militärische Satelliten, die die Erde umkreisen. Im sogenannten Shanghai-Ranking, einer der weltweit wichtigsten Hochschulbewertungen, landeten 2015 zwei israelische Universitäten unter den besten 100 (im Vergleich zu vier deutschen Universitäten), zwei weitere israelische Universitäten wurden unter den besten 200 und noch zwei weitere unter den besten 400 genannt.⁴

Doch die israelische Wirtschaft versagt beim Schaffen von Arbeitsplätzen mit angemessener Bezahlung für einen großen Teil der Bevölkerung. Fast 20 Prozent aller israelischen Haushalte liegen vom Einkommen her unter der Armutsgrenze (das heißt, ihr Einkommen ist kleiner als die Hälfte des Medianeinkommens). Etwa 30 Prozent der Erwerbstätigen erhalten den Mindestlohn oder noch weniger, und um die 70 Prozent kommen auf das offizielle Durchschnittseinkommen (dieses wird in Israel monatlich vom Statistikamt berechnet und veröffentlicht, über seine Repräsentativität lässt sich streiten) oder liegen darunter.⁵ Investitionen sind auf nur wenige Regionen beschränkt, nur eine Autostunde von Tel Aviv entfernt kommt kaum mehr etwas davon an. Und die Palästinenser*innen, die im Jahr 1948 israelische Staatsbürger*innen wurden, kommen so gut wie nie in den wirtschaftlichen Entwicklungsplänen der Regierung vor.

Wie lassen sich diese offensichtlich widersprüchlichen Indikatoren erklären? Wie passen sie in die Geschichte eines Landes, in dem über Jahrzehnte hinweg der Staat fast alle größeren Kapitalbewegungen steuerte, wo die wichtigen Infrastruktur- und Industrieunternehmen in öffentlicher Hand waren, wo die deutliche Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung dem Gewerkschaftsverband Histadrut angehörte (Israel hatte eine Zeitlang einen der höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrade weltweit) und dieser einige der bedeutendsten Konzerne im Land und die größte Bank besaß sowie die meisten Pensionskassen kontrollierte? Wie passen diese Befunde zu einem Land, zu dessen Symbolen der kollektive Kibbuz und der genossenschaftliche Moschaw gehören?

Zunächst einmal sind die Hightech-Industrien und -Dienstleistungen nicht wirklich repräsentativ für die gesamte Nation, da hier nicht mehr als 8 Prozent der zivilen Erwerbstätigen in Israel beschäftigt sind.⁶ Darüber hinaus befinden sich die meisten dieser Industrien im Zentrum des Landes, in Tel Aviv und Umgebung. Sie beschäftigen vor allem Männer (65 %), Absolventen der besten Gymnasien, der renommierten Militäreinheiten und Spitzenuniversitäten.⁷ Ein paar Glückliche können Millionen

von Dollar verdienen, falls sie es schaffen, ihr Produkt an einen US-Riesen zu verkaufen. Aber auch regulär in Hightech-Unternehmen Beschäftigte werden relativ gut entlohnt: Die hier gezahlten Gehälter sind doppelt so hoch wie das Durchschnittsgehalt in Israel. Die Bezahlung mag niedriger ausfallen als etwa im US-amerikanischen Silicon Valley, aber sie reicht aus, damit eine Familie, in der beide Erwachsene dort arbeiten und ein vergleichbares Gehalt beziehen, im obersten Dezil der nationalen Einkommensskala landet.

Der israelische Hightech-Sektor ist größtenteils ein exklusiver Club innerhalb der israelischen Wirtschaft, zu denen die meisten Israelis keinerlei Zugang haben. Aber er ist nicht außergewöhnlich im Hinblick auf die Konzentration von Ressourcen und Privilegien. Um mit den Eigentumsstrukturen zu beginnen: Das Gros der Wirtschaftstätigkeiten in Israel ist in der Hand von einer relativ kleinen Zahl von Kapitalisten. Eine Regierungskommission zur Untersuchung der Wettbewerbssituation in Israel fand heraus: Die israelische Wirtschaft ist gekennzeichnet durch eine starke Eigentümerkonzentration, wobei die meisten öffentlichen Unternehmen von einer begrenzten Anzahl von Unternehmenspyramiden kontrolliert werden.⁸ Die Kommission stellte ferner fest, dass die Mehrheit der wichtigsten 100 an der Tel Aviver Börse notierten Unternehmen von 23 Unternehmensgruppen kontrolliert werden. Obwohl es das Phänomen der großen Unternehmensgruppen nicht nur in Israel gibt, geht aus einem Bericht der israelischen Zentralbank hervor: Der Marktanteil der zehn größten Unternehmensgruppen beläuft sich in Israel auf 30 Prozent – dies ist eine der höchsten Konzentrationen in der westlichen Welt.⁹

Diese Konzentration von Kontrolle und Reichtum ist zu einem beträchtlichen Teil auf die neoliberale wirtschaftspolitische Wende zurückzuführen, die in Israel etwa im Jahr 1985 einsetzte.

In den ersten drei Jahrzehnten nach seiner Gründung im Jahr 1948 hatte der israelische Staat ein Entwicklungsmodell verfolgt, bei dem ihm zentrale Aufgaben zufielen: die Kontrolle und Lenkung von Kapitalflüssen und Investitionen, um eine schnelle Industrialisierung voranzutreiben, der Aufbau von Infrastruktur und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, das Streben nach Vollbeschäftigung. Damals lagen die jährlichen Wachstumsraten fast ununterbrochen bei knapp zehn Prozent des BIP.¹⁰

Diese Art von Entwicklungsagenda, die damals nicht nur Israel verfolgte, sondern auch viele andere Länder, geriet in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren in eine Krise, vor allem aufgrund der sehr hohen Militärausgaben im Zuge des Krieges von 1967, die nach dem Krieg von 1973 noch weiter anstiegen. Angesichts dramatischer Inflationsraten verabschiedete eine von der zentristischen Arbeitspartei und dem rechtsgerichteten Likud angeführte Regierungskoalition 1985 ein neoliberales Programm, das damals vor allem auch die großen internationalen Finanzinstitutionen befürworteten.

Das neue Programm sah eine Reduzierung der Staatsausgaben vor, um „Ressourcen für die Privatwirtschaft freizusetzen“; die Privatisierung der großen staatlichen und der Histadrut-Unternehmen; Lohnstopp und/oder Lohnsenkungen vor allem im öffentlichen Dienst, unter anderem durch die Einführung indirekter Beschäftigung, das heißt, die Beschäftigung im Rahmen von Werkverträgen und den verstärkten Einsatz von Leiharbeitsfirmen, was die Kosten für die Vergütung der Arbeitnehmer*innen reduziert. Die Histadrut, zuvor ein zentraler Partner in der korporatistischen Struktur des Landes, bestehend aus Staat, Gewerkschaft und Arbeitgebern, ist heute – wenn überhaupt – nur noch am Rande in größere wirtschaftspolitische Entscheidungen einbezogen.

Heute werden Unternehmenskredite, früher eine Angelegenheit des Staates und der Histadrut, vor allem von einem Bankennoligopol vergeben. Auch die Pensionskassen, die früher unter

der Kontrolle der Histadrut standen und deren Einlagen für die Finanzierung eigener und öffentlicher Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte verwendet wurden, sind inzwischen in der Hand kommerzieller Versicherungsgesellschaften. Die israelische Zentralbank, die über Jahre hinweg ein wichtiger Partner in der staatlichen Entwicklungspolitik gewesen war und diese unterstützt hatte, wurde für „unabhängig“ erklärt und von staatlich gelenkten Projekten abgekoppelt. Es mag kaum überraschen, dass die wenigen großen Banken und Versicherungen, die heute das Kreditwesen kontrollieren, im Besitz der führenden Unternehmensgruppen sind und deren Interessen verfolgen.

Mit der schrittweisen Umsetzung der neuen makroökonomischen Agenda ging das Versprechen von höheren Investitionen und eines größeren Wirtschaftswachstums einher. Allerdings waren die Ergebnisse für die meisten Israelis eher enttäuschend: Israel, ein Land, das lange Zeit bekannt war für seine vergleichsweise hohe Investitionstätigkeit, liegt diesbezüglich heute unter dem OECD-Durchschnitt. Und nicht nur das. Während die zuständigen Behörden und die Histadrut früher bemüht waren, das gesamte Land im Blick zu haben, profitieren von den Wirtschaftsinvestitionen zurzeit hauptsächlich das Zentrum und nur wenige Branchen: Hightech, Finanzen und Immobilien. Tel Aviv und die zentralen Gebiete ziehen gegenwärtig den Großteil der Investitionen an, der Norden und Süden des Landes und selbst die Jerusalemer Gegend sind dagegen benachteiligt. Darüber hinaus fließt viel Kapital, das für Kredite und Investitionen in Israel genutzt werden könnte, inzwischen ins Ausland.

Die Reduzierung der Staatstätigkeiten war aus fiskalischer Sicht recht erfolgreich. Machte der israelische Staatshaushalt 1988 noch 56,1 Prozent des BIP aus, so lag er im Jahr 2014 nur noch bei 39,3 Prozent.¹¹ Im Jahr 2013 waren die Ausgaben des israelischen Staats (einschließlich der Ausgaben der Kommunen und der Ausgaben für Sozialversicherung) mit 41,7 Prozent des BIP niedriger als der OECD-Durchschnitt von 49,3 Prozent¹² (in Deutschland lagen sie bei 44,7 Prozent). Andererseits konnte sich die israelische Regierung internationalen Ratingagenturen gegenüber rühmen, die Staatsverschuldung (einschließlich die der Kommunen) gesenkt zu haben: Während bis Mitte der 1990er Jahre die Staatsverschuldung bei mehr als 100 Prozent des BIP lag, betrug sie 2014 nur noch 67,5 Prozent.¹³

Weniger staatliche Aufgaben und Projekte und ein verkleinerter Staatshaushalt benötigen weniger Steuereinnahmen. Da etwa die Hälfte der Bevölkerung aufgrund ihrer niedrigen Einkünfte keine Einkommensteuer zahlt, war es die andere Hälfte – insbesondere das oberste Einkommensdezil und die wirtschaftliche Elite –, die von den folgenden Steuersenkungen profitierte. Im Jahr 2012 lagen die Einnahmen aus direkten Steuern in Israel unter dem OECD-Durchschnitt. Die Einnahmen aus indirekten Steuern und insbesondere der Mehrwertsteuer – die weniger progressiv als direkte Steuern sind – waren dagegen höher als der OECD-Durchschnitt.¹⁴ Dies bedeutet, dass die Steuerlast für Menschen mit niedrigem Einkommen proportional größer ist als die für Menschen mit hohem Einkommen.

Niedrigere Steuern und ein kleinerer Staatshaushalt bedeuten unter anderem weniger Mittel für Sozialleistungen. Israel gibt im Vergleich zu anderen Ländern wesentlich mehr für die Verteidigung aus. So flossen während der Zweiten Intifada etwa 8 Prozent des BIP in den Militäretat, gegenwärtig sind es um die 6 Prozent, während der Anteil in Deutschland und den meisten westeuropäischen Staaten zwischen 1 und 2 Prozent des BIP liegt.¹⁵ Ein anderes Bild ergibt sich bei den Ausgaben für das soziale Sicherheitsnetz. Im Jahr 2013 zum Beispiel hinkte Israel diesbezüglich anderen OECD-Ländern weit hinterher: Seine Ausgaben betragen 15,3 Prozent des BIP gegenüber dem OECD-Durchschnitt von 21,9 Prozent und 26,2 Prozent in Deutschland.¹⁶

Parallel dazu kam es zu einer Schwächung der Verhandlungsposition der Arbeiterschaft in Israel. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad, der in den 1950er und 1960er Jahren noch bei 70 Prozent gelegen hatte, ist auf 25 bis 30 Prozent gesunken.¹⁷ Die Histadrut, früher einmal weltweit einer der stärksten Gewerkschaftsverbände, wurde seiner Macht beraubt. Sie musste die meisten der gewerkschaftseigenen Unternehmen verkaufen, darunter die größte Bank Hapoalim und das größte Industriekonglomerat Kur. Sie verlor die Kontrolle über Israels wichtigste Krankenversicherung, womit ihr eine ihrer größten Einnahmequellen verloren ging, weil früher die Versicherungsbeiträge direkt an die Histadrut gingen. Sie verlor auch ihre Pensionskassen. Unter dem Dach der Histadrut sind heute nur noch eine relativ kleine Zahl von starken Gewerkschaften organisiert, von denen die meisten Beschäftigte im öffentlichen Sektor vertreten.

Angesichts der geschwächten Verhandlungsposition ist der Anteil der Lohnabhängigen am nationalen Einkommen in Israel stetig zurückgegangen. Während der Arbeitgeberanteil von 8 Prozent im Jahr 2002, dem Höhepunkt der durch die Zweite Intifada verursachten Wirtschaftskrise, auf 18 Prozent im Jahr 2014 anstieg, schrumpfte der Arbeitnehmeranteil im selben Zeitraum von 67 auf 57 Prozent (Der Rest sind Steuern).¹⁸

Ein wesentliches Ergebnis des Bedeutungsverlusts der Gewerkschaften und des rückläufigen Arbeitnehmeranteils am Nationaleinkommen ist eine schrumpfende Mittelschicht, die in Israel wie in den meisten westlichen Gesellschaften der Hauptnutznießer der staatlich gelenkten wirtschaftlichen Entwicklung war, die unter anderem auf einen großen öffentlichen Dienst setzte. Im Jahr 1988 betrug der Anteil der Mittelschichtshaushalte an allen Haushalten mit mindestens einem Erwerbstätigen 33 Prozent, im Jahr 2010 war ihr Anteil auf 26 Prozent gesunken. Der für diese Berechnung verwendete Indikator sind Haushaltseinkommen von 75 bis 125 Prozent des Median-Haushaltseinkommens.¹⁹ Laut einer Studie von Steven Pressman, der 75 bis 150 Prozent des Median-Haushaltseinkommens zur Grundlage nahm, konnten im Jahr 2005 um die 36 Prozent aller israelischen Haushalte der Mittelschicht zugehörig eingestuft werden im Vergleich zu rund 60 Prozent in skandinavischen Ländern und 52,4 Prozent in Deutschland.²⁰ Da die Löhne seitdem weitgehend stagnieren, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Mittelschicht in Israel seitdem nicht weiter ausgedehnt hat.

Am unteren Ende der Einkommensskala ist der Anteil der Familien, die unterhalb der Armutsgrenze leben, von 10 bis 12 Prozent in den 1980er Jahren auf 19 bis 20 Prozent in den letzten Jahren angestiegen.²¹ Das hat zum einen mit verschlechterten Arbeitsmarktbedingungen zu tun, ist zum anderen aber auch eine Folge von Kürzungen der Sozialversicherungsleistungen und Einkommensbeihilfen.

Ein Großteil der im Niedriglohnssektor Beschäftigten sind Frauen. Ihr durchschnittlicher Monatsverdienst beträgt 67 Prozent des Durchschnittsgehalts von Männern, ihr durchschnittlicher Stundenlohn etwa 85 Prozent. Frauen sind überrepräsentiert in der Gruppe derjenigen, die niedrige Löhne verdienen (zwei Drittel des nationalen Medianlohns oder weniger nach OECD-Definition).²² Die meisten palästinensischen Frauen im erwerbstätigen Alter in Israel (israelische Staatsbürger*innen) gehen keiner Berufstätigkeit nach, da bezahlte Arbeit meist nur in weit entfernten jüdischen Ortschaften und Städten, die nur schwer mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind, zu finden ist.

Die Einkommens- und Vermögenskonzentration in Israel ist relativ hoch. Am oberen Ende der Einkommensskala findet man/frau, wie sollte es anders sein, die Eigentümer der großen Konzerne. Ein Jahrzehnt nach 1985 begann die US-Bank Merrill Lynch damit, Israels Reiche in ihre jährliche Auflistung aller Millionäre und Milliardäre weltweit einzubeziehen. Die Boston Consulting Group und UBS folgten ihrem Beispiel. Im Jahr 2003

begann die israelische Wirtschaftszeitung *The Marker* mit Recherchen und Berichten zu Israels Superreichen, das heißt denjenigen, deren finanzielle Vermögenswerte auf eine Milliarde US-Dollar und mehr geschätzt werden. Im Jahr 2003 wurden acht davon in Israel ausgemacht, deren Vermögen zusammen um die 37 Milliarden US-Dollar betrug, im Jahr 2015 waren es bereits 84 mit einem geschätzten Gesamtvermögen von 140 Milliarden US-Dollar.²³

Die neue Wirtschaftselite wiederum schuf eine hoch bezahlte Managerschicht. Im Jahr 2012 erhielten die CEOs der 100 größten, an der Tel Aviver Börse gehandelten Unternehmen das 42-fache des Durchschnittslohns und das 87-fache des in Israel gültigen Mindestlohns.²⁴

Verglichen mit den meisten europäischen Gesellschaften nach dem Zweiten Weltkrieg ist die israelische Gesellschaft sehr heterogen. Ein Ansatz, sich mit der israelischen Wirtschaft und deren Verteilungswirkungen zu beschäftigen, ist daher, sich die Einkommenssituation der drei großen nationalen und ethnischen Bevölkerungsgruppen anzuschauen. Hierzu zählen die Gruppe der aschkenasischen Jüdinnen und Juden, die aus Europa und Amerika stammen, die Gruppe der Mizrachim/Mizrachijot, das heißt der Jüdinnen und Juden, die aus arabischen und muslimischen Ländern stammen, und die Gruppe der palästinensischen Bürger*innen Israels (in Abgrenzung zu den Palästinenser*innen, die in den besetzten Gebieten leben, und denen, die 1948/49 Zuflucht in arabischen Nachbarländern fanden). Im Jahr 2013 lagen die Löhne der zweiten Generation aschkenasischer Arbeitnehmer*innen (das heißt in Israel geborene Kinder von Vätern, die aus Europa oder Amerika kamen) etwa 33 Prozent über dem Durchschnittslohn und die Löhne der zweiten Generation der Mizrachim/Mizrachijot 10 Prozent über dem Durchschnittslohn. Die dritte Gruppe, die palästinensischen Staatsbürger*innen Israels, erhalten Löhne, die ganze 33 Prozent unter dem Durchschnittslohn liegen.²⁵

Im Jahr 1948 bestand die überwiegende Mehrheit der 600.000 Menschen zählenden jüdischen Bevölkerung in Israel aus europäischen Jüdinnen und Juden, die heute als aschkenasisch bezeichnet werden (Aschkenaz ist der hebräische Name für die germanischen Gebiete im Mittelalter, von wo aus viele nach Polen und Russland auswanderten). Die meisten von ihnen stammten aus Osteuropa, wo der Zionismus eine breite Basis hatte; ein weiteres beträchtliches Kontingent kam aus Westeuropa, vor allem aus Deutschland, nachdem dort Hitler die Macht ergriffen hatte. Im ersten Jahrzehnt nach Ende des Krieges von 1948 kamen rund 900.000 jüdische Immigrant*innen nach Israel, etwa 45 Prozent von ihnen waren Holocaust-Überlebende aus Europa und etwa 55 Prozent Jüdinnen und Juden aus arabischen Ländern.²⁶

Die Eingliederung von jüdischen Einwander*innen aus arabischen Ländern war generell problematisch. Die meisten Familien verbrachten viele Jahre in Übergangslagern. Von dort aus wurden sie schließlich in den Randzonen des Landes angesiedelt, wo sie in den 1950er Jahren unter hoher Arbeitslosigkeit litten. Erst im Zuge der raschen Industrialisierung des Landes wurden sie schließlich „integriert“, wofür sie den Preis der kollektiven Proletarisierung zahlen mussten. Das führte zu einer dauerhaften gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Spaltung zwischen Mizrachim/Mizrachijot und aschkenasischen Jüdinnen und Juden, wobei die Bezeichnung Mizrachim/Mizrachijot das gemeinsame Schicksal in Israel von ganz unterschiedlichen Gruppen widerspiegelt (Menschen, die oder deren Familien zuvor in Marokko, im Irak oder in Jemen gelebt haben).

Im Jahr 1948 kam es zu einer zweiten dauerhaften Spaltung, nämlich der zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung. 600.000 bis 700.000 Palästinenser*innen, die zuvor in Gebieten gelebt hatten, die Teil des israelischen Staates wurden,

mussten damals fliehen oder wurden vertrieben (dies ist der Ursprung des palästinensischen Flüchtlingsproblems), und um die 150.000 Palästinenser*innen²⁷ blieben und erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Heute beträgt die Zahl der palästinensischen Bürger*innen Israels fast 1,8 Millionen.²⁸ Den Palästinenser*innen erging es im Vergleich zu ihren jüdischen Mitbürger*innen in sozialökonomischer Hinsicht schlecht: Noch bis 1966, also knapp zwei Jahrzehnte nach der Staatsgründung, unterstanden sie der Militärregierung, die ihre Bewegungsfreiheit erheblich einschränkte. Der größte Teil ihres Landbesitzes wurde konfisziert und an jüdische Dörfer, Städte und Entwicklungsprojekte übergeben, wodurch die überwiegend bäuerliche palästinensische Gesellschaft zu einer von Tagelöhner*innen wurde. Palästinensische Bürger*innen Israels nehmen hinsichtlich fast aller sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren eindeutig die hinteren Plätze ein.

Neben diesen drei großen Bevölkerungsgruppen gibt es noch weitere Gruppen von Menschen, die für den israelischen Arbeitsmarkt eine Rolle spielen. Seit 1967 pendelten Palästinenser*innen aus den besetzten Gebieten, um sich in Israel in der Landwirtschaft oder auf den städtischen Baustellen zu verdingen. Während der Ersten Intifada, als der Zugang der Palästinenser*innen aus den besetzten Gebieten beschränkt wurde, öffnete die israelische Regierung den einheimischen Arbeitsmarkt für Personen aus anderen Ländern, um die palästinensischen Arbeitskräfte zu ersetzen. Es kamen daraufhin viele arbeitssuchende Menschen aus der ganzen Welt nach Israel – ihre Anzahl wird derzeit auf rund 300.000 geschätzt.²⁹ Auf den Feldern von kollektiven und genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten Menschen aus Thailand; Rumänen und Chinesen findet man/frau auf Baustellen, während philippinische Frauen ältere Israelis pflegen; Menschen aus afrikanischen Ländern machen viele der schlecht bezahlten Jobs im Restaurant- und Hotelgewerbe. Obwohl die meisten Vorschriften des israelischen Arbeitsrechts und einige der Tarifverträge auch auf ausländische Beschäftigte anzuwenden wären, ist dies in der Praxis meist nicht der Fall und den Betroffenen fehlt es in der Regel an einer gewerkschaftlichen Interessenvertretung.

Obwohl die meisten israelischen Ökonomen dies wohl eher nicht erwähnen würden: Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung in Israel und dem anhaltenden Konflikt mit den Palästinenser*innen und der israelischen Besatzung der im Jahr 1967 eroberten palästinensischen Gebiete. Im Gegensatz zu den ökonomischen Systemen in den meisten anderen industrialisierten Ländern ist die israelische Volkswirtschaft nicht nur anfällig für globale Wirtschaftskrisen wie die letzte von 2007/08. Damals brach das Wirtschaftswachstum in Israel von 4,1 Prozent (2007) auf 1,1 Prozent (2008) ein. Israel litt darüber hinaus in den vergangenen Jahren immer wieder auch unter den Auswirkungen von gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Palästinenser*innen. So folgten auf den Beginn der Zweiten Intifada (2000) zwei Jahre, in denen das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts jeweils negativ ausfiel, während das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf für drei aufeinanderfolgende Jahre negativ war.³⁰

Die anhaltende Besatzung hat wirtschaftlich und sozial vielfältige Auswirkungen und Dimensionen. Einerseits profitieren viele israelische Unternehmen, insbesondere die Militärindustrie (militärische Produkte machen rund 10 Prozent des gesamten Warenexports aus), von dem Zugewinn an Know-how, Erfahrung und Prestige ihrer Erzeugnisse, der sich aus den Zusammenstößen der israelischen Armee mit Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten ergibt. Das gilt auch für Unternehmen, die Sicherheitsdienste zur Verfügung stellen, wie etwa die Bauunternehmen, die die israelischen Sperranlagen in der Westbank errichten. Aber diese Gewinne verblassen angesichts des

großen Schadens, den der Rückgang wirtschaftlicher Aktivitäten in Kriegs- und Konfliktzeiten der israelischen Ökonomie als Ganzes zufügt. Um nur ein Beispiel aus der jüngeren Zeit zu nennen: Nach der Bombardierung des Gazastreifens durch das israelische Militär im Juli 2014 befand sich die israelische Tourismusindustrie für ein ganzes Jahr in einer ernsthaften Krise. Und solche militärische Konfrontationen gibt es sehr häufig. So stellt das Fehlen einer politischen Lösung des Israel-Palästina-Konflikts eine kontinuierliche Bedrohung für die israelische Wirtschaft dar.

Ein weiterer wirtschaftlicher Faktor sind die hohen fiskalischen Kosten der jüdischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten. Ideologie ist eine Frage der Geografie, und in unserem Fall endet die Ideologie des freien Marktes, die im Jahr 1985 in Israel Einzug hielt, just an der Grünen Linie. Alle Siedlungsprojekte jenseits der Grünen Linie wurden und werden von allen israelischen Regierungen massiv aus Steuergeldern unterstützt, das gilt sowohl für Gelder im zivilen Bereich, insbesondere die hohe Subventionierung der kommunalen Haushalte in den jüdischen Siedlungen, als auch für Militärausgaben, einschließlich der starken Präsenz der Armeeeinheiten und Sicherheitsdienste, die die Siedlungen schützen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Die israelische Wirtschaft hat einen erheblichen Transformationsbedarf. Ich möchte abschließend nur drei Punkte nennen, die dabei von besonderer Bedeutung sind:

Erstens muss die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete und die fast totale israelische Kontrolle der palästinensischen Wirtschaft beendet werden. Dies würde die Voraussetzung für ein regionales Übereinkommen schaffen, mit dem zum einen Militärausgaben gesenkt und zum anderen das ökonomische Wachstum in Palästina und in der ganzen Region gestärkt werden könnten. Ein solches Übereinkommen würde außerdem eine bessere Integration der palästinensischen Bürger*innen Israels in das israelische Wirtschaftssystem ermöglichen.

Zweitens bedarf es einer staatlichen Steuerung von Geschäftskrediten, damit Investitionstätigkeiten dem ganzen Land zugute kommen und nicht nur dem privilegierten Zentrum. Die öffentliche Hand könnte mit ihren Interventionen in diesem Bereich zudem dafür sorgen, dass die beschäftigten Arbeiter*innen angemessene Löhne erhalten, sich gewerkschaftlich organisieren können und es zu keinen Diskriminierungen kommt.

Drittens braucht es dringend eine Stärkung öffentlicher Dienste und Infrastrukturen durch weitreichende staatliche Investitionen, sei es im Bereich des Bildungswesens und der Gesundheitsversorgung, sei es beim Wohnungsbau und in anderen Feldern der Sozialpolitik. Nur so können die Bildungs- und gesellschaftlichen Teilhabechancen eines Großteils der Bevölkerung verbessert werden. Bedingungen hierfür wären eine klare Abkehr von der ideologischen Auffassung, staatliche Haushaltspolitik müsse dauerhaft auf Einsparungen abzielen (was letztlich vor allem multinationalen finanziellen Interessen dient), und die Rückkehr zu der Erkenntnis, dass sie ein Instrument zur Verbesserung der Lebensumstände der gesamten Bevölkerung ist.

Übersetzt von Ursula Wokoec Wollin

Shlomo Swirski ist Mitbegründer und derzeit wissenschaftlicher Leiter des Adva Centers, das sich seit 1991 mit dem Thema soziale Ungleichheiten beschäftigt, und einer der führenden Soziologen und sozialpolitischen Aktivisten in Israel.

Anmerkungen

- 1 Central Bureau of Statistics: 68th Independence Day, Pressemitteilung vom 9. Mai 2016, unter: cbs.gov.il/www/hodaot2016n/11_16_134e.pdf.
- 2 Vgl. data.oecd.org/gdp/gross-domestic-product-gdp.htm#indicator-chart, abgerufen am 3. August 2017.
- 3 UNDP: Human Development Report 2014, New York 2015, S. 160, unter: hdr.undp.org/sites/default/files/hdr14-report-en-1.pdf.
- 4 Vgl. shanghairanking.com/de/ARWU2015.html, abgerufen am 3. August 2017.
- 5 Swirski, Shlomo/Konor-Atias, Ety/Zelingher, Rotem: Israel: Social Report 2015, Adva Center, Tel Aviv 2015, unter: adva.org/wp-content/uploads/2016/03/social-2015-Eng.pdf
- 6 Swirski, Shlomo/Konor-Atias, Ety: Workers, Employers and the Distribution of National Income 2011, Tel Aviv 2012; Swirski, Shlomo/Konor-Atias, Ety/Dagan-Buzaglo, Noga/Lazar-Shoef, Tzipi: Workers, Employers and the Distribution of Israel's National Income – Labor Report 2014, Tel Aviv 2015; Swirski, Shlomo/Konor-Atias, Ety/Dagan-Buzaglo, Noga/Zelingher, Rotem: Workers, Employers and the Distribution of Israel's National Income – Labor Report 2015, Tel Aviv 2016 (alle Adva Center).
- 7 Vgl. Central Bureau of Statistics: Annual Data, unter: cbs.gov.il/reader/shnatonenew_site.htm
- 8 Finanzministerium: Bericht des Ausschusses zur Förderung des Wettbewerbs in der Wirtschaft. Abschließende Empfehlungen und Vervollständigung des Zwischenberichts, Tel Aviv 2012 (Hebräisch), unter: mof.gov.il/Committees/CompetitivenessCommittee/FinalReport_FinalRec.pdf.
- 9 Kosenko, Constantin: Die Entstehung von Unternehmensgruppen in Israel und deren Auswirkungen auf andere Unternehmen und die Wirtschaft, Jerusalem 2008 (Hebräisch).
- 10 Vgl. Bank of Israel: Series Database, unter: boi.org.il/en/DataAndStatistics/Pages/Series.aspx, Abgerufen am 3. August 2017.
- 11 Vgl. Ministry of Finance: State Budget 2014: Main Points, unter: mof.gov.il/BudgetSite/sta-tebudget/BUDGET2013_2014/Pages/default.aspx.
- 12 Adva Center: The Israel State Budget 2015–2016 – Wanted: „A Public Option“, Tel Aviv 2015; Critique of the Israel State Budget Proposal for Fiscal Years 2015–2016, Adva Center, Tel Aviv 2015.
- 13 Vgl. Ministry of Finance: State Budget.
- 14 Ebd.
- 15 Vgl. World Bank: World Development Indicators, September 2015, unter: data.worldbank.org/indicator/MS.MIL.XPND.GD.ZS?page=4.
- 16 OECD: National Accounts Database, OECD StatExtracts, unter: stats.oecd.org/In-dex.aspx?datasetcode=SOCX-AGG.
- 17 Swirski u.a.: Adva Center, Labor Report 2015.
- 18 Ebd.
- 19 Swirski, Shlomo/Konor-Atias, Ety: Israel: Social Report 2011, Adva Center, Tel Aviv 2011.
- 20 Pressman, Steven: The Decline of the Middle Class: An International Perspective, in: Journal of Economic Issues 1/2007, S. 181–200.
- 21 Vgl. Nationales Versicherungsinstitut: Jahresberichte (Hebräisch), unter: btl.gov.il/Publications/Skira_shnatit/Pages/default.aspx.
- 22 Dagan-Buzaglo, Noga/Hasson, Yael: Gender Salary Gaps in Israel – Executive Summary Report 2015, Adva Center, Tel Aviv 2015.
- 23 Swirski, Shlomo/Hoffmann-Dishon, Yaron: From Housing to Real Estate: The Implications of the Accumulation of Wealth in the Hands of Few on the Housing Market, Adva Center, Tel Aviv 2015.
- 24 Swirski u.a.: Labor Report 2014. In Deutschland und in den USA sind die Unterschiede noch größer: Die durchschnittliche Bezahlung von CEOs beträgt in Deutschland das 147-fache des Durchschnittsgehalts von Arbeitnehmer*innen, in den USA das 354-fache; vgl. Derosseau, Ryan: Why do American CEOs make twice as much as German CEOs, in: Fortune, 4. November 2014.
- 25 Swirski, Shlomo/Konor-Atias, Ety/Rappoport, Emma: Israel: Social Report 2014, Adva Center, Tel Aviv 2015.
- 26 Vgl. Central Bureau of Statistics: Annual Data, unter: cbs.gov.il/reader/shnatonenew_site.htm.
- 27 Vgl. Central Bureau of Statistics, unter: cbs.gov.il/reader/shnatonhnew_site.htm?sss=%E4%EE%F9%EA&shnaton_scan=1, abgerufen am 3. August 2017.
- 28 Central Bureau of Statistics: 68th Independence Day.
- 29 Swirski, Shlomo, u.a., Labor Report 2015.
- 30 Swirski, Shlomo/Hoffmann-Dishon, Yaron: The Burden of the Israeli-Palestinian Conflict, Adva Center, Tel Aviv, Reports 2008, 2010, 2012, 2015.



Protest für soziale Gerechtigkeit, Tel Aviv, 2011.
Auf einem der Banner steht „Lasst uns den Sozialstaat zurückbringen“.
Foto: Activestills



Thailändische Arbeiter*innen,
Sde Nitzan, 2013. Foto: Activestills

The background image shows a person from the side, wearing a light-colored jacket and dark pants, pulling a black plastic crate filled with fruit (possibly apples or oranges) on a string. The person is walking on a concrete floor. In the background, there are several tall stacks of similar black plastic crates, creating a repetitive pattern. The entire image has a monochromatic orange tint.

Profit auf dem Rücken von Arbeitsmigrant*innen – Die Methode der Ausbeutung

Reut Michaeli

Die Beschäftigung von Arbeitsmigrant*innen in Israel unterliegt einem Regime von Arbeitsgenehmigungen und Quoten – von dem viele profitieren, außer der Arbeiter*innen.

Historischer Hintergrund

Das Phänomen der Arbeitsmigration gibt es schon sehr lange: Männer und Frauen verlassen ihre Heimatländer, in denen sie ihren Lebensunterhalt nicht oder nur schlecht bestreiten können. Und so suchen sie nach einem anderen Land, um zu überleben und/oder um ihren Lebensstandard zu verbessern. Bisweilen unterstützen sie auf diese Weise auch ihre Familien finanziell, die sie zurückgelassen haben. Israel ist ebenfalls ein Ziel für Arbeitsmigrant*innen geworden und insofern unterscheidet es sich nicht von anderen Ländern.

Bis zu Beginn der 1990er Jahre waren in Israel palästinensische Arbeiter*innen aus den besetzten Gebieten in der Westbank und im Gazastreifen beschäftigt. Infolge der Abriegelungs- und Trennungspolitik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinenser*innen in den besetzten Gebieten mangelte es an Arbeitskräften im Baugewerbe, in der Industrie und der Landwirtschaft. Daraufhin ergriff die israelische Regierung Maßnahmen, um die palästinensischen Arbeiter*innen in diesen Branchen durch Arbeitsmigrant*innen (die von den Behörden als „fremde/ausländische Arbeiter“ bezeichnet werden) zu ersetzen. Im Zuge der Privatisierung des Gesundheitswesens in Israel wurden Arbeitsmigrant*innen überdies dazu „eingeladen“, auch im Pflegebereich zu arbeiten. Dies geschah, nachdem sich israelische Arbeitskräfte geweigert hatten, unter den branchenüblichen Bedingungen (sehr schwere Arbeit rund um die Uhr zu schlechten Konditionen und niedrigen Löhnen) zu arbeiten.

Die Beschäftigung von Arbeitsmigrant*innen in Israel unterliegt einem Regime von Arbeitsgenehmigungen und Quoten (nur im Pflegebereich gibt es keine Beschäftigungsquoten für Arbeitsmigrant*innen). Die Anzahl der Genehmigungen ist seit Beginn dieser Praxis Anfang der 1990er Jahre stetig gewachsen: Während im Jahr 1993 weniger als 20.000 solcher Genehmigungen erteilt wurden, war ihre Zahl 1996 bereits auf 106.161 gestiegen. Israel kletterte bald an die Spitze der Liste westlicher Länder, die Arbeitsmigrant*innen „importieren“: Im Jahr 2001 befanden sich in Israel circa 250.000 Arbeitsmigrant*innen.

Seit Mitte der 1990er Jahre versuchte die israelische Regierung, ihre Anzahl durch Verhaftungen und Abschiebungen zu reduzieren. Zehntausende Arbeitsmigrant*innen wurden aus Israel abgeschoben oder verließen das Land „freiwillig“ angesichts der Androhung von Inhaftierung oder Abschiebung ihrer Familienmitglieder. Im Jahr 2002, im Zuge der Zweiten Intifada und der anschließenden Wirtschaftskrise, beschloss der damalige Premierminister Ariel Scharon die Massenabschiebung von ausländischen Arbeiter*innen und die Einrichtung der „Behörde für Migration“, einem Exekutivorgan, das dafür zuständig ist, „illegale Ausländer“ festzunehmen und abzuschicken. Die eigens eingerichtete Behörde ging in den Jahren 2002 bis 2004 in einer groß angelegten Operation gegen Arbeitsmigrant*innen ohne Aufenthaltsgenehmigung vor. Menschen wurden bei der Arbeit verhaftet, auf der Straße und im Bus. Verhaftungen fanden in Wohnungen statt, meist in der Nacht, und oft unter Anwendung von Gewalt. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum mehr als 100.000 Arbeitsmigrant*innen aus Israel abgeschoben oder dazu gebracht, das Land zu verlassen.

Die Maßnahmen der Verfolgung und Abschiebung haben Israel nicht daran gehindert, die abgeschobenen Arbeiter*innen durch den „Import“ von neuen zu ersetzen. Im März 2016 waren in Israel 74.369 Arbeitsmigrant*innen mit gültigem Visum gemeldet und circa 16.400 Arbeitsmigrant*innen beschäftigt, die zwar legal ins Land eingereist sind, aber aus verschiedenen Gründen ihre Aufenthaltsgenehmigung verloren haben. Darüber hinaus leben in Israel ungefähr 90.000 Tourist*innen (meist aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion), deren Visum abgelaufen ist.¹

Einwanderung ohne Politik und ohne Rechte

Israel hat keine klare Einwanderungspolitik und in vielerlei Hinsicht ist das Fehlen einer solchen Politik auch eine Politik. In Ermangelung einer systematischen Gesetzgebung, die die Fragen der Einwanderung nach Israel regelt, liegt es im Ermessen des Innenministers und seiner Ministerialbeamt*innen, die Politik zu bestimmen. Ihr Ermessensspielraum ist dabei groß und auch ihre Möglichkeiten, ihre Politik immer wieder zu verändern, sind vielfältig – während die Kontrollmöglichkeiten durch Parlament und Gerichte minimal sind. Infolgedessen ist Arbeitsmigration in Israel durch eine Politik der Misshandlung gekennzeichnet, die Arbeitsmigrant*innen im Dienste des wirtschaftlichen Nutzens instrumentalisiert. Arbeitsmigrant*innen gehören deshalb in Israel zu einer Gruppe von Menschen, die ungeschützt ist, übersehen, marginalisiert und ausgebeutet wird.

Gemäß dem Gesetz, das die Einreise nach Israel regelt, dürfen Arbeitsmigrant*innen fünf Jahre und drei Monate im Land arbeiten. Zweck dieser Beschäftigungspolitik ist es, Migrant*innen daran zu hindern, hier Fuß zu fassen und Israel zu ihrem Lebensmittelpunkt zu machen, und eine instabile und unsichere Lebenssituation zu fördern. Dazu gehört auch, dass Arbeitsmigrant*innen in Israel, im Gegensatz zur Praxis in anderen Ländern, keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus (permanente Aufenthaltsgenehmigung oder Staatsbürgerschaft) erlangen können, selbst dann nicht, wenn sie über viele Jahre im Land legal gearbeitet und sich keinerlei Vergehen schuldig gemacht haben. All dies geschieht aus demografischen Gründen, um – so die offizielle Position – den jüdischen Charakter des Staates Israel zu schützen. In diesem Zusammenhang wird die Regierung nicht müde, immer wieder – auch vor Gericht – zu erklären, dass Israel kein Einwanderungsland sei und dass das Rückkehrgesetz von 1950, das Personen jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens sowie deren Ehepartnern die Einwanderung nach Israel erlaubt, das einzige Einwanderungsgesetz Israels sei. Jede andere permanente Aufenthaltsgenehmigung, die einem Menschen in Israel gewährt wird (mit Ausnahme der Staatsbürgerschaft für Ehepartner*innen), wird vom Staat als ein aus humanitären Gründen verliehener Status definiert.²

Arbeitgeber*innen, die Genehmigungen zur Anstellung von Arbeitsmigrant*innen erhalten haben und nun solche Arbeitskräfte suchen, sowie Arbeitsmigrant*innen, die bereits in ihrem Heimatland eine/n Arbeitgeber*in finden müssen (da sie sonst keine Einreiseerlaubnis erhalten), wenden sich an Firmen, die Arbeitskräfte vermitteln. Diese Firmen stellen den Kontakt zwischen den Arbeitgeber*innen und den Arbeitnehmer*innen her, wofür sie eine Vermittlungsgebühr verlangen.

Noch bevor sie nach Israel kommen, müssen Arbeitsmigrant*innen deshalb lokalen Vermittlungsfirmen oder Vertreter*innen israelischer (Vermittlungs-)Firmen vor Ort im Voraus zwischen ca. 4.500 und 14.000 Euro oder sogar mehr bezahlen. Die Höhe der zu zahlenden Summen verstößt gegen das israelische Recht, wonach von Arbeitsmigrant*innen höchstens ca. 750 Euro pro Person als Vermittlungsgebühr verlangt werden dürfen, um ihn/sie aus seinem/ihrem Ursprungsland nach Israel zu bringen. Die Höhe der zu zahlenden Summe zwingt die Arbeiter*innen dazu, Geld zu leihen und ihre Zukunft für das Recht, in Israel zu arbeiten, zu verpfänden; dies vergrößert ihre Abhängigkeit von ihren jeweiligen israelischen Arbeitgeber*innen und unweigerlich auch ihre Schutzlosigkeit vor Ausbeutung, Unterdrückung und Misshandlung.

Die fehlende Durchsetzung des Rechts und/oder die begrenzte oder ineffektive Ahndung von Verstößen gegen Schutzgesetze und Arbeitsrechte, die deshalb keine abschreckende Wirkung entfalten kann, befördern das kriminelle Verhalten gegenüber Arbeitsmigrant*innen und erlauben es Arbeitgeber*innen,

Arbeitsmigrant*innen im großen Stil und ungestraft auszubeten. Darüber hinaus trägt diese Praxis dazu bei, dass in den Branchen, in denen Arbeitsmigrant*innen tätig sind, Beschäftigungsstandards, die die Interessen und Rechte der Arbeiter*innen stark beeinträchtigen, entstehen und sich ausbreiten.

Auf dem Papier haben Arbeitsmigrant*innen einen Anspruch auf dieselben Rechte, die auch israelischen Arbeiter*innen zustehen, einschließlich Mindestlohn, Rentenversicherung, Urlaub und Erholung, sowie auf eine Vielzahl von zusätzlichen gesetzlich geregelten Schutzmechanismen, die darauf abzielen, ausländische Arbeitnehmer*innen vor Ausbeutung zu schützen (wie zum Beispiel die Regelung, die es Arbeitgeber*innen verbietet, der Arbeitskraft den Reisepass wegzunehmen, oder die Pflichten der Arbeitgeber*innen in Bezug auf die Unterbringung der Migrant*innen). In der Praxis aber ignoriert die Einwanderungsbehörde, die eigentlich für die Sicherheit dieser Menschen verantwortlich ist, die grundlegendsten Bedürfnisse der Arbeitsmigrant*innen.

Eines der deutlichsten Beispiele dafür ist die Beschneidung des Familienlebens von Arbeitsmigrant*innen durch die Politik des israelischen Innenministeriums. Über viele Jahre hinweg wurde es Arbeitsmigrantinnen verboten, nach einer Entbindung weiterhin in Israel zu arbeiten, es sei denn, sie schickten die neugeborenen Kinder in ihre Heimatländer. Auch hinter dieser Praxis stehen die Absicht, die Ansiedlung von Arbeitsmigrant*innen zu verhindern, und die Befürchtung, dass eine Familie in Israel gegründet wird. Im Rahmen eines Gerichtsverfahrens, das von der Hotline für Flüchtlinge und Migrant*innen³ (damals noch unter dem Namen: Hilfszentrum für ausländische Arbeiter*innen), Kav LaOved – Worker's Hotline,⁴ ACRI⁵ (Vereinigung für Bürgerrechte in Israel) und anderen Organisationen angestrengt wurde, heißt es in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs: „Wird eine Frau gezwungen, zwischen Weiterbeschäftigung, als Verwirklichung von legitimen wirtschaftlichen Erwartungen, und der Realisierung ihres Rechts auf Mutterschaft zu wählen, steht dies im Widerspruch zu den moralischen und verfassungsrechtlichen Grundsätzen der israelischen Gesellschaft. Werden die besagten Alternativen auf jene Weise geboten, stellt dies in erster Linie einen Verstoß gegen das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Mutterschaft der ausländischen Arbeiterin dar.“⁶

Infolge dieses Urteils verlangt das Innenministerium nun nicht mehr, dass neugeborene Kinder aus Israel ausreisen. Jedoch haben viele Migrantinnen, die sich um ein Kleinkind kümmern, Schwierigkeiten, Arbeit zu finden. Anstelle der Praxis, die aufgehoben wurde, hat das Innenministerium eine neue eingeführt: Sie verbietet in Israel „Familieneinheiten“, denen zwei Arbeitsmigrant*innen angehören. Das gilt auch dann, wenn sie gemeinsame Kinder haben. Sobald das Innenministerium von der Existenz einer solchen „Familieneinheit“ erfährt, wird eine/r der beiden Partner*innen aufgefordert, sie zu verlassen; falls er/sie dies nicht tut, drohen ihr/ihm Inhaftierung und Abschiebung.

Arbeitsmigrant*innen werden auch dadurch beeinträchtigt, dass das Innenministerium sie bei der Vergabe des Visums an eine/n spezifischen Arbeitgeber*in bindet: Im Visum, das dem/der Arbeiter*in gewährt wird, steht der Name des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin; es verliert seine Gültigkeit, sobald der/die Arbeiter*in nicht mehr für diese/n Arbeitgeber*in arbeitet. Falls der/die Arbeiter*in ohne Genehmigung den/die Arbeitgeber*in verlässt (und selbst im Fall des Todes des Arbeitgebers oder der Arbeitgeberin), ist das Visum nicht mehr gültig und die Arbeitskraft muss Israel verlassen, andernfalls drohen Inhaftierung und Abschiebung. Im Jahr 2006 entschied der Oberste Gerichtshof in Israel, dass diese Beschränkungspolitik verfassungswidrig ist und aufgehoben werden muss. Das Gericht kritisierte die Regierungspolitik scharf und urteilte, dass die Beschränkung moderner Sklaverei gleichkomme. Es forderte

die Regierung auf, neue Regelungen für den Pflegebereich, die Landwirtschaft und die Industrie innerhalb von sechs Monaten ab Urteilsverkündung festzulegen. Bislang ist diesbezüglich nichts passiert. Auch einer von Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen⁷ eingereichten gerichtlichen Eingabe gegen die Missachtung des Gerichtsurteils aufseiten der Exekutive gelang es nicht, die Aufhebung der Beschränkungspolitik zu erwirken. Mittlerweile konnte ein starker Rückgang der Genehmigungsquoten für Bauarbeiter und die Regelung der Anstellung über spezielle Unternehmen die Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in diesen Bereichen verbessern. Bilaterale Abkommen zwischen dem Staat Israel und Thailand, dem Land, aus dem die meisten in der Landwirtschaft arbeitenden Migrant*innen kommen, haben die Bedingungen der „Imports“ dieser Arbeiter*innen und ihren Schutz geringfügig verbessert, nach wie vor sind die Arbeiter*innen aber an ihre Arbeitgeber*innen gebunden. Sie können nur dann von einem/r Arbeitgeber*in zu einem/r anderen wechseln, wenn auch der/die neue Arbeitgeber*in eine Genehmigung besitzt, Arbeitsmigrant*innen zu beschäftigen. Die Anzahl solcher Wechsel ist ebenfalls beschränkt. Oft haben Beschäftigte, die ihre Arbeitgeber*innen verlassen, Schwierigkeiten, neue zu finden.

Im Pflegebereich ging der Staat weiter und kündigte an, dass er dem Gerichtsurteil nicht Folge leisten werde. Zu diesem Zweck wurde ein spezielles Gesetz verabschiedet, das es ermöglicht, auch weiterhin die in der Pflege tätigen Arbeiter*innen (die absolute Mehrheit der in diesem Bereich in Israel arbeitenden Personen sind Frauen) an ihre Arbeitgeber*innen zu binden und ihnen darüber hinaus auch geografische Beschränkungen aufzuerlegen.

Die Fortsetzung dieser Beschränkungspolitik bedeutet die anhaltende Verletzung der Rechte der Arbeitsmigrant*innen und begünstigt eine Entwicklung, die dazu führt, dass Menschen unter den Bedingungen der Sklaverei und des Menschenhandels arbeiten.

Der öffentliche Diskurs – Nationalismus, Ausgrenzung und Xenophobie

Arbeitsmigrant*innen werden von der Regierung, den staatlichen Behörden und selbst vom Großteil der Öffentlichkeit „fremde (ausländische) Arbeiter“ genannt. Das ist kein Zufall. Die Verwendung des Wortes „fremd“ hebt hervor, dass diese Menschen nicht als Teil der israelischen Gesellschaft angesehen werden, sondern als billige temporäre Arbeitskräfte. Und dies geschieht in einer Zeit, in der andernorts auf der Welt der Begriff Arbeitsmigrant*innen (statt fremde Arbeiter*innen oder Gastarbeiter*innen) geläufig ist. Dieser Begriff gilt als inklusiver und offener. Zweifellos ist die Terminologie Ausdruck einer gesellschaftlichen Auffassung, die Arbeiter*innen marginalisiert, und insbesondere Arbeiter*innen, die nicht israelisch und nicht jüdisch sind. Die Marginalisierung der Arbeiter*innen ist Ausdruck ihrer Stellung in der wirtschaftlichen „Nahrungskette“, auch ihrer physischen Verortung in der Gesellschaft. Sie sind verpflichtet, die Ware zu liefern, sollen aber aus dem Blickfeld verschwinden. In der Öffentlichkeit sind sie kaum sichtbar. Nicht umsonst werden Arbeitsmigrant*innen in Bereichen beschäftigt, in denen sie relativ wenig mit der israelischen Gesellschaft in Berührung kommen. Das erschwert das Entstehen sozialer Beziehungen sehr. Bauarbeiter arbeiten auf Baustellen, auf denen sich Israelis in der Regel nicht aufhalten, unter anderem aus Gründen der Sicherheit. Arbeiter*innen in der Landwirtschaft befinden sich meist in Moschawim und Kibbuzim, in geografischen Randgebieten, während sich die in der Pflege beschäftigten Arbeiter*innen in den Wohnungen ihrer Arbeitgeber*innen aufhalten.

Die Marginalisierung dieser Arbeiter*innen liefert der Regierung noch mehr „Munition“. In vielen Gesellschaften ist immer wieder zu beobachten, dass die „anderen“, die „Fremden“ für diverse Probleme, insbesondere wirtschaftlicher Art, verantwortlich gemacht werden. Auch in Israel schreckte die Regierung nicht davor zurück, als es galt, die öffentliche Aufmerksamkeit von anderen Themen abzulenken. Dies geschah zum Beispiel im Jahr 2004, als die Behörde für Migration im Rahmen einer finanziell sehr gut ausgestatteten Kampagne die Abschiebung von Arbeitsmigrant*innen aus Israel propagierte und dafür um Zustimmung und Mithilfe in der Öffentlichkeit warb. Die Kampagne verglich die Zahl der Arbeitsmigrant*innen mit der Zahl der Arbeitslosen in Israel (je eine Viertelmillion Menschen) und behauptete, die Arbeitsmigrant*innen seien für die Arbeitslosigkeit verantwortlich, weil sie den israelischen Arbeiter*innen die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Die Propaganda in den Medien, einschließlich der elektronischen Medien, stellte Arbeitsmigrant*innen als Leute dar, deren Beschäftigung „illegal und unmoralisch“ sei. Im Rahmen der visuellen Darstellung dieser Kampagne wurden Fotos von Migrant*innen mit einem großen X durchgestrichen. Diese Politik des „Teile und Herrsche“ spielte eine wichtige Rolle in der Entwicklung der Xenophobie in Israel. Es ist interessant, dass an vielen Orten der Welt Xenophobie, die in der Öffentlichkeit laut wird, von „unten“ kommt, während in Israel (sowohl in Bezug auf Arbeitsmigrant*innen als auch Asylsuchenden) derartige Äußerungen in erster Linie von „oben“, also von Entscheidungsträger*innen gemacht werden. Erst danach finden diese Botschaften in der allgemeinen Öffentlichkeit breite Verwendung.

Wirtschaftliche Interessen

Ein weiteres Argument, das in der öffentlichen Debatte auftaucht, wenn es um die Rechte der Arbeitsmigrant*innen geht, ist die arrogante Behauptung, dass „wir ihnen einen Gefallen tun“. Diesem Diskurs liegt die Wahrnehmung zugrunde, dass Arbeitsmigrant*innen aus Ländern kommen, die weniger gut entwickelt und weniger wirtschaftlich erfolgreich sind als das gute und erfolgreiche Israel, das ihnen nichts schuldet. Eine solche Argumentation basiert auf einer Wirtschaftskonzeption des freien Markts, die darauf abzielt, Arbeiter*innen Bedingungen zu stellen und ihnen die Entscheidung zu überlassen, ob sie diese akzeptieren oder nicht. Natürlich zieht diese Argumentation das Fehlen einer wirklichen Wahlmöglichkeit der Arbeiter*innen nicht in Betracht; stattdessen stützt sie sich auf die (traurige) Tatsache, dass Arbeitsmigrant*innen es oft vorziehen, unter sehr schlechten Bedingungen zu arbeiten, anstatt gar nicht zu arbeiten, weil sie ihren Lebensunterhalt und häufig auch den ihrer Familien in ihren Herkunftsländern bestreiten müssen.

Wirtschaftliche Interessen leiten nicht nur die Arbeiter*innen, die nach Israel kommen möchten: Wie bereits beschrieben, müssen Arbeitsmigrant*innen schon vor ihrer Ankunft in Israel hohe Vermittlungsgebühren bezahlen; deshalb haben die Unternehmen und Einzelpersonen, die die Vermittlungsgebühren kassieren, auch ein Interesse daran, dass so viele Arbeiter*innen wie möglich nach Israel kommen. Und mehr noch, sie profitieren auch von einer hohen Fluktuation. Angesichts der Quotenpolitik kann die Fluktuation über das gegebene Maß dadurch erhöht werden, dass Arbeitsmigrant*innen ihre Arbeitgeber*innen vorzeitig verlassen. Die Politik der Misshandlung und der damit einhergehenden systematischen Verletzung von Arbeitsrechten bringen Arbeitsmigrant*innen dazu, ihre Arbeitgeber*innen zu verlassen und dadurch ihr Visum zu verlieren. Diese Politik hilft also den Eigentümer*innen der Vermittlungsunternehmen, noch mehr Geld zu verdienen.

In der Vergangenheit verfolgte die israelische Regierung eine Politik des „geschlossenen Himmels“: Neue Visa bzw. Arbeitsgenehmigungen für Arbeitsmigrant*innen wurden nur dann erteilt, wenn die bereits im Land befindlichen Arbeitsmigrant*innen beschäftigt waren. Diese Vorschrift wurde von der Einwanderungsbehörde aufgehoben, anscheinend, nachdem die bilateralen Abkommen mit der thailändischen Regierung in Bezug auf den Agrarbereich vereinbart waren. Das Ergebnis ist, dass die Arbeiter*innen noch größere Schwierigkeiten haben, neue Arbeitgeber*innen zu finden, während Arbeitgeber*innen noch mehr dadurch verdienen können, dass sie einfach neue Arbeitsmigrant*innen nach Israel holen, wenn ihnen Arbeiter*innen aufgrund der schlechten Bedingungen „weglaufen“.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Arbeitsmigrant*innen in einem bestimmten Sektor (wie niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten und fehlender Schutz der Rechte der Arbeiter*innen) letztendlich auch zu einer Verschlechterung der Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen für israelische Arbeiter*innen (jüdische und palästinensische) in diesem Sektor führt und dazu, dass sie aus diesem Sektor ausgeschlossen werden. Ein/e Arbeitgeber*in, der/die praktisch nicht verpflichtet ist, den gesetzlichen Regelungen nachzukommen, und deshalb einem/r Arbeitsmigrant*in weniger als den gesetzlichen Mindestlohn zahlen kann, will keine Israelis anstellen, da er/sie ihnen das Mindestgehalt zahlen muss, weil sie ihn/sie sonst verklagen.

Was sollte Israel tun?

Im Allgemeinen wäre es angemessen für Israel, eine ordentliche, klare Einwanderungspolitik zu formulieren. In diesem Zusammenhang sollte auch das Diskriminierungsverbot gegenüber Arbeitsmigrant*innen festgeschrieben werden. Dieses Verbot ist Teil internationaler Abkommen, zu denen etwa auch das „Übereinkommen über Wanderarbeiter“ der Internationalen Arbeitsorganisation gehört (ILO 97). Die Angleichung der Bedingungen sollte substantiell sein und die schwache Ausgangsposition der Arbeitsmigrant*innen gegenüber anderen Gruppen von Lohnabhängigen auf dem Arbeitsmarkt berücksichtigen.

Arbeitsmigrant*innen, die nach Israel gekommen sind und hier aus besonderen Gründen lange Zeit mit Genehmigung geblieben sind, sollten ein Daueraufenthaltsrecht erhalten, das ihnen Stabilität gewährt.

All dies würde es ermöglichen, dass Arbeitsmigrant*innen als Menschen behandelt werden, als Menschen, die einen eigenen Willen haben, eigene Bedürfnisse und Wünsche, und nicht nur als Mittel, um die Bedürfnisse anderer zu realisieren.

Übersetzt von Ursula Wokoeck Wollin

Reut Michaeli, Rechtsanwältin, ist seit 2010 Geschäftsführerin der Hotline for Refugees and Migrants („Hotline für Flüchtlinge und Migrant*innen“), die sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Rechte von Migrant*innen und Asylsuchenden in Israel zu schützen und den Menschenhandel zu bekämpfen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Bevölkerungs- und Einwanderungsbehörde: Daten über Ausländer in Israel, 1. Quartal 2016.
- 2 Genaue Zahlen liegen zu dieser Frage nicht vor. Über die Anträge entscheidet ein spezieller Ausschuss. In den allermeisten Fällen werden sie abgelehnt, und selbst bei positiven Entscheidungen werden in der Regel lediglich befristete Aufenthaltsgenehmigungen erteilt.
- 3 Zur Organisation siehe: hotline.org.il/en/main/, abgerufen am 3. August 2017.
- 4 Zur Organisation siehe: kavlaoved.org.il/en/, abgerufen am 3. August 2017.
- 5 Zur Organisation The Association for Civil Rights in Israel (ACRI) siehe: acri.org.il/en/, abgerufen am 3. August 2017.
- 6 Vgl. High Court of Justice (HCJ), 11437/05, 13. April 2011, Urteil von Richterin A. Proccacia.
- 7 Kav La-Oved, Hotline für Flüchtlinge und Migrant*innen, ACRI, Ärzte für Menschenrechte – Israel (phr.org.il/en) und das Adva Center (adva.org/en).



Thailändische Arbeiter*innen bei einem Treffen mit der Organisation Kav La-Oved, die sich für die Arbeitsrechte von Arbeitsmigrant*innen einsetzt, Moschaw Achituv, Israel, 13. Juli 2013. Foto: Activestills

Protest von Arbeitsmigrant*innen, Tel Aviv, 2014. Foto: Activestills



Die erste Abschiebung von einem in Israel geborenen Kind einer Arbeitsmigrantin, Tel Aviv, 16. August 2011. Foto: Activestills

„Einwanderungs“-Polizei kontrolliert aufgrund des Aussehens vermutliche Migrant*innen oder Asylbewerber*innen auf den Straßen von Tel Aviv, 5. Juli 2009. Foto: Activestills



Protest von Asylsuchenden,
Cholut-Internierungsanlage, im Negev, 2014
Foto: Activestills

Das Gelobte Land, aber nicht für Asylsuchende

Haggai Matar

Die Situation von Geflüchteten in Israel ist von Verfolgung, Angst vor Abschiebung und alltäglichem Rassismus geprägt. Aber es gibt mitunter auch Solidarität und selbstorganisierten Protest dagegen.



Anfang Juni 2016, als dieser Artikel geschrieben wurde, berichteten die Medien, dass die deutsche Bundesregierung mehr als 93 Milliarden Euro im Laufe der nächsten vier Jahre für die Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise („Aufnahme, Integration und Ursachenbekämpfung“) bereitstellen will. Deutschland hat allein im vergangenen Jahr etwa eine halbe Million geflüchtete Menschen aufgenommen und bereitet sich darauf vor, dass es bis zum Jahr 2020 fast zwei Millionen sein werden. Es könnten aber auch mehr werden. Diese Menschen werden nach einem festgelegten Schlüssel auf die Bundesländer verteilt; dort werden sie in vorbereiteten Lagern untergebracht, in denen eine Grundversorgung sichergestellt wird.

In Israel gibt es derzeit insgesamt etwa 42.000 Asylsuchende, weniger als ein Zehntel der Anzahl der Menschen, die allein im Jahr 2015 nach Deutschland geflüchtet sind, und es kommen fast keine neuen Asylsuchenden mehr ins Land. Ein Großteil der Asylsuchenden befindet sich seit mehr als drei Jahren in Israel. Dennoch wird den meisten von ihnen ein stabiler rechtlicher Aufenthaltsstatus verwehrt; sie erhalten keine Unterstützung vom Staat, die Behörden versuchen vielmehr, die Menschen unter Druck zu setzen, damit sie das Land verlassen; fast keiner von ihnen wurde bislang als Flüchtling anerkannt und die meisten von ihnen leben in einem der vier großen städtischen Zentren in sehr beengten Verhältnissen und oft im Konflikt mit der lokalen Bevölkerung; oder sie befinden sich in einem Internierungslager oder Gefängnis.

Ohne Zweifel kann Israel nicht mit Deutschland in Bezug auf die Landesgröße, Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl verglichen werden. Dennoch geben diese Zahlen einen ersten Eindruck von der Situation der Asylsuchenden in dem Land, das eine der treibenden Kräfte bei der Verabschiedung des „Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ (Genfer Flüchtlingskonvention) bei den Vereinten Nationen im Jahr 1951 war. Während sich Europa bemüht, mit der höchsten Zahl an geflüchteten Menschen seit Ende des Zweiten Weltkriegs (mehr als eine Million Menschen kamen allein im vergangenen Jahr in die EU) zurechtzukommen, setzt Israel seinen sturen Kampf gegen die 42.000 Asylsuchenden fort, die sich gegenwärtig im Land befinden. In diesem Artikel möchte ich erklären, wie es zu dieser Situation gekommen ist.

Zwei Krisen und 50 Jahre Ruhe

Die Errichtung des Staates Israel im Jahr 1948 war mit zwei riesigen Flüchtlingskrisen verbunden. Dabei handelte es sich zum einen um jüdische Flüchtlinge: Menschen, die vor Pogromen und Verfolgung in Osteuropa seit dem späten 19. Jahrhundert flohen, die in den 1930er Jahren vor dem nationalsozialistischen Regime flüchteten, die den Holocaust überlebt hatten, und die aus dem Nahen Osten und Nordafrika in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit der Eskalation des Konflikts zwischen der zionistischen Bewegung und den arabischen Nationalbewegungen fliehen mussten oder vertrieben wurden.

Diese Faktoren waren unter anderem ein Grund dafür, warum sich der junge Staat Israel so sehr für die Genfer Flüchtlingskonvention einsetzte. Dennoch wurde in Israel kein Gesetz verabschiedet, das die Bestimmungen der Konvention in Bezug auf Asylbewerber*innen und Flüchtlinge implementierte. Jüdische Flüchtlinge erhielten die Staatsbürgerschaft gemäß dem Rückkehrgesetz, das jeder Jüdin und jedem Juden auf der Welt die israelische Staatsbürgerschaft garantiert, während die Behandlung anderer Flüchtlinge von Fall zu Fall unterschiedlich war, wie im Folgenden ausgeführt wird.

Aber in all diesen Fällen ist der Ausgangspunkt im Grunde derselbe: Israel versteht sich in erster Linie als jüdischer Staat, der

als solcher Zufluchtsort und Einwanderungsziel für alle Jüdinnen und Juden weltweit ist – und nur für sie allein. Alle führenden Politiker*innen des Landes sowie die öffentliche Meinung waren stets sehr besorgt über die demografischen Auswirkungen der Einwanderung (sowie des natürlichen Bevölkerungswachstums) von nicht jüdischen Menschen. Die Chancen, dass nicht jüdische Menschen ohne Familienbande zu Juden und/oder Jüdinnen die israelische Staatsbürgerschaft erhalten, sind sehr gering.

Dies bringt uns zu der zweiten Flüchtlingskrise, mit der die Errichtung des Staates verbunden ist, nämlich den palästinensischen Flüchtlingen: Rund 700.000 Palästinenser*innen sind aus dem Gebiet geflohen oder vertrieben worden, das während des Krieges von 1948 zum Territorium des Staates Israel wurde; entgegen der UNO-Resolution 191 wurde ihnen nie erlaubt zurückzukehren. Zu der Gruppe dieser Flüchtlinge und ihrer Nachkommen gehören heute mehr als fünf Millionen Menschen, für die die UNRWA (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten) zuständig ist (während alle anderen Flüchtlinge in den Zuständigkeitsbereich des UNHCR, d. h. des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen fallen). Ihr Schicksal ist eine der grundlegenden Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts. Im Folgenden werde ich mich jedoch mit Israels Haltung gegenüber nicht jüdischen und nicht palästinensischen Flüchtlingen beschäftigen.

Von 1948 bis in die 1990er Jahre hinein musste sich Israel fast gar nicht mit Asylsuchenden beschäftigen. Wohl aus verschiedenen Gründen: Zum einen war das Land in seinen ersten Jahren arm und die Bevölkerung litt unter Entbehrungen. Ein anderer zentraler Grund war, dass sich Israel bis Ende der 1970er Jahre im Kriegszustand mit all seinen Nachbarstaaten befand, und auch Araber*innen und Muslim*innen in entfernteren Ländern in Israel ein Feindesland sahen und nicht einen sicheren Zufluchtsort. Bis heute ist Israel das einzige Land, das an Syrien grenzt und keine Menschen, die aufgrund des Bürgerkriegs von dort geflohen sind, aufgenommen hat. Zum Vergleich: Heute befinden sich 1,5 Millionen Syrer*innen im Libanon, das heißt jede/r fünfte Einwohner*in dort ist syrisch; in Jordanien befinden sich 1,3 Millionen Syrer*innen, für die ein Viertel des Staatshaushalts bereitgestellt wird. Aus diesen Gründen war Israel wohl nicht „auf der Karte“ der realistischen Ziele für flüchtende Menschen aus der Region oder anderen Ländern. Bis 2005 gab es in Israel nicht einmal eine offizielle Vertretung des UNHCR, sondern nur eine ehrenamtliche.

In den späten 1970er Jahren beschloss der damalige Premierminister Menachem Begin, circa 300 vietnamesische Flüchtlinge aufzunehmen, die die israelische Staatsbürgerschaft erhielten. Zu Beginn der 1990er Jahre wurden etwa 200 bosnische und albanische Flüchtlinge in Israel aufgenommen. Angehörige dieser beiden Gruppen erhielten keinen Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern eine Daueraufenthaltsgenehmigung oder eine Staatsbürgerschaft qua Regierungsbeschluss, der auf besonderen humanitären Überlegungen gründete. Nur etwa 180 Menschen erhielten je einen Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention in Israel, wobei nach Einschätzung des UNHCR Dutzende von ihnen bereits nicht mehr in Israel leben.

Der Auszug aus Ägypten

Seit den 1990er Jahren kamen afrikanische Asylsuchende nach Israel, nicht viele, einige Hundert aus Liberia, der Elfenbeinküste, dem Kongo und Äthiopien. Einige von ihnen kamen als Tourist*innen oder Pilger und strandeten in Israel, nachdem sich die Situation in ihren Ländern verändert hatte. Andere kamen

als politische Aktivist*innen, weil sie von den Behörden in ihren Heimatländern verfolgt wurden. Asylsuchende sind als Gruppe geschützt, unter anderem durch den Grundsatz, dass sie nicht in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden dürfen, solange die UNO diese als Krisengebiete im Sinne der Genfer Konvention definiert. Zum Teil kümmerte sich die hiesige Vertretung des UNHCR um sie.

Ein Vorfall in Kairo im Dezember 2005 eröffnete ein neues Kapitel in der Geschichte der Asylsuchenden in Israel. Mehr als 20 Geflüchtete wurden erschossen und Hunderte verwundet, als die Polizei ein Protestlager, das sie im Zentrum der ägyptischen Hauptstadt errichtet hatten, angriff. Neben der Politik der Verhaftung und mitunter sogar Abschiebung in ihre Heimatländer verschlechterte sich die Situation der Asylsuchenden in Kairo dramatisch und viele begannen, sich an Schmuggler zu wenden, die sie heimlich über die israelische Grenze am Rande der Sinai-Halbinsel bringen sollten.

Etwas später bewirkte ein zweites, geografisch etwas entfernter liegendes Ereignis eine weitere Veränderung in den Migrationsrouten der afrikanischen Geflüchteten: Im Jahr 2008 unterzeichneten Italien und Libyen ein Abkommen, das es Italien erlaubte, Geflüchtete nach Libyen zurückzuschicken, sodass eine der Hauptrouten nach Europa blockiert war. Die Alternative auf dem Fußweg durch Israel nach Norden, die einzige Überlandroute aus Afrika, erschien plötzlich eine vielversprechende Option.

Zur gleichen Zeit konnten israelische Menschenrechtsorganisationen erreichen, dass einige Asylsuchende, die zuvor über den Sinai nach Israel gekommen waren, aus dem Gefängnis entlassen wurden. Sie begannen, sich in den hiesigen Arbeitsmarkt zu integrieren, und so wurde bekannt, dass es möglich ist, nach Israel zu kommen, ohne eingesperrt zu werden, und dort besser als in nordafrikanischen Ländern zu arbeiten und seinen/ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

All diese Faktoren machten Israel zu einem wichtigen Ziel für Asylsuchende aus Afrika. In den Jahren zwischen 2006 und 2013 haben mehr als 64.000 Asylsuchende die Grenze zwischen Ägypten und Israel passiert, die noch nicht durch einen Zaun gesichert war. Die meisten von ihnen kamen aus Eritrea (circa zwei Drittel) und dem Sudan (etwa ein Viertel). Zu den Fluchtgründen für Menschen aus Eritrea zählen das tyrannische Regime dort und insbesondere die Zwangsrekrutierung zum Militärdienst, der zeitlich fast unbegrenzt ist und in dessen Rahmen ein Teil der Soldaten unter sklavereiähnlichen Bedingungen arbeiten muss, während ein Teil der rekrutierten Frauen zu Sexsklavinnen gemacht wird. Wer versucht, sich dem Militärdienst zu entziehen, der oder dem drohen Haftstrafen und Körperverletzungen. Laut Berichten der Vereinten Nationen haben führende Mitglieder des Regimes in Eritrea Verbrechen gegen die Menschlichkeit in ihrem Land begangen. Bemerkenswerterweise unterhält Israel gute Beziehungen zu dem Regime in Eritrea.

Die Menschen in Israel, die aus dem Sudan geflüchtet sind, haben ihr Land aus verschiedenen Gründen verlassen, vor allem aber wegen des anhaltenden Völkermords in Darfur im Westen des Landes, der Unterdrückung von ethnischen Minderheiten im Norden, des Krieges im Süden (der im Jahr 2012 politische Unabhängigkeit als Südsudan erlangte) und der politischen Verfolgung von Oppositionellen. Der sudanesischer Präsident Omar al-Baschir wird vom Internationalen Strafgerichtshof wegen des Verdachts auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit gesucht. Der Sudan gilt in Israel als feindlicher Staat, aber Israels Beziehungen zum Südsudan sind gut. Verschiedenen Berichten zufolge liefert Israel auch Waffen an das Land, das heute durch einen neuen Bürgerkrieg zerrüttet wird. Beide Länder – Sudan und Eritrea – werden vom UNHCR als Staaten eingestuft, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen worden sind

und immer noch begangen werden und in die Flüchtlinge nicht zurückgeschickt werden dürfen, weil ihnen dort Gefahr für Leib und Leben droht.

Unter den Zehntausenden Asylsuchenden, die zwischen 2006 und 2013 nach Israel gekommen sind, befanden sich auch etwa 7.000 Menschen, die von Menschenhändlerbanden entführt und in Lagern im Sinai festgehalten worden waren, in denen sie vergewaltigt und gefoltert wurden. Sie kamen erst frei, nachdem ihre Verwandten Zehntausende US-Dollar Lösegeld aufbringen konnten. Einige dieser Menschen hatten gar nicht die Absicht, nach Israel zu kommen, sondern wurden aus Flüchtlingslagern im Sudan oder in Ägypten oder an der Grenze zwischen den beiden Ländern verschleppt.

Im Jahr 2010 beschloss die israelische Regierung, einen Zaun entlang der ägyptischen Grenze mit dem ausdrücklichen Ziel zu bauen, die Einwanderungswelle zu stoppen, die als eine Bedrohung des Staates dargestellt wurde, sowohl im Hinblick auf Demografie als auch auf Kriminalität (siehe unten) und Sicherheitsfragen (es wurden Bedenken geäußert, dass aus dem Sudan kommende Muslim*innen von internationalen Dschihad-Netzwerken rekrutiert werden könnten, um Anschläge in Israel zu verüben – was nicht geschehen ist). Der Zaun ist rund 245 Kilometer lang und fünf bis sieben Meter hoch. Nach Abschluss der Bauarbeiten Ende 2013 kamen fast keine neuen Asylsuchenden mehr nach Israel. Ein weiterer Grund für diesen fast vollständigen Rückgang ist die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Jahr 2012, der das Abkommen zwischen Italien und Libyen aufhob, sodass die Mittelmeerroute nach Europa wieder offen ist.

Nach Angaben des israelischen Innenministeriums kamen in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 nur 15 Personen über die Grenze nach Israel. Deshalb stellt sich die sogenannte Flüchtlingsproblematik für die israelische Gesellschaft heute in erster Linie im Hinblick auf diejenigen Asylsuchenden, die bereits im Land sind. Und das sind ungefähr 42.000 Menschen.

Ein Vorgehen ohne eine Politik

Trotz der zentralen Rolle des Landes bei der Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention vor über 60 Jahren existiert in Israel kein Gesetz, das die Behandlung von Asylbewerber*innen regelt. Infolgedessen wurden in den letzten zehn Jahren andere, bereits vorhandene Gesetze und Verordnungen zur Anwendung gebracht oder neue Verfahren und Gesetzesänderungen allein dafür eingeführt, um mit dem starken und für den Staat überraschenden Anstieg der Anzahl der Asylsuchenden umzugehen.

Die zentrale gesetzliche Grundlage, auf die sich die israelischen Behörden im Umgang mit Asylsuchenden beziehen, ist das „Gesetz zur Verhinderung von Infiltration“ aus dem Jahr 1954. Ursprünglich wurde dieses Gesetz verabschiedet, um gegen die Versuche palästinensischer Flüchtlinge, in ihre Häuser und auf ihr Land im neu gegründeten Staat Israel zurückzukehren, vorzugehen. Das Gesetz sieht lange Haftstrafen für „Infiltranten“ vor und enthält darüber hinaus spezielle Regelungen mit besonders harten Strafen für „Infiltranten“, die eindringen, um Angriffe auf Israel auszuführen, und dabei Dutzende von Israelis töteten.

60 Jahre später werden auch Menschen, die aus Afrika geflüchtet sind, zu „Eindringlingen“ gemacht, die angeblich die Sicherheit des Landes bedrohen – so die Darstellung in der israelischen Öffentlichkeit, in den meisten Medien, in den Äußerungen der politischen Führung und auch in dem ihnen gewidmeten separaten Eintrag bei „Wikipedia“ auf Hebräisch. Mitunter werden Asylsuchende auch als „Arbeitsmigrant*innen“ bezeichnet, denn, so wird argumentiert, auch wenn einige von ihnen ihre

Heimatländer aus guten Gründen verlassen hätten und dorthin nicht zurückgeschickt werden könnten, wäre ihre Entscheidung, ihren Weg fortzusetzen und nach Israel zu kommen, ein Versuch gewesen, ihren Lebensstandard zu verbessern. Allein schon die Verwendung des weltweit akzeptierten Begriffs Asylsuchende gilt als „links“, was heute generell als negativ gesehen wird.

Dabei soll nicht außer Acht gelassen werden, dass sich der israelische Staat durchaus dem internationalen Grundsatz, dass Menschen nicht in Länder abgeschoben werden dürfen, in denen ihnen Gefahr droht, verpflichtet sieht – sei es aus echter Überzeugung oder im Rahmen des Versuchs, internationalen Mindestanforderungen zu genügen. In all den Verästelungen in der Einstellung gegenüber Asylsuchenden, die im Folgenden aufgezeigt werden, ist dieser Grundsatz zentral, denn auch wenn der Staat ihm nicht immer gerecht wird, ist er doch bemüht zu beweisen, dass er ihn respektiert.

Alle Methoden, mit denen die israelischen Regierungen bis heute versucht haben, mit dem Problem der Asylsuchenden umzugehen, sind daher von einer grundlegenden Ambivalenz geprägt: Einerseits ist die Einstellung gegenüber Asylsuchenden negativ, weil in ihnen eine wirtschaftliche, demografische oder Sicherheitsbedrohung gesehen wird, sodass die Politik darauf abzielt, es ihnen unmöglich zu machen, Stabilität und erträgliche Lebensbedingungen in Israel zu finden – es könnte andere ermutigen, auch nach Israel zu kommen. Auf der anderen Seite verbieten es die internationalen Gesetze und Normen, Flüchtlinge einfach abzuschieben. Israel will international als demokratischer Staat angesehen werden, der die Flüchtlingskonvention und die Menschenrechte respektiert. Infolgedessen hält die israelische Politik Asylsuchende in einem rechtlichen und politischen Schwebestadium gefangen.

Eindämmung und Verfolgung

Als die Anzahl der Asylsuchenden in Israel seit 2006 stark zu steigen begann, versuchte die israelische Regierung, diese Entwicklung mit einer Politik der sofortigen Abschiebung zu stoppen, die „hot return“ genannt wurde: Asylsuchende, die in der Nähe der Grenze von israelischen Soldat*innen aufgegriffen wurden, wurden sofort (oder nach einem kurzen Verhör) zurück über die Grenze gebracht und ägyptischen Soldat*innen übergeben. Als sich im Laufe der Zeit herausstellte, dass die Menschen, die nach Ägypten zurückgebracht wurden, dort unter schweren Bedingungen eingekerkert, mitunter sogar in ihre Heimatländer abgeschoben wurden, und darüber hinaus die Koordination der Übergabe an die ägyptischen Behörden im Zuge der dortigen Revolution von 2011 zum Erliegen kam, wurde dieses Praxis eingestellt.

Asylsuchende, die in Israel nicht in unmittelbarer Nähe zur Grenze aufgegriffen wurden, sperrte man/frau für mehrere Monate in Saharonim ein, einem speziellen Gefangenenlager, das im Jahr 2007 im Süden des Landes gebaut worden war und als „Beherbergsanlage“ bezeichnet wurde. Bei ihrer Entlassung bekamen die Asylsuchenden zwei Dinge: eine (befristete) Aufenthaltsgenehmigung und eine Busfahrkarte zum zentralen Busbahnhof in Tel Aviv (dazu unten mehr).

Die befristete Aufenthaltsgenehmigung muss alle paar Monate erneuert werden. Sie gewährt den Asylsuchenden fast keine Rechte im Land und enthält zudem ein ausdrückliches Arbeitsverbot, sodass die Beschäftigung von Asylsuchenden in Israel seit dem Jahr 2006 bis zum heutigen Tag im Grunde illegal ist. Infolge einer Klage von Menschenrechtsorganisationen beim Obersten Gericht hat sich der israelische Staat jedoch verpflichtet, Geschäftsleute, die Asylsuchende beschäftigen, nicht strafrechtlich zu verfolgen.

Dieses Versprechen half ein wenig, die Situation der Asylsuchenden zu verbessern. Weil diese neue Praxis in der Öffentlichkeit aber nicht sehr bekannt ist, schrecken nach wie vor viele Arbeitgeber*innen davor zurück, Menschen einzustellen, in deren Aufenthaltsgenehmigung ausdrücklich steht, dass es ihnen verboten ist zu arbeiten. Darüber hinaus wird von staatlichen Stellen immer wieder in öffentlichen Kampagnen propagiert, niemanden einzustellen, der keine Arbeitsgenehmigung hat.

Das klingt nicht nur nach einer absurden, in sich widersprüchlichen Politik, sondern ist in der Tat eine solche. Die sich daraus ergebende Situation spielt oft Arbeitgeber*innen in die Hände, die die Befristung der Aufenthaltsgenehmigung von Asylsuchenden und ihre Abhängigkeit von Unternehmen, die bereit sind, sie anzustellen, auszunutzen und Arbeitsrechte, die den Beschäftigten zustehen, verletzen. Dies wurde auch vom Recherche- und Informationszentrum der Knesset festgestellt.

Darüber hinaus ergriff die israelische Regierung eine Reihe von Maßnahmen, deren Hauptziel darin bestand, die Anzahl der Asylsuchenden im Land zu reduzieren. Zunächst wurde eine neue Einwanderungspolizei eingerichtet. Die der Behörde für Bevölkerung und Einwanderung unterstellten Polizeikräfte begannen damit, Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung, die nicht zu einer der geschützten Gruppen gehörten, zu verhaften und abzuschieben. So wurden nach und nach die meisten der Asylsuchenden aus der Elfenbeinküste und Liberia abgeschoben, nachdem sich die Situation in ihren Heimatländern stabilisiert hatte. Im Jahr 2012, als der Südsudan die Unabhängigkeit erlangte und bevor es in dem blutigen Bürgerkrieg versank, erging es den Asylsuchenden aus dem südlichen Sudan ebenso.

Andererseits ist es wichtig zu betonen, dass eine solche oder ähnliche Politik nicht in gleichem Umfang in Bezug auf andere Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung in Israel verfolgt wurde. Nach Angaben des israelischen Innenministeriums befanden sich in den letzten Jahren rund 14.000 Arbeitsmigrant*innen in Israel, deren Aufenthaltsgenehmigung abgelaufen ist, sowie circa 90.000 Tourist*innen mit abgelaufenem Visum (etwa 60 Prozent von ihnen stammen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion). In Bezug auf diese Gruppen gibt es nichts auch nur annähernd Vergleichbares zu den enormen Anstrengungen in Taten und Worten, die die politische Führung und öffentlichen Meinungsmacher*innen in ihrem Kampf gegen afrikanische Asylsuchende investieren. Jedoch werden ähnliche Anstrengungen auch im Kampf gegen Palästinenser*innen aus den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten gemacht, die sich ohne Genehmigung in Israel aufhalten.

Einer der möglichen Gründe für die diskriminierende Politik ist der Rassismus gegenüber Menschen mit schwarzer Hautfarbe. Gleichzeitig fällt es dem Staat leicht, darauf zu verweisen, dass die Unterschiede der Art und Weise der Einreise und des äußeren Erscheinungsbildes eine Ungleichbehandlung rechtfertigen würden (die weißen Tourist*innen seien legal eingereist und gesellschaftlich integriert).

Etwa zur gleichen Zeit, als die neue Einwanderungspolizei eingerichtet wurde, übernahm der israelische Staat die Kompetenz zur Bearbeitung von Asylanträgen vom UNHCR und übertrug sie an eine zu diesem Zweck gegründete Spezialeinheit im Innenministerium. Bisher hat diese Behörde nur etwa dreißig Asylanträgen (von Menschen aus Nepal, Nordkorea, Zimbabwe und anderen Ländern, die nicht über den Sinai gekommen sind) stattgegeben, wobei die meisten von ihnen bereits eingereicht wurden, als das UNHCR noch zuständig war. Hinzu kommen 498 Asylbewerber*innen aus der Darfur-Region, die, ähnlich wie die Flüchtlinge aus Vietnam und Bosnien, durch eine Sonderregelung per Regierungsbeschluss aus dem Jahr 2007 permanente Aufenthaltsgenehmigungen (ohne Anerkennung als Flüchtlinge) erhalten haben.

Seitdem bleiben die meisten Asylanträge (viele Tausende) unbeantwortet, einschließlich aller¹ Anträge von Asylbewerber*innen aus Darfur. Hunderte von Anträgen (die meisten von Asylsuchenden aus Eritrea) wurden abgelehnt. Von den Zehntausenden Asylbewerber*innen, die in den letzten zehn Jahren nach Israel gekommen sind, passierten nur vier (!) Eritreer*innen das RSD-Verfahren (ein Verfahren, in dem überprüft wird, ob Asylsuchende der Definition eines Flüchtlings im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen) und erhielten einen Flüchtlingsstatus.

Die Nichtbearbeitung der meisten Anträge hält die ungewisse Situation, in der die Asylbewerber*innen leben, aufrecht und erlaubt es auch dem Staat nicht, eine klare Politik zu formulieren, die auf der Unterscheidung zwischen denjenigen, die ein Anrecht auf einen Flüchtlingsstatus haben, und denjenigen, bei denen das nicht der Fall ist, basiert. Dieser hybride Modus dient der bereits beschriebenen Absicht, einerseits eine freundliche, einladende Einwanderungspolitik für Juden und Jüdinnen aufrechtzuerhalten, andererseits Einwanderung für nicht jüdische Menschen so schwierig und so restriktiv wie möglich zu gestalten, ohne gleichzeitig international als Staat wahrgenommen zu werden, der Flüchtlinge ablehnt und gegen die Genfer Flüchtlingskonvention verstößt.

Ausreise, aber nicht freiwillig

Nachdem die Entscheidung gefallen war, einen Zaun an der ägyptisch-israelischen Grenze zu errichten, um die Zuwanderung von Asylsuchenden zu stoppen, trieb die Regierung weitere Gesetzesänderungen voran. Anfang 2012 verabschiedete die Knesset eine Änderung des alten Infiltrationsgesetzes, die vorsieht, dass Asylsuchende, die illegal nach Israel eingereist sind, für drei Jahre eingesperrt werden sollen. Infolge einer von Menschenrechtsorganisationen eingereichten Klage entschied das Oberste Gericht im September 2013, dass die Gesetzesänderung gegen das grundlegende Gesetz in Bezug auf menschliche Würde und Freiheit verstößt.

Innerhalb von drei Monaten verabschiedete die Knesset eine zweite Änderung, wonach Asylsuchende nur für ein Jahr eingesperrt werden dürfen und anschließend nach Cholot, eine „offene Aufenthaltseinrichtung“ mitten in der Wüste, gebracht werden sollen, in der sie auf unbestimmte Zeit bleiben, die Nacht verbringen und sich über Tag dreimal zum Appell melden müssen (sodass es nicht wirklich möglich ist, von dort an einen anderen Ort zu gelangen). Im September 2014 wurde auch diese Änderung vom Obersten Gericht gekippt.

Das dritte Änderungsgesetz legte eine dreimonatige Gefängnishaft und die Unterbringung für 20 Monate in der „offenen“ Einrichtung fest, in der nur ein Appell pro Tag durchgeführt wird. Im Zuge der dritten von Menschenrechtsorganisationen eingereichten Klage gegen die Gesetzesänderung kam es zu großer Empörung in Regierungskreisen, und einige Minister*innen, darunter die neue Justizministerin Ayelet Schaked, drohten explizit, die Knesset werde, falls das Oberste Gericht das Gesetz zum dritten Mal aufhebe, ein Gesetz verabschieden, das die Kompetenzen des Obersten Gerichts in Fragen der Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, das heißt des Verstoßes von (einfachen) Gesetzen gegen grundlegende Gesetze, einschränken wird.

Die Richter*innen des Obersten Gerichts verstanden den Wink mit dem Zaunpfahl und genehmigten im August 2015 die Gesetzesänderung, wobei sie lediglich forderten, dass die maximale Aufenthaltsdauer in der „offenen“ Einrichtung auf ein Jahr beschränkt wird. Das ist die heutige Rechtslage.

Parallel zu diesen Entwicklungen begannen die staatlichen Behörden, Asylsuchenden ein Programm zur „freiwilligen

Ausreise“ in ihre Heimatländer bzw. nach Uganda oder Ruanda anzubieten. Bei Annahme erhalten die Flüchtlinge pro Person einige Tausend US-Dollar. Minister*innen machten deutlich, dass es der Zweck der Inhaftierung sei, die Zuversicht der Asylsuchenden, in Israel bleiben zu können, zu brechen und sie zur Ausreise zu bewegen. Im April 2015 wurde auch bekannt gegeben, dass diejenigen, die keine Asylanträge eingereicht haben oder deren Anträge abgelehnt wurden, ein Dokument unterschreiben müssen, in dem sie sich zur „freiwilligen Ausreise“ bereit erklären, andernfalls würden sie in einem Gefängnis (Saharonim) auf unbestimmte Zeit eingekerkert werden. Diese Praxis kommt gegenwärtig aufgrund einer Klage, die zur Entscheidung beim Obersten Gericht ansteht, noch nicht zur vollen Anwendung.

Laut Angaben des Innenministeriums haben im Rahmen dieses Programms mehr als 9.000 Asylsuchende bis Ende 2015 Israel verlassen, die meisten von ihnen willigten in das Programm nach Beginn ihrer Inhaftierung aufgrund des Infiltrationsgesetzes ein und ein Großteil von ihnen kehrte in ihre Heimatländer – zumeist nach Eritrea und in den Sudan – zurück. Weitere rund 1.200 Asylsuchende haben Israel in den ersten drei Monaten des Jahres 2016 verlassen. Da die Abschiebungen mit unterschriebener „Einwilligung“ der Asylsuchenden geschehen, gelten sie in Israel nicht als verbotene Abschiebung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention. Laut UNHCR hat zwar jede/r Asylbewerber*in das Recht, in sein/ihr Heimatland zurückzukehren, aber „die Ausreise aus dem Land als Alternative zur Haft [...] gilt nicht als freiwillig und kann sogar nach israelischem und internationalem Recht als verbotene Abschiebung betrachtet werden, da dies das Leben oder die Freiheit der zurückkehrenden Person gefährdet“.² Mit anderen Worten: Da ist nichts „Freiwilliges“ an der „freiwilligen Ausreise“ eines Menschen, der gezwungen wird, zwischen einer langen Haft und einer Abschiebung zu wählen.

Was die Kosten der israelischen Politik in Bezug auf Asylsuchende betrifft, ist es schwierig bis unmöglich, genaue Angaben zu machen. Es liegen zu dieser Frage keine Daten vor, weder bei der Regierung noch der Knesset, und auch keine Studien von Menschenrechtsorganisationen.

Lediglich für ein paar große Projekte sind Zahlen bekannt. So hat der Grenzzaun zu Ägypten rund 1,6 Milliarden Schekel (ca. 380 Millionen Euro) gekostet, und der Bau der Anlage in Cholot rund 323 Millionen Schekel (ca. 77 Millionen Euro). Für den Betrieb der Anlage werden jährlich rund 100 Millionen Schekel (ca. 24 Millionen Euro) aufgewendet. Übrigens erscheinen die Kosten der Internierung von Asylsuchenden in Cholot absurderweise in den Jahresberichten, die der israelische Staat der OECD vorlegt, unter der Rubrik „Auslandshilfe“.

Die tatsächlichen Gesamtkosten übertreffen natürlich bei Weitem die der beiden Großprojekte und schließen einerseits mehr als ein Jahrzehnt an Investitionen in die Umsetzung der Politik ein (d. h. Personal bei der Einwanderungsbehörde, der Polizei, Zeitaufwand im Justizsystem usw.) und andererseits die Ausgaben für die relativ beschränkten staatlichen Hilfsleistungen für Asylsuchende (Gesundheit, Bildung usw.). Es bedarf weiterer Studien, um diese Kosten aufzuschlüsseln.

Zwischen Protest und Verzweiflung

Wie bereits dargestellt, werden Asylsuchende aufgrund der israelischen Regierungspolitik in einem rechtlichen Schwebezustand gefangen gehalten. Über Jahre hinweg wurden sie nach ihrer Entlassung aus der Haft oder direkt von der Grenze mit einem Fahrschein zum zentralen Busbahnhof in Tel Aviv geschickt; dort waren sie auf sich allein gestellt.

Im Gegensatz zur Praxis in einigen europäischen Ländern ist mit der befristeten Aufenthaltsgenehmigung für Asylsuchende in Israel, die alle paar Monate bei der Behörde für Bevölkerung und Einwanderung verlängert werden muss, weder ein Anspruch auf Unterbringung in einer Notunterkunft noch auf finanzielle Unterstützung verbunden – beides würde den Asylsuchenden ihre Eingliederung erleichtern. Wie oben bereits erwähnt, ist es ihnen formell sogar verboten zu arbeiten (wobei diese Regelung zurzeit nicht durchgesetzt wird). Darüber hinaus ist den Asylsuchenden der Zugang zum Sozial- und Gesundheitssystem, das Israelis zur Verfügung steht, verwehrt, und das, obwohl viele von ihnen schwere körperliche und emotionale Traumata in ihren Heimatländern oder auf ihrem harten Weg nach Israel erlitten haben und in den Lagern der Menschenhändler im Sinai häufig Folter und Vergewaltigungen ausgesetzt waren. Ebenfalls im Gegensatz zur Politik vieler anderer Länder ist mit der befristeten Aufenthaltsgenehmigung keine Basis für eine künftige volle Einbürgerung gegeben oder eine entsprechende Option verbunden.

Allerdings gewährt der israelische Staat Kindern von Asylsuchenden Schulunterricht, da nach israelischem Recht jedes Kind im Land Anspruch auf kostenlose Schulbildung hat. Auch werden soziale Leistungen für Kinder in Not getragen und schwangere asylsuchende Frauen können für die Geburt Krankenhäuser aufsuchen. Krankenhäuser sind zudem verpflichtet, Asylsuchende zu behandeln, die sich in lebensbedrohlichen Situationen befinden, ebenso an Tuberkulose Erkrankte und Menschen, die HIV-positiv sind. Für alle anderen Fälle, in denen medizinische Versorgung benötigt wird, ermöglicht es der israelische Staat Asylsuchenden, auf eigene Kosten eine private Versicherung abzuschließen, die allerdings bereits bestehende medizinische Probleme nicht deckt. Im Falle von Arbeitsunfähigkeit verfällt der Versicherungsschutz umgehend.

Zu diesen Schwierigkeiten kommt noch die lange Inhaftierung hinzu, die in Cholut, der „offenen“ Anlage mitten in der Wüste, unter schwierigen physischen Bedingungen ein Jahr und länger dauern kann (Berichten zufolge mangelt es dort auch an Nahrungsmitteln). In der Internierungsanlage befinden sich heute ungefähr 3.300 Asylsuchende. Im Gegensatz zur Vergangenheit sind heute die meisten von ihnen nicht Neuankömmlinge, sondern Menschen, die schon seit einiger Zeit in Israel leben und gerade dabei waren, ihr Leben einigermaßen zu ordnen. (Aber es handelt sich in der Regel nicht um Menschen, die Familienangehörige in Israel haben.)

Neben der Inhaftierung sind Asylsuchende zunehmend mit der feindlichen Propaganda von rechten Politiker*innen konfrontiert, auch von Knesset-Abgeordneten und Minister*innen, die der Regierungskoalition angehören (mehr dazu später). Die Aufwiegelung bedient sich dabei in erster Linie rassistischen Argumenten, verweist auf eine vermeintliche demografische Bedrohung, die von den Asylsuchenden ausgehe, auf die Gefahr, dass Asylsuchende Krankheiten einschleppen und verbreiten würden, und auf eine Zunahme der Kriminalität und eine Bedrohung der Sicherheit infolge ihrer Anwesenheit.

Angesichts dieser Schwierigkeiten versuchten Asylsuchende sich zu verteidigen und entwickelten dabei unterschiedliche Strategien. Die erste und wichtigste war ihre Organisation in Gemeinden. Jede dieser selbst organisierten Gemeinden richtete soziale und religiöse Institutionen ein, die Hilfe, Beratung und gegenseitige Unterstützung zur Verfügung stellten und als Anlaufpunkt für neu in Tel Aviv ankommende Asylsuchende fungierten.

Die zweite Strategie bestand in der Zusammenarbeit mit verschiedenen israelischen Hilfsorganisationen, die sich um die medizinische Versorgung von Asylsuchenden bemühen, die Gemeinden unterstützen sowie rechtliche Beratung und anwaltliche Vertretung übernehmen – sowohl für Einzelne (zum

Beispiel beim Stellen von Asylanträgen oder in Verhandlungen mit der Behörde für Bevölkerung und Einwanderung) als auch für Gruppen (wie die Eingaben beim Obersten Gericht gegen das Infiltrationsgesetz oder gegen die Durchsetzung des Arbeitsverbots für Asylsuchende).

Neben der unerträglichen Situation, der Asylsuchende in Israel aufgrund der staatlichen Politik ausgesetzt sind, trug auch der Kontakt zu den zivilgesellschaftlichen Hilfsorganisationen dazu bei, dass Asylsuchende begannen, sich auch politisch zu organisieren. Im Dezember 2013 und Januar 2014 beteiligten sich Tausende von ihnen an einer Reihe von Protestaktionen, darunter ein Massenauszug aus der „offenen“ Anlage, ein mehrtägiger Marsch nach Jerusalem, ein Generalstreik aller Asylsuchenden und Massendemonstrationen in Tel Aviv und Jerusalem. Eine weitere große Protestaktion fand im Juni 2014 statt. Asylsuchende aus unterschiedlichen Ländern beteiligten sich an diesen Protestaktionen.

Allerdings gelang es der großen politischen Protestbewegung nicht, die israelische Öffentlichkeit zu mobilisieren und breite Solidarität mit den Asylsuchenden zu wecken. Zwei Demonstrationen wurde gewaltsam von der Polizei aufgelöst. Kurz nach den Protesten wurden prominente führende Persönlichkeiten der Gemeinden in der „offenen“ Anlage eingesperrt. Aber vor allem wurden die Proteste der Asylsuchenden in der israelischen Öffentlichkeit vollkommen ignoriert. Trotz ihrer nie zuvor dagewesenen Größe und ihres Ausmaßes sahen die Behörden – angesichts des fehlenden Drucks vonseiten israelischer Bürger*innen – keine Notwendigkeit, ihre Politik zu ändern, oder sich auch nur mit den Demonstrant*innen zu treffen oder mit ihnen zu sprechen.

Seit der Unterdrückung der Proteste im Jahr 2014 hat es keine weiteren bedeutenden öffentlichen Protestaktionen in Zusammenhang mit Asylsuchenden gegeben. Viele der Gemeinden berichten von ihrer Verzweiflung angesichts der Gleichgültigkeit der israelischen Öffentlichkeit.

Neben der Internierung, der Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft und dem gänzlichen Fehlen von finanzieller Unterstützung liefern diese Erfahrungen eine Erklärung dafür, warum sich Tausende von Asylsuchenden dazu entschieden haben, Israel zu verlassen und in andere Länder, sogar ihre Heimatländer, zu reisen, trotz der Gefahren, denen sie dort ausgesetzt sind. Viele von ihnen werden sich von dort wieder auf den Weg machen, dieses Mal aber in Richtung Mittelmeer und Europa.

Israelische Opfer

Die Praxis der israelischen Behörden, die Mehrheit der Asylsuchenden zum zentralen Busbahnhof in Tel Aviv zu schicken, hatte schwerwiegende Folgen für die Bewohner*innen der Stadtviertel in der Nähe des Busbahnhofs im Süden der Stadt. Zwar ist im Laufe der Zeit ein Teil der Asylsuchenden in andere Städte gezogen (vor allem nach Arad oder Eilat, Städte mit einer bedeutenden Tourismusindustrie), doch mehr als die Hälfte der Asylsuchenden in Israel lebt auf engstem Raum in einigen wenigen Stadtvierteln im Süden Tel Avivs.

Historisch gesehen handelt es sich dabei um Stadtviertel, die unter langjähriger Diskriminierung gelitten haben, sowohl in Bezug auf öffentliche Haushaltsgelder als auch im Hinblick auf Investitionen in die Infrastruktur. Im Laufe der Jahre sind sie zu Vierteln für die ärmsten und am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen in der Stadt geworden. Die Nähe des zentralen Busbahnhofs verschlechterte die Situation dieser Stadtviertel im Laufe der Jahre noch weiter, sodass es dort Gegenden gab, in denen Drogenhandel, Alkoholmissbrauch, Prostitution, Menschenhandel (insbesondere von Frauen) und Kriminalität florierten.

Darüber hinaus sind diese Stadtteile seit den 1990er Jahren allmählich zu einem der Hauptwohngebiete für Arbeitsmigrant*innen (vor allem aus Ländern wie Thailand, China, den Philippinen, Indien, Nepal und mehreren afrikanischen Ländern) geworden. Diese haben sich in Gemeinden organisiert, eigene religiöse und soziale Einrichtungen gegründet, Menschenrechtsorganisationen dazu bewegt, ihre Büros in diesen Wohnvierteln zu eröffnen, und nach und nach die Vermieter*innen daran gewöhnt, Wohnungen an Menschen zu vermieten, die in vielen Fällen kein Bankkonto haben, keine Bürg*innen stellen und auch andere Standards des israelischen Mietwohnungsmarkts nicht erfüllen können.

In diesen heterogenen Strudel kamen seit 2006 auch immer mehr Asylsuchende aus dem Sudan und Eritrea. Neben der Tatsache, dass sie staatlicherseits dorthin geschickt wurden, gab es auch andere Faktoren, die sie in den Süden Tel Avivs zogen, wie etwa die niedrigen Mieten, die vorhandenen Infrastrukturen der ausländischen Gemeinden, die selbst organisierten Unterstützungsstrukturen der Gemeinden der Asylsuchenden, die sich auf der Grundlage entsprechender Strukturen in den Gemeinden der Arbeitsmigrant*innen entwickelten, die Büros von Hilfsorganisationen und die beiden einzigen Kliniken im Land, in denen Asylsuchende medizinische Behandlung erhalten können, und ein Geschäfts- und Unterhaltungszentrum, das auf Initiative von Kleinunternehmer*innen unter den Asylsuchenden in der Nähe des Busbahnhofs in den letzten Jahren entstanden ist.

Durch die Asylsuchenden, die in diese Viertel völlig mittellos kamen, hat sich die Situation vor Ort noch erheblich verschlechtert. Die beiden Stadtviertel, die gleich neben dem zentralen Busbahnhof liegen, sind mit einer Fläche von etwa vier Quadratkilometern sehr klein und mit einer Bevölkerungszahl von ursprünglich circa 13.000 Menschen ohnehin schon dicht besiedelt. Der Einzug von vielen Tausenden von Menschen (es gibt keine genauen Angaben zur Anzahl derer, die sich in Tel Aviv aufhalten) in kleine, enge Wohnungen stellt eine enorme Belastung für die räumliche und soziale Infrastruktur dieser Viertel dar. Schätzungen zufolge hat sich die Einwohnerzahl hier verdoppelt, wenn nicht sogar fast verdreifacht, ohne dass zusätzliche kommunale Gelder zur Verfügung gestellt wurden.

Armut und Not haben überdies zu einer Zunahme des Alkohol- und Drogenmissbrauchs sowie der Kriminalität unter Teilen der Bevölkerung geführt, sodass in einigen Straßen die Bewohner*innen Angst haben, ihre Häuser zu verlassen. Nach Erhebungen der Tel Aviver Stadtverwaltung in diesem Zeitraum gaben die Bewohner*innen im Süden Tel Avivs an, dass sie sich unsicherer fühlen, und mehr als die Hälfte der Bewohner*innen dieser Viertel antwortete auf die Frage, ob sie sich fürchten, ihre Häuser nach Einbruch der Dunkelheit zu verlassen, mit Ja – im gesamtstädtischen Durchschnitt waren es nur 20 Prozent. Allerdings hat die israelische Polizei festgestellt, dass ein Teil der Straftaten begangen wird, um zu überleben, und leitende Polizeibeamte riefen dazu auf, es Asylsuchenden zu ermöglichen, legal zu arbeiten, um die Armut und Not unter ihnen zu verringern und damit auch indirekt die Kriminalität zu senken. Andererseits haben, wie bereits erwähnt, prominente Politiker*innen die Kriminalitätsrate dazu benutzt, um die benachteiligten Bevölkerungsgruppen im Süden Tel Avivs noch mehr gegeneinander aufzuhetzen, statt ihnen echte Lösungen anzubieten.

Im Laufe der Jahre hat sich unter den Bewohner*innen der Stadtviertel ein breiter Konsens herausgebildet, dass die Situation in ihrer gegenwärtigen Form nicht tragbar ist, und sie haben begonnen, gegen die Regierung und die Stadtverwaltung von Tel Aviv zu protestieren. Zentrale Forderungen sind dabei, Asylsuchende aus den dicht besiedelten Vierteln um den zentralen Busbahnhof umzusiedeln; die Einrichtungen, die Dienstleistungen für Asylsuchende zur Verfügung stellen (im Bereich von

Bildung, Gesundheit usw.), auf unterschiedliche Orte in der Stadt und auch auf andere Teile Israels zu verteilen und in den Wiederaufbau der Infrastruktur in den Stadtvierteln zu investieren.

Darüber hinaus gab es unterschiedliche Ansätze: Ein Teil der Bewohner*innen entschied sich dafür, eine Allianz mit den Asylsuchenden zu schließen, mit ihnen in einen kontinuierlichen Dialog zu treten und eine gemeinsame „Bürgerwehr“ aufzubauen, die zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen vermittelt und sich für ihre gemeinsamen Interessen einsetzt. Sie machen in erster Linie die Regierung für die Situation verantwortlich.

Andere, bestärkt durch extrem rechte Politiker*innen, beschuldigten die Asylsuchenden und die Hilfsorganisationen. In einigen extremen Fällen kam es sogar zu körperlichen Angriffen auf Asylsuchende (einschließlich einiger Fälle von Brandstiftung und Messerangriffen). Der extremste Vorfall ereignete sich an einem Abend im Jahr 2012 im Anschluss an eine Kundgebung mit rechten Politiker*innen. Während der Veranstaltung hatte die heutige Kulturministerin Miri Regev gesagt, dass „die Sudanesen ein Krebsgeschwür in unserem [Volks-]Körper sind“.³ Nach der Kundgebung zogen Hunderte Bewohner*innen der Stadtviertel durch die Straßen, griffen Asylsuchende an und zerstörten und plünderten ihre Geschäfte. Dieser Veranstaltung war eine entsprechende jahrelange Propaganda vorausgegangen, mitunter mit extrem rassistischen Inhalten.

Gegenwärtig scheint es jedoch so zu sein, dass die meisten Bewohner*innen, so wie die Asylsuchenden, vor allem verzweifelt sind und sich an keinerlei Aktivitäten, weder der einen noch der anderen Art, beteiligen.

Es ist fast überflüssig zu sagen, dass weder die aufhetzenden Politiker*innen, wie Regev, noch die Regierung als Ganzes etwas unternommen haben, um finanzielle Mittel zur Sanierung der Stadtviertel zur Verfügung zu stellen. Praktisch diente die Hetze gegen Asylsuchende oft dazu, die öffentliche Aufmerksamkeit von dringenderen sozialen Missständen abzulenken, die nichts mit dem demografischen Wandel in den südlichen Stadtvierteln von Tel Aviv zu tun haben.

Außerdem waren die Eigeninitiativen von israelischen Bewohner*innen (und Asylsuchenden) vor Ort, die Sicherheit auf den Straßen zu verbessern, neben den Bemühungen von Polizei und Stadtverwaltung einigermaßen erfolgreich.

Zusammenfassung

Wir leben in einer Zeit, in der viele Länder im Nahen Osten und in Europa mit massiver Einwanderung konfrontiert sind, Millionen von Menschen aus Kriegsgebieten flüchten, um ihr Leben zu retten, um Not und Unterdrückung zu entgehen. Nach Angaben der Vereinten Nationen gibt es heute weltweit mehr geflüchtete Menschen als je zuvor. Auf der ganzen Welt wird versucht, diese neue Herausforderung zu bewältigen und nachhaltige Lösungen zu finden.

Global gesehen spielt Israel in diesem Kontext nur eine marginale Rolle: In der Vergangenheit war Israel weder Ziel von globalen Migrationsbewegungen noch Zwischenstation auf den Fluchtrouten (mit Ausnahme von Juden/Jüdinnen und Palästinenser*innen). Und auch gegenwärtig gibt es, trotz der Nähe zu Syrien und der Verbindung zum afrikanischen Kontinent, keine wirklich nennenswerte Einwanderung von geflüchteten Menschen nach Israel. Die Frage nach dem Status von Asylsuchenden und Geflüchteten betrifft in Israel momentan nur etwa 42.000 Menschen, vor allem aus dem Sudan und Eritrea, die über einen Zeitraum von zehn Jahren ins Land gekommen sind.

Der Staat Israel erkennt offiziell seine Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention an, der zufolge Menschen nicht in Länder abgeschoben werden dürfen, in denen ihnen eine Gefahr

für Leib und Leben droht, und Untersuchungsverfahren einzuleiten sind, in denen überprüft wird, ob den Asylbewerber*innen ein Flüchtlingsstatus zusteht. Aber vonseiten der Behörden werden entweder keine Entscheidungen getroffen oder die Asylanträge abgelehnt. Mit Ausnahme von vier Menschen aus Eritrea⁴ wurde noch niemand dorthin, die über den Sinai nach Israel kamen, als Flüchtling anerkannt. Asylsuchende leiden unter wirtschaftlichen, gesundheitlichen, rechtlichen und anderen Schwierigkeiten und erhalten keine Hilfe vom israelischen Staat, der es vorzieht, seine Bemühungen auf die Verfolgung von Asylsuchenden, ihre möglichst weitgehende Internierung und die Förderung ihrer Ausreise zu konzentrieren.

Diese Politik ist eng mit der Definition des israelischen Staates als jüdischer Staat verbunden, der entschlossen ist, nur jüdische Einwanderung zuzulassen. So wurden zum Beispiel in den 1990er Jahren mehr als eine Million Einwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion in Israel aufgenommen und völlig in die Gesellschaft integriert. Mit anderen Worten: Wenn er will, ist der Staat in der Lage, Migrant*innen aufzunehmen und ihnen Arbeit und soziale Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung, dies nicht zu tun, und ihnen nicht einmal einen temporären Flüchtlingsschutz zu gewähren, wie dies heute in zahlreichen Ländern auf der ganzen Welt getan wird, entspringt der Ablehnung nicht jüdischer Einwanderung und insbesondere offenbar auch dem Rassismus gegenüber Afrikaner*innen.

Mit der Ankunft der ersten Asylsuchenden in Israel startete die nationalistische Rechte eine Kampagne, um Asylsuchende als „Eindringlinge“ abzustempeln, sie als eine Bedrohung für die Existenz des Staates in Bezug auf Sicherheit und Demografie darzustellen und mitunter auch Ängste im Hinblick auf einen Anstieg der Kriminalität und anderer Bedrohungen etwa durch unhygienische Verhältnisse zu schüren. Die öffentliche Debatte wird weitgehend im Zeichen dieser Unterstellungen geführt.

Zwar hat das Oberste Gericht immer wieder in die Regierungspolitik in Bezug auf die Abschiebepolitik und die drakonischen Gesetze zur Inhaftierung von Asylsuchenden eingegriffen, aber im Großen und Ganzen war der Kampf der Asylsuchenden und der linken Gruppen und Menschenrechtsorganisationen, die sie unterstützen, vergeblich und konnte keine wesentliche Änderung der Politik bewirken.

Den Preis für diese Politik zahlen vor allem die Asylsuchenden. Indirekt leiden aber auch jene benachteiligten Gruppen in der israelischen Gesellschaft, die in ihrer direkten Nachbarschaft mit den Auswirkungen der hohen Konzentration einer zum Teil traumatisierten Bevölkerungsgruppe, die mittellos und ohne vollen Zugang zum Arbeitsmarkt und dem Gesundheitssystem zu überleben versucht, konfrontiert sind. Diese Situation führte dazu, dass einige Initiativen der Zusammenarbeit zwischen den Bevölkerungsgruppen gegründet wurden, andererseits aber auch – angeführt von rechten Politiker*innen – zu verstärkter Ausgrenzung und zunehmendem Rassismus.

Lösungsvorschläge

Trotz aller Schwierigkeiten gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die die israelische Regierung umgehend ergreifen könnte, um die Situation der Asylsuchenden und der Bewohner*innen der Stadtviertel im Süden Tel Avivs drastisch zu verbessern:

Die Schließung der „offenen“ Anlage in der Wüste im Süden des Landes und – im Gegenzug – die umgehende Einrichtung von Aufnahmezentren für Asylsuchende an verschiedenen Orten im Land und/oder Hilfe für Asylsuchende, damit sie an verschiedene Wohnorte ziehen können – so ähnlich, wie dies heute in Deutschland der Fall ist.

Die Gewährung von Aufenthaltsgenehmigungen für Asylsuchende, die es ihnen ermöglichen zu arbeiten und im ganzen Land medizinische und andere Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, sowie die aktive Förderung ihres Umzugs in andere Ortschaften, um die Belastung der Stadtviertel im Süden Tel Avivs zu reduzieren.

Eine professionelle, seriöse und schnelle Prüfung der Asylanträge, die Gewährung von Flüchtlingsaufenthaltsgenehmigungen für die, die dazu berechtigt sind, und die Ausarbeitung einer Politik in Bezug auf geflüchtete Menschen, die keine Flüchtlinge in Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention sind, aber dennoch zu einer geschützten Gruppe gehören.

Parallel dazu: Investitionen in die Infrastruktur im Süden von Tel Aviv, um das Leben für die Bewohner*innen dort wieder sicherer zu machen.

Eine neue gesetzliche Regelung der Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik in Israel in Übereinstimmung mit der Genfer Flüchtlingskonvention.

Einstellung der israelischen Unterstützung von autoritären Regimen und Ländern, die sich im Bürgerkrieg befinden, einschließlich der Unterstützung von Eritrea und der Waffenlieferungen an den Südsudan.

Beteiligung an den internationalen Bemühungen um eine planvolle Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen des 21. Jahrhunderts, einschließlich der langfristigen Planung des Wiederaufbaus der durch Kolonialismus und Verwüstung geschädigten Gebiete in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten sowie an gemeinsamen Programmen für die Finanzierung und Unterstützung der Menschen, die in der Zwischenzeit aus diesen Ländern geflohen sind; das gilt auch für die Menschen, die aus dem benachbarten Syrien geflohen sind.

In diesem Zusammenhang oder unabhängig davon: Initiierung eines Friedensprozesses zur Beendigung der israelischen Besatzung, in dessen Rahmen das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge anerkannt wird und lokale und internationale Lösungen für die Millionen von palästinensischen Flüchtlingen gefunden werden.

Übersetzt von Ursula Wokoeck Wollin

Haggai Matar ist Journalist, Aktivist, Mitherausgeber der unabhängigen Medien-Webseite „Ortsgespräch“ (dem hebräischen Pendant des englischen Internet-Magazins +972) und Mitglied des Sekretariats des Verbandes der israelischen Journalist*innen.

Anmerkungen

- 1 Nach Fertigstellung dieses Artikels wurde ein weiterer Asylbewerber aus Darfur als Flüchtling anerkannt (Anm. d. Red.).
- 2 Ziv, Oren/Activestills.org: Despite dangers, Israel sending asylum seekers to home countries, in: +972-Magazin, 18. August 2015, unter: 972mag.com/exclusive-israel-deports-most-asylum-seekers-to-home-countries-where-they-face-death-or-prison/110614/, abgerufen am 3. August 2017.
- 3 Zit. nach: Sheizaf, Noam: Africans attacked in Tel Aviv protest; MKs: "infiltrators" are cancer, in: +972-Magazin, 23. Mai 2012, unter: 972mag.com/africans-attacked-in-tel-aviv-protest-mks-infiltrators-are-cancer/46537/.
- 4 Vor Kurzem wurde auch ein Flüchtling aus Darfur als solcher anerkannt (Anm. d. Red.).



Geflüchtetenprotest vor dem Gebäude des UNHCR, Tel Aviv, 13. Februar 2014. Foto: Activestills

Räumung des Protestcamps der am Freiheitsmarsch beteiligten Geflüchteten, im Negev, 29. Juni, 2014. Foto: Activestills

Freiheitsmarsch von Geflüchteten in Israel, im Negev, 29. Juni 2014. Foto: Activestills

Cholot-Internierungsanlage, im Negev, 2014. Foto: Activestills

IV

Alternativen

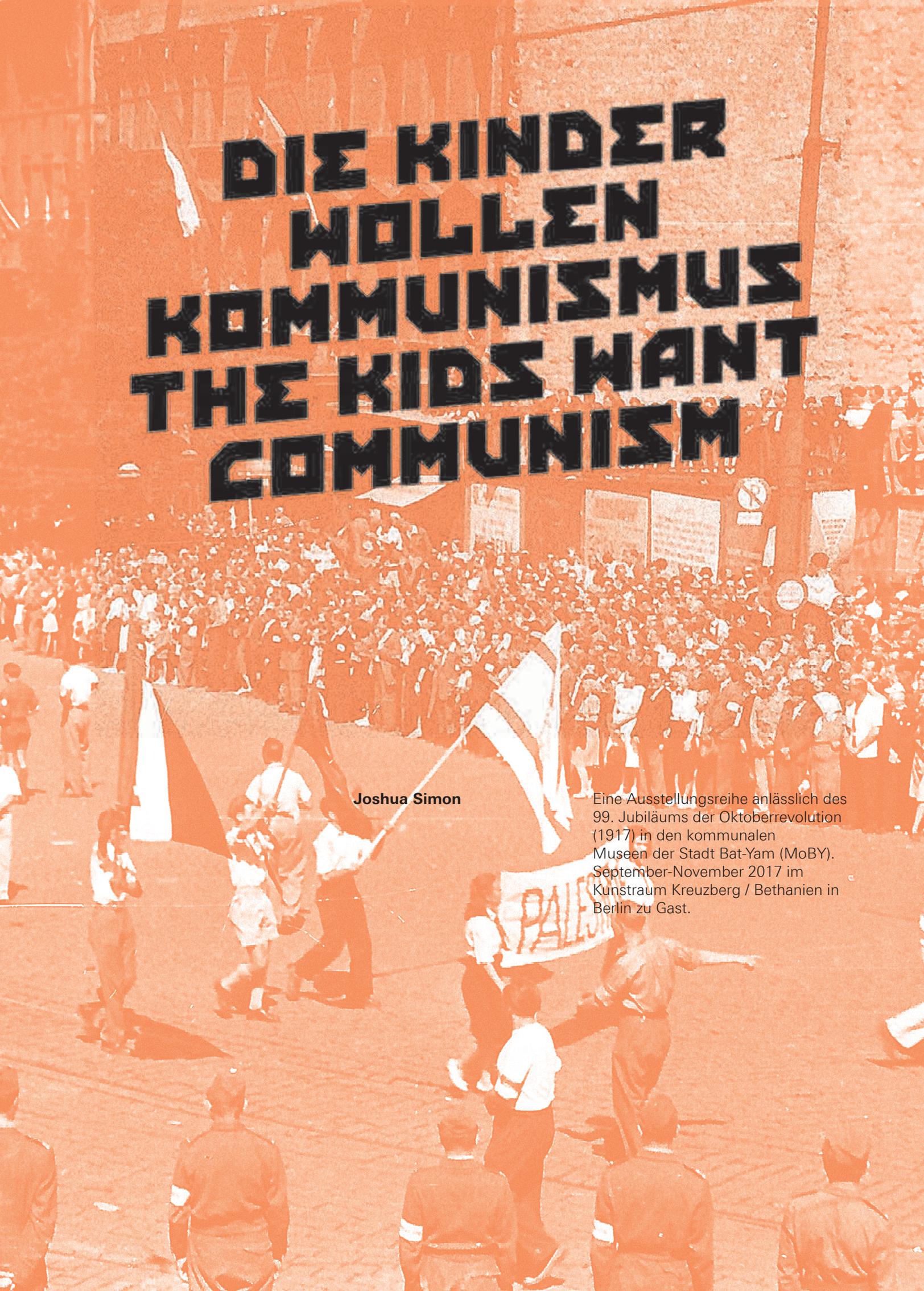


Delegation von jüdischen und arabischen
Kommunist*innen auf einer Parade in Prag, 1947

DIE KINDER WOLLEN KOMMUNISMUS THE KIDS WANT COMMUNISM

Joshua Simon

Eine Ausstellungsreihe anlässlich des 99. Jubiläums der Oktoberrevolution (1917) in den kommunalen Museen der Stadt Bat-Yam (MoBY).
September-November 2017 im Kunstraum Kreuzberg / Bethanien in Berlin zu Gast.



Warum sollen die Kinder Kommunismus wollen?

“Von allen Versprechen, die einst große Träume nährten und ungeheure Verheißungen bargen, ist der Kommunismus dasjenige, das am meisten Schaden genommen hat, und zwar aufgrund der Art und Weise, wie es von der bürokratisierten Realpolitik gekapert und einem totalitären Vorhaben unterworfen wurde. Offen bleibt aber nach wie vor, ob es unter den gebrochenen Versprechen nicht doch welche gibt, bei denen es sich lohnen würde, sie noch einmal neu zu formulieren und wieder in Umlauf zu bringen“, schrieb Daniel Bensaïd, in seinem letzten, erst nach seinem Tod (2010) veröffentlichten Aufsatz. In Israel/Palästina zeigt sich die Bedeutung des Kommunismus zuallererst darin, dass er die einzig brauchbare Option für ein politisches jüdisch-arabisches Bündnis ist.

“The Kids Want Communism“ nennt sich eine Ausstellungsreihe, die das Jahr 2016 hindurch in den Museen von Bat Yam in Israel, abgekürzt MoBY, zu sehen war und das Ergebnis der Zusammenarbeit von zahlreichen Institutionen und Personen aus der ganzen Welt ist. Dazu zählen Tranzit aus Prag, The Visual Culture Research Center aus Kiew, die Free/Slow University aus Warschau, die State-of-Concept-Galerie aus Athen und die Škuc-Galerie aus Ljubljana. Die Reihe befasst sich vornehmlich mit der Gegenwart, ist also keinesfalls ein nostalgisches Unterfangen. Der Titel geht auf einen Slogan und Aufkleber zurück, der zuerst in deutschsprachigen Ländern Verbreitung fand und ursprünglich von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) stammt.

Tag für Tag werden wir von sich widerstreitenden antikomunistischen Strömungen und ihrer Propaganda heimgesucht: von der sich unter dem Schutz des American Empire ausbreitenden dschihadistischen Ideologie des Wahhabismus bis hin zur neoliberalen Politik der Europäischen Union, vom verheerenden “Krieg gegen den Terror“ bis hin zur Liquidierung des Wohlfahrtsstaats, von einer auf Verschuldung und Vereinnahmung des Mehrwerts basierenden Wirtschaft bis hin zur Privatisierung von Gemeingütern, von der Spieltheorie und zerstörerischen Innovationen bis hin zur Kybernetik und ihren Produkten, allen voran das Internet. “The Kids Want Communism“ wartet in dieser apokalyptisch anmutenden Situation, in der die Menschheit fest entschlossen scheint, die eigene Vernichtung voranzutreiben – und dies auf allen denkbaren Ebenen, von der persönlichen über die politische und ökonomische bis hin zur ökologischen und biologischen –, mit einer Reihe von Ausstellungen auf, die an den 99. Jahrestag der Oktober-Revolution (1917), der größten menschlichen Errungenschaft, erinnern.

Mit unserem Gedenken an diesen Jahrestag laden wir nicht nur zu einer Reflexion der Gegebenheiten und Folgen des real existierenden Sozialismus in Europa und Asien im 20. Jahrhundert ein. Dieses Datum fordert uns überdies zum Nachdenken heraus: darüber, was beinahe geschehen wäre, darüber, was nicht geschehen ist, und darüber, was hätte geschehen können beziehungsweise hätte geschehen sollen, und darüber, was heute immer noch möglich ist. Mehr als jedes andere Wort steht “Kommunismus“ für die radikale Ablehnung des Bestehenden, einer Realität, in der Ausbeutung und Ungleichheit herrschen und gefeiert werden. Unabhängig davon, in welche Richtung sich der Kapitalismus entwickelt: Er hat immer den Kommunismus mit im Gepäck, die Möglichkeit seiner radikalen Negation. Und doch gibt sich der Kommunismus nicht mit einer bloßen Beschreibung der Machtverhältnisse und des daraus resultierenden Klassengegengesatzes – “wir gegen die da oben“ – zufrieden, sondern bietet uns eine zusätzliche Achse an, auf der wir selbst zur Zukunft werden. Der Leitgedanke dieser jederzeit parallel zu uns verlaufenden Achse lautet: Das Sein beruht auf dem

Zusammensein, das Zusammenleben ist die Voraussetzung für die Existenz jeglichen Lebens – biologisch, politisch, psychologisch, familiär, sozial etc.

“Der kommunistische Horizont vermittelt uns ein Verständnis von der Welt“, erklärt Jodi Dean, zeitgenössische politische Philosophin aus den USA. Damit ist kein Horizont gemeint, dessen Grenze vor unseren Augen ständig verschwimmt, sondern vielmehr ein Horizont, der es erlaubt, uns überall zurechtzufinden. Diese Vorstellung von einem kommunistischen Horizont liegt vielen der in den Ausstellungen gezeigten Werke zugrunde, die verschiedene Sichtweisen und Orientierungen zum Thema haben. Teil der ersten Ausstellung (die bis zum 15. Juni verlängert wurde), sind “Structure for Rest“ (2016) von Ohad Meromi, eine Installation, mit der die Besucher*innen zu Tagträumereien angeregt werden (sie sollen sich ausruhen und über eine völlig andere Welt phantasieren); “Public House“ (2016) von Raanan Harlap, ein Wandrelief von einer Sozialwohnung im Museum, bei der das Gebäude wie eine Tasche von innen nach außen gestülpt wird (das Innere wird zum Äußeren und umgekehrt); und “Red Star“ (2016) von Noa Yafe, ein Diorama vom roten Planeten Mars, dessen ausschließlich aus physikalischen Substanzen bestehenden Darstellungen den Eindruck erwecken, als handele es sich dabei um gerahmte Fotografien. In Deans Worten könnte man sagen: Diese Installationen stehen für eine anamorphe Politik: Sie nehmen mithilfe der Isometrie, der Kreation einer Zwei- und Dreidimensionalität, und der Aufforderung, unserer Vorstellungskraft (unter Beibehaltung unseres Verstandes) freien Lauf zu lassen, einen spezifischen Standpunkt ein, der quer liegt zu unseren politischen Realitäten und einen Weg aufzeigt, der über diese Realitäten hinaus- und auf den kommunistischen Horizont verweist.

Ein zentrales Thema von “The Kids Want Communism“ ist der Umstand, dass uns mit dem Niedergang des Kommunismus ein bestimmtes Vorstellungsvermögen verloren gegangen ist. Das kommt auch in der Darstellung der Lebenswirklichkeiten im real existierenden Sozialismus, die Gegenstand eines weiteren Teils der Ausstellung sind, zum Ausdruck. Die aus den Ländern des Ostblocks stammenden Ausstellungsdokumente und -materialien sind zum größten Teil fiktiver Natur. Im ersten Teil der Ausstellung sind es Kinderzeichnungen und Science-Fiction-Filme aus der entsprechenden Zeit. Zu den Filmen, die hier gezeigt werden, gehören der kubofuturistische Stummfilm “Aelita – Der Flug zum Mars“ (UdSSR 1924), in dem es um eine kommunistische Revolution auf dem Mars geht; das fantastische Meisterwerk “Neues Moskau“ (UdSSR 1938); und der dystopische Film “O-Bi O-Ba: Das Ende der Zivilisation“ (Polen 1985). Das literarische Genre Science-Fiction war im 19. Jahrhundert im Zuge der kapitalistischen Industrialisierung, also in einer Phase gewaltiger Unsicherheit, entstanden. Typisch für dieses Genre waren nicht nur interplanetare, sondern auch Zeitreisen. Die Fähigkeit, sich an einen bestimmten Zeitpunkt in die Zukunft zu beamen, fand ihre künstlerische Manifestation in den Möglichkeiten, die das Kino damals zu bieten hatte. Ihren politischen Ausdruck fand sie in Lenins Revolutionskonzept, als er mit der revolutionären Partei seine eigene Zeitmaschine erfand. Doch wie wir aus der Geschichte wissen, landet man mit dieser Zeitmaschine manchmal im falschen historischen Moment. Denken wir nur an die Errichtung totalitärer Kontrolle oder an die Zerstörung von Traditionen, wodurch das Vordringen des Kapitalismus in neue Territorien am Ende nur befördert wurde. Vom Satellitenprogramm Sputnik bis hin zu Tschernobyl: Die unglaublichen Realitäten in den Ostblockstaaten brachten ihre eigene Science-Fiction-Metaphorik hervor.

Ein weiteres Projekt mit Bezug zur imaginären Wirklichkeit im Ostblock und Teil der ersten Ausstellungsreihe von “The Kids Want Communism“ ist “Back in the USSR. You Don’t Know How

Lucky You Are“. Natalia Zourabova, Asia Lukin, Zoya Cherkassky und Olga Kundina, alles Mitglieder der „New Barbizon Group“, präsentieren hier neue Werke, die ihre Kindheit zur Zeit der Sowjetunion zum Thema haben, zusammen mit alten Zeichnungen, die sie als Kinder in den letzten Jahren der UdSSR angefertigt haben. Dies ist das erste Mal, dass diese Bilder zusammen zu sehen sind. Im zweiten Teil der Ausstellung, der im Juli 2016 eröffnet wurde, zeigt Anna Lukashevsky, das fünfte Mitglied dieser Gruppe, eine neue Reihe von Bildern, die als Reaktion auf die Arbeit ihrer Kolleg*innen entstanden sind.

Mit dem Titel des aus dem Jahr 1968 stammenden Beatles-Songs „Back in the U.S.S.R.“, den sich die New-Barbizon-Gruppe für ihre neue Ausstellung ausgeliehen hat, wird das Glücksgefühl zum Ausdruck gebracht, das sich erst im Rückblick einstellt, die süße Erinnerung an etwas, das ursprünglich als qualvoll wahrgenommen wurde, die Erkenntnis, dass der Wunsch, jemand anderes zu sein, dich zu dem macht, was du bist. All dies spiegelt sich in der wechselhaften künstlerischen Haltung der Gruppe wider, die verschiedene Stimmungen umfasst und sich grundlegend gegen jeglichen Akademismus wendet. In dieser Ausstellung kommt eine bittere Ironie zum Tragen, die ihren Ausdruck findet in einer Überidentifikation mit dem verhöhten Gegenstand und so weit geht, dass Liebe und Verachtung gar nicht mehr voneinander zu unterscheiden sind. Vergleichbar mit der Haltung des Sängers der Leningrader Rockband „Strange Games“ (Странные Игры) in den 1980er Jahren, der sein musikalisches Vorhaben als ein „Agieren zwischen völliger Ironie und totaler Verblüffung“ beschrieben hat, besteht der Anspruch der Ausstellung der New-Barbizon-Gruppe darin, sowohl das „Hier“ als auch das „Dort“, sowohl das „Jetzt“ als auch das „Damals“ abzubilden. Die Sowjetunion existierte für die Ewigkeit, bis sie nicht mehr existierte. Die jüngsten Bilder der Gruppe sind auf der Grundlage von Erinnerungen an die späte Sowjetzeit entstanden: Sie zeigen ein fröhliches Klassenfest, jemanden, der zuviel getrunken hat und mit seinem Gesicht auf dem Teller eingeschlafen ist, eine Karatestunde, einen Dissidenten, der Radio hört und auf dem Bett tanzt. Die Originale aus der UdSSR heben deren Form hervor: Porträt, Stillleben, Landschaftsgemälde, Radierung oder Skizzendruck.

„The Kids Want Communism“ spielt daher vor allem mit unserer Vorstellungskraft, mehr noch mit unserem Wunsch und unserer Fähigkeit, das Vorstellbare zu ergründen. Mit einem kreisförmigen Gebäude, das an eine Raumstation erinnert, begeben sich MoBY und die Ausstellungen in die Tiefen des Weltalls, wo andere physikalische Gesetze gelten als auf dem Planeten Erde. Die Tragödie hier auf dem Planeten Erde besteht darin, dass wir uns inzwischen nicht nur vorstellen können, sondern tatsächlich dazu in der Lage sind, unser Telefon an einen Heliumballon zu binden, diesen in die Luft fliegen zu lassen und damit Bilder von der Stratosphäre aufzuzeichnen, während wir uns keinen ernsthaften politischen, gesellschaftlichen oder ökologischen Wandel hin zum Besseren, keine grundlegend andere Organisation des Wohnens, des Gesundheits- und Bildungswesens, der Kultur und des Arbeitsmarktes mehr vorstellen können. Kein Wunder also, dass sich die Kids nach dem Kommunismus sehnen.

Übersetzt von Britta Grell, TEXT-ARBEIT

Joshua Simon leitet seit 2012 die kommunalen Museen der Stadt Bat Yam (MoBY) nahe Tel Aviv.



Zerstörtes Haus in dem Viertel Givat Amal,
Tel Aviv, 21. September 2014. Foto: Activestills

Wem gehört das Geld über unseren Köpfen?

Sharon Rotbard

Unabhängig davon, ob aufgezwungen oder mit Beteiligung der Bewohner*innen durchgeführt, Stadtsanierung und die Lösungen des Wohnungsproblems sind in erster Linie durch Profitstreben geprägt, wobei der Profit des einen auf Kosten des anderen geht. Der israelische Architekt Sharon Rotbard meint, es ist notwendig, die Konzentration von Luft in den Händen weniger zu verhindern und den Mechanismen der Spekulation, mit denen Profiterwartungen geschürt werden, entgegenzuwirken.

„Pinui Binui“ – „Räumung und (Neu-)Bau“

Am Morgen des 18. Januar 2017 um 5 Uhr rückte die Polizei in dem vom Staat nicht anerkannten und folglich in Gänze als illegal betrachteten Beduinendorf Umm al-Hirān ein, um es zu räumen. Während der Räumung wurden zwei Menschen getötet, der beduinische Lehrer Yacoub Abu al-Qiyan und der jüdische Polizist Erez Levy. Die Räumung des Beduinendorfs Umm al-Hirān soll den Bau einer neuen jüdischen Ortschaft mit dem Namen Hiran ermöglichen. Eine Art „Räumung und (Neu-)Bau“.

Aber mit „Räumung und (Neu-)Bau“ (hebr. „Pinui Binui“) meinen wir im Allgemeinen etwas anderes,¹ obwohl es sich eigentlich um etwas Ähnliches handelt. Ich habe diesen Begriff zum ersten Mal gehört – es war wohl im Jahr 2001 –, als ich zur Tel Aviver Stadtverwaltung ging, um etwas bezüglich der Bauabnahme meines Hauses zu regeln, das ich im Schapira-Viertel² gebaut hatte. Ich sah auf dem Tisch der Architektin des Stabs für den südlichen Teil Tel Avivs eine Karte, auf der zwei große Gebiete des Schapira-Viertels mit einer blauen Linie umrandet waren. In einem davon befand sich auch mein Haus, das ich gerade fertig gebaut hatte. Es stellte sich heraus, dass die Stadtverwaltung dem interministeriellen Ausschuss einen Antrag auf Genehmigung vorlegen wollte, um ein städtisches Sanierungsprojekt in diesen beiden Gebieten mittels „Räumung und (Neu-)Bau“ durchzuführen. Dem Plan waren Computersimulationen beigelegt, die neureiche kleinbürgerliche Vorortsszenarien zeigten. Bei genauerer Betrachtung stellte sich heraus, dass der Plan eigentlich darin bestand, die meisten der Straßen und Häuser in diesen Gebieten abzureißen und stattdessen eine Reihe von Hochhäusern zu bauen. Es war offensichtlich, dass die PlanerInnen dem Entwurf nicht mehr als einen halben Arbeitstag gewidmet hatten.

Kurz danach wurde das Viertel mit Flugblättern überflutet, die die Überschrift trugen: „Eine Chance, die es im Leben nur einmal gibt! Verpass sie nicht!“ Das Schreiben war besonders raffiniert und unter Verwendung der männlichen Form in der Anrede verfasst – vermutlich, um Rücksicht auf den traditionellen Charakter des Viertels zu nehmen und sich direkt an das lokale Patriarchat zu wenden – und lud die Bewohner des Viertels zu einem Treffen mit dem stellvertretenden Bürgermeister und dem Direktor der staatlichen Baufirma Halamisch ein,³ die sich beide für das Projekt aussprachen. Viele der Bewohner und auch viele der Bewohnerinnen kamen zu dem Treffen im Gemeindezentrum. Der stellvertretende Bürgermeister begann seine Rede wie folgt: „Ich werde langsam sprechen, damit Ihr schnell versteht. Wenn Ihr jetzt nicht zustimmt, wird es keine zweite Chance geben.“ Die BewohnerInnen, von denen viele EigentümerInnen von Häusern sind, die seit den 1920er Jahren im historischen Tabu (Grundbuch) eingetragen sind, wollten nicht wirklich verstehen und verfolgten mit wachsendem Erstaunen die Serie von Computersimulationen, die der Direktor von Halamisch ihnen vorführte. Die beiden Präsentatoren konnten Dr. Ifa’at Teharani, eine junge Architektin, die im Viertel aufgewachsen ist und die lokale Pfadfindergruppe gegründet hat, nicht beruhigen, die ihre Sorge darüber zum Ausdruck brachte, dass ihre Eltern und ihre Geschwister dem Plan zufolge ihre Häuser würden räumen müssen, weil sie abgerissen werden sollten. Kurzum: Die Versammlung platzte, und der stellvertretende Bürgermeister, der Direktor und das Heer ihrer Assistenten verließen blitzschnell den Saal des Gemeindezentrums. Erfreulicherweise wurde der Plan fallengelassen, und die Stadtverwaltung begann, mit Beteiligung der Öffentlichkeit einen Masterplan zu erarbeiten.

Zwei Jahre später besuchten mich BewohnerInnen des HaArgazim-Viertels, einer armen Wohngegend im Südosten von Tel Aviv, die herausgefunden hatten, dass auch sie geräumt werden sollten. In diesem Fall ging die Bedrohung allerdings von privater Seite aus – ein Bauunternehmer hatte praktisch das ganze

Viertel gekauft – und die Umsetzung des Projekts führte zu gewalttätigen Übergriffen: Autoreifen wurden zerstoßen, es kam zu Arbeitsunfällen, bei denen die Planiertrauben versehentlich hier eine Wand einrissen und dort ein Dach zum Einsturz brachten. Im Zuge der Entwicklungen wurden diejenigen, die frühzeitig unterschrieben hatten, zu Stakeholdern, und die, die nicht bereit gewesen waren zu unterschreiben, zu Hindernissen. Mitunter ging diese Spaltung mitten durch Familien oder trennte langjährige enge FreundInnen. Ich begleitete die BewohnerInnen des HaArgazim-Viertels zu einer Anhörung im Sozialausschuss der Knesset, die aufgrund der Vorkommnisse schließlich anberaumt wurde. Dem Bauunternehmer ist es bisher nur gelungen, ein Gebäude zu bauen.

In den letzten Jahren habe ich von anderen Arten von „Räumung und (Neu-)Bau“-Projekten gehört, hauptsächlich in wohlhabenderen Vierteln im Norden von Tel Aviv und in den umliegenden Städten, wie Ramat Gan und Giv’atajim, wo Gruppen von gebildeten, gut situierten BewohnerInnen, die über entsprechende finanzielle Mittel verfügen, die Projekte selbst vorantreiben. Diesmal sind es – wie den Beschwerden zu entnehmen ist – die BewohnerInnen, die mittels Versprechungen und Druck auf die Bauunternehmen oder die lokalen Ausschüsse versuchen, die Genehmigung für den Bau von mehr Wohnungen und Stockwerken oder weitreichendere Baurechte zu erhalten.

Was viele dieser Projekte und Versuche – unabhängig davon, ob sie von oben bzw. außen aufgezwungen oder mit Beteiligung der BewohnerInnen durchgeführt werden – gemein haben, ist die Auffassung, dass sich Stadtsanierung und die Lösung des Wohnungsproblems in erster Linie – oder vielleicht ausschließlich – durch Profitstreben bewerkstelligen lassen, wobei der Profit des einen auf Kosten des anderen geht. Und das erfordert immer ein gewisses Maß an Gewaltanwendung. Wenn dies nicht im Namen irgendeiner zionistischen Siedlungsideologie stattfindet, geschieht es im Namen einer gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ideologie. Oder wie es einer der Planer des Stabs für den südlichen Teil von Tel Aviv in einer der Sitzungen formulierte: „Es ist keine Schande, finanziell zu profitieren!“ Und der Vertreter der „Räumungsfirma“, der an der Anhörung teilnahm, begann, mich persönlich anzugreifen, und vor dem Ausschuss darauf hinzuweisen, dass er wisse, wo ich wohne. Niemand hat etwas dazu gesagt.

Es geht hier nicht nur um die Gier von BauunternehmerInnen und Stakeholdern, sondern um eine fast offizielle Ideologie, deren HauptverfechterInnen oft ausgerechnet diejenigen sind, die die Förderprogramme, die der Allgemeinheit dienen sollen, koordinieren. Und wenn im öffentlichen Dienst die Auffassung vertreten wird, dass die Stadt ein Markt ist und dass der Markt sich selbst in Ordnung bringt, dann fühlen sich die KoordinatorInnen nicht dafür verantwortlich, eine Lösung für die nicht anerkannten Beduinendörfer zu finden und auch nicht für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Lukrative Luftgeschäfte

Diese Beispiele zeigen aber auch eine tiefe soziale Veränderung, bei der ein ganzes Land vom Immobilienmarkt-Fieber ergriffen ist. Heute ist fast jede Person – sei sie (nur) EinwohnerIn oder StaatsbürgerIn – in der einen oder andern Form von der Immobilienmarkt-Logik erfasst, die die Gestaltung von (Stadt-)Raum nun beherrscht. Es ist vielleicht keine Schande, finanziell zu profitieren, aber es gibt neben denen, die finanziell profitieren, viele andere, schon ganze Generationen, die nicht profitieren, die keine eigene Wohnung haben und die das wenige, das sie hatten, nun verlieren. Und nach Jahrzehnten der Wohnungsnot in Israel ist heute allen klar, dass der Markt sich offenbar nicht selbst in Ordnung bringt und dass er sicher nicht für alle

in gleichem Maße „frei“ ist. Die Prozesse von „Räumung und (Neu-)Bau“ verschärfen und bestärken in der Regel diese Ungleichheit. Wenn die ganze Stadt zum wilden Markt wird, in dem jede und jeder Einzelne versucht, so viel wie möglich zu bekommen, stärkt der Markt die Starken und schwächt die Schwachen.

Um nicht ein Opfer dieses Mechanismus zu werden, müssen Menschen zu UnternehmerInnen auf dem Immobilienmarkt oder zumindest zu ImmobilienmaklerInnen werden. Das sehen wir bei StudentInnen, die ihre Zimmer untervermieten, bei WohnungseigentümerInnen aus dem Mittelstand, die ihre Wohnungen über Airbnb an TouristInnen vermieten, bei BewohnerInnen von Mehrfamilienhäusern in den wohlhabenden Vierteln im Norden von Tel Aviv oder Giv'atajim, die das staatlich geförderte Sanierungsprogramm TAMA 38⁴ nutzen, oder bei großen Unternehmen, die ganze Stadtviertel kaufen und in der Lage sind, lange Gerichtsverfahren zu führen, um die alten BewohnerInnen aus ihren Viertel zu vertreiben. Wir alle sind in der einen oder anderen Form in diese Geschäfte verwickelt.

In den letzten Jahren sorgte die Debatte um die Frage, wer von den Gasvorkommen, die im Mittelmeer entdeckt worden sind, profitieren wird, für große öffentliche Empörung. Bekanntlich ist der Weg von der Entdeckung über die Förderung vom Meeresgrund und den Transport ans Land bis hin zum Verkauf des Gases an das eine oder andere Land lang und beschwerlich. Internationale Abkommen müssen geschlossen und komplexe Ausschreibungen durchgeführt werden. Förderung und Nutzung haben politische und militärische Implikationen, sie erfordern die Anschaffung von U-Booten und Anti-U-Booten, um die Sicherheit des Projekts zu gewährleisten. Bekanntlich war die zentrale Frage, die in diesem Zusammenhang die öffentliche Debatte bestimmte: Wem gehört diese Ressource? Dem Staat? Der Gesellschaft? Denjenigen, die sie entdeckt haben? Denjenigen, die sie erschließen werden? Oder den ganz wenigen, denen es gelingen wird, sie sich anzueignen?

Aber während in der Öffentlichkeit um eine Ressource gestritten wurde, die schwer zugänglich unter dem Meeresboden schlummert, gibt es eine andere Ressource, deren finanzieller und wirtschaftlicher Wert ebenso groß ist wie der der Gasvorkommen am Grunde des Mittelmeers, die aber verglichen mit dem Gas viel leichter zugänglich ist, deren Nutzung viel einfacher ist und keine U-Boote und Anti-U-Boote erfordert. Ich meine die Ressource Luft. Wir brauchen Luft. Wir brauchen sie nicht nur zum Atmen, sondern auch für andere Dinge, zum Beispiel, um Ballons aufzublasen, Drachen steigen zu lassen oder mit Flugzeugen zu fliegen. Aber Luft ist auch Raum, der Raum, in dem wir wohnen, das, was wir in der Regel „Zuhause“ nennen. Und außerdem ist da noch die Luft, der Raum für das, was noch nicht gemacht und gebaut worden ist, Räume und Wohnungen, von denen wir hoffen und träumen, sie zu bewohnen. Das heißt, dass da noch „Luft nach oben“ ist, dass es außer all den schon vorhandenen Räumen noch die Luft um uns herum und über unseren Köpfen gibt, die Raum für fast endlose Erwartungen bietet, ein Raum, der sich theoretisch vom Erdboden bis ans Ende der Erdatmosphäre erstreckt. Und diese Luft, dieser Raum, der bis ans Ende der Erdatmosphäre reicht, kann in Geld verwandelt werden. Wem gehört diese Luft und wem gehört dieses Geld?

Das Recht auf die Luft über unseren Köpfen

Das Recht auf die Luft über unseren Köpfen ist ein sonderbares Recht. Von Anfang an ist es ein Recht, das nicht jedem Menschen gewährt wird. Nur wem Land gehört, dem wird das Recht, den freien Raum zu nutzen, gewährt. Das heißt, dass dieses Recht – Luft in Geld zu verwandeln oder in eine Wohnung, das Recht zu bauen und damit letztendlich das Recht auf eine Wohnung und

auf ein Dach über dem Kopf – nicht den Menschen- oder Bürgerrechten entspringt, sondern dem Eigentum: Das Recht auf den freien Raum ergibt sich aus dem Recht irgendeiner natürlichen oder juristischen Person an irgendeinem Stück Land. Aber dieses Recht muss von der Allgemeinheit gewährt werden. Die Eigentümerin oder der Eigentümer eines Grundstücks muss die Allgemeinheit um dieses Recht bitten, indem sie oder er einen Antrag beim lokalen oder regionalen Bauausschuss stellt.

Und um Freiraum in Geld zu verwandeln, muss er erst auf Papier gebracht werden: Die Luft muss so verplant werden, dass sie sich in Bauabschnitte aufteilen und in Baugenehmigungen verwandeln lässt. Danach wird das Papier zu Stein, zu Ziegeln oder zu Beton, zu Wänden und zu Fußböden, die verkauft oder vermietet werden können und sich Wohnung oder Haus nennen lassen. Dieser Prozess, bei dem Luft in Geld verwandelt wird, erfordert gewiss nicht wenig Arbeit und Mühen, aber die hohen Wohnungskosten sind nicht das Ergebnis der entstandenen Arbeitskosten, sondern vor allem das der hohen Profiterwartungen.

Luft in Geld zu verwandeln ist keine neue Idee. Als Mitte des 19. Jahrhunderts Baron Haussmann Paris neu bauen wollte, beschloss er, Land zu enteignen. Die Höhe der Entschädigungszahlungen für die Enteignungen wurden nach einer einfachen Formel berechnet, die nicht nur den ursprünglichen Preis des Grundstücks in Betracht zog, sondern auch den erwarteten Profit aus der Luft darüber, imaginäre Profite, die im Zuge der fortschreitenden Enteignungen und neuer Profitberechnungen immer größer wurden. Es ist Haussmann zwar gelungen, viele Viertel von Paris zu erneuern, aber der schwindelerregende Anstieg der Grundstückspreise und der Entschädigungszahlungen zwang die Stadtverwaltung dazu, ein Darlehen bei der Londoner Börse aufzunehmen, um weitere Grundstücke aufzukaufen. Dies führte letztendlich zum Bankrott der Stadt. In der historischen Betrachtung wird Haussmann immer mit der Modernisierung von Paris in Verbindung gebracht, mit dem Ausbau des Metronetzes und der Errichtung breiter Boulevards. Aber es muss auch die zentrale Neuerung genannt werden, die es Haussmann erst ermöglichte, seine Pläne zu verwirklichen, nämlich die Immobilienspekulation.

Die heutige Situation in Israel unterscheidet sich deutlich von der damaligen in Frankreich, insofern die Pariser Behörden die Baugenehmigungen in der Stadt erteilten. Demgegenüber kann nach geltendem Baurecht in Israel theoretisch jeder Mensch, der Land besitzt, einen lokalen Bebauungsplan erstellen und sich selbst die Baugenehmigung erteilen. Nach dem heutigen Stand und den üblichen Praktiken profitieren davon in der Regel eben jene, die finanziell und aufgrund ihres Einflusses in der Lage sind, die Luft über ihrem Grundstück in Baugenehmigungen zu verwandeln und einen Bebauungsplan und große Bauprojekte durchzusetzen.

Aufgrund der heutigen neoliberalen Wirtschaftsweise gelangt die Luft über unseren Köpfen oft in die Hände von Großkapitalisten – auf ähnlich zweifelhafte Art und Weise, wie die Gasvorkommen im Mittelmeer in ihre Hände gelangen. Wenn wir Statistiken zu Rate ziehen, um die wachsende Konzentration in der Wirtschaft zu verstehen, werden diese Zahlen lebendig, wenn wir durch die Stadt gehen. Dann türmt sich die Macht vor uns auf in wirklichem Stein, die Verteilung der Eigentums- und Baurechte wird handgreiflich in zu Stein gewordenen Hierarchien.

Die Lösung des Wohnungsproblems

In seinem Aufsatz „Zur Wohnungsfrage“ argumentierte Friedrich Engels, dass sich das Wohnungsproblem nicht ohne eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft lösen lasse. Seit der Veröffentlichung dieses Artikels im Jahr 1872 sind schon fast 150 Jahre vergangen. Seitdem haben PolitikerInnen, PhilosophInnen

und ArchitektInnen unzählige Versprechungen gemacht und Ideen unterbreitet, wie das Problem zu lösen sei. Dennoch ist nach wie vor die überwältigende Mehrheit der Menschen weltweit vom Wohnungsproblem betroffen. Es wäre anmaßend, eine umfassende Lösung für alle vorzuschlagen, und es sollte auch nicht vergessen werden, dass die Lösungen, die von Engels' AnhängerInnen in der Sowjetunion und in China propagiert wurden, nicht besonders erfolgreich waren.

Deswegen ist es meines Erachtens angesichts der gegenwärtigen Verfestigung der Machtverteilung und der Konzentration des Kapitals – in der Form von potenziellen Baurechten einerseits und bereits genutzten Rechten, in Gebäuden und Städten verwirklichten Rechten andererseits – zwingend notwendig, darauf hinzuwirken, dass möglichst viele Menschen das Recht erhalten, sich ein Haus zu bauen. Wenn es immer noch nicht möglich ist, das Recht auf Raum und das Recht auf Wohnen zu einem universellen Menschenrecht oder einem Bürgerrecht in einer aufgeklärten Gesellschaft zu machen, dann ist zumindest dafür zu sorgen, dass das Recht zu bauen nicht nur sehr viel gleichmäßiger unter denen verteilt werden, die einen Anspruch darauf haben, das heißt den Grundstücks- und WohnungseigentümerInnen, sondern dass so vielen Menschen wie möglich diese Rechte zugesprochen werden. Es ist notwendig, die Konzentration von Luft in den Händen weniger, die durch die Bevorzugung von großen Akteuren und die Zusammenlegung von Grundstücken geschaffen wird, zu verhindern und den Mechanismen der Spekulation, mit denen Profiterwartungen geschürt werden, entgegenzuwirken. Dafür muss vor allem anerkannt und klargestellt werden, dass die Stadt kein Markt ist.

Übersetzt von Ursula Wokoeck Wollin

Sharon Rotbard ist ein israelischer Autor und Architekt. 2005 erschien sein kritisches Buch „White City, Black City: Architecture and War in Tel Aviv and Jaffa“.

Der Artikel wurde am 18. Januar 2017 bei der jährlichen Konferenz unseres Partners Israeli Center for Digital Art als Vortrag gehalten.

Anmerkungen

- 1 In Israel ist Wohnungseigentum im städtischen Raum sehr weit verbreitet. Mittlerweile sind viele, vor allem ältere Gebäude sanierungsbedürftig, doch häufig fehlen den WohnungseigentümerInnen die für die Sanierung benötigten finanziellen Mittel. Um dieses Problem zu lösen, wurde das staatliche Förderprogramm „Pinui Binui“ aufgelegt: Ein Bauunternehmen schließt mit den WohnungseigentümerInnen einen Vertrag, in dem sich Letztere verpflichten, ihre Wohnungen zu räumen. Je nach Vertrag stellt das Bauunternehmen eine alternative Wohnung zur Verfügung oder zahlt eine entsprechende Entschädigung. Dann wird das Gebäude (mitunter auch ein ganzer, aus mehreren Gebäuden bestehender Komplex) abgerissen oder „ausgehöhlt“ (wenn Teile, insbesondere Fassaden, aus Denkmalschutzgründen erhalten werden müssen) und ein neues, in der Regel größeres Gebäude errichtet. Es werden insbesondere solche Vorhaben gefördert, bei denen ein größerer Teil des Grundstücks oder gar die gesamte Grundstücksfläche bebaut wird und höhere Gebäude, als ursprünglich geplant, errichtet werden. Nach Fertigstellung erhalten die „geräumten“ WohnungseigentümerInnen in der Regel je eine Wohnung (meist in den unteren Stockwerken), die etwas größer ist als ihre ehemalige. Sie müssen sich anteilig an den Unterhaltungskosten des neuen Gebäudes, die oft wesentlich höher sind als die des alten, beteiligen. Die zusätzlichen Wohnungen, die durch den Neubau entstanden sind, gehören dem Bauunternehmen und werden meistens als Eigentumswohnungen verkauft. MieterInnen von Wohnungen in solchen Sanierungsprojekten gehen in der Regel leer aus. Auch WohnungseigentümerInnen schneiden mitunter schlecht ab, je nachdem, wie umfangreich das Bauprojekt, wie groß das beteiligte Bauunternehmen, wie klein ihre neue Wohnung und wie groß ihr finanzieller Spielraum ist, (Anm. d. Übers.)
- 2 Das Viertel liegt im Süden der Stadt und gehört zu den ärmeren und eher vernachlässigten Wohngebieten (Anm. d. Übers.).
- 3 Halamisch ist eine der Stadt und der Regierung unterstehende öffentliche Körperschaft in Tel Aviv-Yafo, die die Aufgabe hat, Sozialwohnungen zu verwalten und Stadtviertel zu sanieren. (Anm. d. Übers.)
- 4 TAMA 38, eine Art nationaler Rahmenbauplan, verfolgt das Ziel, ältere Gebäude neueren Bauvorschriften anzupassen. Diese Projekte werden insbesondere mit Zuschüssen, Steuererleichterungen und Genehmigungen für die Vergrößerung der Gebäude gefördert.



Brennende Barrikaden anlässlich von Protesten gegen die Evakuierung von Einwohner*innen des Viertels Givat Amal, vor dem Hintergrund teurer Neubauten, Dezember 2014. Foto: Activestills

Kämpfe, Diskurse, Arbeitsfelder – unsere Partner vor Ort. Eine Auswahl



Molad the center for the renewal of Israeli democracy

Molad – Zentrum für die Erneuerung der israelischen Demokratie

Fragen um den Platz von Religion in der Gesellschaft und um die Beziehungen zwischen Staat und Religion sind im gegenwärtigen Israel virulenter denn je. Das Zentrum für die Erneuerung der israelischen Demokratie Molad beschäftigt sich intensiv mit dieser Thematik und veröffentlichte im Sommer 2017 die Ergebnisse eines vom Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützten umfangreichen Forschungsprojekts, das die Unterwanderung des säkularen staatlichen Bildungssystems durch die nationalreligiöse Siedlerbewegung untersucht hat. Das Ausmaß der aufgedeckten Methoden zur Indoktrination der israelischen Jugend führte zu einem öffentlichen Skandal, in dessen Folge mehrere Städte, darunter Tel Aviv, konkrete und sofortige Schritte unternahmen, um diesem Phänomen Einhalt zu gebieten.

Molad (Hebräisch für Geburt oder Neumond) ist ein parteipolitisch unabhängiges Forschungsinstitut, das sich mit für die israelische Gesellschaft grundlegenden politischen und sozialen Fragen beschäftigt. Molad wurde 2012 gegründet und sieht seine Aufgabe darin, ein umfassendes und fortschrittliches Entwicklungskonzept für die Zukunft Israels zu entwerfen, das auf ein gleichberechtigtes Zusammenleben mit Israels Nachbarn und auf eine friedliche Integration in das geopolitische Umfeld setzt.

Die Arbeit des Zentrums lässt sich drei Oberthemen zuordnen. Außenpolitik und Sicherheitsfragen: Die Aufrechterhaltung des staatlichen Kontrollsystems in den palästinensischen Gebieten treibt Israel immer weiter in die internationale Isolation, womit sich seine Isolation in der Region verschärft und seine Zukunft als demokratischer Staat auf dem Spiel steht. Gesellschaftliche Fragmentierung: In der Zivilgesellschaft ist eine starke Zunahme von auf Stammeszugehörigkeiten beruhenden Einstellungen zu verzeichnen, die mit einem modernen Lebensstil unvereinbar ist. Sozioökonomische Entwicklung: Die wachsende Ungleichheit führt zu einer Spaltung der israelischen Gesellschaft in eine kleine wohlhabende Elite und eine zunehmende Zahl von Bürger*innen, deren Einkommen kaum mehr oder gerade noch ausreicht, um Grundbedürfnisse wie Wohnen und Essen zu befriedigen, und die sich nicht mehr auf das staatliche Sicherheitsnetz verlassen können.

www.molad.org

פורום דו-קיום בנגב לשוויון אזרחי
منتدى التعايش السلمي في النقب من أجل المساواة المدنية
Negev Coexistence Forum For Civil Equality



Negev-Koexistenz-Forum für gesellschaftliche Gleichberechtigung

Einer der aktuellen politischen Kämpfe in Israels ist der Widerstand gegen die Vertreibung von Zehntausenden Menschen aus den 35 sogenannten nicht anerkannten Beduinen-Dörfern im Süden Israels. Hier setzt die Arbeit des Negev-Koexistenz-Forums (NCF) für gesellschaftliche Gleichberechtigung an. Es wurde 1997 gegründet und geht es auf eine Initiative von arabischen und jüdischen Bewohner*innen der Wüstenregion Negev (Arabisch: Naqab) zurück. Angesichts der Versäumnisse des Staates Israels, die Menschen- und Bürgerrechte der dort ansässigen arabisch-beduinischen Bevölkerung zu respektieren und zu schützen, setzt sich das NCF für volle Bürgerrechte und die Gleichstellung aller im Negev lebenden Menschen ein. Um dieses Ziel zu erreichen, fördert das NCF die Selbstermächtigung der von Diskriminierung betroffenen Gemeinden, organisiert Solidaritäts- und Protestaktionen, dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, beteiligt sich an rechtlichen Maßnahmen gegen diskriminierende Praktiken und vertritt die Belange der arabischen-beduinischen Bevölkerung auf lokaler und internationaler Ebene.

Das NCF organisiert, unterstützt vom Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Foto-Dokumentations-Workshops für Kinder und Frauen in den von staatlicher Seite nicht anerkannten Beduinendörfern, in denen die Teilnehmer*innen lernen, mit Fotokameras umzugehen und ihr Alltagsleben und die Menschenrechtsverletzungen, die sie erleiden, auf Bildern festzuhalten. Es bietet Führungen im Negev an, mit dem Ziel, ein tiefer gehendes Verständnis der staatlichen Politik gegenüber der dort lebenden arabischen Bevölkerung zu vermitteln. Mit seiner Internetseite sowie seinen Newslettern und Berichten versorgt das NCF die Öffentlichkeit, politische Entscheidungsträger*innen und andere Interessierte und Betroffene mit präzisen und zuverlässigen Informationen. Das NCF hat wiederholt für die Vereinten Nationen sogenannte Schattenberichte über die Zerstörung von Häusern und den Mangel an öffentlicher Infrastruktur in den nicht anerkannten Dörfern und über Diskriminierungen im Bereich öffentliche Dienstleistungen erstellt. Darüber hinaus ist das NCF in verschiedenen UN-Foren und in anderen Gremien, die sich mit den Rechten indigener Bevölkerungsgruppen befassen, mit Delegierten vertreten.

www.dukium.org



Achoti – Für Frauen in Israel

Mizrachim – so werden aus Asien und Afrika, vor allem aus arabischen Ländern stammende jüdische Israelis genannt – machen etwa die Hälfte der jüdischen Bevölkerung in Israel aus, doch sie sind von den Machtzentren des Landes häufig ausgeschlossen. Aufgrund ihrer quantitativen Bedeutung verfügen die Mizrachim über großes Potenzial, politische Veränderungen herbeizuführen. Das bewiesen sie 1977, als sie den Ausschlag für die historische Niederlage der sklerotisch gewordenen Arbeitspartei gaben und dem rechten Likud zur Macht verhalfen. In einem Essay für unsere Webseite schreibt Zvi Ben-Dor Benite, Mizrahi-Aktivist und Professor für Islamwissenschaften an der New York University, dass es für viele Mizrachim attraktiv erscheint, „sich der neuen israelischen Rechten anzuschließen, weil damit das Versprechen verbunden ist, endlich völlig in das israelische Kollektiv aufgenommen und nicht länger ausgegrenzt und als minderwertig behandelt zu werden“.

„Achoti – für Frauen in Israel“ ist hingegen überzeugt davon, dass Mizrachim ein progressiver Faktor sein können. Der Ansatz dieser im Jahr 2000 gegründeten feministischen Mizrahi-Organisation besteht darin, einen Ort zu schaffen, wo Frauen unterschiedlicher ethnischer und nationaler Herkunft zusammenkommen können, um sich gemeinsam für eine gerechtere israelische Gesellschaft in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht einzusetzen.

Dabei geht es Achoti (Hebräisch für meine Schwester) darum, den vorherrschenden feministischen Diskurs herauszufordern und zu erweitern und eine alternative feministische Agenda zu formulieren. Achoti interessiert sich unter anderem für die Schnittstellen von Identität, Nationalität, ethnischer Herkunft und Feminismus. Die Organisation stellt Dichotomien und gängige Unterscheidungen infrage, etwa die zwischen den Anbieter*innen und Empfänger*innen von Dienstleistungen oder zwischen Gebildeten und Ungebildeten. Und sie schafft öffentliche Aufmerksamkeit für die Lebensumstände von marginalisierten Gruppen von Frauen, Mizrachiyot, Palästinenserinnen, Frauen aus Äthiopien, russischsprachige Einwanderinnen aus der ehemaligen Sowjetunion, Arbeitsmigrantinnen und Geflüchtete. Zudem gehört für Achoti die soziale und ökonomische Gleichstellung von Frauen ganz oben auf die feministische Agenda, da dies für sie die Voraussetzung für die Schaffung einer gerechteren Gesellschaft für alle ist. Achoti bemüht sich darum, ganz verschiedenen Gruppen von Frauen, die zum Teil an den geografischen, politischen, ökonomischen und sozialen Rändern der israelischen Gesellschaft leben, feministische Ansichten und Praktiken näherzubringen. Nur so kann die feministische Bewegung wachsen und vielstimmiger werden.

www.achoti.org.il



Das Khashabi-Ensemble – neues palästinensisches Theater in Haifa

Das Khashabi-Ensemble ist eine der aufregendsten neuen Initiativen in der israelischen Kunstszene. Es wurde 2011 von einer Gruppe junger palästinensischer Theatermacher*innen gezielt nicht in Israels Kulturhauptstadt Tel Aviv, sondern in der nordisraelischen Hafenmetropole Haifa gegründet. Die Gruppe bricht es mit konventionellen Kunstformen und versteht sich als eine Art Labor, wo kreative Prozesse und die Einbeziehung der lokalen Community, also von Menschen, die in ihrer Mehrheit normalerweise nicht an künstlerischen Produktionen beteiligt sind, im Mittelpunkt stehen. In diesem „Theaterlabor“ wird viel improvisiert, es werden aber auch Mittel wie Interviews und Studien genutzt und ausgewertet. Daraus entstehen ganz besondere Theaterstücke, deren Ziel es ist, die Zusammenarbeit in der Community und einen kritischen Dialog untereinander zu fördern.

Haifa ist – zusammen mit Nazareth – das wichtigste Zentrum der palästinensischen Minderheit in Israel. Haifa ist zudem die israelische Stadt, in der die jüdische Mehrheitsgesellschaft und die palästinensische Minderheit am stärksten miteinander in Berührung kommen. Dennoch mangelt es auch hier an Möglichkeiten, sich mit dem gesellschaftlichen und kulturellen palästinensischen Erbe auseinanderzusetzen, dieses zu bewahren und noch wichtiger: zu erneuern. In diese Lücke stieß das Ensemble und eröffnete nach Jahren ohne eine festes Spielstätte 2015 ein eigenes Theater. Der Ort ist Programm: Das in Eigenregie und ohne Staatsgelder eröffnete Haus befindet sich in einem historischen Gebäude aus der osmanischen Ära im heruntergekommenen Viertel Wadi Salib in Haifas Unterstadt. Das Mitte des 18. Jahrhunderts gegründete Wadi Salib war zwei Jahrhunderte lang ein wichtiges urbanes Zentrum, bis es während des Krieges von 1948 durch Flucht und Vertreibung entvölkert wurde. In diesem Viertel bietet nun die neue Bühne des Khashabi-Ensembles (Khashabi bedeutet Holz oder Bühne) einen Ort, an dem palästinensische Künstler*innen mit gesellschaftlichen Konventionen spielen und diese auch brechen können, wo sie ihr Publikum ständig erweitern und ihre „palästinensische Identität“ erforschen können. Mit dieser Identität beschäftigt sich auch das neueste Stück des Khashabi-Ensemble mit dem Titel „Other Places“. Es fragt, was Palästina für diejenigen Palästinenser*innen bedeutet, die dort nicht mehr leben, also für die große palästinensische Diaspora, bestehend aus Millionen von Geflüchteten und Exilanten.

www.khashabi.org



Stephen-Roth-Institut für die Erforschung von zeitgenössischem Antisemitismus und Rassismus

Das Stephen-Roth-Institut für die Erforschung von zeitgenössischem Antisemitismus und Rassismus bietet neben wissenschaftlichen Erkenntnissen auch eine Plattform, um über Antisemitismus und Rassismus, deren Geschichte sowie sozialen, institutionellen und kulturellen Hintergründe zu diskutieren. Das Hauptaugenmerk des Instituts liegt auf Erscheinungsformen dieser Phänomene seit dem Zweiten Weltkrieg.

2017 begann das Roth-Institut mit einem Projekt, in dessen Zentrum die Erforschung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen zeitgenössischem Antisemitismus und Islamophobie steht. Anhand aktueller Studien wird in diesem Projekt auch der Frage nachgegangen, inwieweit Antisemitismus mit anderen Formen von Vorurteilen zusammenhängt. Ein weiteres Ziel ist eine vergleichende Untersuchung von antisemitischen Haltungen unter Muslim*innen und islamophoben Einstellungen von Juden und Jüdinnen – wichtige Themen, die bis heute in der Forschung zu wenig Beachtung gefunden haben. In diesem Rahmen wird das Projekt auch untersuchen, inwieweit Muslim*innen heute den Widerstand gegen Antisemitismus als Modell nutzen können, um politisch gegen Islamophobie vorzugehen.

Die Initiator*innen hoffen, mithilfe dieses auf zwei Jahre angelegten Forschungsprojekts, das mit finanzieller Unterstützung des Israel-Büros der Rosa Luxemburg Stiftung durchgeführt wird, nicht nur eine inhaltliche Auseinandersetzung über aktuelle Formen von Antisemitismus und Islamophobie zu befördern, sondern auch Aufschluss über gemeinsame historische Erfahrungen, Wege und Geschichten von Juden/Jüdinnen und Muslim*innen geben zu können.

humanities1.tau.ac.il/roth/

Glossar

Anwesende Abwesende

Der Begriff aus dem israelischen Recht (Englisch: present absentees) bezeichnet Palästinenser*innen, die nach Ende des Krieges von 1948 nicht an ihren Wohnorten waren, sich aber innerhalb der Grenzen des neugegründeten Staates Israel befanden (im internationalen Recht: Internally Displaced Persons [IDPs], deutsch: Binnenvertriebene/-flüchtlinge). Dieser Umstand traf auf mehr als ein Viertel der nach dem Krieg in Israel verbliebenen Palästinenser*innen zu. Trotz israelischer Staatsbürgerschaft durften die 'anwesenden Abwesenden' nicht an ihren Wohnort zurückkehren und wurden – wie andere palästinensische „Abwesende“ – durch Notstandsverordnung (1948) und per Gesetz (1950) enteignet.

Arabisch-Palästinensische Minderheit in Israel

Die nach dem Krieg von 1948 auf dem Territorium des neugegründeten Staates Israel verbliebenen Palästinenser*innen (ca. 150.000 Menschen, einschließlich der 'anwesenden Abwesenden') erhielten die israelische Staatsbürgerschaft. Sie wurden jedoch von 1948 bis 1966 einer Militärregierung unterstellt, wodurch ihre Menschen- und Bürgerrechte stark beeinträchtigt wurden. Auch nach der formellen Aufhebung der Militärregierung blieben Diskriminierung und fehlende staatsbürgerliche Gleichheit - bis heute - ein zentrales Problem dieser Minderheit, der gegenwärtig fast 1,8 Millionen Menschen (ca. 20 Prozent der Israelis) angehören.

Aschkenasim

Aschkenasim oder aschkenasische Juden und Jüdinnen ist im israelischen Kontext die Bezeichnung für aus Europa stammende jüdische Menschen.

Begin, Menachem (1913 – 1992)

In Brest-Litowsk (heute Weißrussland) geboren, führte Begin in den 1940er Jahren die revisionistische paramilitärische Organisation Etzel/Irgun, die in Palästina für einen jüdischen Staat kämpfte und Anschläge gegen die britische Mandatsregierung und die palästinensische Zivilbevölkerung verübte. Nach der Staatsgründung war er als Anführer der nationalistischen Cherut-Partei fast 30 Jahre in der Opposition, bis es dem von ihm geführten konservativen Parteienbündnis Likud gelang, die Wahlen 1977 zu gewinnen und damit die Vorherrschaft der Arbeiterpartei zu beenden. Seine Amtszeit als Premierminister (1977–1983) war vor allem mit einer Verbesserung der (wirtschaftlichen) Situation der Mizrachim, dem Friedensabkommen mit Ägypten (1979), dem israelischen Luftangriff auf einen irakischen Atomreaktor (1981) und dem ersten Libanonkrieg (1982) verbunden. Angesichts des breiten anhaltenden Protests in Israel gegen den Krieg, insbesondere infolge des Massakers in Sabra und Schatila, legte Begin 1983 seine Ämter nieder und zog sich aus der Öffentlichkeit zurück.

Ben-Gurion, David (1886 – 1973)

Der in Polen geborene Ben-Gurion gilt gemeinhin als der Gründungsvater Israels. Er war Mitglied der zionistischen Bewegung und einer der Gründer und Vorsitzender der Histadrut (1920–1935) und der Mapai/Arbeiterpartei (gegründet 1930). 1935 wurde er Vorsitzender der Jewish Agency, sowie in 1946 Geschäftsleiter der Zionistischen Weltorganisation und somit de facto Oberhaupt des Jischuw (die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der israelischen Staatsgründung). Er rief im Mai 1948 den Staat Israel aus und wurde dessen erster Premierminister. Mit einer Unterbrechung (1954–1956) blieb er bis 1963 im Amt.

Gazastreifen

Mit rund 360 Quadratkilometern und einer Bevölkerung von fast 1,9 Millionen Palästinenser*innen ist der Gazastreifen eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Er befindet sich an der Mittelmeerküste und grenzt im Süden an Ägypten und im Norden sowie Osten an Israel. Der Gazastreifen und die Westbank sind die Gebiete des historischen Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neugegründeten Staates Israel wurden. Nach 1948 befand sich der Gazastreifen, in den sich viele palästinensische Flüchtlinge gerettet hatten, unter ägyptischer Kontrolle. Während des Krieges von 1956 eroberte die israelische Armee den Gazastreifen (und die Sinai-Halbinsel), musste allerdings aufgrund des internationalen Drucks wieder abziehen. Im Krieg von 1967 eroberte Israel den Gazastreifen erneut.

Im Zuge der Oslo-Abkommen wurde die Verwaltung des Gazastreifens (mit Ausnahme der bis zu deren Aufgabe in 2005 bestehenden israelischen Siedlungen und Armeelagera) im Mai 1994 der palästinensischen Autonomiebehörde übergeben, doch Israel kontrollierte weiterhin und bis heute den Luftraum und die Küstengewässer, sowie die Grenzübergänge zu Israel.

Nach der Regierungsübernahme durch die Hamas 2007 verschärfte Israel (in Zusammenarbeit mit Ägypten) eine Reihe von auferlegten Sanktionen und begann eine bis heute andauernde Abriegelung des Gazastreifens, die den Zu- und Ausgang von Waren und Personen stark beschränkt und zu großer Not unter der Bevölkerung führte. Seit der vollständigen Abriegelung kam es zu mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Gazastreifen mit tausenden von Toten, zum großen Teil palästinensische Zivilist*innen, und enormen Zerstörungen im Gazastreifen.

Golanhöhen

Israel eroberte das Gros der syrischen Golanhöhen im Krieg von 1967. Von mehr als 120.000 syrischen (überwiegend drusischen) Einwohner*innen verblieben weniger als 7.000 unter israelischer Herrschaft. Sie erhielten zunächst permanente Aufenthaltsgenehmigungen und können seit Ende der 1970er Jahre die israelische Staatsbürgerschaft erhalten. In den 1970er Jahren begann die israelische Besiedelung der besetzten Golanhöhen, welche dann 1981 annektiert wurden. Die Annexion ist jedoch international nicht anerkannt. Heute leben auf den Golanhöhen ca. 20.000 Drus*innen und ca. 20.000 jüdische Siedler*innen.

Hamas

Hamas ist ein Akronym des arabischen Namens der palästinensischen islamischen Widerstandsbewegung, die, inspiriert von den ägyptischen Muslimbrüdern, 1987 gegründet und aufgrund ihrer Opposition zur PLO zunächst von israelischer staatlicher Seite gefördert wurde.

Die einst quietistische Hamas, die sich vor allem der Islamisierung der palästinensischen Gesellschaft widmete, verwandelte sich zunehmend in einen Gegenspieler Israels und der PLO, unter anderem dadurch, dass sie sich dafür aussprach, die besetzten Palästinensergebiete, falls erforderlich, auch mit Gewalt zu befreien. Die Hamas erkennt Israel nicht an, ist aber zu einem Waffenstillstand bereit, falls sich Israel aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzieht. 2006 beteiligte sich die Hamas an den Wahlen der palästinensischen Autonomiebehörde und gewann mit 44% der Stimmen die Mehrheit der Sitze, was ihr die Regierungsbildung erlaubte. Aufgrund des von den USA und der EU ausgeübten Drucks ging die Hamas eine Große Koalition mit der Fatah ein. Diese Regierung wurde aber dennoch von den USA und der EU finanziell nicht unterstützt, was zusammen mit Spannungen über die Kontrolle der Sicherheitsbehörden zu offenen Kampfhandlungen zwischen den Koalitionspartnern führte. Seitdem sind die Palästinensergebiete zweigeteilt: Die Hamas regiert den Gazastreifen, die Fatah die Enklaven in der Westbank, fällige Wahlen finden nicht statt. Weder die EU noch die USA unterhalten diplomatischen Kontakt zur Hamas, da sie als Terrororganisation einstuft wird.

Herzl, Theodor (1860 – 1903)

Herzl war ein österreichisch-ungarischer jüdischer Schriftsteller und Journalist. 1896 veröffentlichte er unter dem Eindruck der Dreyfus-Affäre das Buch „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“. Der Mitinitiator des ersten Zionistischen Weltkongresses (1897 in Basel) und erster Präsident der Zionistischen Weltorganisation gilt als zentraler Vordenker und aktiver Wegbereiter des Zionismus.

Histadrut

Die Histadrut ist der Dachverband, in dem die meisten Gewerkschaften Israels organisiert sind. 1920 gegründet, war sie ein Hauptpfeiler der zionistisch-sozialistischen Bewegung und wurde nach 1948 zu einer der mächtigsten Organisationen in Israel. Sie nahm nicht nur gewerkschaftliche Aufgaben wahr (mehr als 80 Prozent der Arbeitnehmer*innen wurden von ihr vertreten), sondern besaß auch einige der größten Konzerne, die größte Bank, die meisten Pensionsfonds und die größte Krankenkasse. Im Zuge der (neo-)liberalen Wirtschaftspolitik, die seit den 1980er Jahren von der Regierung verfolgt wird, wurde die Histadrut auf ihre gewerkschaftliche Tätigkeit beschränkt. Seit 1995 heißt der Dachverband offiziell Neue Histadrut.

Intifada (Erste)

Intifada (arabisch für: abschütteln) bezeichnet den Aufstand der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) und dem Gazastreifen gegen die israelische Besatzung. Die Erste Intifada begann im Dezember 1987 und dauerte in unterschiedlicher Intensität bis zur Unterzeichnung der Oslo-Verträge 1993. Sie war ein spontaner Volksaufstand, der nicht durch die im Exil befindliche PLO orchestriert wurde. Die Mittel des Aufstands reichten von zivilem Ungehorsam (Streiks, Graffiti) über Steinwerfen (daher die Bezeichnung Intifada der Steine), vor allem durch Kinder und Jugendliche, bis zum Einsatz von Molotowcocktails. Bei dem Versuch, die Intifada mit Gewalt zu beenden, verletzte die israelische Armee zehntausende Kinder und Jugendliche und tötete über 1.000 Palästinenser*innen. Die israelische Seite beklagte ca. 100 tote Zivilist*innen sowie ca. 60 tote Armeeangehörige.

Intifada (Zweite)

Die Zweite Intifada, auch Al-Aqsa-Intifada genannt, wurde im September 2000 durch den provokativen Besuch Ariel Scharons auf dem Tempelberg/al-Haram al-Scharif und die gewaltsame Unterdrückung palästinensischer Proteste dagegen ausgelöst. Anders als in der Ersten Intifada wurde der Aufstand zunehmend durch die palästinensischen Parteien orchestriert und mithilfe von Selbstmordattentäter*innen und Waffen geführt, auch innerhalb Israels. Israel setzte im Gegenzug mitunter Panzer und die Luftwaffe ein. Die Gewaltbereitschaft beider Seiten führte zu zahlreichen Opfern, nach Schätzungen etwa 3.000 Palästinenser*innen und 1.000 Israelis. Die Zweite Intifada wurde offiziell durch das in Scharm el-Scheikh geschlossene Abkommen zwischen dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas und dem israelischen Premierminister Ariel Scharon 2005 beendet.

Israelische Landverwaltung

Die israelische Landverwaltung ist eine 1960 eingerichtete Behörde, die das sich in öffentlichem Eigentum befindliche Land in Israel (das heißt über 90 Prozent des gesamten Landes), verwaltet. Gemäß dem „Grundlegenden Gesetz in Bezug auf israelisches Land“ (1960) darf das öffentliche Landeigentum nicht veräußert, sondern nur verpachtet werden. Dies schließt auch vom Jüdischen Nationalfonds erworbenes Land ein (ca. 13% des gesamten Landes), das gemäß der Satzung der Organisation nur an jüdische Pächter*innen vergeben werden darf. Gegen diese Diskriminierung nichtjüdischer Staatsbürger*innen legten Menschenrechtsorganisationen 2004 (erfolgreich) Klage beim Obersten Gericht ein. Daraufhin wurde 2009 eine Gesetzesreform verabschiedet, wonach die ILA durch eine neue israelische Landbehörde abgelöst und in öffentlichem Eigentum befindliches Land schrittweise privatisiert werden soll.

Knesset

Hebräisch für: Versammlung. Dem israelischen Parlament in Jerusalem gehören 120 Abgeordnete an, welche nach Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von 3,25 Prozent gewählt werden, wobei sich sowohl einzelne Parteien als auch Wahllisten zur Wahl stellen können. Eine Legislaturperiode dauert vier Jahre.

Krieg von 1948

Die offizielle israelische Bezeichnung für diesen Krieg ist meist Unabhängigkeitskrieg oder Befreiungskrieg; von Palästinenser*innen wird er als Nakba (arabisch für: Katastrophe) bezeichnet. Der Krieg begann 1947 zwischen jüdischen und palästinensischen Milizen in Folge des UNO-Teilungsplans. Nach der Gründung des israelischen Staates im Mai 1948 beteiligten sich auch reguläre Militäreinheiten aus Ägypten, Syrien, dem Libanon, Jordanien und dem Irak. Der Krieg endete 1949 mit einem Waffenstillstand. Die Waffenstillstandslinien wurden zu Israels international anerkannten Grenzen, die im Zusammenhang mit den 1967 besetzten Gebieten auch als Grüne Linie bezeichnet werden.

Krieg von 1967

Die offizielle israelische Bezeichnung für den vom 5. bis 10. Juni 1967 andauernden Krieg ist meist Sechstagekrieg; von arabischer Seite wird er mitunter auch als Naksa (arabisch für: Rückschlag) bezeichnet. Er fand zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite statt, wobei Israel die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, den Gazastreifen und die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem) eroberte. Nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensabkommens 1979 räumte Israel den Sinai. Die Besatzung der anderen Gebiete besteht fort.

Krieg von 1973

Die offizielle israelische Bezeichnung ist meist Jom-Kippur-Krieg; auf arabischer Seite wird er meist Oktober-Krieg genannt. Am Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, griffen die Armeen einer von Ägypten und Syrien geführten Koalition Israel an und begannen einen Krieg, auf den Israel aufgrund einer Fehleinschätzung nicht vorbereitet war und der in Israel ein nationales Trauma zur Folge hatte.

Militärregierung

Nach der Staatsgründung 1948 erhielt die innerhalb Israels verbliebene palästinensische Bevölkerung die israelische Staatsbürgerschaft, wurde aber einer Militärregierung unterstellt. In diesem Zusammenhang wurden „Sperrzonen“ errichtet: Ortschaften und Stadtviertel, in denen Palästinenser*innen wohnten, sowie relativ dünnbesiedelte Gebiete, insbesondere im Negev. Palästinenser*innen, die außerhalb dieser „Sperrzonen“ lebten, wurden in eine solche gebracht. Die „Sperrzonen“ unterstanden der israelischen Armee und wurden von der Militärregierung mittels Kriegsrecht, das zumeist auf den von der britischen Mandatsregierung 1945 erlassenen Verteidigungs-(Notstands-)Verordnungen beruhte, verwaltet. Die palästinensischen Staatsbürger*innen durften die ihnen zugeteilte „Sperrzone“ nur mit Sondergenehmigung verlassen, und auch andere zentrale Grundrechte, etwa das Recht auf richterliche Anhörung und Gerichtsverfahren bei Inhaftierung, waren für sie aufgehoben. Die Militärregierung endete formell 1966.

Mizrachim

Mizrachim (hebräisches plural für: orientalisches) ist die Bezeichnung für aus Asien und Afrika stammende jüdische Israelis, wobei die meisten von ihnen aus arabischen und muslimischen Ländern eingewandert sind. Die Bezeichnung Mizrachim wird in Abgrenzung zu den aus Europa stammenden Aschkenasim verwendet.

Nakba

Nakba (arabisch für: Katastrophe) bezeichnet die Ereignisse im Rahmen des Krieges von 1948 (1947–1949) und deren Folgen. Der neu gegründete israelische Staat beherrschte 77 Prozent des historischen Palästina, mehr als 10.000 Palästinenser*innen kamen während der Kampfhandlungen ums Leben, mehr als 500 Städte und Dörfer wurden zerstört bzw. entvölkert, und mehr als 700.000 Palästinenser*innen, das heißt mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung im historischen Palästina bzw. ca. 80 Prozent der PalästinenserInnen, die vor dem Krieg in Gebieten gelebt hatten, die sich nach Kriegsende innerhalb der international anerkannten Grenzen Israels befanden, wurden zu Flüchtlingen. Ihr in Israel befindliches Eigentum wurde vom israelischen Staat konfisziert.

Oslo-Abkommen

Zwei aufeinanderfolgende Abkommen zwischen der israelischen Regierung und der PLO: das 1993 in Washington unterzeichnete „Oslo I“ sowie das 1995 in Taba unterzeichnete „Oslo II“. Im Rahmen der Abkommen erkannte Israel die PLO als Verhandlungspartner an und Teile der besetzten Palästinensergebiete wurden der begrenzten Selbstverwaltung durch die zu diesem Zweck geschaffene Palästinensische Autonomiebehörde unterstellt. Zentrale Fragen sollten in späteren Verhandlungen geklärt werden, darunter der Grenzverlauf zwischen Israel und dem palästinensischen Gemeinwesen (dessen Status noch zu definieren ist), die Zukunft der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten, die Zukunft von Jerusalem, das Ausmaß der Kontrolle und Präsenz der israelischen Armee in den palästinensischen Autonomiegebieten sowie das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge.

Ost-Jerusalem

Am Ende des Krieges von 1948 (1947–1949) teilte die Waffenstillstandslinie die Stadt: West-Jerusalem wurde Teil von Israel und Ost-Jerusalem (einschließlich der Altstadt) Teil der von Jordanien beherrschten Westbank. Während des Krieges von 1967 eroberte Israel die Westbank (einschließlich Ost-Jerusalem), Ende Juni 1967 erweiterte Israel das Stadtgebiet (West-Jerusalem) über Ost-Jerusalem und umliegende Ortschaften hinaus, wodurch dieses Territorium (nach israelischem Recht) Teil des israelischen Staatsgebiets wurde – was international nicht anerkannt ist. Die palästinensischen Bewohner*innen erhielten „permanente Aufenthaltsgenehmigungen“. Mit Ausnahme des jüdischen Viertels in der Altstadt konzentrierte sich der israelische Siedlungsbau zunächst auf einen äußeren Gürtel, der Ost-Jerusalem von der übrigen Westbank trennt. Seitdem dieser fast geschlossen ist, wird nun intensiver im Innern, einschließlich der palästinensischen Viertel, gebaut. 1980 verabschiedete die Knesset das Jerusalem-Gesetz, wonach Jerusalem „die ewige, vereinigte und unteilbare Hauptstadt Israels“ sei. Die VN-Sicherheitsratsresolution 478 erklärte das Gesetz nach internationalem Recht für nichtig. Die Oslo-Abkommen verschärfen die Notlage der palästinensischen Bevölkerung Ost-Jerusalem: Neben dem Druck durch den israelischen Siedlungsbau und den fehlenden Baugenehmigungen für Palästinenser*innen, den

extrem schlechten Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen, der sehr mangelhaften Gesundheitsversorgung sowie anderen Formen der Diskriminierung wurde infolge der Abkommen eine starke Beschränkung des Personen- und Warenverkehrs zwischen Ost-Jerusalem und den übrigen Teilen der Westbank institutionalisiert. Die Oslo-Abkommen regeln den Status Ost-Jerusalems nicht. Von palästinensischer Seite wird gefordert, dass Ost-Jerusalem die Hauptstadt des zu errichtenden palästinensischen Staates wird.

Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO)

Die Dachorganisation verschiedener palästinensischer Organisationen (unter denen die 1959 gegründete Fatah – Akronym des arabischen Namens der Palästinensischen Nationalen Befreiungsbewegung – die größte ist) wurde 1964 in Kairo gegründet und trat für den bewaffneten Kampf gegen Israel ein. 1974 wurde die PLO auf der Konferenz der Arabischen Liga als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt und erhielt Beobachterstatus in der VN. Als Jordanien 1988 weitgehend auf seinen Herrschaftsanspruch auf die Westbank verzichtete, verabschiedete der Palästinensische Nationalrat, ein zentrales Organ der PLO, die Palästinensische Unabhängigkeitserklärung, in der der palästinensische Staat ausgerufen und Israel in den Grenzen, wie sie vor dem Krieg von 1967 bestanden hatten, de facto anerkannt wurde. Mit den Oslo-Abkommen erkannte die PLO Israel dann formell an, und Israel wiederum erkannte die PLO als Vertretung des palästinensischen Volkes an. Die im Rahmen der Oslo-Abkommen entstandene Palästinensische Autonomiebehörde ist kein Teil der PLO, jedoch besteht eine Personalunion: Jassir Arafat (1929–2004), der die PLO seit 1969 führte, stand der Autonomiebehörde vor, wie auch sein Nachfolger Mahmoud Abbas (Abu Mazen).

Rabin, Jitzchak (1922 – 1995)

In Jerusalem geboren, schloss sich Rabin 1941 der zionistischen paramilitärischen Untergrundorganisation in Palästina an, dessen Stabschef er 1947 wurde. In der neugegründeten israelischen Armee wurde er hochrangiger Offizier, ab 1964 Stabschef. Nach dem Krieg von 1967 wurde er Israels Botschafter in den USA, 1973 Mitglied der Knesset (Arbeitspartei), 1974 Premierminister. 1977 trat er angesichts eines Finanzskandals zurück. Zwischen 1984 und 1990 diente er als Verteidigungsminister in mehreren Großen-Koalitionsregierungen. In dieser Funktion gab er während der Ersten Intifada den Befehl, den aufständigen Palästinenser*innen „die Knochen zu brechen“. 1992 wurde er erneut Premierminister und als solcher unterzeichnete er die Oslo-Verträge (1993, 1995), für die er mit Jassir Arafat und Schimon Peres den Friedensnobelpreis erhielt, sowie das israelisch-jordanische Friedensabkommen (1994). Am 4. November 1995 wurde Rabin im Kontext einer Hetzkampagne gegen die Oslo-Verträge von einem Rechtsextremen ermordet.

Siedlungen

Der Begriff bezeichnet die für jüdische Israelis errichteten Ortschaften oder Stadtviertel in den 1967 eroberten und daraufhin besetzten Gebieten. 2014 lebten ca. 350.000 Siedler*innen in 125 von der israelischen Regierung genehmigten Siedlungen und in ca. 100 nicht genehmigten, aber mit staatlicher Hilfe gebauten sogenannten Outposts in der Westbank. Hinzu kommen etwa 200.000 Siedler*innen im besetzten Ost-Jerusalem. Die Siedlungen gelten als der Hauptgrund für das Scheitern von Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinenser*innen.

Siedlungsblöcke

Dieser Begriff wurde insbesondere in den Verhandlungen im Rahmen des Oslo-Prozesses verwendet. Er bezeichnet Teile der 1967 besetzten Gebiete, in denen zahlreiche israelische Siedlungen relativ dicht beieinanderliegen. In den Verhandlungen wurde von israelischer Seite argumentiert, dass aufgrund der dichten Besiedlung diese „Blöcke“ auch im Rahmen eines Friedensabkommens mit den Palästinenser*innen nicht geräumt werden könnten und ein Teil des israelischen Staatsgebiets werden sollten.

Westbank

Die Westbank, auf Deutsch auch Westjordanland genannt, ist ein fast 5.900 Quadratkilometer großes Gebiet, in dem heute ca. 2,8 Millionen Palästinenser*innen sowie etwa 550.000 israelische Siedler*innen leben. Im Norden, Westen und Süden grenzt die Westbank (zu der auch Ost-Jerusalem gehört) an Israel und im Osten, entlang des Jordan-Flusses, an Jordanien. Die Westbank und der Gazastreifen sind die Gebiete von Palästina, die im Krieg von 1948 nicht Teil des neugegründeten Staates Israel wurden. Nach dem Krieg von 1948 stand die Westbank unter jordanischer Kontrolle und wurde 1950 von Jordanien annektiert (was allerdings international kaum anerkannt wurde). Im Krieg von 1967 eroberte Israel unter anderem auch die Westbank, deren Besatzung bis heute fortbesteht.

Zweistaatenlösung

In der Debatte um den israelisch-palästinensischen Konflikt bezeichnet die Zweistaatenlösung die Konzeption, wonach Israel die 1967 besetzten Gebiete räumt und sich in seine international anerkannten Grenzen zurückzieht, während im Gazastreifen und in der Westbank ein palästinensischer Staat entsteht – mit oder ohne etwaigen Gebietsaustausch.

Verfasserin: Ursula Wokoock Wollin

Impressum

Hrsg.	Tsafir Cohen (V.i.S.d.P.), Mieke Hartmann, Tali Konas
Übersetzungen	Ursula Wokoeck Wollin Britta Grell
Gestaltung	Daniel Ziethen Schroeter und Berger
Fotos	Activestills, Bracha L. Ettinger, Government Press Office Israel, Ami Steinkitz, Regev Natansohn
Cover-Abbildung	Activestills
Druck	Hinkelsteindruck
ISBN	978-3-00-057561-7

© 2017, Rosa Luxemburg Stiftung
Alle Rechte vorbehalten
RLS Büro Israel (CC)
11 Rotschild Blvd
6688114 Tel Aviv
Israel
www.rosalux.org.il
Tel.: ++ 972 3 6228290
telaviv.office@rosalux.org

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

ISRAEL OFFICE
קרן רוזה לוקסמבורג
مؤسسة روزا لوكسمبورغ